This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

**Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

**About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

**Über Google Buchsuche**

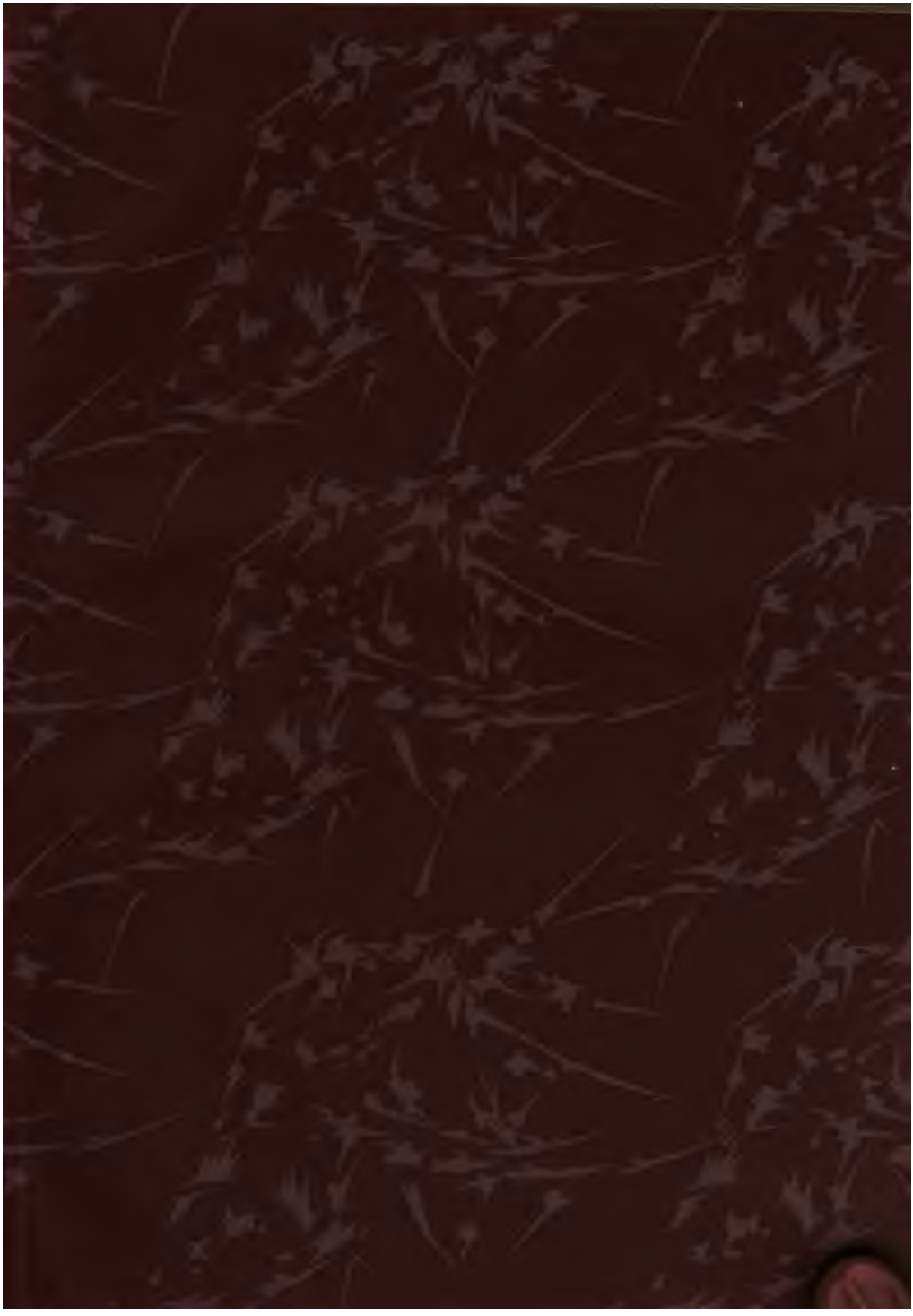
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
$B 180 252

# Von Wichern bis Posadowsky

Zur Geschichte der Sozialreform und der christlichen Arbeiterbewegung::

Dietrich von Oertzen



# Von
# Wichern bis Posadowsky

## Zur Geschichte der Sozialreform
und
## der christlichen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Kirchlich-sozialen Konferenz herausgegeben
von

Dietrich von Oertzen

Hamburg
Agentur des Rauhen Hauses

LOAN STACK

1908.

Druckerei des Rauhen Hauses, Hamburg 26.

HN443
038

# Inhalt.


| | | Seite |
|---|---|---|
| 1. | Einleitung | 5 |
| 2. | Die Vorläufer | 9 |
| 3. | Staats- und Kathedersozialisten | 16 |
| 4. | Begründung der christlich-sozialen Partei | 24 |
| 5. | 1879. Wirtschaftspolitik. Verstaatlichung | 31 |
| 6. | 1880. Antiliberale Strömung | 36 |
| 7. | 1881. Die Unfallversicherung | 42 |
| 8. | 1882. Krankenversicherung | 47 |
| 9. | 1883. Das Krankenkassengesetz angenommen | 55 |
| 10. | 1884. Das Unfallgesetz verabschiedet. Besseres Sonntagsrecht | 61 |
| 11. | 1885. Das Unfallrecht in Kraft. Arbeiterschutz | 67 |
| 12. | 1886. Fortbildung des Arbeiterrechts. Gewerbegerichte | 73 |
| 13. | 1887. Alters- und Invalidenversicherung | 77 |
| 14. | 1888. Kaiser Wilhelm II. kommt zur Regierung | 87 |
| 15. | 1889. Alters- und Invalidenversicherung verabschiedet | 91 |
| 16. | 1890. Arbeiterschutzkonferenz in Berlin. Bismarcks Sturz. Gewerbegerichte | 99 |
| 17. | 1891. Ära Caprivi | 111 |
| 18. | 1892. Kleine Fortschritte | 116 |
| 19. | 1893. Die sozialpolitischen Richtungen scheiden sich | 120 |
| 20. | 1894. Die Ära Hohenlohe. Wenig Fortschritt. Neue Unterdrückungsmaßregeln | 127 |
| 21. | 1895. Die Umsturzvorlage. Die Rechte spaltet sich sozialpolitisch | 133 |
| 22. | 1896. Die Christlich-Sozialen trennen sich unter Stöckers Führung von den Konservativen; konstituieren sich unter Graf Solms | 146 |
| 23. | 1897. Periode der Reaktion | 162 |
| 24. | 1898. Reichstagswahl — Mißerfolg der Sozialreformer. Zuchthausgesetz | 172 |
| 25. | 1899. Das Zuchthausgesetz fällt. Der Katholikentag bekennt sich zu christlichen Gewerkschaften | 177 |
| 26. | 1900. Die Gesetzgebung stockt. Die christlichen Gewerkschaften machen Fortschritte | 182 |

Seite

27. 1901. Spaltung der Evangelischen Arbeitervereine . . . . . 189
28. 1902. Die Arbeitslosigkeit. Herbergen und Arbeiterkolonien . 193
29. 1903. Die Reaktion ist überwunden. Die preußische Generalsynode bekennt sich zu kirchlich-sozialer Arbeit . . . 197
30. 1904. Erster sozialer Ausbildungskursus. Kriegsgefahr durch die Sozialdemokratie . . . . . 205
31. 1905. Christliche Gewerkschaft im Streik . . . . . 210
32. 1906. Die russische Revolution wird fühlbar. Die christliche Arbeiterbewegung wächst stark . . . . . 215
33. 1907. Graf Posadowsky verabschiedet. 2. Deutscher Arbeiterkongreß . . . . . 218
34. Was nun? . . . . . 225

# I. Einleitung.

In der Volkswirtschaft und Volksarbeit hat sich, soweit sie nicht landwirtschaftlich, sondern gewerblich im engeren Sinne des Wortes ist, im Lauf der letzten hundert Jahre eine fundamentale Umwälzung vollzogen. Bis vor hundert Jahren etwa gingen die Erzeugnisse des Gewerbefleißes aus dem Kleinbetrieb hervor. Die Kulturgüter entstanden in der Werkstatt des Handwerkers. Die Produktion war eine individuelle, das Verhältnis zwischen Meister, Geselle und Lehrling ein patriarchalisches. Wohl kam auch in der „Zunftzeit" Mißbrauch dieses Verhältnisses durch einzelne Meister oder auch vereinigte Meisterschaften vor und Verbündung der Gesellen gegen die Meister schon im frühesten Mittelalter — immerhin hatte die überwiegende Mehrheit der Gesellen damals Aussicht, selbst in den Meisterstand aufzurücken. Und so war die Zeit der Lohnarbeit nur eine Episode im Leben des Handarbeiters; sein Ziel blieb die selbständige Arbeitgeberschaft, und dieses Ziel war dem Durchschnitt erreichbar.

Diese Art der Produktion hat sich nun völlig verändert, und zwar in einem allmählichen Umwandlungsprozeß; zuerst in England, wo man als Wendepunkt etwa den Beginn des 19. Jahrhunderts bezeichnen könnte; dann etwas später in Frankreich; endlich um die Mitte des 19. Jahrhunderts trat auch in Deutschland der Umschwung ein. Zahlreiche Handwerke verschwanden ganz von der wirtschaftlichen Bildfläche; andere mußten zu neuen Betriebsformen übergehen. Auch bei uns wurde ein starker Bruchteil der nationalen Arbeit Massenarbeit, zum Teil sogenannte Manufaktur, die nur auf Teilung der Arbeit beruht, zum Teil Maschinenproduktion, die durch Anwendung der Dampfkraft ins Ungemessene gesteigert werden konnte, und tatsächlich gesteigert wurde. Diese Umwälzung der Produktion brachte nun aber nicht nur eine veränderte Herstellung der Güter mit sich, sondern erzeugte auch ein völlig neues Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Je großartiger und kostspieliger einer-

seits die Arbeitsmittel, und je geringfügiger, unpersönlicher, mechanischer die Arbeitsleistungen wurden, um so stärker differenzierten sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in völlig gesonderte Stände. Das Kapital, Besitzer und Organisator der Arbeitsmittel, ward eine „Klasse“ für sich, der kapitallose Arbeiter desgleichen. Neben ihnen machte sich in immer steigendem Maße der Verteiler, der Kaufmann, geltend.

Diese große Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens muß als ein elementarer Prozeß bezeichnet werden, der im ganzen und großen weder verhindert, noch wirksam aufgehalten werden konnte. Es entstand die moderne Produktion, und sie wuchs über die alten Rechtsordnungen der Individualproduktion unaufhaltsam hinaus. Viel kam aber nun doch darauf an, wie der Staat sich zu dem Umwandlungsprozeß stellen würde: er konnte diesen verlangsamen, indem er die Einrichtungen der Vergangenheit nur langsam preisgab; und er konnte die alten Rechtsordnungen umformen und der modernen Produktion anpassen.

Leider tat er weder das eine, noch das andere. Gerade in den entscheidenden Jahren, wo das Alte fiel und das Neue aufkam, wurden das politische und das wirtschaftliche Leben beherrscht von einer theoretisch gewonnenen Doktrin, dem Liberalismus, dessen Grundgedanke der war, daß man in Staat und Wirtschaft nur dem Individuum Raum zu schaffen habe, um seine Ellenbogen zu gebrauchen, und daß dann aus dem freien, durch kein Gesetz beschränkten Ringen aller mit allen, auf Grund einer mystischen „Harmonie der Interessen“ das höchstmögliche Menschen- und Völkerglück hervorspringe. So verlangsamte man weder den Umbildungsprozeß, noch ersetzte man das Recht der Vergangenheit durch ein neues, sondern man beschleunigte die kapitalistische Entwicklung noch künstlich. Und wie es nicht anders sein konnte, verschärfte man dadurch das allgemeine Unbehagen, die „Erstverschlechterung“, die mit jeder politischen und wirtschaftlichen Neuerung verbunden ist. Der Gegensatz zwischen den modernen Produktionsfaktoren, den das Recht hätte ausgleichen sollen, wurde zum scharfen Kampf, und zwar zu einem Kampf, in dem sich durchweg der Kapitalfaktor als der stärkere erwies; der Unternehmer war lange Zeit hindurch Sieger, der dem unterlegenen Teil die Bedingungen diktierte. Das Los des Arbeiters wurden gedrückte Löhne und übertriebene Arbeitszeiten. Die

Theorie der französischen Revolution, das laisser faire, schuf in der Anwendung auf den Wirtschaftsprozeß nur den Schein, die Illusion der Freiheit, in Wahrheit eine Rechtlosigkeit des Arbeiters die zur Ausbeutung des Schwachen durch den Starken hinführte.

Gegen diese Entwicklung, die Periode des sogenannten Manchestertums, konnte eine Reaktion nicht ausbleiben, und sie kam in einer Bewegung, die man als den „Emanzipationskampf des vierten Standes" bezeichnet hat. Der Arbeiterstand erkannte, daß der einzelne Arbeiter hilflos und wehrlos dem Kapital gegenübersteht, solange er nur auf sich selbst gestellt ist, daß aber in der Koalition eine Kraft liegt, die es ihm möglich macht, mitbestimmend auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzuwirken. Mit dieser Waffe ausgerüstet, begann der Arbeiterstand den Kampf um ein modernes Arbeitsrecht, das ihm Schutz und Sicherheit, Rückhalt im Interessenstreit, und Besserung seiner Lebensbedingungen schaffen sollte.

Wer nun aber diesen Kampf ums Recht, wie er sich im Deutschen Reiche — nur von diesem soll die Rede sein — vollzogen hat, lediglich als einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern auffassen wollte, würde sehr unrichtig urteilen. Es handelt sich nicht um einen einfachen, rein materiellen Interessenstreit, sondern um eine sehr komplizierte Bewegung, bei der auch noch ganz andere Faktoren in Betracht kommen, auch sittliche und religiöse. Stand das Manchestertum auf der These, daß die Arbeit nur eine Ware sei, die nach Marktwert gekauft und verkauft werde, so war deutscher Wissenschaft der Nachweis vorbehalten, daß man die Arbeit nicht begrifflich vom Menschen trennen kann, der sie tut, daß sie nicht nur wirtschaftlicher Vorgang, sondern persönliche sittliche Leistung ist. Und wenn die Sozialdemokratie sich dann mit dem Materialismus verbündete, so konnte die Kirche nicht umhin, auch ihrerseits den Kampf gegen diese geistige Verirrung auf der ganzen Linie aufzunehmen. So waren denn an dem Kampf um die Sozialreform nicht nur die direkten Interessenten, sondern auch geistige, sittliche, religiöse Faktoren, ja die ganze bürgerliche Gesellschaft beteiligt.

Es ist nun nicht der Zweck dieses Buches eine umfassende Sozialgeschichte der letzten 50 Jahre, also auch eine Geschichte der Sozialdemokratie zu geben. Im Vordergrund dieser Darstellung soll die christliche Arbeiterbewegung stehen, nicht um ihre Bedeutung zu übertreiben und zu überschätzen, sondern

weil das Buch für die christlichen Arbeiter bestimmt ist, welche aktiv in die Standesbewegung eintreten wollen. Für diese soll übersichtlich zusammengestellt werden, was Staat und Kirche bereits an Sozialreform geleistet haben, welche Parteien, welche Männer die Arbeit gefördert, welche Parteien und Männer sie gehindert haben. Beiläufig sollen dann auch jene zahlreichen Gesetze und Einrichtungen erwähnt werden, die ohne direkt im Interesse des Arbeiterstandes ins Leben gerufen zu sein, wie etwa die Gesetze für das Handwerk oder die Verstaatlichung der Eisenbahnen, doch eine starke sozialpolitische Wirkung ausgeübt haben. Es wird ferner, soweit es im engen Rahmen möglich ist, gestreift werden, was die Kirche in den Werken der Inneren Mission auch an materiellen Segnungen dem vierten Stande zuführt; es wird gezeigt werden, was die deutsche Wissenschaft geleistet und wie sie vielfach dem Arbeiterstande die Wege der Zukunft gezeigt hat.

Vorab soll hier auch dem weitverbreiteten Irrtum begegnet werden, als ob die christliche Sozialbewegung später entstanden sei als die Sozialdemokratie und dieser gewissermaßen nachgehinkt habe. Das ist keineswegs der Fall. Richtig ist nur, daß die Sozialdemokratie mit ihrer skrupellosen Agitation, ihrem einseitigen Standeskampf, ihrer Erweckung zügelloser Hoffnungen und ihrem Evangelium des Fleisches eine größere Anziehungskraft auf die Massen geübt hat, als das ernste Evangelium von Christo und als die Männer, die es vertraten. Immerhin — wenn Marx und Lassalle mehr Anhänger gewonnen haben als Huber und Wichern und Stöcker, so steht neben dem Drei-Millionen-Heerbann der Sozialdemokratie heute ein christlicher Heerbann, über eine Million stark, und es ist der Mühe wert, zu untersuchen, wie er entstanden ist, was er in der Vergangenheit geleistet, und was er in Zukunft noch leisten soll.

Zweck dieses Buches ist es, den falschen Kampf der jüdisch geführten Sozialdemokratie und den rechten Kampf des christlichen und deutschen Arbeiters so einander gegenüberzustellen, daß nicht zweifelhaft bleiben kann, wo die Mittel liegen, um nach dem treffenden Wort des Ministers von Bethmann-Hollweg „die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft".

Was die Form der Darstellung betrifft, so hat Verf. die Methode einer rein chronologischen Aneinanderreihung der Tat-

sachen mit Vorbedacht gewählt. Eine Gruppierung der einzelnen gesetzgeberischen Materien zu abgerundeten Kapiteln würde sich vielleicht angenehmer und leichter lesen, als eine Darstellung, die den geschichtlichen Faden immer wieder abreißen läßt, um ihn an späterer Stelle neu zu knüpfen. Aber nur diese Chronologie konnte die Schwierigkeit der Kämpfe wirklich deutlich machen, konnte zeigen, wie oft auf erste Anläufe gar kein Resultat folgte, und erst die Ausdauer und Unermüdlichkeit ein positives Ergebnis zeitigte. Es liegt aber Stärkung und Aufrichtung für spätere Generationen in der Erkenntnis, daß auch den früheren der Erfolg nicht leicht in den Schoß fiel, sondern mühevoll Schritt für Schritt in der ausdauernden Arbeit der Jahre und Jahrzehnte errungen werden mußte.

Dies Buch soll zu besonnener, aber auch treuer Fortarbeit Mut machen.

---

## II. Die Vorläufer.

Die beiden Männer, welche als die ersten Vorläufer einer christlichen Arbeiterbewegung angesprochen zu werden pflegen, sind Victor Amadeus Huber und Johann Hinrich Wichern, der erste im wesentlichen von politischen, der letzte von rein religiösen bzw. kirchlichen Gesichtspunkten ausgehend.

Huber, ein Süddeutscher, in der Schweiz erzogen, machte große Reisen, war ursprünglich Arzt, wandte sich dann der neueren Philologie zu, ward Professor nacheinander in Rostock, Marburg, Berlin. Politische Beobachtungen in Frankreich und England hatten in ihm Verständnis für soziale Dinge erweckt, und es ist überraschend, bei ihm schon im Jahre 1848 volle Klarheit über die Rolle zu finden, die das Proletariat dem dritten Stand gegenüber spielen werde und tatsächlich später auch in Deutschland gespielt hat. Sein Programm hat Huber besonders in einer 1848 erschienenen Broschüre niedergelegt: „Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung.“ Allerdings waren die Vereine, an welche Huber dachte, nicht Gewerkvereine im modernen Sinn, sondern „Assoziationen“, die er in zwei Kategorien teilte, die industriellen und die ökonomischen. Für die industrielle Assoziation waren das klassische Beispiel die „Pioniere von Rochdale“, eine Vereinigung

von Arbeitern in England, die sich unter unsäglichen Mühen und über größte Hindernisse hinweg in den Besitz kapitalistischer Arbeitsmittel setzten. Die ökonomische Assoziation lag teils auf der Linie der Konsumvereine — man wollte den Arbeitern die Vorteile des Einkaufs im großen zuwenden — teils auf der Linie gemeinnütziger Baugesellschaften, für welche das Musterbeispiel die cité ouvrière in Mülhausen im Elsaß war. Auf die Wohnungsfrage legte Huber den größten Nachdruck. „Neue bessere Umgebungen sind unerläßliche Bedingungen aller weiteren, größeren, gründlichen Verbesserungen." Sein Ideal war „innere Kolonisation" auf noch unbebauten Flächen. In Berlin gründete er 1849 eine Baugesellschaft mit dem Ziel: „Die Verwandlung eigentumsloser Arbeiter in arbeitende Eigentümer." In seinen Briefen aus England zitiert Huber wiederholt die in der Chartistenbewegung entstandene, von Kingsley unterstützte Zeitschrift „Der christliche Sozialist", doch war er niemals kommunistisch gesonnen, wollte auch den Arbeitern keine Sonderstellung neben anderen Ständen, oder gar über ihnen einräumen. „Soll der Staat für Arbeit und Unterhalt der Arbeiter sorgen, so werden sie über kurz oder lang Herren oder Sklaven des Staates sein."

Wollte übrigens Huber starke Wohlfahrtseinrichtungen auf genossenschaftlicher Basis schaffen, so leitete ihn dabei ein hoher Idealismus, und von der Falschheit heutiger „Wohltäter", denen die Wohlfahrt oft nur ein „Deckel der Bosheit" ist, war er sehr weit entfernt. Freilich wurde sein Idealismus erst in England, dann in Deutschland enttäuscht. 1854 gibt er dieser Stimmung Ausdruck. „Wir hofften" — schreibt er — „daß die Aristokratie und die Kirche — the gentlemen and clergymen of England — die Bedeutung der Sache begreifen, sich an die Spitze der Bewegung stellen und dadurch jenem Mangel abhelfen und die arbeitenden Klassen für die Assoziation heranbilden würden. Diese Hoffnung können wir nicht länger festhalten. Die unendliche Mehrzahl auch der besseren jener Klassen sind, soweit sie sich überhaupt über die beschränkteste individuelle Selbstsucht des Erwerbes und Genusses erheben, vollkommen befangen und hingenommen von der hergebrachten Routine des politischen Lebens, womit einige die Routine einer subjektiven christlichen oder philantropischen Wohltätigkeit verbinden, deren gänzliche Unzulänglichkeit zur Lösung der sozialen Fragen doch niemand im Ernst leugnet."

So klagt Huber über England. Und über Deutschland hat er ganz ähnliche Beschwerden erheben müssen. Wohl suchte er in Berlin einen Kreis gleichgesinnter Männer um sich zu sammeln und in der für diesen Zweck von ihm gegründeten Zeitschrift „Janus, Jahrbücher deutscher Gesinnung, Bildung nnd Tat" das Verständnis für die soziale Frage zu wecken, seine Leser darauf hinzuführen, daß dem dritten Stand der vierte mit neuen Ansprüchen folgen müsse. Aber teils war die Zeit noch nicht erfüllt, das Soziale noch zu sehr Zukunftssache, als daß es allgemeinem Verständnis hätte begegnen können; teils war Huber ein Stubengelehrter von einer gewissen Schwerfälligkeit in Wort und Schrift, nicht der Mann, um Barren der Wissenschaft in gangbare Münze zu verwandeln. Der „Janus" ging mit einem halben Dutzend Abonnenten ein. Und Huber zog sich, ohne je zu größerer Wirksamkeit zu gelangen, auf die Kleinarbeit der Inneren Mission zurück, speziell auf die Pflege der Gesellen und der Wandergesellen. Er baute in Wernigerode ein christliches Vereinshaus mit Herberge zur Heimat, das lange Zeit hindurch dem Bau von Herbergen als Vorbild diente.

Der andere Vorläufer der christlichen Arbeiterbewegung ist der Hamburger Theologe Wichern, dem das Herz brannte, wenn er die geistige und sittliche Verwilderung der großstädtischen Massen vor sich sah.

Johann Hinrich Wichern wurde am 21. April 1808 in Hamburg geboren. Sein Vater, Notar, starb früh, so daß er schon als Kind die Sorgen des Lebens kennen lernte und schon als Jüngling der Mutter helfen mußte, die Lebensnotdurft aufzubringen. Gläubige Predigt weckte in ihm den Entschluß, sich in den Dienst der Kirche zu stellen, und unter großen Schwierigkeiten wurde ihm das Studium der Theologie möglich. Nach bestandener Prüfung richtete sich sein Augenmerk sofort auf die sittlich verwilderten Volksmassen der Hamburger Armenquartiere. Und er erkannte es als seine Lebensaufgabe, hier zu helfen und zu retten, was noch zu retten war. Mit der Jugend mußte begonnen werden. Und so gründete er im Vertrauen auf Gott das „Rauhe Haus" als Rettungshaus für verwahrloste Kinder im Hamburger Vorort Horn. Das neue Prinzip, das er einführte, war dies, daß er dem Zusammenleben der Kinder nicht den Anstalts- sondern den Familiencharakter gab. Er bildete Familien und setzte über jede einen „Bruder" als Leiter. Diese Brüder mußten aber auch erst

gebildet werden, und so wurde das „Rauhe Haus“ nicht nur eine der ersten Rettungs- sondern auch die erste Brüderanstalt.

Eine Unterredung Wicherns mit dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gab seinem Leben eine neue Wendung; er wurde nach Berlin berufen als Rat im Ministerium und Mitglied des Oberkirchenrats. Die große Aufgabe, die er hier verwirklichen sollte, war besonders eine Reform des Gefängniswesens. Doch konnte Wichern der starken persönlichen und sachlichen Widerstände wegen, welche die Bureaukratie ihm entgegensetzte, seine Ideen nur teilweise verwirklichen. Glücklicher war er mit der Organisation der Felddiakonie. In den drei Feldzügen von 1864, 66 und 70 haben die Brüder des Rauhen Hauses in den Lazaretten die wertvollsten Dienste als Felddiakonen geleistet.

Wichern wird mit Recht als der Vater der „Inneren Mission“ bezeichnet — er ist der Gründer der ersten Rettungsanstalten für Verwahrloste und der erste Organisator eines clerus minor, eines geistlichen Standes zweiter Ordnung, der ohne wissenschaftliches Studium erworben werden kann. Aber er ist auch derjenige, der für Deutschland das Wort „christlich-sozial“ geprägt hat, weil er klar erkannte, daß gewisse Linien der Inneren Mission in die Politik hinein verlängert werden müssen, wenn nicht die Mission als solche ihren Zweck verfehlen soll. Doch lag sein wesentliches Interesse nicht in der Richtung der politischen, sondern der kirchlichen Arbeit. Aber eine ernste Beteiligung der Kirche an der Lösung der sozialen Fragen lag ihm warm am Herzen.

Wicherns große Stunde war eine Versammlung, die im Herbst 1848 zur Gründung eines deutschen Kirchentages in Wittenberg gehalten wurde. Hier gelang es ihm durch die Macht seiner Rede der Tagung eine ganz andere Bedeutung und Richtung zu geben, als sie ursprünglich und nach dem Willen der Veranstalter haben sollte. Die unmittelbare Folge seines Auftretens war die Gründung des heute noch in Berlin bestehenden und zu umfassender Wirksamkeit gelangten „Zentralausschusses für Innere Mission“ und damit die Aufnahme der praktischen Rettungs- und Liebesarbeit in den Arbeitsplan der evangelischen Kirche, die bis dahin ein allzu theoretisches Dasein auf den Gebieten der Ethik und Dogmatik geführt hatte. „Christus,“ sagte Wichern, „muß nicht nur im lebendigen Gotteswort, sondern auch in den Gottestaten gepredigt werden, und die höchste dieser Taten ist die rettende

Liebe." Die Gründe seines Vorgehens entnahm Wichern der sozialen Not. So entwarf er in Wittenberg ein Bild des Elends der wandernden Handwerksburschen und der heidnischen Greuel, die damals in den Herbergen ihre Brutstätte fanden. Weiter zog er als Beispiel sozialer Verkommenheit die fluktuierende Arbeiterbevölkerung heran, besonders die Eisenbahnarbeiter. „Wie den Fürsten und Besitzenden, haben unsere deutschen Arbeiter dem Christengott fluchen gelernt. Als Getaufte sind sie unsere Brüder! Wer reicht ihnen die Hand, um sie aus dem Abgrund zu retten?"

Dem neubegründeten Zentralausschuß wies Wichern die Wege in einer „Denkschrift" *). In dieser Darlegung heißt es: „Die Innere Mission tritt mitten in die Gärungen und Fragen der Neuzeit ein, kann aber eben deswegen in den tiefsten Gründen wieder die Quelle der Wiedergeburt des Volkes eröffnen. Sie darf sich den ihr hier begegnenden allgemeineren Fragen unserer Tage um so weniger entziehen und muß sich der praktischen Behandlung derselben um so eifriger hingeben, weil ihr auf diese Weise der tatsächliche Beweis möglich wird, daß dem Christentum nichts Menschliches ein Fremdes ist, vielmehr ein ganz Nahes, ja das Nächste, das es mit den heiligen, verklärenden Kräften der Erlösung durchdringen will, um so dasjenige zu vollbringen, was jeder andern Kraft und Weisheit, die ohne das Evangelium an diese Aufgaben geht, unmöglich bleiben muß" (S. 108) und: „Für die Notwendigkeit einer solchen Mitbeteiligung der Kirche bei der Lösung der auf die äußerste Spitze der Entscheidung geführten sozialen Fragen kann nichts schlagender und überzeugender sprechen, als die Tatsache, daß sich gerade in Beziehung auf diese Verhältnisse das Antichristentum zu einer, die verschiedenen Klassen der Gesellschaft vulkanisch gegeneinander aufregenden Macht erhoben hat."

In einer neuen Studie über Wichern bezeichnet es Mahling mit Recht als den Kernpunkt in Wicherns Tätigkeit, daß er das soziale Moment in die Lebensbetätigung der Kirche eingefügt habe. Jeder Versuch aber, genau festzustellen, wie Wichern sich diese Einfügung gedacht, wird auf Schwierigkeiten stoßen, weil die verschiedenen Äußerungen Wicherns, wie das auf Gebieten, die zum erstenmal grundlegend durchdacht werden, nicht anders

*) Wichern, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation. Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg.

sein kann, sich zum Teil ziemlich stark widersprechen. Einmal lehnt er für die Kirche jede Beteiligung an den sozial politischen Fragen ab, und will nur den indirekten und mittelbaren Einfluß dadurch, daß die Menschen sich bekehren und Bekehrte bessere Sozialpolitik machen, als Unbekehrte. Allerdings schiebt er dem Christen die Beteiligung an der Politik als Pflicht zu, und erklärt die Flucht vor solchen Pflichten als Schande. An anderen Stellen erklärt Wichern aber doch auch wieder, daß es die Innere Mission schlechterdings mit der Politik zu tun habe. Die Kirche soll den Hilfsbedürftigen die Hand zur „Assoziation" bieten, d. h. Gemeinschaften ins Leben rufen für soziale Zwecke, auch solche, die Besitz und Arbeit betreffen.

Wichern sprach es wohl aus, daß auf die erste Periode der Inneren Mission mit der Hilfe für die Hilfsbedürftigen eine zweite zu folgen habe, in der eine Assoziation der Hilfsbedürftigen selbst für ihre Zwecke statthaben solle. Er bezeichnet als Zweck der Assoziation 1847 ausdrücklich „die Erhöhung des Arbeitsgewinnes und die leichtere Gewinnung der mannigfachsten, wenn auch einfachsten Lebensbedürfnisse" und sagt: „Solches muß um so mehr als ausführbar gewünscht werden, als es dem einzelnen in seiner Isolierung ersichtlich vielfach nicht gelingen will, sich die zu seiner Existenz unerläßliche Notdurft zu verschaffen, während doch in der Christenheit noch viel weniger als in Israel gefunden werden soll, daß ein Bettler darin wohne."

Konsequent durchgeführt sind aber diese Ideen nirgends; es handelt sich eben um Ideen und Vorschläge. An Gebilde, wie die gegenwärtigen christlichen Gewerkschaften wird Wichern kaum gedacht haben, sondern mehr an kollektive Aufrichtung von Wohlfahrtseinrichtungen. Aber auch diese hat er weder in die Hand genommen, noch praktische Versuche zu ihrer Durchführung gemacht. Wohl aber hat er theoretisch — und das ist sein Verdienst — mit großer Kraft die These vertreten, daß die Innere Mission, die die Kirche treiben soll, nicht nur die einzelnen Christen ins Auge zu fassen hat, sondern daß sie eine Mission ist *auch am öffentlichen Leben*.

Aus allem Mitgeteilten geht klar hervor, daß Wicherns Ideale wesentlich auf kirchlichem Gebiete lagen; seine Frage war sehr viel weniger die, was geschehen könne, um befriedigende soziale Verhältnisse zu schaffen, um den inneren Frieden herzustellen, als vielmehr wieviel und was die Kirche dazu beitragen könne. Auch

lag es ihm (und der ganzen Zeit) noch fern, sich um die aktive Mithilfe des Arbeiterstandes zu bemühen — im Gegenteil waren es zunächst die Arbeitgeber, die er für seine Ziele zu gewinnen suchte. Aber auch so ist er immerhin ohne klare Absichtlichkeit zum eigentlichen Urheber des Kathedersozialismus insofern geworden als die erste Sammlung der Gleichgesinnten von ihm ausging. Wichern war es, der den Professor Nasse in Bonn bewog, auf dem 1869 gehaltenen 15. Kongreß für Innere Mission das Referat zum Hauptthema zu übernehmen: „Der Anteil der Inneren Mission an der Lösung der Arbeiterfrage." Als Folge dieses Vortrages trat eine Konferenz von Arbeitgebern zusammen, darunter Delius-Bielefeld, Stumm-Neunkirchen, March-Charlottenburg, Sarasin-Basel, Dieterlein-Elsaß. Hauptgegenstände der Verhandlungen waren Wohnungsfrage, Invalidenwesen, Fortbildung. Zum Schluß wurden die Mittel gezeichnet, um ein publizistisches Organ der Richtung zu schaffen, und unter der Redaktion des Dr. Nagel wurde die „Konkordia" ins Leben gerufen, die jahrelang als Sprachrohr der Kathedersozialisten diente.

Wie sich versteht, ist die Liste der Vorläufer einer zielbewußten berufsständischen christlichen Arbeiterbewegung mit Huber und Wichern nicht abgeschlossen. Erwähnung verdienen hier vor allem die katholischen Bahnbrecher, als erster, bedeutendster und durch seine große amtliche Stellung einflußreichster der Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler. Ketteler, geboren 1811, widmete sich zunächst der juristischen Laufbahn, ging erst als Regierungsreferendar zur Theologie über, wurde 1844 zum Priester geweiht. Das Jahr 1848 führte ihn in die Politik, er wurde ins Frankfurter Parlament gewählt. 1849 hielt er im Mainzer Dom sechs Predigten über die soziale Bedeutung des Christentums. 1850 wurde er Bischof, um nun sein sozialistisches Interesse in stärkster Weise zu betonen. Über 50 Bücher und Broschüren hat er verfaßt. Noch gegen Ende seines Lebens bezeichnete er die sozialpolitischen Aufgaben als „die großen und herrlichen Aufgaben der Zukunft," während „mich nichts mehr erschlafft und so recht eigentlich an der Seele flügellahm macht, als das Treiben aller jener, die von dieser Gotteskraft der Kirche nichts wissen wollen."

Weiter verdienen in der Liste der Vorläufer diejenigen verzeichnet zu werden, die von Gesichtspunkten der Inneren Mission

ausgingen, aber hier nicht Rettungsarbeiten an Elenden, Unglücklichen, Verkommenen, Entgleisten trieben, sondern für die Gesunden, Arbeitsfähigen, Normalen sorgten.

In dieser Hinsicht ist auf evangelischer Seite vorab zu nennen Professor Klemens Theodor Perthes in Bonn, der im Jahre 1854 die erste Herberge zur Heimat in Bonn begründete. Wir erwähnten schon, daß die Herbergen mit dem sinkenden Einfluß der Zünfte immer mehr sich jeder Kontrolle entzogen hatten und nur noch von den Herbergsvätern als Erwerbsquelle benutzt wurden. Unsittlichkeit und Unmäßigkeit waren allgemein. Perthes schrieb 1856 eine Schrift: „Das Herbergswesen der Handwerksgesellen" und gab damit den Anstoß zu einer großen Bewegung, in deren Folge nunmehr von den Freunden der Inneren Mission in Deutschland 462 christliche Herbergen eingerichtet wurden, die im Jahre 1905 nach der offiziellen Statistik 1 734 103 Wandergesellen Obdach geboten haben. Mit den Herbergen sind vielfach Heime verbunden, in denen Gesellen, die Stellung fanden, Kost und Logis gegen billiges Entgelt bekommen. Durchweg besorgt der Herbergsvater auch den Stellennachweis.

Ein Seitenstück zu Perthes im katholischen Lager war der „Gesellenvater" Adolf Kolping.

So wurde auch schon vor dem Jahre 1870 manche soziale Arbeit der Inneren Mission getan. Eine größere soziale Richtung gab es aber auf christlicher Seite nicht. Andrerseits war auch die Sozialdemokratie noch in den Kinderschuhen. Erst 1864 wurde von Lassalle der Allgemeine deutsche Arbeiterverein begründet, der den Keim der späteren Sozialdemokratie bedeutete. Aber es ist bekannt, einmal, daß Lassalle zunächst keineswegs die Absicht hatte, sich ganz vom Vaterlande loszusagen, und sodann, daß er auch Mühe genug hatte, mit seiner Agitation bei wirklichen Arbeitern Eingang zu finden. Durchgreifende Bedeutung gewann die Sozialdemokratie erst nach dem Kriege von 1870. Bis dahin hatte sie mehr als politische Kuriosität ihr Dasein gefristet.

---

## III. Staats- und Kathedersozialisten.

Die Arbeit der Vorläufer, einstweilen nur von wenigen verstanden, wurde unterbrochen durch den Krieg von 1870. In den Jahren 1870 und 1871 waren alle Gedanken des ganzen Volkes

hingenommen durch die großen Zeitereigniſſe, und wenn ganz vereinzelt auch ſchon damals unpatriotiſche Kundgebungen ſozialdemokratiſcher Führer laut wurden — das Volk in ſeiner Geſamtheit, keinen Stand, auch den Arbeiterſtand nicht ausgenommen, war von ehrlicher Entrüſtung über den dreiſten Friedensbruch der Franzoſen und von heiliger Begeiſterung erfüllt, das Vaterland zu verteidigen. Die ſozialdemokratiſchen Geſchichtsklitterungen, als ob Deutſchland damals und nicht Frankreich der Angreifer geweſen wäre, datieren aus ſpäterer Zeit und ſtehen in Zuſammenhang mit dem ſpäter hervorgetretenen Drang der Führer des Umſturzes, dem Volk ſeine Geſchichte und ſein Vaterland zu verleiden, und alle der Vaterlandsliebe günſtigen Tatſachen entweder zu beſtreiten, oder in ihr Gegenteil umzudrehen und zu deuteln. Wohl aber begann bald nach dem Kriege, zum Teil mit hervorgerufen durch die als Kriegskoſten von Frankreich bezogenen fünf Milliarden, eine wirtſchaftliche Entwicklung — die „Gründerära“ — der auch eine hohe ſozialgeſchichtliche Bedeutung beizumeſſen iſt. Einmal deshalb, weil ſie einen gewaltigen Aufſchwung der kapitaliſtiſchen Großproduktion bedeutete; dann aber, weil ſie auch äußerſt ungünſtig auf den ſittlichen Stand des Volkes einwirkte. Die Sucht reich zu werden, lockerte die alten Anſtands- und Ehrbegriffe der oberen Stände, und der leichte Verdienſt hoher Löhne verführte die Arbeiter, die mit dem höheren Einkommen nicht umzugehen verſtanden, zu Wohlleben und Vergeudung. Mit der beſſeren Lebenshaltung wuchſen ſofort auch die Anſprüche. Am 4. Oktober 1872 fand in Berlin ein Kongreß der deutſchen Tiſchlergeſellen ſtatt, der über Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit debattierte, wobei einige Redner bereits den Normalarbeitstag auf ſechs, andere ſogar auf fünf Stunden herabſetzen wollten. Der Reſt des Tages ſollte „dem geiſtigen Studium“ gewidmet werden.

Wir begegnen in dieſer Zeit zuerſt jener eigentümlichen ſozialdemokratiſchen Methode, die der erſtarkenden Partei bis heute als Kennzeichen geblieben iſt: Roheit der Sprache, Verneinung aller gangbaren Wege, Auflehnung gegen die Obrigkeit und Weigerung, irgendein anderes Intereſſe als das Arbeiterintereſſe als berechtigt anzuerkennen. Als Begleiterſcheinung der wilden Agitation kamen auch die erſten Verurteilungen der Männer vor, die allmählich unter den Arbeitern ſich zu Führern

aufgeworfen hatten. Bebel und Liebknecht, die damals noch nicht die autoritative Stellung, auch noch nicht das später in so hohem Maße erworbene Geschick besaßen andere hineinzulegen, selbst aber den Kopf rechtzeitig aus der Schlinge zu ziehen, fielen den Gerichten in die Hände. Beide wurden am 26. März 1872 wegen Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, Bebel außerdem am 4. Oktober zu neun Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.

Begann aber die Sozialdemokratie rührig zu arbeiten, so waren auch die christlichen Kreise nicht müßig. Vom 1. bis 3. Oktober trat in Halle a. S. der 16. Evangelische Kirchentag zusammen. Auf diesem Kongreß referierte über „das Verhältnis der Kirche zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage" Professor v. d. Goltz-Königsberg. Referent ging aus von dem Satz, daß die Kirche zur Mitwirkung an der Lösung der Frage so berechtigt, als verpflichtet sei. Im allgemeinen wird — so hieß es in den Thesen — die Kirche 1. das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern haben; 2. das Familienleben veredeln; 3. die geistige und sittliche Bildung heben; 4. soweit das überhaupt in ihrer Aufgabe liegt, die materielle Lage der Arbeiter verbessern.

Auf eben diesem Kirchentag traten auch bereits jene rein kirchlichen Tendenzen zutage, welche fortlaufend die sozialen Bestrebungen begleitet haben, das Streben nach Verselbständigung der evangelischen Landeskirchen und ihre, sei es völlige, sei es wenigstens größere Loslösung vom Staat. Nach einem Referat des gew. Staatsministers von Bethmann-Hollweg erklärte es der Kirchentag „für das dringlichste kirchliche Bedürfnis der Gegenwart, daß die evangelische Kirche dem Staate gegenüber sich selbständig verfasse und rein kirchliche Organe der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten aus sich erzeuge." Über die Stellung der Kirche zum Staat referierte Professor Baur aus Leipzig. Der Kirchentag erklärte sich für eine Neugestaltung der evangelischen Kirche im neuen Reich, d. h. für eine „Loslösung der Kirche aus ihrer bisherigen, die freie Entfaltung und selbständige Organisation ihres eigentümlichen Lebens hemmende Abhängigkeit von dem paritätisch gewordenen Staat."

Sozial bedeutsamer als dieser Kirchentag war der Kongreß der Katheder-Sozialisten. Dieser tagte am 6. und 7. Oktober

in Eisenach. Man verhandelte über Fabrikgesetzgebung, Koalitionsrecht, Gewerkvereine und Schiedsgerichte.

Zur Fabrikgesetzgebung forderte der Referent, Professor Brentano, eine „wirksame Ausführung durch ständige Amtsorgane."

Es ist interessant schon hier in den ersten Anfängen der sozialen Bewegung den Gegensatz zu beobachten von nützlicher politischer Arbeit und lärmender, aber nutzloser Agitation. Während die Führer der Sozialdemokratie wohlverdiente Strafen für Beleidigung und Beschimpfung im Gefängnis absaßen, formulierten Vertreter der Wissenschaft und der Inneren Mission die Forderung des Fabrikinspektors, d. h. einer Einrichtung, die bald verwirklicht wurde und sich als ganz besonders segensreich im Interesse des Arbeiterstandes erwiesen hat.

Zum erstenmal in diesem Jahre rührten sich auch die Handwerker gegen das Überhandnehmen der Sozialdemokratie. Vom 25. bis 27. September wurde in Dresden der erste allgemeine deutsche Handwerkertag abgehalten. 262 Delegierte vertraten 63221 selbstständige Handwerker. Alle waren der Ansicht, daß man dem Vordringen der Sozialdemokratie einen Damm entgegensetzen müsse. Zu diesem Zweck wurde eine Organisation mit Berlin als Vorort geschaffen. Wenn diese Organisation von ihren Forderungen im Lauf der Jahre, trotz eifriger Agitation, wenig durchgesetzt hat, so lag das daran, daß der Stand numerisch zu schwach war, um wirksame parlamentarische Vertretung im Reichstag zu gewinnen.

Im Jahre 1873 trat der unfruchtbare Radikalismus der Sozialdemokratie noch schärfer hervor. Die „Arbeiterpartei" (Bebel-Liebknecht), die damals noch im Gegensatz zum „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" (Hasenclever) stand, tagte am 24. und 25. August in Eisenach und legte sich dort auf der bis heute befolgten Taktik fest, unter keinen Umständen mit irgend einer anderen Partei sich zu verbünden.

Das Jahr 1874 brachte dem Reichstag die erste sozialpolitische Vorlage. Am 5. Februar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in der sich folgende Ankündigung fand: „Eine Novelle zur Gewerbeordnung, welche Ihnen vorgelegt werden wird, soll die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Gerichte, deren Mitglieder aus beiden Lebenskreisen entnommen sind, in einem einfachen,

von jeder lästigen Form befreiten Verfahren sichern. Sie soll ferner Vorsorge gegen die Nachteile treffen, mit welchen die öffentliche Ordnung und die nationale Arbeit durch rechtswidrige Einwirkungen auf den freien Willen der Arbeiter und durch den rechtswidrigen Bruch geschlossener Verträge bedroht wird."

Am 19. Februar fand die erste Lesung dieser Novelle statt. Der Sozialdemokrat Hasselmann erklärte die Bestrafung des Kontraktbruchs als „Kriegserklärung gegen den Arbeiterstand." Auch Schultze-Delitzsch und Lasker sprachen dagegen. Der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen.

Der Versuch, Gewerbegerichte zu schaffen, blieb zunächst erfolglos und konnte erst 1890 durch ein Gesetz verwirklicht werden, das 1901 eine neue Fassung bekam und in dieser Form seit dem 1. Januar 1902 in Kraft ist. Hauptstreitpunkt der Novelle war zunächst der Kontraktbruch, bzw. seine Strafbarkeit. Die Katheder-sozialisten sprachen sich am 11. Oktober in Eisenach für Bestrafung aus. Dagegen beschlossen die katholischen Christlich-Sozialen, die am 14. Oktober in München tagten, daß „die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs verwerflich" sei. Hierbei muß erwähnt werden, daß in vielen Industrien die vormals langen Kündigungsfristen bereits derart zusammengeschrumpft waren, daß der ganze Begriff des Kontraktbruchs kaum noch vorhanden war.

Um diese Zeit begann die Bildung der konfessionellen katholischen Arbeitervereine. Ein am 20. Oktober zusammengetretener Kongreß schlesischer Katholiken beschloß, neben den schon bestehenden Gesellenvereinen auch „christlich-soziale Arbeitervereine" zu errichten.

Am 19. Mai wurde der Sozialdemokrat Most wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (§ 130 Str. G. B.) zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Jahre 1875 wurde vom 23. bis 26. Mai ein Kongreß der Sozialdemokraten in Gotha abgehalten, behufs Vereinigung der getrennten beiden Gruppen; es waren 15 322 Lassalleaner und 9121 Eisenacher (Bebel-Liebknecht) vertreten. Man einigte sich unter dem Namen: „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands".

Als Hauptgrundsatz des Programms wurde proklamiert: „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Ar-

beiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen." Man forderte nun „sozialistische Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes." Aus ihnen soll „die sozialistische Gesamtorganisation der Arbeit" hervorgehen. Eine einheitliche Organisation wurde geschaffen mit Vorstand, Ausschuß und Kontrollkommission.

Am 5. November begann im Reichstag die erste Lesung des Gesetzes betr. die gegenseitigen Hilfskassen der Arbeiter. Schulze-Delitzsch, Bebel, Oppenheim und Moufang sprachen gegen die Vorlage, die an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen wurde. In der Folge wurden zwei Reichsgesetze verabschiedet, vom 7. April 1876 und 8. April 1876, die aber von der Versicherungsgesetzgebung des nächsten Jahrzehnts wiederum überholt wurden.

Im Jahre 1876 setzte die Sozialdemokratie ihre Politik des „Alles oder gar nichts" fort. Man beschloß auf dem Kongreß in Gotha (24. August), 1. der Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, „fremd" gegenüber zu bleiben; 2. die Verstaatlichung der Eisenbahnen abzulehnen, weil die Regierung „ein neues Übergewicht im volksfeindlichen Sinn" erlangen werde; 3. zur Frage, ob Schwurgerichte, Schöffengerichte oder juristische Berufsrichter, stellte man fest, daß „im Klassenstaat keine Form der Gerichtsverfassung Recht und Gerechtigkeit verbürgen kann."

Im Sinne einer solchen absolut unfruchtbaren Radikalpolitik wirkte die Sozialdemokratie nun weiter, sammelte durch Wirkung des Standesbewußtseins auch widerstrebende Arbeiter, die weder kirchenfeindlich noch staatsfeindlich gerichtet waren, in immer steigender Zahl um sich und vermehrte bald durch Einschüchterung der Furchtsamen, bald durch Überredung der stumpferen Elemente, die Wählerscharen, die vielfach, ohne selbst bewußt sozialdemokratisch zu sein, sich doch als Mitläufer gebrauchen ließen und bewußte Umstürzler in die Parlamente schickten.

Da wurde dann, angesichts des immer weiter fressenden Krebsschadens, im Jahre 1878 der erste Versuch gemacht, aus dem Arbeiterstande heraus die christlichen und königstreuen Elemente zu einer staatserhaltenden Arbeiterpartei im Gegensatz zur staatszerstörenden Sozialdemokratie zu sammeln. Der Mann aber, der diesen Versuch wagte, war der königlich preußische Hofprediger Adolf Stöcker.

Freilich war diesem Versuch ein literarisches Ereignis vorangegangen, das am letzten Ende auch von Stöcker veranlaßt, doch die Bildung einer zugleich christlichen und sozialen Arbeiterpartei erst möglich gemacht hatte: das Erscheinen von Rudolf Todts Buch: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. Versuch einer Darstellung des sozialen Gehaltes des Christentums und der sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft, auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments". Dieses Buch erregte bei seinem Erscheinen ein ganz gewaltiges Aufsehen und ist der christlichen Arbeiterbewegung zugute gekommen, nicht so sehr durch die Darlegungen, die es brachte, und die, wie es bei ersten Versuchen zu sein pflegt, zum Teil anfechtbar waren, sondern durch die Erregung, die es in kirchlichen Kreisen schuf. Es stellte die evangelische Theologie vor ganz neue Aufgaben. Hatte man bisher neben der Dogmatik die Ethik fast ausschließlich nach Seite der Einzelperson behandelt — Todt forderte und gab eine Sozial-Ethik. Weiter rüttelte er die bequemen und fatalistischen Christen auf, die bereit waren, sich über die schwersten irdischen Mißstände leicht zu trösten, wenn der Druck dieser Mißstände nicht auf ihnen selbst, sondern auf anderen lastete. Hin und her im Lande auf Synoden und kirchlichen Konferenzen hielt Todt Vorträge über Christentum und Sozialpolitik und wirkte für die Überzeugung, daß die Christenheit in dem großen Abfall der Sozialdemokratie nicht nur eine menschliche Bosheit zu erkennen habe, die zu strafen sei, sondern einen Ruf zur Buße und besonders auch eine Anklage wider die Besitzenden wegen viel Lieblosigkeit und Pflichtversäumnis. Wie sich versteht, fand Todt auch starken Widerspruch aus den verschiedensten Richtungen: zum Teil berechtigten Widerspruch, da seine Kritik der Sozialdemokratie eine viel zu milde war und die Gefahr einer immerhin ungewollten Förderung in sich schloß; zum Teil unberechtigte Ablehnung, die bald aus pietistischen Bedenken, bald aus Übergeistlichkeit, bald aus dogmatischer Einseitigkeit hervorging, gar nicht zu reden von den Feinden alles Christentums, die eine Einmischung des evangelischen Pfarrers in das damals vom jüdisch-orientierten Liberalismus beherrschte politische Leben (Lasker, Bamberger, Oppenheim) als ungeheuerliche Anmaßung betrachteten.

Auf Todts Betreiben bildete sich am 5. Dezember 1877 ein „Zentralverein für Sozialreform" mit dem literarischen Organ

„Der Staatssozialist". Den ersten programmatischen Aufsatz dieser Zeitschrift schrieb Professor Adolf Wagner, der bedeutendste Nationalökonom der Berliner Hochschule, der mit außerordentlicher Gelehrsamkeit und ernster sittlicher Lebensauffassung ein sehr gesundes Urteil und zündende Beredsamkeit verband, freilich auch ein lebhaftes Temperament, das ihm einerseits viel Gegnerschaft schuf, andrerseits auch begeisterte Anhängerschaft, zunächst in der studierenden Jugend, dann aber auch im Arbeiterstande — wenigstens in seinen besseren Elementen.

Wagner, der von Anfang an die Kongresse der Kathedersozialisten bezogen und mit den hier führenden Männern Fühlung gewonnen hatte, gab nun im „Staatssozialist" auf die Frage „Was ist Sozialismus?" die Antwort, daß er die schärfste Reaktion gegen den absoluten Individualismus des Adam Smith sei und seinem Wesen nach durchaus nicht mit Demokratie, Republikanismus und Materialismus verknüpft zu sein brauche. Ein Kampf gegen das kapitalistisch ausgestaltete Privatrecht sei durchaus berechtigt.

Wagners Beteiligung an der christlichen Arbeiterbewegung war um so bedeutsamer, als er schon damals das Rausche Lehrbuch der Nationalökonomie neu herausgegeben und speziell gegenüber der liberalen Schule, die den ganzen Produktionsvorgang einer individualen Betätigung zuwies, sehr maßvolle und wohlüberlegte Grenzen für Einzelwirtschaft und Gemeinwirtschaft gezogen hatte. Es war mit Wagners Verdienst, wenn die Fiktion, als ob der Kapitalist und der einzelne nur auf sich selbst gestellte Arbeiter gleichwertige Kontrahenten beim Abschluß des Arbeitsvertrages seien, immer gründlicher zerstört wurde.

Aber weder dem neuen Verein, noch seinem Organ war ein langes Leben beschieden. Das Blatt suchte und fand seine Leser in christlich-konservativen Kreisen. Die Redaktion, in der ersten Zeit Rudolf Todt selber, blieb nicht auf der wissenschaftlichen Höhe Wagners, sondern ging mit einem gewissen schonungslosen Radikalismus vor und verscheuchte damit die kaum gewonnenen Leser. An die Arbeiterwelt ist das Blatt nie herangekommen. Ein kleiner Rest von Lesern wurde schließlich der von Martin von Nathusius und Dietrich von Oertzen geleiteten „Konservativen Monatsschrift" überwiesen. Diese und die vom Professor Meßmer in Berlin herausgegebene „Evangelische Kirchen-

Zeitung", deren Mitarbeiter Stöcker war, waren jahrelang neben den liberalen „Preußischen Jahrbüchern" die einzigen für größeren Leserkreis bestimmten Zeitschriften, die Verständnis für soziale Probleme zu verbreiten suchten. Denn die treffliche Zeitschrift der Kathedersozialisten, die vom Hamburger Gewerbekammersekretär Nagel redigierte „Konkordia", mußte bereits im Jahre 1877 aus Mangel an Beteiligung ihr Erscheinen einstellen.

## IV. Begründung der christlich-sozialen Partei.

Der Begründer der christlich-sozialen Partei und in den folgenden drei Jahrzehnten unbestritten die geistig bedeutendste führende Persönlichkeit der christlichen Arbeiterbewegung ist Hofprediger Stöcker.

Adolf Stöcker, als Sohn eines Wachtmeisters in Halberstadt geboren, besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt, wuchs unter Entbehrungen in schwerem Kampf ums Dasein heran, studierte Theologie und rang sich, von pietistischen, aber dabei gut kirchlichen Kreisen angeregt, zu einem lebendigen tatkräftigen Glauben durch.

Seine erste Pfarre war eine Landstelle in der Provinz Sachsen. Dann war er Divisionspfarrer und Direktor einer Mädchenschule in Metz. Von Metz wurde er als Hof- und Domprediger nach Berlin berufen; mit ihm am Dom wirkten Kögel, Baur und Schrader.

Bis Stöcker nach Berlin kam, hatte er sich kaum um wirtschaftliche und politische Fragen gekümmert, eine bestimmte Parteistellung nicht eingenommen. Über die Gründe, die ihn antrieben, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, hat er sich immer wieder dahin ausgesprochen, daß es die Erfahrungen der pfarramtlichen Seelsorge gewesen seien, die ihn mobil gemacht. Stöcker traf in der Berliner Gemeinde Arbeiter, die jeder religiösen Einwirkung unzugänglich waren, und zwar unzugänglich durch den politischen Bann, der auf ihnen lag. Die Überzeugung drängte sich ihm auf, daß die kirchliche Arbeit ganz andere Fortschritte machen müßte, wenn es gelänge, den Parteibann zu brechen. Um dies Ziel zu erreichen, war aber ein Studium der wirtschaftlichen und sozialen Fragen nötig, aus denen die Sozial-

demokratie ihre Fäden spann, und ein Versuch, die radikalen und utopischen Behauptungen und Versprechungen der demokratischen Parteiführer auf ihrem eigenen Gebiet als hinfällig zu erweisen. Weiter galt es, darüber Klarheit zu gewinnen, inwieweit die Sozialdemokratie nicht nur politisches System sei, sondern mit einer materialistischen Welt- und Lebensanschauung in ursächlichem Zusammenhang stehe.

Über die Gründung der christlich-sozialen Partei geben wir Stöcker selbst das Wort. In der Einleitung des Sammelwerkes „Christlich-Sozial" schreibt er:

„Vier Wochen nach der Stiftung des Vereins für soziale Reform wurde mit der Begründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei ein erster Schritt in das praktisch-politische Leben hinein getan. Es war ein offenbarer Fehler, daß aus den konservativen und kirchlichen Kreisen niemand die Aufgabe angerührt hatte, eine organische Gegenwirkung gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen. Wohl hatten Geistliche in Nord und Süd unseres Vaterlandes hin und wieder den anerkennenswerten Versuch gemacht, in sozialdemokratische Versammlungen zu gehen und dort das Wort des Evangeliums, die Grundsätze einer gesunden sozialen Gemeinschaft, zu verkündigen; sie waren hier ausgepfiffen, dort mit Beifall empfangen, hatten zuweilen Eindruck, meist aber Fiasko gemacht. Auf die sozialdemokratische Bewegung blieben diese vereinzelten Angriffe ohne jeden Einfluß; es war eben nötig, der dauernden Organisation des sozialen Umsturzes eine dauernde Organisation der sozialen Hilfe entgegenzustellen. Dieser Gedanke schwebte mir vor, als ich die Begründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei überlegte und unternahm."

Die entscheidende Versammlung fand am 3. Januar 1878 statt. Stöcker hatte als Mithelfer aus Arbeiterkreisen den Schneider Grüneberg angeworben und durch diesen mittels Plakate an den Säulen eine Volksversammlung einberufen lassen. Als Zweck war angegeben: „Begründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei." In der Versammlung erschien der sozialdemokratische Generalstab, den Buchbinder Most an der Spitze, und riß sofort den Vorsitz an sich. Nach einer ersten Ansprache Grünebergs, die unglücklich verlief und nur Gelächter hervorrief, meldete sich Stöcker zum Wort: „Es war eine der größten Stunden meines Lebens, die nun folgte."

Ein Freund Moſts, der an jenem Abend zuhörte, den Antrieb zur Umkehr empfing und Chriſtlich-Sozialer wurde, ſchildert die Szene folgendermaßen: „Die Situation änderte ſich ſofort, als Grottkau, der Präſident der Verſammlung, mit nachdrücklicher Betonung folgendes erklärte: Seither mußte man meinen, man habe mit der Verſammlung Komödie ſpielen wollen. Jetzt aber hat ſich ein Vertreter der theologiſchen Wiſſenſchaft, Herr Hofprediger Stöcker, zum Wort gemeldet. Die Ehre der ſozialdemokratiſchen Partei erfordert es, daß Sie dieſen Gegner lautlos anhören. Unter geſpannteſter Aufmerkſamkeit der Verſammlung beſtieg nun Stöcker das Podium. Sein Blick überflog die Verſammlung — dann begann er zu ſprechen, etwas bebend anfangs zwar, aber mit klarer und bald völlig ſicherer Stimme. Er ſprach einfach, mild, aber ernſt und eindringlich, vom Herzen zum Herzen, jedem verſtändlich — und nicht lange dauerte es, und er hatte manche dieſer Herzen, die unter dem Arbeitskittel und einer rauhen äußeren Hülle oft weicher und für alles Rechte und Gute empfänglicher klopfen, als man es wohl vermeint, erreicht, gefangen."

Es wurden zunächſt einzelne Beifallsrufe laut, allmählich immer mehr, und als Stöcker mit den Worten ſchloß „Ich meine es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterſtande, ſo wahr mir Gott helfe", war der Beifall ſtärker als der Widerſpruch.

Wie ſich verſteht, hielt nun Moſt eine wilde Gegenrede und verſtand es auch, ſeine Anhänger neu zu fanatiſieren und viele Schwankende wieder umzuſtimmen. Aber das Eis war nun doch gebrochen, und ein kleiner Stamm von Getreuen geworben. Stöcker hielt von dieſer Zeit an regelmäßig öffentliche Verſammlungen ab, in denen ſein Anhang mit der Zeit ſo wuchs, daß er ſich ſozialdemokratiſcher Störungsverſuche leicht zu erwehren vermochte. Die Sozialdemokratie unter Moſts Führung begann nun eine heftige Agitation gegen Kirche und „Pfaffen" und verſuchte ſeine Gefolgſchaft zum Austritt aus der Kirche zu bewegen, erlitt aber mit dieſer Austrittsbewegung ein vollſtändiges Fiasko.

Eine der erſten Handlungen der jungen Partei war die, daß ſie ſich ein Programm gab, das Stöcker mit ſeinen nationalökonomiſchen Freunden ausgearbeitet hatte. Das Programm lautete:

## Allgemeine Grundsätze.

I. Die christlich-soziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland;
II. Sie verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch;
III. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die notwendigen praktischen Reformen anzubahnen.
IV. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen reich und arm und die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit.

## Einzelne Forderungen.

### I. An die Staatshilfe.

### A. Arbeiterorganisation.

1. Herbeiführung obligatorischer, fachlich geschiedener, aber durch das gesamte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend Regelung des Lehrlingswesens;
2. Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte;
3. Errichtung von obligatorischen Witwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Altersversorgungs-Rentenkassen;
4. Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber;
5. Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden kontraktlichen Verbindlichkeiten;
6. Staatliche Kontrolle des fachgenossenschaftlichen Kassenwesens.

### B. Arbeiterschutz.

1. Verbot der Sonntagsarbeit. Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheirateten Frauen in Fabriken;
2. Normalarbeitstag, modifiziert nach Fachgenossenschaften.
3. Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutzgesetze; bis zur Erreichung dieses Zieles ausreichender Schutz der nationalen Arbeit;

4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen und Wohnungen;
5. Wiederherstellung der Wuchergesetze.

C. Staatsbetrieb.

1. Arbeiterfreundlicher Betrieb des vorhandenen Staats- und Kommunaleigentums und Ausdehnung desselben, soweit es ökonomisch ratsam und technisch zulässig ist.

D. Besteuerung.

1. Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung;
2. Progressive Erbschaftssteuer bei größerem Vermögen und entfernteren Verwandtschaftsgraden;
3. Börsensteuer;
4. Hohe Luxussteuern.

II. An die Geistlichkeit.

Die liebevolle und tätige Teilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles sowie auf die sittlich-religiöse Hebung des gesamten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Klassen.

Ein bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden, speziell durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, durch tunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. Von der Selbsthilfe.

A. Freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisationen als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war;
B. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.

Wenn man dies Programm jetzt rückblickend erwägt, so muß man zugestehen, daß es eine ausgezeichnete Leistung war. Die Forderungen, die es enthielt, haben den Inhalt der gesetz-

geberischen Arbeit von 30 Jahren ausgemacht. Und wenn einzelne Forderungen noch nicht erfüllt sind, wie die obligatorischen, das ganze Reich überspannenden Fachgenossenschaften, so kann man nur beklagen, daß sich kein Staatsmann gefunden hat, die bestehende Lücke zu füllen. Damals aber war alles zu neu. Die meisten erschraken. Das Programm, wie das ganze Vorgehen des Hofpredigers Stöcker fanden in der deutschen Presse viel ablehnende Kritik. Zugunsten der Christlich-Sozialen trat fast nur der konservative „Reichsbote" ein und einige kleinere konservative Blätter, auch die Sonntags- und Kirchenblätter nur vereinzelt. Im ganzen war die herrschende Stimmung eine ablehnende. Die liberalen Blätter, soweit sie in Berlin erschienen, fast nur von jüdischen Redakteuren bedient, bemühten sich, eine Überlegenheit zur Schau zu tragen, die dergleichen lächerliche Parteibildung nicht ernst nehmen könne. Mit Spott und Feindseligkeiten wurde nicht gespart.

Gleichwohl wuchs die Bewegung. Aber sie hatte schon am Anfang ihres Bestehens schwere Proben zu bestehen. Am 11. Mai und 2. Juni ihres Geburtsjahres fanden die beiden Attentate von Hödel und Nobiling statt, und der antichristliche und antisoziale Fanatismus der liberalen und freisinnigen Presse scheute nicht davor zurück, die neue christlich-soziale Partei für die Schandtaten der Meuchelmörder verantwortlich zu machen. Das jüdische „Berliner Tageblatt" klagte die „evangelische Orthodoxie" an; andere liberale Blätter erwogen, ob nicht die Lehrfreiheit der Kathedersozialisten zu beschränken sei. Sollte ein Sündenbock gesucht und gefunden werden, so war die Linke viel mehr geneigt, die Schuld bei der Rechten zu finden, als bei der Sozialdemokratie oder gar bei sich selbst. Die Regierungspresse schlug einmal wieder religiöse Töne an, aber von wirklicher Einsicht in die eigene schwere Schuld war keine Rede. Diese Schuld aber hatte darin bestanden, daß man in einem Kampf gegen die katholische Kirche, dem sog. Kulturkampf, sich mit allen irreligiösen Mächten verbündet hatte, um den Sieg davonzutragen. So gewann man auch jetzt noch nicht die Überzeugung der Notwendigkeit von einer inneren Einkehr und Umkehr, sondern man faßte nur die mechanische Unterdrückung der aufrührerischen und anarchistischen Bestrebungen ins Auge.

Darauf allerdings ging man aus. Der alte Reichstag wurde aufgelöst, ein neuer gewählt, und die nun gewonnene Mehrheit

erwies sich bereit, ein energisches „Sozialistengesetz“ zu erlassen. Nach kurzer Beratung kam es zustande und fügte der sozialdemokratischen Partei und Agitation zunächst einmal starken Schaden zu. Man versuchte, Vereine und Zeitungen aufrecht zu erhalten, aber was blieb, hatte für die Aufrührer keinen Wert. Zuwiderhandelnde wurden rücksichtslos verurteilt. Zahllose Ausweisungen führender Persönlichkeiten erfolgten. Bis Ende des Jahres 1878 wurden infolge des Sozialistengesetzes 189 sozialistische Vereine, 58 periodische und 200 nichtperiodische Druckschriften verboten und 62 Sozialistenführer aus Berlin und Umgegend ausgewiesen. Die offene Agitation verschwand von der Bildfläche. Die Regierung versuchte auch die Reichstagsabgeordneten Fritzsche und Hasselmann zu verhaften. Dies lehnte aber der Reichstag ab.

Die „christlich-soziale Arbeiterpartei“ blieb von den neuen gesetzlichen Maßregeln unberührt. Man ließ sie gewähren. An jedem Freitag Abend wurden stark besuchte Volksversammlungen abgehalten, in denen Stöcker die ganze Kraft seiner populären Beredsamkeit entfaltete und besonders durch goldenen Humor sich Freunde zu gewinnen, durch Witz und Satire sich bei den Gegnern in Respekt zu setzen wußte.

Freilich wurde von vornherein die „Berliner Bewegung“, die sich aus den Freitagsversammlungen entwickelte, etwas anderes, als was Stöcker eigentlich beabsichtigt hatte. Bei den Arbeitern erwies sich der sozialdemokratische Druck stärker als die bessere Überzeugung der anfänglich Gewonnenen. Nur einzelne, bei denen schon ein fester christlicher Charakter vorhanden war, blieben treu, die Mehrzahl fiel wieder ab. Gewonnen wurde von Stöcker vorzugsweise der Mittelstand, vorab die Handwerker, die unter dem Wettbewerb der Großindustrie litten; mobil gemacht wurden die christlichen und konservativen Oberschichten, die sich bis dahin passiv verhalten hatten, weil sie in Berlin jeden Kampf mit Freisinn und Sozialdemokratie bis dahin für aussichtslos gehalten hatten. In diesen Schichten wurde nun Christentum und religiöse Gesinnung mit Wärme gepflegt, die vaterländische Begeisterung gestärkt, vor allem aber auch Verständnis geweckt für eine gesunde Behandlung aller sozialpolitischen Fragen.

## V. 1879. Wirtschaftspolitik. Verstaatlichung.

Das Jahr 1879 bezeichnet für die gesetzgeberische Behandlung der sozialen Fragen kaum einen Fortschritt. Nicht die sozialen, sondern die wirtschaftlichen Fragen standen um diese Zeit noch im Vordergrund, einmal im Reiche der Schutz der nationalen Arbeit durch Zölle, sodann in Preußen die vom Minister Maybach durchgeführte Verstaatlichung der Eisenbahnen, der auch in anderen Bundesstaaten Verstaatlichungen parallel liefen.

Am 12. Februar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher der Kaiser dem Reichstage dankt, daß er „im Wege des Gesetzes einer gegen die Grundlagen unseres staatlichen und Kulturlebens gerichteten Agitation" Einhalt getan habe. Soziale Vorlagen werden aber nicht in Aussicht gestellt, sondern nur wirtschaftliche.

Bedeutsam dagegen ist es, daß in diesem Jahre zuerst die Altersversicherung der Arbeiter ihrer Verwirklichung um einen vorbereitenden Schritt näher rückte. Kein anderer als der Mann, der sich später durch seine leidenschaftliche „Scharfmacherei" um allen politischen und moralischen Kredit brachte, der Reichstagsabgeordnete Stumm, stellte am 13. Februar einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, betr. die Einführung obligatorischer, nach dem Muster der Knappschaftsvereine einzurichtender Altersversorgungs- und Invalidenkassen für alle Fabrikarbeiter. Stumm wird sich ja die Sache anders gedacht haben, als sie später wurde. Immerhin kann man ihm die Priorität der Anregung nicht bestreiten. Die zur Beratung dieses Antrags eingesetzte Kommission beschloß am 1. April mit neun gegen fünf Stimmen, den Reichskanzler um entsprechende Vorlage zu ersuchen, mit der Modifikation, daß nicht nur die Arbeiter allein, sondern auch ihre Witwen und Waisen versorgt werden sollten. Der Regierungskommissar war damals noch energisch gegen diese Reform. Trotzdem liegt hier der Grundstein für den späteren großen Versicherungsbau des Deutschen Reiches.

Das Sozialistengesetz wurde nun Schritt für Schritt durchgeführt. Eine Zusammenstellung aller auf Grund desselben bis zum 30. Juni bekannt gemachten Verbote ergibt, daß betroffen wurden 217 Vereine, 147 periodische Druckschriften, 278 nichtperiodische, 5 Kassen. Trotzdem erkannte man, daß eine Organi-

sation fortbestand und Druckschriften fortwährend aus England eingeschmuggelt wurden.

Auch aus manchen anderen Anzeichen ergab sich sehr bald, daß aller äußeren Unterdrückung zum Trotz die innere Kraft der Umsturzpartei ungebrochen war. Eine erste Probe auf die Wirkungen des Sozialistengesetzes war die Reichstagsnachwahl, die am 4. Februar in Breslau stattfand. Nationalliberale und Fortschrittler hatten gemeinsam den jüdischen Justizrat Freund aufgestellt; die Konservativen den Bankier v. Wallenberg; die Sozialdemokraten den Agitator Kräcker. Allgemein wurde eine gründliche Niederlage des letzteren erwartet, sogar von den eigenen Parteigenossen. Die Behörden hatten alle Wühlerei der „Roten" gänzlich unterdrückt, zeitweise sogar den Kandidaten verhaftet und eingesperrt. Aber trotzalledem kam Kräcker mit 5000 Stimmen in die Stichwahl, in der er dann freilich unterlag. Im Sommer fand noch einmal Ersatzwahl in Breslau statt, und nun siegte am 18. Juli der Sozialdemokrat Hasenclever über den Nationalliberalen mit 7589 gegen 6390 Stimmen. Am 23. Dezember fand eine Nachwahl zum Reichstag in Magdeburg statt. Hier bekam der Sozialdemokrat Viereck über 7000 Stimmen. Freilich erlag er dem Gegner, der 1148 Stimmen mehr hatte. Aber das Ergebnis wirkte doch erschreckend. „Es zeigt," — schrieb damals ein bekannter konservativer Publizist — „daß sich die Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes nicht nur behauptet, sondern sogar positive Fortschritte macht." Nicht besser gingen die Dinge im Königreich Sachsen. Am 9. September offenbarten die Landtagswahlen einen starken Erfolg der Sozialdemokratie. Alles war ratlos. „Ein saft- und kraftloses Projekt jagt das andere."

In Berlin verlängerte am 27. November der Bundesrat den kleinen Belagerungszustand über Berlin auf 1 Jahr.

Die christlich-soziale Arbeiterpartei trieb das ganze Jahr hindurch ihre Propaganda unermüdlich weiter. Etwas Neues kam insofern hinzu, als Stöcker am 19. September zum ersten Male die Judenfrage grundsätzlich anschnitt und dem in Berlin übermächtigen und übermütigen Judentum den Handschuh hinwarf. Er forderte die Juden auf, „etwas bescheidener" und „etwas toleranter" zu werden. Soweit die grundsätzliche Behandlung der Judenfrage durch das Gesetz in Betracht kam, stellte Stöcker einige allgemeine und einige besondere Forderungen auf. Die

allgemeinen waren Reform des Hypothekenrechts, des Börsen- und Aktienwesens. Die speziellen: Wiedereinführung einer konfessionellen Statistik, Einschränkung der Anstellung jüdischer Richter auf die Verhältniszahl der Bevölkerung, Entfernung der jüdischen Lehrer aus den Volksschulen.

Diese Einbeziehung der Judenfrage in die Parteibewegung der Christlich-Sozialen war von großer Bedeutung für ihre fernere Entwicklung. Die antisemitische Kritik kam einer ganz gewaltigen Mißstimmung in der Berliner Bevölkerung entgegen, die das Judentum durch rücksichtslose Ausnutzung seiner starken wirtschaftlichen Machtstellung erregt hatte, durch Lohndrückerei und Wucher in allen seinen Formen. Bis dahin hatten die Funken nur unter der Asche geglommen, die Ausgebeuteten hatten die Faust nur in der Tasche gemacht. Jetzt trat ein Mann auf, der mit wunderbarer volkstümlicher Beredsamkeit das aussprach, was alle dachten, den Bedrückten und Duldenden das Wort von den Lippen nahm und ihre Klagen formulierte. Das zündete. Die Bewegung nahm durch den antisemitischen Einschlag einen unerwarteten und schnellen Aufschwung.

Allerdings zeigten sich bald auch die Gefahren, die der Kampf gegen das Judentum mit sich führte. Es drängten sich Leute an die Christlich-Sozialen heran, denen das Christliche und das Soziale Nebensache, der Antisemitismus dagegen die Hauptsache war. Redegewandte, agitatorische Naturen, an denen es in Berlin nie fehlt, traten auf den Plan, kultivierten ganz einseitig die Judenfrage, mit der sich in jeder Volksversammlung Beifall erzielen ließ, und erzeugten jene Abart des Antisemitismus, der den bedenklichen Namen des „Radau-Antisemitismus" bekam. Stöcker war stets bemüht, diesen falschen „Rassen"-Antisemitismus und seine oft höchst unchristliche und lieblose Jüngerschaft von den Christlich-Sozialen abzuwehren. Aber die Wahlbewegungen, in denen alles zusammengehen mußte, was antifortschrittlich und antisozialdemokratisch war, erzeugten doch engere Berührungen, als man um der Qualität der christlich-sozialen Partei willen hätte wünschen mögen. Besonders konnte nicht verhindert werden, daß von Fernstehenden die beiden Gruppen identifiziert wurden. Wenn die Antisemiten in immer neuen Splittern sich von der Berliner Bewegung absonderten, so gab das ja oft unliebsamen Zwist. Aber es reinigte auch die Luft und machte es Stöcker leichter, die Partei nach der religiösen Seite

hin zu pflegen. In der Tat hat Stöcker gerade nach dieser Seite hin Außergewöhnliches erreicht. Es ist nicht zu viel gesagt, daß seine Arbeit auch eine Evangelisation größten Stiles gewesen ist, wie sie mit gleichem Erfolge und gleicher Kraft kein anderer Evangelist jemals getrieben. Nach der kirchlichen und christlichen Seite hin ist Berlin von Stöcker völlig umgestaltet worden. Vor seinem Auftreten waren die Christen eine kleine verschüchterte Herde, die gar nicht wagen konnte, öffentlich aufzutreten. Aus der Berliner Bewegung blühte ein überaus reiches kirchliches und christliches Vereinsleben auf, ohne welches eine positive Mehrheit in der Stadtsynode und der Kampf gegen die Kirchennot gar nicht denkbar gewesen wäre.

Leider gehörte zu denen, welche die Berliner Bewegung ganz falsch einschätzten, auch der preußische Oberkirchenrat. Am 20. Februar erließ diese Behörde eine Ansprache an die Geistlichen und Gemeindekirchenräte der evangelischen Landeskirche. In diesem Aktenstück, das in seinem Eingang allerlei ganz zutreffende Mahnungen enthält, heißt es dann weiter: „Kaum etwas hat den Einfluß der amtlich organisierten Kirche nicht nur in den höher gebildeten Kreisen so geschädigt, als der von verschiedenen Seiten unternommene Versuch, die Kirche, ihr Bekenntnis und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu gebrauchen.“ Sehr ausführlich wird dann auf die christlich-sozialen Bestrebungen eingegangen und betont, daß es nicht Sache der Kirche und ihrer Diener sei, im Namen des Christentums volkswirtschaftliche und soziale Theorien aufzustellen. „Sie halten sich nicht in den Grenzen ihres Berufes, wenn sie an die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung auf Grund des Evangeliums Forderungen stellen, oder wenn sie gar eine neue Regelung der Eigentumsverhältnisse im Namen des Christentums als ein Hilfsmittel wider die sozialen Notstände empfehlen.“ — „Eine Agitation für soziale und politische Reformen verstricke die Kirche in Parteileidenschaften, durch welche ihre Vertrauensstellung Einbuße erleiden müsse.“

Sehr zutreffend urteilte über diesen Erlaß Martin von Nathusius: „Derselbe ist dadurch bemerkenswert, daß er eine Fülle von vortrefflichen, unbestrittenen allgemeinen Grundsätzen über Christentum und Politik enthält, die aber durch ihre Zusammenstellung und ihre Ausdrucksweise der gesamten öffentlichen Meinung keine andere Wahl ließen, als dieselben auf den ganz

besonderen Fall der christlich-sozialen Partei des Hofprediger Stöcker und der sozialen Reformpartei des Pastor Todt zu beziehen." Nathusius schildert dann die große Freude des Liberalismus, daß der Oberkirchenrat die Kirche von den realen Verhältnissen zurückhalte und sie „in einer unschädlichen Kanzelhöhe" zu erhalten trachte. Dann wird gefragt, „ob bei dem Wutgeschrei der Feinde und der Schmach Christi, welche der tapfere Hofprediger Stöcker und seine Bundesgenossen im „Staatssozialisten" so reichlich zu tragen gehabt haben, die oberste kirchliche Behörde wohl daran getan hat, die Zurechtweisungen, welche sie jenen Bestrebungen etwa zukommen lassen mußte, in eine Form zu kleiden, welche jeder Anerkennung entbehrt und den Feinden der christlichen Religion Gelegenheit geboten hat, sich mit Berufung auf die oberste Kirchenbehörde von neuem auf dieselben zu stürzen."

In der Tat muß der Erlaß des Oberkirchenrats als ein bedauerlicher Mißgriff bezeichnet werden. Niemals würde ein freier Bischof so haben reden können, zugegeben selbst, daß die Bedenken gegen die Berliner Bewegung berechtigter gewesen wären, als sie es waren. Es war klar, daß nicht die Kirche von sich aus sprach, sondern der Staat die von ihm abhängige als Sprachrohr benutzte.

Am 9. August tagte der Delegiertentag des Vereins selbständiger Handwerker und Fabrikanten in Bremen, lehnte die obligatorische Innung ab, forderte aber „allgemeine Errichtung von Gewerbekammern, welche als die legitimen Vertretungen des Gewerbestandes anerkannt und mit Rechtsbefugnissen ausgerüstet sind."

Das ganze Jahr hindurch betrieb der überaus tüchtige und energische preußische Eisenbahnminister Maybach die sozial so wichtige Verstaatlichung der Eisenbahnen. Diese Maßregel, deren Durchführung übrigens ohne den Fürsten Bismarck gar nicht möglich gewesen wäre, hat sich in jeder Hinsicht bewährt, wenn auch später nach der sozialpolitischen Seite einzelne Minister, besonders Herr Thielen, das nicht geleistet haben, was sie hätten leisten sollen. Speziell die Stellung der Eisenbahnarbeiter ist noch nicht durchweg so geordnet, wie es wünschenswert wäre, um diese Arbeiterkategorie nicht nur äußerlich von der Sozialdemokratie fern zu halten, sondern um sie auch gegen jede Ansteckung innerlich immun zu machen. Anerkannt werden muß

dagegen, daß der Staat hinsichtlich einer billigen Berechnung der Fahrpreise den Arbeitern in einer Weise entgegengekommen ist, wie dies in keinem anderen Lande der Welt der Fall ist, und unter der Herrschaft des Privatbahnsystems nie zu erreichen gewesen wäre.

---

## VI. 1880. Antiliberale Strömung.

### Das Jahr 1880

war ein Jahr reger Arbeit nach verschiedenen Richtungen hin; es brachte Erfolge wider den Liberalismus, der auf kirchenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiete zurückgedrängt wurde. Immer weitere Kreise des Volkes überzeugten sich von der Verderblichkeit des Kulturkampfes und von der Notwendigkeit, ihn zu beenden. Man erkannte, daß es nicht angehe, mit der einen Hand die Kirche zu bekämpfen und mit der anderen die soziale Frage zu lösen.

Wesentlichen Nutzen schuf in dieser Hinsicht das Buch des Schriftstellers Otto Glagau „Des Reiches Not und der neue Kulturkampf", das in Osnabrück bei Wehberg erschien und in mehreren Auflagen starken Absatz fand. Freilich war die Wirkung mehr eine kritische, mit dem Irrtum der Vergangenheit aufräumende, als daß es sich um praktische Richtlinien für die Zukunft gehandelt hätte. Glagau, der selbst offenbar jüdischer Abstammung war, hatte den scharfen kritischen Verstand der Semiten, enttäuschte aber stets, wenn es sich um positive Staatskunst handelte, so z. B., als er, der dicke und sehr sachverständige Bücher über den Börsenschwindel geschrieben hatte, den Konservativen mit praktischen Vorschlägen über die gesetzgeberische Behandlung der Börse an die Hand gehen sollte. Da versagte er gänzlich. Auch seine grundlegende These: „Die soziale Frage ist wesentlich Judenfrage, alles andere ist Schwindel" lief doch auf eine große Einseitigkeit und Übertreibung hinaus.

Lebhaft genug ging es nun freilich im Hinblick auf die Judenfrage zu. Im Laufe des Jahres 1880 agitierten die Antisemiten von Berlin aus im ganzen Reiche für Unterzeichnung einer an den Reichskanzler zu richtenden Petition, die ein neues Judenrecht verlangte. Die Arbeit, so führte das Schriftstück aus, werde überall von christlichen Händen verrichtet. Dagegen liege die

kapitalistische Geldherrschaft in den Händen der Juden. „Was wir erstreben, ist die Emanzipation des deutschen Volkes von einer Art Fremdherrschaft, welche es auf die Dauer nicht zu ertragen vermag.“ Gefordert wird 1. daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde; 2. daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienst (namentlich als Einzelrichter) eine angemessene Beschränkung erfahre; 3. daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in den übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in besonderen Ausnahmefällen zur Anstellung gelangen; 4. daß die Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung angeordnet werde.

Diese Petition fand nun einerseits begeisterten Beifall, besonders bei allen, die direkt oder indirekt durch jüdische Arbeitgeber oder jüdische Konkurrenz bedrückt wurden. Andererseits rief sie aber auch heftige Gegenwehr hervor. An die Spitze der Philosemiten stellte sich Oberbürgermeister von Forkenbeck mit einer von 60 „Notablen“ unterzeichneten Gegenerklärung, die „das Vermächtnis Lessings“ retten zu wollen vorgab und den Schein zu erwecken suchte, als ob hier eine Störung der kaum gewonnenen deutschen Einheit geplant werde. „Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahnes die Verhältnisse zu vergiften.“ — „Noch ist es Zeit, der Verwirrung entgegenzutreten und nationale Schmach abzuwenden.“ Außerdem bekundete Forkenbeck seine freisinnige Gesinnungstüchtigkeit, indem er gegen drei städtische Gymnasiallehrer, die als Antisemiten hervorgetreten waren, Dr. Jungfer, Dr. Förster und Dr. Henrici, Disziplinaruntersuchung eröffnete.

Die Gegenerklärung richtete aber in der öffentlichen Meinung wenig aus. Im Gegenteil griff die Bewegung auch auf die Universitäten über. In Berlin und Leipzig erklärten sich große Teile der Studentenschaft für die Petition.

Am 20. November und folgenden Tagen fand im preußischen Abgeordnetenhaus eine große „Judendebatte“ statt, da die Freisinnigen bei der Königlichen Regierung anfragten, wie sie sich zu der (Stöckerschen) Antisemitenpetition stelle. Der Ministerpräsident Graf Stolberg erwiderte, daß die Regierung keine

Petition bekommen, also auch keine Stellung genommen habe, übrigens nicht die Absicht habe, die Rechte der Juden zu beschränken. Die zweitägige Debatte verlief insofern zuungunsten der Antragsteller, als diese zum Schluß nicht wagen durften, eine Resolution einzubringen, weil sie deren Ablehnung fürchten mußten. Mit dem „Brandmarken" des Antisemitismus war es also nichts. Andererseits zeigte sich freilich auch, daß von der Regierung im Sinne der Petition wenig oder gar nichts zu erwarten war. Wohl hatte ja Fürst Bismarck in früheren Jahren als Abgeordneter sehr ähnliche Ansichten vertreten. Aber nun in verantwortlicher Stellung nahm er offensichtlich zugunsten der Juden Partei. Die christlichen und prinzipiellen Gesichtspunkte, von denen er früher ausgegangen war, hatten in dieser Periode seines Wirkens keine Geltung mehr für ihn. Für den nunmehrigen Philosemitismus waren teilweise Motive der auswärtigen Politik maßgebend, teilweise die Beziehungen zu dem jüdischen Bankier Bleichröder, dem man es zugestanden hatte, eine politische Rolle zu spielen und besonders in Finanzfragen den offiziellen Ratgeber der Regierung zu machen. Wie weit dieser Einfluß Bleichröders damals ging, zeigte sich bei einem besonderen Anlaß. Die Sozialdemokraten hatten in einer christlichsozialen Volksversammlung heftige Angriffe gegen die evangelischen Geistlichen gerichtet, daß diese nicht genug für die Arbeiter täten. Stöcker stellte ihnen die Gegenfrage: „Warum fordern sie nur von uns Geistlichen soziale Hilfe? Warum nie von den Juden? Herr v. Bleichröder hat mehr Geld als alle evangelischen Geistlichen zusammen." Bleichröder beschwerte sich bei Bismarck, es wurden Berichte eingefordert und geschrieben, auch die Sache vor den König gebracht, so daß Stöcker zu seiner Verteidigung ein längeres Schreiben an den Monarchen richten mußte, was den Erfolg hatte, daß alles im Sande verlief. Aber die Gefahr war ernst genug gewesen. Stöcker schreibt darüber in seinen Lebenserinnerungen folgendes: „Daß der Fürst-Reichskanzler unbegreiflicherweise diese Rede bei Sr. Majestät zur Sprache gebracht hatte, war mir bekannt geworden. Fürst Bismarck hat, wie ich später in den Tagen der Walderseeversammlung erfuhr, von zwei Ministern gefordert, sie sollten mich aus Berlin ausweisen wie alle Sozialdemokraten, natürlich geschah dies nicht. Die Blätter des Reichskanzlers haben dies immer geleugnet; aber ein Minister hat mir erzählt, er habe dem Reichs-

kanzler offen erklärt, er könne das nicht, ich sei schon als Militärgeistlicher als einer der königstreuesten Männer bekannt gewesen. Darauf sei es unterblieben. Nachher sei dann durch ein kaiserliches Schreiben die Sache, offenbar Bismarck zuliebe, getadelt. Der Kanzler aber sei, das erzählte mir der Oberkirchenratspräsident, bei dieser Gelegenheit über die Aussprache bei S. M. dem Kaiser so in Zorn und Wut geraten, daß er dieselbe nicht habe hören wollen." Unter solchen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß die Petition sowohl, wie die ganze antisemitische Bewegung ziemlich resultatlos verpuffte. Resultatlos, aber doch nicht ganz nutzlos. Denn trotz des unablässig wachsenden Reichtums der Juden ist doch die Abneigung des deutschen Volkes gegen sie konstant geblieben. Und außer der Sozialdemokratie wagt heute kaum noch eine politische Partei den Wählern bei Reichs- und Landtagswahlen jüdische Kandidaten zu präsentieren.

Ein Nachspiel der Debatte war der Austausch lebhafter Erklärungen zwischen den Professoren von Treitzschke und Mommsen. Treitzschke war bekanntlich lebhafter Antisemit, Mommsen dagegen befand sich in einem lächerlichen Dilemma. In seiner Römischen Geschichte hatte er die Juden sehr zutreffend als ein „Ferment der Dekomposition" für die Staaten, in denen sie sich festsetzen, bezeichnet. Jetzt zwang ihn der Parteigeist, nicht nur sich philosemitisch zu gebärden, sondern sogar das richtige Urteil der ersten Auflagen seiner Geschichte in den späteren zu streichen. Dafür erwiesen sich dann freilich die Juden dankbar; als der Herr Professor bald darauf abbrannte, sammelte man Geld und schenkte ihm eine größere Summe.

Mitte Oktober tagte in Berlin der „Zentralverein für Sozialreform" unter dem Vorsitz von Pastor Todt. Die Stimmung war eine gehobene, da man einen ersten Erfolg öffentlich verkündigen konnte, Hofprediger Stöcker teilte mit, daß Fürst Bismarck sich den Antrag Stumm angeeignet habe und damit umgehe, eine Arbeiterversicherung für den Fall der Invalidität, auch Arbeitsämter zu schaffen. Stöcker fügte die Forderung des Normalarbeitstages und der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hinzu. Allgemein stellte man es als zunächst zu erstrebendes Ziel hin, die 18 000 evangelischen Geistlichen Deutschlands für die Sozialreform zu gewinnen. In der Versammlung waren auch zwei Sozialdemokraten, Körner und Finn, anwesend, die

sich auch an der Debatte beteiligten. Finn meinte: „Wenn die Regierung vor fünf oder sechs Jahren den Arbeitern derartige Konzessionen gemacht hätte wie heute, dann würde die sozialdemokratische Bewegung gar nicht einen derartigen Charakter angenommen haben. Die deutschen Arbeiter im allgemeinen lieben ihr Vaterland und sind auch bereit, dasselbe mit Gut und Blut zu verteidigen.“ Solchen einzelnen verständigen Sozialisten gelang es freilich weder damals noch später einen Einfluß auf die Partei zu gewinnen.

Auch einen ersten kleinen Wahlerfolg hatten die Christlich-Sozialen im Jahre 1880 zu verzeichnen. Am 2. November fanden Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenversammlung in Berlin statt. Mit großem Eifer beteiligten sich die Christlich-Sozialen, und es gelang ihnen, wenigstens im 33. Wahlbezirk den jüdischen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Straßmann mit 880 gegen 640 Stimmen zu Fall zu bringen.

Am 10. November fand in Frankfurt a. M. eine interkonfessionelle konservative Versammlung statt, deren Ziel zwar zunächst die Beendigung des Kulturkampfes war. Aber weiterhin faßte man auch christlich-soziale Ziele ins Auge. Den Vorsitz führten Fürst Isenburg-Birstein und Graf Solms-Laubach, der spätere Präsident der christlich-sozialen Partei. Zu den Einberufern gehörte vor allem der Freiherr v. Fechenbach, zu den Teilnehmern Professor v. Nathusius, Freiherr v. Ungern-Sternberg u. a. m. Wie sehr der Gedanke der Sozialreform gerade bei den Konservativen Wurzel gefaßt hatte, beweist ein in jenen Tagen verfaßter Artikel des späteren Chefredakteurs der Kreuzzeitung, Dr. Kropatschek, in dem er mit größter Wärme für Sozialreform eintritt und den Konservativen ins Gewissen redet. Er zitiert ein Wort Riehls, die Aristokratie sei „eine soziale Würde“ und fügt hinzu: „da mags ja nun ein sehr ehrendes Zeugnis sein, welches erst vor wenig Wochen kein Geringerer als Eugen Richter unseren heutigen Konservativen ausgestellt hat, wenn er sagte: heute gelte es nicht mehr bloß die Sozial-Demokratie, sondern auch die Sozial-Aristokratie zu bekämpfen! Wollte Gott, er hätte recht, und der von ihm mit richtigem Instinkt erkannte, einzig gefährliche Feind des antisozialen Fortschritts wüchse wirklich zu imposanter Macht.“ — „Wenn je, so stehen heute wir Konservativen vor der Alternative: entschließt euch, soziale Volkspartei zu werden — oder dankt wieder ab,

und diesmal vielleicht für immer." Leider hat Dr. Kropatschek diesen Standpunkt nicht festgehalten, sondern später ganz andere Ansichten vertreten und der christlichen Arbeiterbewegung nicht Förderung, sondern viel unfreundliche Kritik zuteil werden lassen.

Die Sozialdemokratie wurde auch in diesem Jahre durch das Ausnahmegesetz streng in Zucht gehalten. Am 11. Februar legte Preußen dem Bundesrat ein Gesetz vor: „Die Dauer des Sozialistengesetzes wird unter Aufhebung des § 30 bis zum 31. März 1886 verlängert." In den Motiven wird festgestellt, daß, soweit das Gesetz eine Handhabe bot, Versammlungen und Presse unterdrückt wurden. „Dadurch ist die sozialdemokratische Agitation in gewissen Schranken gehalten und insbesondere erreicht worden, daß ihre lauten Kundgebungen und offenen Verhöhnungen von Gesetz und Recht nicht mehr durch ungehinderte Duldung den Stempel des Gesetzlich-Erlaubten erhalten. Infolgedessen sind weite Kreise des Volkes von dem Druck der sozialdemokratischen Agitation befreit worden." Der Fortbestand der roten Agitation wurde ausdrücklich bestätigt. Besonders zwei Blätter wurden vom Auslande eingeschmuggelt: die vom kommunistischen Arbeiterverein in London herausgegebene, von Most redigierte „Freiheit" und das in Zürich erscheinende „offizielle" Blatt „Sozialdemokrat".

Die Thronrede vom 12. Februar, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, kündigte die Vorlage an.

Am 17. April genehmigte der Reichstag das Gesetz in zweiter Lesung, aber nur bis 30. September 1884.

Die Sozialdemokraten kamen vom 20. bis zum 23. August auf einem alten Schweizer Schlosse Wyden zu einer Tagung zusammen, bei der sie das Wort „gesetzlich", das früher im Programm die Mittel ihres Kampfes gekennzeichnet hatte, strichen. Man stellte sich damit grundsätzlich auf den Boden, daß jedes Mittel zur Durchführung des Sozialismus recht sei. Übrigens gewannen sie im Laufe des Jahres wiederum zwei Mandate: am 3. März wurde in Glauchau-Meerane Auer, am 27. April in Hamburg Hartmann gewählt.

Erfreulich war eine kleine Sozialreform bei der Post. Am 1. April wurde von der Reichspostverwaltung in Berlin einmalige Briefbestellung am Sonntag eingeführt. Die Liberalen aller Schattierung waren in der voraufgegangenen Reichstags-

ſitzung natürlich ſcharf dagegen geweſen — das „Verkehrsintereſſe“ werde leiden. Aber eine „konſervativ-klerikale“ Mehrheit ſetzte die Reform durch. Und das Verkehrsintereſſe hat nicht im mindeſten gelitten.

---

## VII. 1881. Die Unfallverſicherung.

### Das Jahr 1881

war erfüllt von den erſten Kämpfen um das Unfallverſicherungsgeſetz, das Fürſt Bismarck als Handelsminiſter hatte ausarbeiten laſſen.

Am 15. Januar legte der Reichskanzler den Entwurf dem Bundesrat vor. In den Motiven wurde die Vorlage als „erſter Schritt“ bezeichnet; die weitere geſetzgeberiſche Arbeit werde ein „volles Menſchenalter erfordern.“ Schon im Bundesrat hatten zwei kritiſche Punkte Schwierigkeiten gemacht: einmal, daß über die rechnungsmäßige, aus den Beiträgen der Verſicherten mögliche und zahlbare Rente hinaus ein „Staatszuſchuß“ bewilligt werden ſollte — dieſer Zuſchuß wurde vielfach als „ſozialiſtiſch“ und als erſter Schritt in den Zukunftsſtaat gefürchtet und abgelehnt. Sodann war es die Errichtung einer Reichsverſicherungsanſtalt, die als „unitariſche“ Maßregel bundesrechtliche Bedenken erregte, und an deren Stelle einzelne Staaten lieber Landesverſicherungsanſtalten eingerichtet haben wollten. Aber es gelang dem Reichskanzler im Februar, dieſe Bedenken zu überwinden; das Geſetz wurde dem Reichstage vorgelegt. Vom 1. bis 4. April fand die erſte Leſung ſtatt. Der Entwurf ging an eine Kommiſſion von 28 Mitgliedern. Konſervative und Katholiken waren dafür. Dagegen machten die Liberalen Schwierigkeiten. Richter-Hagen fand die Vorlage „bedenklich und verhängnisvoll.“ Herr Stumm lehnte den Reichszuſchuß ab. Bebel hatte „erhebliche Bedenken“. Bismarck trat warm für das Geſetz ein und ſtellte ſchon die Invaliden- und Altersverſicherung in Ausſicht.

Vom 3. bis 10. Mai geſtaltete die „Unfallkommiſſion“ die Vorlage völlig um. Die Reichsanſtalt wurde in Landesanſtalten aufgelöſt und der Staatszuſchuß geſtrichen; die Arbeiter ſollten ein Drittel, die Arbeitgeber zwei Drittel der Laſten tragen.

Am 11. Juni nahm der Reichstag in zweiter Lesung die Unfallversicherung an, aber mit Landesanstalten statt der Reichsanstalt und unter Ablehnung des Staatszuschusses. Am 15. Juni folgte die dritte Lesung mit demselben Resultat. Damit fiel das Gesetz, denn in der vom Reichstag beliebten Umgestaltung galt es dem Reichskanzler als unannehmbar. Am 25. Juni wurde es auch vom Bundesrat in aller Form abgelehnt.

Das Verhalten des Reichstages war übrigens dem Kanzler keineswegs unangenehm. Im Gegenteil gewann er für bevorstehende Wahlen eine gute Wahlparole und sprach seine Freude über den Gang der Dinge auch ganz offen aus.

In der Tat setzte die offiziöse Agitation für die Herbstwahlen schon in den Osterferien ein. Die „Provinzialkorrespondenz", aus welcher damals noch alle Kreisblätter gespeist wurden, schrieb im Namen der Regierung: „Fürst Bismarck hat sich mit der Fürsorge für den kleinen Mann, den er gegen die Fortschrittspartei und ihre verderblichen wirtschaftlichen Prinzipien zu schützen unternommen, seine letzte große Lebensaufgabe gestellt. Die Meinungen über die von ihm vorgeschlagenen Mittel mögen noch vielfach unter den Parteien schwanken. Aber durch diese Unsicherheit und Ungewißheit wird sich der Kanzler nicht beirren und von seinem mit reiflicher Überlegung und innigster Überzeugung gesteckten Ziel abbringen lassen. Für ihn ist es unabweisliche Pflicht, die Interessen und Bedürfnisse des kleinen Mannes in die Hand zu nehmen und somit die Grundlagen des Staates vor der Erschütterung durch Stürme zu bewahren, welche nicht ausbleiben können, wenn die Pflichten des praktischen Christentums den Armen gegenüber außer acht gelassen werden."

Mitte August hielt Professor Adolf Wagner eine Wahlrede in Elberfeld. Er war vom Reichskanzler ermächtigt zu der Erklärung, daß dieser die Einführung des Tabakmonopols plane als „Patrimonium der Enterbten." Der Ertrag werde von ihm auf 130 bis 150 Millionen geschätzt und solle zur Dotierung der Alters- und Invalidenversicherung Verwendung finden.

Die offiziösen Blätter machten die Wahlen immer mehr zu einer Art Plebiszit für oder wider den Reichskanzler.

Die Parteien erließen Aufrufe. Die Nationalliberalen bezeichneten die sozialpolitischen Pläne des Kanzlers als „unübersehbare, finanziell unausführbare Experimente." Der Rest der Linken tobte in geradezu wilder Weise gegen den Fürsten Bis-

marck. Die Absicht des Tabakmonopols wurde wie ein Bubenstück behandelt.

Am 27. Oktober fanden die Neuwahlen zum Reichstage statt. Das Ergebnis war, daß Nationalliberale und Freikonservative starke Einbuße erlitten hatten. Bismarck drohte infolge des Wahlausfalles anfänglich mit Rücktritt, eröffnete dann aber doch selbst den neuen Reichstag am 17. November mit der herrlichen, so berühmt gewordenen „Botschaft": „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. — — In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

Zu diesem Zweck wurden dann „korporative Genossenschaften unter staatlichem Schutz" ins Auge gefaßt.

Von Bedeutung für die christliche Arbeiterbewegung waren besonders die Wahlen in Berlin. Hier brachte der Zusammen-

ſchluß der Konſervativen mit den Chriſtlich-Sozialen eine Bewegung gegen Fortſchrittspartei und Sozialdemokratie zuſtande, wie ſie in gleicher Stärke noch niemals vorher erlebt war. Ein gemeinſames Wahlkomitee — das C. C. C. (Conſervatives Central-Comitee) — leitete die Wahlen, zu denen der Kaufmann Rudolf Herzog große Summen beiſteuerte. Helfend beteiligte ſich beſonders die akademiſche Jugend. Überall bildeten ſich an Stelle der freiſinnigen Bezirksvereine, die bis dahin das Terrain unbeſtritten beherrſcht hatten, chriſtliche und patriotiſche Bürgervereine. Im April war es zur Überraſchung der Welt bereits ſo weit, daß die Konſervativen in allen Stadtteilen ſtarke Verſammlungen berufen konnten, während die freiſinnigen tumultuariſch verliefen und gelegentlich aufgelöſt werden mußten. Auch eine eigene Vereinigung der „Sozialkonſervativen" bildete ſich; ſie tagte am 18. und 19. Mai in Berlin unter dem Vorſitz des Fürſten Karl zu Iſenburg-Birſtein und des Freiherrn von Fechenbach. Die Verſammlung betonte ihren interkonfeſſionellen Standpunkt. Man behandelte auch die Handwerkerfrage und entſchied ſich für die obligatoriſche Innung. Freiherr v. Fechenbach wurde auch in jener Zeit Vorſitzender des deutſchen Handwerkerbundes.

Selbſt die Nationalliberalen vermochten ſich der Bewegung nicht ganz zu entziehen. Am 29. Mai fand eine Landesverſammlung der nationalliberalen Partei in Berlin unter Bennigſens Vorſitz ſtatt. In dieſer machte ſich die Notwendigkeit, poſitive Sozialpolitik zu treiben, ſo ſtark geltend, daß man in vollem Widerſpruch zur eigenen Vergangenheit ſich zur Unfallverſicherung bekannte.

Zu den Strömungen, welche die Bewegung jener Zeit mit beſonderer Kraft verſtärkten, gehörte auch der Antiſemitismus. Wie ſtark er war, beweiſt der Umſtand, daß am 13. April dem Reichskanzler eine Petition um Beſchränkung der bürgerlichen Rechte der Juden mit 255 000 Unterſchriften überreicht werden konnte. Leider kamen aber auch bald ſchon gerade auf dieſem Gebiete ſchwere Ausſchreitungen vor, die der Bewegung in den Augen beſonnener und verantwortlicher Politiker ſchaden mußten, und ernſtere Konſervative mißtrauiſch machten. Stöcker und Adolf Wagner taten das ihre, um die Bewegung im Zaume zu halten, aber nicht immer mit Erfolg. Redegewandte Demagogen hetzten mit ſolcher Schärfe, daß in den öſtlichen Provinzen (Neu-

stettin, Stolp u. a. m.) brutale Judenkrawalle ausbrachen, die militärisch unterdrückt werden mußten. Dabei kamen schwere Verwundungen vor. Am 3. August kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Professor Adolf Wagner und den Antisemiten, speziell dem wildesten ihrer Agitatoren, dem Dr. Henrici, der vorgeschlagen hatte, die Juden totzuschlagen. Wagner protestierte mit äußerster Schärfe gegen solche Roheiten. Aber nicht mit durchschlagendem Erfolg bei den Hörern. Henrici erwiderte in einer späteren Versammlung, daß er mit den Konservativen nichts zu schaffen haben wolle. „Das konservative Zentralwahlkomitee ist ein Popanz. Wir wollen Leute, die Bismarck ins Gesicht sagen, daß die Wirtschaft mit Bleichröder aufhören muß. Das tut kein Konservativer."

Die Frage ins Persönliche zu ziehen, war natürlich nicht Sache der Konservativen. Im übrigen waren ihrer viele an der Petition beteiligt, die freilich ohne jede Antwort von seiten der Regierung blieb.

Über das Wahlergebnis schreibt Stöcker: „Besonders die christlich-soziale Partei hatte Grund, zufrieden zu sein; die Sozialdemokratie hatte beinahe die Hälfte ihrer Mannschaften verloren, gegenüber ihren 30 000 Stimmen hatten sich zu der Berliner Gesamtbewegung über 46 000 Männer zusammengefunden. Es war Aussicht, dereinst den sozialen Umsturz dauernd zu besiegen, dem „Fortschritt" energisch Schach zu bieten. — — — Eine tiefe, auf christlicher Überzeugung ruhende Freude an den Gedanken der kaiserlichen Botschaft zog damals durch die Herzen der Berliner Bevölkerung. Ging man auf diesem Wege weiter, so war das Ankommen am Ziel gewiß. Leider ist es doch so ganz anders geworden."

Die Sozialdemokratie trieb es in ihrem alten Geleise weiter. Am 30. März legte die Regierung dem Reichstage eine Denkschrift vor, das Sozialistengesetz betreffend. In der Debatte erklärte Bebel gegen Herrn von Puttkamer: „Der Minister hat unserer Partei vorgeworfen, sie sei revolutionär, international und atheistisch. Ich bestreite dies keineswegs und habe selbst bereits früher im Reichstage offen erklärt, wir erstrebten auf politischem Gebiete die Republik, auf dem wirtschaftlichen den Sozialismus, auf kirchlichem den Atheismus." Bebel sagt weiter, es sei nicht nötig, „daß die Herbeiführung des Zieles nur gewaltsam sei." Aber die Regierung trage die Schuld, wenn der

gesetzliche Weg verlassen werde. Am 27. Juni wurde der kleine Belagerungszustand auf Leipzig ausgedehnt. Bebel, Liebknecht und 14 andere wurden auf Grund desselben von dort ausgewiesen.

---

## VIII. 1882. Krankenversicherung.

### Im Jahr 1882

rückte die sozialpolitische Gesetzgebung langsam aber sicher vor, da Fürst Bismarck sein ganzes Gewicht zugunsten der Reform in die Wagschale warf.

Die wichtigsten Daten sind folgende:

Am 17. Januar genehmigte der Reichstag ein Gesetz, betr. Erhebung einer Berufsstatistik als Grundlage für die beabsichtigten sozialen Gesetze. Diese Erhebung war durchaus nötig, um eine festere Grenze zwischen Handwerk und Industrie zu finden.

Am 2. März ließ der Reichskanzler dem preußischen Volkswirtschaftsrat einen zweiten Entwurf des Unfallgesetzes zugehen, und zugleich „Grundzüge für die gesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Arbeiter".

Am 10. April ging der nunmehr ausgearbeitete Gesetzentwurf betr. die Krankenversicherung der Arbeiter (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen) dem Bundesrat mit Motiven zu. Am 22. April das neue Unfallgesetz.

Am 29. April nahm der Bundesrat das Krankenkassengesetz an.

Am 8. Mai genehmigte er das neue Unfallversicherungsgesetz.

Am 15. u. 16. Mai fand im Reichstag die erste Lesung des Unfallgesetzes statt und endete mit Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Am 14. Dezember wurde im Reichstag das Krankengesetz in 1. Lesung in der Kommission erledigt.

Die Stellung der Regierung zur ganzen Sozialreform ging klar hervor aus der am 27. April bei Eröffnung des Reichstags gehaltenen Thronrede. Da hieß es: „Die Reichsgesetzgebung hat die Bestrebungen zur Abhilfe sozialer Schäden, welche die Kaiserliche Botschaft in Aussicht nimmt, mit dem Gesetzentwurf über Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle begonnen. Aus den

vorjährigen Beratungen des Reichstags über diesen Gegenstand haben die verbündeten Regierungen den Anlaß genommen, ihre frühere Vorlage einer Umgestaltung zu unterziehen. Die gegen die früher in Aussicht genommene Reichsversicherungsanstalt erhobenen Bedenken haben dabei insofern Berücksichtigung gefunden, als die Unfallversicherung der Arbeiter nunmehr auf eine korporative und genossenschaftliche Organisation der in Betracht kommenden industriellen Betriebe gegründet werden soll. Der Gesetzentwurf gewährt den industriellen Betrieben und Genossenschaften eine auf die Verhütung von Betriebsunfällen gerichtete Autonomie. Er geht von dem Bestreben aus, die verwaltende Tätigkeit tunlichst zu lokalisieren, die finanzielle Belastung dagegen auf möglichst breite Unterlagen zu verteilen. Eine notwendige Ergänzung finden die Ihnen auf diesem Gebiet vorzulegenden Maßnahmen in einer anderweitigen Regelung der jetzt bestehenden Hilfskassengesetzgebung und der beabsichtigten Ausdehnung der Krankenversicherung. An Stelle des bisherigen bedingten wird Ihnen die Einführung eines unbedingten Zwanges zur Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheitsfällen für alle Arbeiter vorgeschlagen werden, für welche die Durchführung dieser Maßregel möglich erscheint."

Auf der ganzen Rechten und im katholischen Zentrum war von vornherein eine freundliche Stimmung für die soziale Arbeit. Widerstand, Feindseligkeit und Verschleppungsversuche gab es dagegen reichlich bei der Linken. Dem Unfallgesetz gegenüber befolgten die Liberalen zunächst die Taktik, an Stelle eines neuen Unfallversicherungsgesetzes eine Revision des Haftpflichtgesetzes zu fordern. Als sie dafür nirgends Gegenliebe fanden, arbeiteten sie selbst einen Gesetzentwurf aus, der so miserabel war, daß Geh. Rat Lohmann ihn mit wenigen Worten abtun, und das Elaborat nur einer Kommission zur Bestattung überwiesen werden konnte. Immerhin hatte der Antrag die Bedeutung, daß die Liberalen sich, vielleicht aus Versehen, zum Versicherungszwang bekannt hatten. Spaßhaft wirkte dabei, daß sogar gegen dies Gesetz der „Zentralverband der deutschen Industriellen" laut protestierte. Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie werde „empfindlich beeinträchtigt", vor allem aber „der Unternehmungsgeist völlig gelähmt" werden, wenn der Antrag durchdränge.

Der volle Mißerfolg der Liberalen verbesserte natürlich die Laune der Industriellen nicht. Ein Zeichen solcher Stimmung

war es, daß der Zentralverband der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ des Herrn von Roell, die bis hierher als Organ des Verbandes gegolten hatte, da das Blatt sich entschieden für Sozialreform im Sinn des Reichskanzlers aussprach, den Krieg erklärte. Man hatte bisher angenommen, daß dieses soziale Eintreten mehr Dekoration sei. Jetzt, wo es sich als Ernst herausstellte und Opfer zu drohen schienen, suchte man Herrn von Roell zu vergewaltigen und zur Abgabe der Korrespondenz zu zwingen. Dieser weigerte sich aber, nachdem er bisher den Schutzzoll als soziales Recht befürwortet hatte, nun, wo die Erfüllung der sozialen Pflichten beginnen sollte, eine Schwenkung zu vollziehen, und bot dem Verband die Stirne. Natürlich war der Erfolg kein dauernder. Aber der Vorgang hat zeitgeschichtliche Bedeutung.

Neben den großen Gesetzen fand auch im Februar eine Interpellation Hertling, welche auf Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und auf Verbot der Sonntagsarbeit abzielte, eine günstige Aufnahme im Reichstag und gab auch dem Fürsten Reichskanzler Gelegenheit, sich wieder zur Sozialreform im großen auf korporativer Basis fest zu bekennen. Bismarck machte nur Vorbehalt hinsichtlich der Ausführbarkeit. Aber diese war bereits erwiesen; denn die Schweiz hatte damals schon eine Fabrikgesetzgebung mit Verbot der Sonntagsarbeit bei wenigen Ausnahmen.

Schädlich wie immer wirkte die Sozialdemokratie. Charakteristisch für ihre Verderblichkeit waren die folgenden am 10. Januar im Reichstag gesprochenen Worte Bismarcks: „Ob die politischen Parteien sich etwas verschieben, ob etwas mehr von den Mittelparteien nach den Extremen hin abgeht oder umgekehrt, das muß ich mir gefallen lassen, und das macht mich nicht irre. Aber die Wahrnehmung, daß die Massen der Arbeiter selbst den Versuchen der Regierung, ihre Lage zu verbessern, in dem Maße mißtrauisch gegenüberstehen, daß sie lieber Vertreter der Richtung wählen, welche auf dem wirtschaftlichen Gebiet das Recht des Stärkeren befürworten und welche den Schwachen in seinem Kampf gegen die Macht des Kapitals im Stich lassen, ihm jeden Beistand versagen und ihn dafür auf seine eigene Menschenwürde, auf die freie Konkurrenz und die Privatassekuranz und auf — ich weiß nicht, was noch für Worte hinweisen, kurz die ihm jede Staatshilfe versagen, hatte ich nicht erwartet.

Die Niederlage, welche die Regierung oder ich persönlich in den großen Zentren der Industrie bei den Arbeitern erlitten habe, hat mich bis zu einem gewissen Grade entmutigt. Allein diese Entmutigung kann mich nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu tun. — — Wenn ich auch den Korb, den ich bekomme, voraussehe, ich muß ihn bekommen, und zwar öffentlich bekommen, um das Bewußtsein zu haben, meine Schuldigkeit getan zu haben."

Fürst Bismarck hoffte im April 1883 entsprechende Vorlagen zu machen, damit „auch den Schutzlosen im Staate die Überzeugung werde, daß der Staat sich ihrer nicht bloß erinnert, wenn es gilt, Steuern zu zahlen und Rekruten zu stellen, sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt, sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Landstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden."

Bei den Sozialisten machten diese verständigen Worte gar keinen Eindruck. Am 3. Mai und am 13. Dezember lief die Umsturzpartei zweimal Sturm gegen das Sozialistengesetz im Reichstag, wurde aber mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Und der Radikalismus in der Arbeiterschaft drang vor.

Es gab damals immer noch nationale Sozialdemokraten, die sog. Alt-Lassalleaner, die speziell in Hamburg relativ stark waren. Sie machten im November den Versuch, eine nationale Arbeiterpartei zu gründen. Aber es blieb beim fruchtlosen Anlauf. Sie vermochten gegen die Sozialdemokratie nicht aufzukommen. Ihr Organ, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", mußte am 31. Dezember sein Erscheinen einstellen.

Erwähnung in einer Sozialgeschichte verdienen auch gewisse steuerpolitische Maßnahmen, soweit sie eine ausgesprochen soziale Wirkung haben. Hierher gehört es, daß die preußische Regierung am 28. November eine Vorlage einbrachte für Aufhebung der vier untersten Klassensteuerstufen. Denn gerade diese untersten Stufen hatten zu unendlichen Exekutionen bei kleinen Leuten geführt. Der Plan des Fürsten Bismarck war ebenso ein eminent volksfreundlicher, wie sein Wunsch, das Tabakmonopol einzuführen und es als „Patrimonium der Enterbten" zur Dotierung der Sozialgesetze zu verwerten. Vom 10.—13. Mai fand im Reichstag die erste Lesung des Monopolgesetzes statt, das leider durch den Unverstand des deutschen Volkes zur Ablehnung gebracht wurde, obschon es niemandem Schaden, wohl aber den Fabrikanten reiche Entschädigung, den Arbeitern gesunde Werk-

stätten und sichere Existenz und den Bauern einen guten Abnehmer und sicheren Zahler für das Rohprodukt gebracht hätte. Weiterhin wäre es noch möglich geworden, mit dem Jahresertrag von 120 Millionen der ganzen Versicherungsgesetzgebung ein unerschütterliches finanzielles Fundament zu geben.

Am lautesten redeten natürlich die sog. Arbeitervertreter dawider. Von den Sozialdemokraten sprachen Hasenclever und Vollmar. Vollmar lehnte die sozialistische Vorlage ab, weil der Staat nicht mit dem Tabak, sondern mit den Bergwerken beginnen müsse, und Hasenclever verweigerte die Zustimmung, weil die sozialistische Vorlage nicht vom sozialistischen, sondern vom fiskalischen Standpunkt aus eingebracht werde. Mit den elendesten, weit hergeholten Ausflüchten wurde die volksfreundliche Maßregel von der Sozialdemokratie bekämpft. Statt den Arbeitern eine im besonderen und allgemeinen überaus wertvolle Gabe zu vermitteln, suchte man nach Ablehnungsgründen, nur um die Regierung zu ärgern und die Arbeiter in dem Wahn zu erhalten, daß Gutes nur von der Umsturzpartei kommen könne. Vom 12. bis 15. Juni fand die zweite Lesung des Tabakmonopols statt, das mit 276 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurde. Bismarck hielt nochmals eine ausgezeichnete Rede zugunsten des Gesetzes, das unbedingt hätte angenommen werden sollen. Er wies nach, daß der Staat schon jetzt auf vielen Gebieten „sozialistisch" sei. „Wenn Sie glauben, mit dem Worte ‚Sozialismus' jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkt, den ich längst überwunden habe, und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist."

Es half aber alles nichts. Auch Windthorst versagte in diesem Fall, da er ein starker Gegner von allem „Sozialismus" war.

Ebensowenig erfolgreich wie das Streben der Regierung nach dem Tabakmonopol, waren die Bemühungen der Handwerker, für ihre wesentlichen Forderungen die Gesetzgebung zu gewinnen. Am 1. Juni forderte ein großer Handwerkertag in Magdeburg die obligatorische Innung, den Befähigungsnachweis und anderes. Und am 10. November baten über 100 000 Handwerker den Reichskanzler in einer Petition um obligatorische Innungen und günstige Erledigung der anderen bekannten Handwerkerforderungen: Übergabe der Zuchthausarbeit an die Zünfte, Zölle auf Handwerksartikel, Reform der Militärarbeit, des Submissions-

wesens, Befähigungsnachweis und Verbot des Hausierhandels. Alle diese Bemühungen blieben aber durchaus erfolglos.

Ein Versuch der Gewerbekommission des Reichstags, die Arbeitsbücher der erwachsenen Arbeiter wieder einzuführen, fand großen Widerspruch bei den Arbeitern. Und im Bundesrat wurde am 24. April ein Antrag Bayerns, für alle gewerblichen Arbeiter diese Arbeitsbücher wieder obligatorisch zu machen, schlechthin abgelehnt.

Scheinbar erfolgreicher war die antisemitische Bewegung, deren Förderer besonders in Berlin unermüdlich tätig waren. Wenn am 26. Oktober bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus die Konservativen starken Erfolg hatten und mit den Freikonservativen zusammen 186 Mandate erlangten, ja sogar am 28. November bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen einige Erfolge errangen, so war daran nicht am wenigsten die Durchsetzung der konservativen Partei mit antisemitischen Elementen schuld.

Die numerische Stärke der antisemitischen Bewegung bei freilich großer innerer Uneinigkeit, zeigte sich am deutlichsten auf einem am 11. und 12. September in Dresden abgehaltenen „Internationalen Antisemitenkongreß", dem auch Stöcker beiwohnte, vom Auslande vorzugsweise Österreicher und Ungarn. Gegenüber der Forderung des Dr. Henrici, die Juden auszutreiben, wies Stöcker auf die zu solchen Maßregeln ganz unzureichende Macht der Antisemiten hin. Wenn es in Deutschland zur Volksabstimmung käme, ob die Semiten oder die Antisemiten ausgetrieben werden sollten, würde die Abstimmung jedenfalls zugunsten der Semiten ausfallen. Die besonnene Warnung drang aber keineswegs durch. Und es bahnte sich hier schon die Spaltung der sozial gerichteten Konservativen in Christlich-Soziale und Antisemiten an. Auf Henricis Antrag wurden die von Stöcker vorgelegten Thesen stark „korrigiert", besonders nach der „christlichen" Seite. Doch beschloß man auf Antrag der Herren von Thüngen und von Fechenbach, daß gegen die Einwanderung aus Osten eine Grenzsperre errichtet werden müsse und daß die Juden vom Militärdienst auszuschließen, dagegen mit einer Kopf- und Wehrsteuer zu belasten seien. Endlich beschloß man ein permanentes antijüdisches Komitee nach Art der Alliance Israélite.

Nennenswerte Wirkungen hat dieser Kongreß in der Folge aber nicht gehabt, teils weil den Teilnehmern die innere Einheit

und eine gleichartige Beurteilung der ganzen Frage fehlte, teils weil alle Regierungen sich dauernd völlig ablehnend verhielten.

In dieses Jahr fällt auch der in Paris von katholischer Seite gemachte Versuch, das jüdische Großkapital an der Börse durch „christliches" zu verdrängen. Der Versuch schlug völlig fehl. Obschon Herr Bontoux ein geriebener Mann war und von der päpstlichen Kurie materiell und moralisch stark unterstützt wurde, endeten seine Unternehmungen dennoch in trauriger Niederlage.

Richtiger und erfolgreicher war es, daß die Konservativen am 23. November einen Antrag auf Einführung prozentualer Börsensteuer einbrachten.

Und noch wichtiger und bedeutsamer war die weitere Durchführung der Eisenbahnverstaatlichung in Preußen und anderen Staaten. Der Privatbetrieb in Deutschland ging seinem Ende entgegen. Leider wurden nur die sozialen Versprechungen, die bei der vorbereitenden Agitation freigebig gemacht worden waren, teils zögernd, teils unvollkommen, teils gar nicht erfüllt. Die Fiskalität des Staatsbetriebes erregte anfänglich viel Unwillen bei Beamten und Arbeitern, und erst allmählich begann der Staat sich besser auf seine diesbezüglichen Pflichten zu besinnen.

In das Jahr 1882 fiel die Gründung der Evangelischen Arbeitervereine.

Über Entstehung und Wachstum dieser Vereine gibt Pastor Just-Breslau im „Taschenbuch für evangelische Arbeiter auf das Jahr 1907" eine Darstellung, der wir folgendes entnehmen. In Rheinland-Westfalen bildeten sich in den siebziger Jahren vielfach christlich-soziale Vereine, denen Arbeiter beider Konfessionen beitraten. Aber das konfessionelle Moment führte zu Spaltungen. Aus einem solchen gemischten Verein in Gelsenkirchen traten im Frühjahr 1882 der Bergmann Fischer und einige Freunde aus, besprachen sich mit dem Lehrer Bischof und gründeten einen rein evangelischen Verein, der neben kirchlicher Treue auch soziale Arbeit mit in sein Programm aufnahm. Am 2. Pfingstfeiertag wurde der erste „Evangelische Arbeiterverein" in Gelsenkirchen begründet. Ihm folgten bald andere Vereine nach. In neun Jahren stieg die Zahl der Mitglieder auf 20 000, zunächst fast nur in Rheinland-Westfalen. Aber bald fand das Beispiel auch in anderen Teilen des Reiches Nachahmung, in Sachsen, Bayern, an der Saar, in Breslau, Erfurt usw. So entsprach es nur einem

Bedürfnis, als 1890 Pfarrer Weber, München-Gladbach einen Zusammenschluß anregte. Am 6. August 1890 wurde der „Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands“ in Erfurt begründet. Vorsitzender wurde Pastor Werth-Schalke, Schriftführer Pfarrer Weber. Im Mai 1891 wurde das Verbandsorgan, der „Evangelische Arbeiterbote“ ins Leben gerufen. Es folgte nun eine Reihe von Jahren ruhiger Entwicklung. Als 1896 der erste Vorsitzende starb, wurde Pfarrer Weber, der schon längere Zeit als die eigentliche Seele dieser Bewegung gegolten hatte, zum ersten Vorsitzenden erwählt.

Pfarrer Weber, dessen Name mit der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung unauflöslich verbunden, ist als Sohn eines Richters 1846 zu Schwelm in Westfalen geboren. Er studierte Theologie und bekam durch Wichern die Richtung auf Innere Mission und die aus dieser Mission hervorwachsenden sozialpolitischen Aufgaben. Nachdem Weber an verschiedenen kleineren Orten pfarramtlich tätig gewesen war, kam er 1881 nach München-Gladbach, von wo aus er eine überaus reiche und gesegnete Tätigkeit entfaltete. Eifrige Arbeit in rein kirchlichen Vereinen ging Hand in Hand mit sozialpolitischer Betätigung; und überall war Weber mit seiner großen Gabe einer feurigen volkstümlichen Beredsamkeit gern gesehener Helfer und Leiter der Vereine. Mit Stöcker eng befreundet, half er erst den Evangelisch-sozialen Kongreß, dann die Kirchlich-soziale Konferenz gründen und beteiligte sich wie an den konfessionellen Arbeitervereinen auch an der Aufrichtung der interkonfessionellen Gewerkschaften. Die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland verdankt ihre Entstehung der Anregung Webers, der zu allen Zeiten seines Wirkens auch eine reiche literarische Tätigkeit entfaltet hat.

Wenn die christliche Arbeiterbewegung zum guten Teil ein Interessenkampf war und ist, so lag und liegt in den rein wirtschaftlichen Bestrebungen die Gefahr, einer materialistischen Einseitigkeit zu verfallen. Es ist nicht zum wenigsten das Verdienst Webers und seiner Gesinnungsvereine, wenn in der großen Bewegung die idealen Gesichtspunkte nicht vergessen wurden, sondern ihre Geltung behalten haben.

## IX. 1883. Das Krankenkassengesetz angenommen.

Das Jahr 1883

war sozialpolitisch bedeutsam durch die Erledigung des Krankenkassengesetzes. Am 14. Februar schloß die Kommission für Krankenversicherung die 2. Lesung des Gesetzes nach 53 Sitzungen.

Vom 23. bis 31. Mai fand die 3. Lesung des Krankenkassengesetzes im Reichstag statt. Die wesentlichste Streitfrage war zuletzt die, ob die ländlichen Arbeiter einbezogen werden sollten, oder nicht. In 2. Lesung waren sie einbezogen. Jetzt wurden sie auf Wunsch der Regierung wieder ausgeschaltet. Das ganze Gesetz wurde dann mit 216 gegen 99 Stimmen angenommen.

Für jeden nichtländlichen Arbeiter sollte nunmehr die Versicherung obligatorisch werden, teils durch besondere Kassen, teils durch Ausgestaltung der Gemeindekrankenversicherung. Während bis dahin sehr oft eine Krankheit des Ernährers den Grund zum wirtschaftlichen Verfall der Arbeiterfamilie abgegeben hatte, ward jetzt die Unterstützung so reichlich bemessen und für so lange in Aussicht genommen, daß in den Durchschnittsfällen die Fürsorge als ausreichend erachtet werden konnte.

Für die zunächst beschlossene Einbeziehung auch der ländlichen Arbeiter war die Sorge maßgebend gewesen, daß die Besserstellung allein der Industriearbeiter wie eine Prämie auf die Landflucht wirken könnte.

Am 1. Dezember trat das Krankenkassengesetz in Kraft.

Der Widerstand gegen diese Reform war allmählich immer schwächer geworden, auch in den liberal-kapitalistischen Kreisen. Um so mehr lehnte man sich nun aber hier gegen die Fortsetzung der Sozialreform, speziell gegen das Unfallgesetz auf, und suchte die Pläne der Regierung zu durchkreuzen, indem man sie dilatorisch behandelte.

Fürst Bismarck war aber nicht der Mann, sich solche Taktik gefallen zu lassen. Am 14. April verlas Minister Scholz im Reichstag eine Kaiserliche Botschaft, welche die Netze der liberalen Verschleppungstaktik schonungslos zerriß.

„Wir haben Uns", hieß es da, „diese Pflicht (der Sozialreform) besonders gegenwärtig gehalten seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes und schon damals Unsere Überzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche

Maßregeln zur Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Minderung des durch Strafgesetze bekämpften Übels Reformen einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich und die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind."

Der Kaiser sprach dann seine Anerkennung und Befriedigung aus über die ernste Arbeit, welche der Beratung des Krankenkassengesetzes gewidmet worden, zugleich aber die Sorge, daß die prinzipiell wichtigere Vorlage über die Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert sei, und daß daher auf deren baldige Durchberatung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden könne. Bliebe diese Vorlage aber jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen wegen der Alters- und Invalidenversicherung gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Beratungen des Reichshaushaltsetats für 1884/85 die Zeit und Kraft des Reichstages noch während der Wintersession in Anspruch nehmen müßten.

Diese Botschaft verrückte den Liberalen das Konzept ganz und gar. Das heimliche Verschleppen wurde unmöglich. Noch stärker war die momentane Wirkung in den Arbeiterkreisen. Der Sozialdemokrat Frohme kam in eine christlich-soziale Versammlung und sprach unter größtem Beifall in anständiger Weise zugunsten der Regierungspolitik.

Dagegen wurde dem jüdischen Abgeordneten Lasker, der lange Zeit Führer der Nationalliberalen gewesen war, der Boden unter den Füßen zu heiß. Er schnürte sein Bündel und ging nach Amerika. Dort wurde er von einem Redakteur „interviewt": er möge die Gründe angeben, warum er die Pläne der Regierung bekämpfe. Lasker gab Antwort, aber seine Gründe waren so schwach, daß der Interviewer ihm sagte: „Es scheint mir, daß Ihnen mehr daran gelegen ist, daß die Versicherungsgesellschaften gute Geschäfte machen, als daß ein paar Millionen Arbeiter leicht und billig für ihre Hinterbliebenen Unterstützung bekommen."

Nicht besser als Lasker betrug sich der Zentralverband der Industriellen, der im September in Stuttgart tagte. Er erklärte die Unfallversicherung, so wie sie geplant sei, als „überlastend für die Industrie, depravierend für den Arbeiterstand, verderblich für Staat und Gesellschaft."

Dagegen war bei den Konservativen kein nennenswerter Widerstand, sondern durchweg Förderung.

Die „Kreuzzeitung", damals von Hammerstein gut sozial redigiert, erklärte es „einfach und ohne Umschweife" für eine Lebensfrage der Partei, „mit der Reform aus dem Zustande der Stagnation herauszukommen". Auch der deutsche Landwirtschaftsrat verhielt sich im wesentlichen zustimmend.

Diese Zustimmung erstreckte sich bei den Konservativen meist auch auf jene anderen Sozialreformen, die nicht zunächst den Arbeiterstand, sondern Handwerk und andere Stände betrafen. Unter dem Beifall der Rechten besprach Prof. Adolf Wagner die sehr günstigen Resultate der Eisenbahnverstaatlichung und forderte die Regierung auf, auf diesem Wege fortzufahren.

„Ich resumiere mich dahin" — sagte Wagner — „daß wir das Versicherungs-, Verkehrs-, Bank- und Kreditwesen sehr wohl verstaatlichen können, daß aber die verbleibende Privatwirtschaft auf dem Gebiet des Handels, der Industrie und des Ackerbaus reformiert werden muß in dem Sinne, daß an die Stelle der jetzigen Unordnung wieder Zucht und Ordnung gesetzt wird." Die Rechte spendete diesen Worten „lebhaftes Bravo".

Keinen Beifall fanden die Gedanken Wagners bei Windthorst, der alles „Sozialistische" fürchtete, und auf Grund einer ziemlich billigen Konsequenzmacherei widersprach; wenn man ein Gebiet verstaatliche, müsse man alles verstaatlichen.

Eine weitere Sozialreform war für Preußen die am 3. März vom Abgeordnetenhaus in 3. Lesung genehmigte Beseitigung der zwei untersten Klassensteuerstufen. Der Regierung freilich genügte diese Maßregel nicht. So erklärte die am 20. November verlesene Thronrede zum Landtag, die Aufhebung der beiden untersten Klassensteuerstufen nur als einen ersten dringlichen Schritt, nicht aber als Abschluß der Reform ansehen zu können.

Das Handwerk hatte im Jahre 1883 wesentliche Fortschritte nicht zu verzeichnen. Eine Novelle zur Gewerbeordnung, die den Hausierhandel etwas beschränkte, wurde am 2. Juni in 3. Lesung vom Reichstag angenommen, enthielt aber zu wenig durchgreifende Bestimmungen, um den Wünschen der Handwerker zu genügen. Am 21. und 22. Mai fand in Hannover ein großer Handwerkertag statt, der entschieden die obligatorische Innung forderte. Am 4. Juni verlangte auch ein Gewerbekammertag in Dresden wiederum Arbeitsbücher für alle Arbeiter über 21 Jahre.

Am 31. Januar lehnte der Reichstag einen Antrag Ackermann auf Verleihung des Rechtes, Lehrlinge zu halten, ausschließlich an Innungsmeister, mit 170 gegen 148 Stimmen ab.

Die Börsensteuer, für welche die Konservativen schon früher eintraten, wurde wiederum von ihnen im Reichstag gefordert. Am 20. Januar ging der Antrag Wedell auf prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte an eine Kommission von 18 Mitgliedern. Diese lehnte am 8. Februar den Register- und Schlußnotenzwang ab, nahm dagegen den Rest mit 11 gegen 9 Stimmen an. Durch diese Verstümmelung wurde die Vorlage dann stark entwertet.

In der Debatte prophezeite der Fortschrittler Schlutow, es würden durch das Gesetz „zahllose Existenzen vernichtet" werden, worauf der Konservative Perrot ihn fragte, wer wohl mehr „Existenzen vernichte", die Börse oder der Antrag Wedell. Der jüdische Redakteur Meyer nannte den Erwerb an der Börse „sauer und rechtschaffen". Ludwig Löwe sprach Perrot den „sittlichen Ernst" ab. Die Regierung erklärte die Sache für „technisch" schwierig. Sie behauptete nicht, selbst die rechte „Technik" zu haben, sondern beschränkte sich darauf, sie bei den Konservativen zu vermissen.

Leider war die Einsicht, daß Börsengesetz und Arbeiterfrage sehr eng zusammenhängen, lange nicht so verbreitet, als sie hätte sein sollen. Und doch ist der Umstand, daß Börsenkrise und Arbeitslosigkeit größeren Umfangs immer zusammenfallen, durchaus geeignet, diese Einsicht zu fördern, zumal wenn man erwägt, daß eine zügellose Börse viel häufigere und verderblichere Krisen zeitigen muß, als eine durch weise Gesetze einigermaßen im Zaum gehaltene Spekulation.

Nach der Seite des Antisemitismus waren die Berliner lokalpolitischen Vorgänge bedeutsam. Am 23. April ließ Bismarck die Stadtverordnetenversammlung wegen Kompetenzüberschreitung auflösen. Die Neuwahlen wurden für den 18. bis 21. Oktober ausgeschrieben. Bei diesen Wahlen war die „Berliner Bewegung" nunmehr so weit erstarkt, daß sie erfolgreich eingreifen konnte. In der 3. Abteilung fielen von 42 Wahlen 22 auf den Fortschritt, 6 auf die Bürgerpartei, 2 auf die Sozialdemokratie. Bei der Stichwahl gewann die Bürgerpartei noch 5, der Fortschritt 3, die Sozialisten 2. Im ganzen errang die konservative Bürgerpartei 12 Sitze. Das war ein Erfolg, der auch die kühnsten

Hoffnungen überstieg, und den drei Jahre zuvor kein Mensch für möglich gehalten hätte.

Zur öffentlichen Stimmung bedeutsam war es auch, daß eine Anzahl Neustettiner Juden vom Schwurgericht in Köslin rechtskräftig verurteilt wurden, weil sie ihre Synagoge in Brand gesteckt hätten, um die Brandstiftung den Antisemiten in die Schuhe zu schieben.

Dagegen brachte das Jahr auch ein trauriges Zeichen für die Macht der „goldenen Internationale", insofern es am 20. November einer Anzahl lärmender Juden und Sozialdemokraten gelang, einen Vortrag Stöckers in London über christliche Sozialreform zu verhindern, niederzuschreien und das Ergebnis ihrer Pöbelhaftigkeit gegen den verhaßten Hofprediger in Berlin zu verwerten. Der unliebsame Vorfall trug Stöcker einen Verweis ein.

In der eigentlichen Antisemitenbewegung rückte leider der Schwerpunkt maßgebenden Einflusses nach links. In Chemnitz fand am 29. April ein zweiter Antisemitenkongreß statt, der die Thesen des Vorjahrs in demokratischem und unchristlichem Sinne zu verschieben bemüht war.

Die Sozialdemokraten hielten vom 30. März bis 1. April ihren Kongreß in Kopenhagen ab und bestärkten sich gegenseitig in ihrer Alles-oder-nichts-Politik. Im übrigen legten sie es sofort darauf ab, die Reformgesetze, die sie bekämpften, wenn sie dennoch rechtskräftig geworden, parteipolitisch auszunutzen. Schon im August hielt Vollmar eine Rede in München, wie die Sozialdemokratie es machen müsse, um politisches Kapital aus dem Krankenkassengesetz zu schlagen. Leider ist ja diese Taktik den Aufrührern nur zu wohl geglückt, so daß das Krankenkassengesetz aus einer Wohlfahrtseinrichtung, als die es gedacht war, zu einem Instrument der Agitation gegen Staat und Gesellschaft wurde, und neben dem beabsichtigten Nutzen auch innerlich viel Schaden anrichtete.

Am 23. Februar fand in Halle a. S. eine Konferenz unter Vorsitz des Pastors v. Bodelschwingh statt, deren Absehen es war, Arbeiterkolonien zu gründen. In den Zeiten der Krise und Arbeitslosigkeit, in denen der Wanderbettel überhandgenommen hatte, war es Pastor von Bodelschwingh durchs Herz gegangen, daß nicht nur Arbeitsscheue, sondern auch Arbeitswillige, besonders Jugendliche, der Bettelei, dem Schmutz, dem Trunk und dem ungeregelten Leben verfielen. Um denjenigen, die sich noch

helfen lassen wollten, die Hand zu bieten, hatte Bodelschwingh in Westfalen eine Kolonie — Wilhelmsdorf — begründet, in der die Arbeitslosen gesammelt, beschäftigt, geistlich versorgt und nach Möglichkeit in geordnete Verhältnisse zurückgeführt wurden. Der Versuch war gelungen, das Wilhelmsdorfer System hatte sich bewährt. Und Bodelschwingh versuchte nun, diese seine Fürsorge für den „fünften Stand" über ganz Deutschland auszubreiten. Der Weg wurde als gangbar anerkannt, und es entstanden hin und her im Reiche eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeiterkolonien. Doch gelang es leider nicht, die Pläne Bodelschwinghs nach systematischer Ausbreitung über das ganze Reich, lückenlos durchzuführen.

Ungünstig verlief ein Versuch, dem Volk eine bessere Sonntagsfeier zu schaffen, den der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr v. Wolff, unternahm. Am 13. Februar erließ er eine ziemlich weitgehende Verordnung zum Schutz des Sonntags. Kapitalistische und kirchenfeindliche Kreise erhoben lärmenden Widerspruch, besonders in der liberalen Presse. Man führte Gerichtsverhandlungen herbei, und ein Schöffengericht erklärte sie für ungesetzlich. Am 8. August mußte die Verordnung von der Regierung außer Kraft gesetzt werden. Ein vorzeitiger Versuch, dem Volk seinen Sonntag zu geben, hatte resultatlos geendet.

Am 3. Juli starb ein tapferer Vorkämpfer für christliche Sozialreform, der konservative Abg. Professor Arnold-Marburg. Noch am 30. Januar hatte er im Kampf für den Sonntag unverzagt seinen Mann gestanden.

Am 15. März starb Karl Marx, der geistvolle Theoretiker des Sozialismus. Marx hat in seinem großen Werke „Das Kapital" den modernen kapitalistischen Produktionsprozeß in einer Weise beschrieben, die Bewunderung fordert. Mit dem kritischen Verstande der Semiten und ihrem angeborenen Instinkt für das Wirtschaftsleben war er, wie kein anderer vor ihm, tief in die Nuancen und Feinheiten dieses Prozesses eingedrungen und hat ihn so, wie er ihn auffaßte, mit großem dialektischen Geschick dargestellt. Was ihm aber, wie allen seinen Stammesgenossen, abging, war historischer Sinn und Verständnis für das positive, bauende Moment in der Staatskunst.

Eine eingehende Würdigung des Mannes, von dem die Sozialdemokratie ihre ganze Dogmatik bezogen hat, liegt nicht im Plan dieses Buches. Immerhin verdient hervorgehoben zu

werden, daß Marx nicht nur der Träger bestimmter sozialpolitischer und wirtschaftlicher Ideen war, sondern daß er auch eine dem Christentum feindliche Weltanschauung — die materialistische — verkörpert. Kommt nun hinzu, daß auch in seinem sozialwirtschaftlichen System große Irrtümer sich finden, wie die durch alle Tatsachen als falsch erwiesene Verelendungstheorie, wie die Behauptung vom Untergang des Handwerks, wo es doch heute noch Handwerke gibt, die nicht ab-, sondern zunehmen, wie die Gleichsetzung von Industrie und Landwirtschaft im Hinblick auf den kapitalistischen Akkumulierungsprozeß, wo doch die Entwicklung beider Gewerbe eine ganz entgegengesetzte ist — faßt man dies alles zusammen mit der Weigerung der Marxisten, den Staat der gemeinsamen Produktionsmittel und die Wege, die zu ihm hinführen, genau zu beschreiben, so ergibt sich leicht, daß zwischen den christlichen Sozialreformern und den marxistischen Sozialdemokraten nicht die geringste Gemeinsamkeit besteht. Der christliche Sozialreformer sucht für die moderne Produktion in schonendem Anschluß an das Bestehende ein neues modernes Arbeitsrecht zu finden. Die Sozialdemokratie hat eine durch Tatsachen als falsch und unhaltbar erwiesene Theorie zum unfehlbaren Dogma erhoben, und bemüht sich, selbst mit verwerflichen Mitteln, politische Gewalt zu erlangen, um einen Zukunftsstaat aufzurichten, über dessen Beschaffenheit sie die Auskunft verweigert. Trotz der Standesgemeinschaft kann zwischen dem christlichen und dem sozialdemokratischen Arbeiter grundsätzlich kein anderes Verhältnis bestehen als der Kampf. Einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

---

## X. 1884. Das Unfallgesetz verabschiedet. Besseres Sonntagsrecht.

### Das Jahr 1884

war für die Sozialreform ein sehr bedeutsames, insofern das Unfallversicherungsgesetz verabschiedet wurde, das Krankenkassengesetz in Kraft trat, wesentliche Verbesserungen der Sonntagsfeier erzielt und andere Reformen, wie der amtliche Arbeitsnachweis, in Aussicht genommen worden.

Am 4. Januar ging das von Preußen ausgearbeitete neue Unfallversicherungsgesetz den Bundesregierungen zu. Auf den Reichszuschuß wurde verzichtet, das Reichsversicherungsamt vorgesehen, und Arbeiterausschüsse gefordert. Am 1. März genehmigte der Bundesrat das Gesetz. Am 6. März wurde der Reichstag wieder eröffnet. Das Parteiverhältnis hatte sich etwas verschoben, da die Sezessionisten und Fortschrittler sich zu der „Deutschen Freisinnigen Partei" vereinigt hatten. In ihrem Programm forderten sie negativ „keine Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens", positiv: „Bekämpfung des Staatssozialismus".

Wenige Tage später kamen denn auch bereits Fürst Bismarck und der jüdische Abg. Bamberger über die Sozialpolitik hart aneinander. Bamberger erklärte die Unfallversicherung für eine „sozialistische Schrulle", worauf Bismarck entgegnete, daß dann unser ganzes Staatswesen eine solche sei. Hand in Hand mit dem Freisinn ging auch jetzt, wie früher schon, der Zentralverband der Industriellen. Während die Steuer- und Wirtschaftsreformer im Februar Ausdehnung des Krankenkassengesetzes auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter forderten, sprach sich gleichzeitig der Zentralverband scharf und drohend gegen das Unfallversicherungsgesetz aus — freilich ohne nennenswerten Eindruck damit zu erzielen.

Am 14. und 15. März fand die 1. Lesung des Unfallgesetzes im Reichstag statt, die mit Verweisung an eine Kommission von 25 Mitgliedern endete. Bismarck redete einleitend den gegnerischen Liberalen tüchtig ins Gewissen: „Die fortdauernde Negation seitens des Reichstags die wir seit Jahren beobachten, verschleppt alles, und wir kommen zu keinem Anfang. Möge der Reichstag bessere Vorschläge machen an Stelle der abgelehnten. — — Wir wollen vom Standpunkt des praktischen Christentums aus den Armen helfen und uns nicht, wie etwa Frankreich, so fern vom Sozialismus halten, daß wir jedem das Grundrecht lassen, zu verhungern. — — Es gibt ein soziales Vakuum, welches ein gesunder Staatssozialismus ausfüllen muß. Andernfalls bemächtigt sich die sozialdemokratische Agitation dieses Vakuums, erregt Unzufriedenheit und Klassenhaß."

Die feste und kluge Haltung des Reichskanzlers machte die Sozialreform so populär, daß sie die Nationalliberalen zu einer Schwenkung zwang. Die meisten krümmten und wanden sich,

aber der Abg. Miquel, einer der wenigen, die soziales Verständnis hatten, drängte sie doch dahin, zu vertreten, was sie lange bekämpft hatten; sie sahen, daß es kommen würde, wenn nicht mit ihnen, dann ohne sie. Miquel erklärte in einer nationalliberalen Parteiversammlung: „Die Definition des Liberalismus, welche in der Verminderung der Aufgaben des Staates, in der ausschließlichen Verweisung des einzelnen auf die Selbsthilfe, in der Verwerfung aller wirtschaftlichen und sozialen öffentlich-rechtlichen Organisation den Freisinn erblickt, welcher in wirtschaftlichen Dingen den Staat nichts tun lassen will, weil er nicht alles tun kann — diese Art von Liberalismus erkennen wir nicht an."

Am 21. Mai fand die 2. Lesung des Unfallgesetzes in der Kommission statt. Eine im wesentlichen konservativ-klerikale Mehrheit stimmte der Regierungsvorlage ziemlich unverändert zu.

Am 21. Juni nahm der Reichstag nach fünftägiger Debatte das Unfallgesetz mit großer Mehrheit in 2. Lesung an. Kein Reichszuschuß, keine Arbeiterausschüsse, aber 13 Wochen Karenz und Umlageverfahren.

Am 27. Juni bestätigte man in 3. Lesung die Beschlüsse der zweiten.

Der Bundesrat begann sehr bald die weitere Ausgestaltung des Gesetzes. Am 23. Oktober wurde eine Vorlage Preußens, betr. Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf die Transportgewerbe und auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Angriff genommen und am 11. und 19. Dezember mit einigen Veränderungen genehmigt.

Im Spätsommer und Herbst gab es eine äußerst leidenschaftliche Wahlbewegung für die Neuwahlen zum Reichstag. Leider gehörte dabei die offiziöse Presse zu denen, die den meisten Wirrwarr anrichteten. Das Ergebnis des Kampfes war ein starker Rückgang der Liberalen. Aber Konservative und Zentrum bildeten eine Mehrheit für Sozialreform.

In Berlin war die christlich-soziale Bewegung so erstarkt, daß sie nahe an den Erfolg heranrückte. Es ergab sich dabei das merkwürdige Stimmungssymptom, daß, obwohl Freisinnige und Juden, ganz besonders die reichen aus dem Tiergartenviertel, die Vorkämpfer der Rechten, den Hofprediger Stöcker und Professor Adolf Wagner, mit wildem Haß verfolgten, trotzdem die Stimmenzahl des jüdischen Kandidaten Ludwig Löwe stark herabging. Andererseits ergab sich die Tatsache, daß bei der

Stichwahl in Berlin sich die Sozialdemokraten den Konservativen näherten. Ja, sie hatten anfänglich den Entschluß gefaßt, nicht für Virchow, sondern für Stöcker zu stimmen, wenigstens die Arbeiter, solange sie unbeeinflußt waren. Erst auf Ordre von Liebknecht, der natürlich vom jüdisch orientierten Freisinn bestürmt worden war, sind dann viele „umgefallen". 3000 hatten trotzdem dem Kommando nicht gehorcht, sondern für Stöcker gestimmt.

Am 20. November wurde der neugewählte Reichstag durch den Kaiser eröffnet. Die Thronrede stellte in Aussicht die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Landwirtschaft und Transportwesen und ein Postsparkassengesetz. „Es gereicht mir zur besonderen Genugtuung, daß die Wünsche, welche in der Botschaft vom 17. November 1881 kundgegeben waren, seitdem auf dem Wege zu ihrer Erfüllung wesentliche Fortschritte gemacht haben. Ich entnehme daraus am Abend meines Lebens die Zuversicht, daß der stufenweise Ausbau der begonnenen Reform schließlich gelingen und für den inneren Frieden im Reiche die Bürgschaft herstellen werde, welche nach menschlicher Unvollkommenheit erreichbar ist."

Mit dem 1. Dezember trat das Krankenkassengesetz in vollem Umfange in Kraft.

Die konservative Monatsschrift schrieb damals, das Paradies auf Erden werde nicht anbrechen, aber „es kann im ganzen gerühmt werden, daß das, was wichtiger ist, als der eine oder andere Paragraph, daß auch der Umschwung der Denkweise sich in weiten Kreisen des Volkes fortdauernd zu unseren Gunsten vollzogen hat und vollzieht, daß also in diesem Strom der öffentlichen Meinung eine, wenn nicht Gewähr, doch Aussicht liegt, es werden dem ersten Schritt auch der zweite und die weiteren folgen."

Trotz des rüstigen Fortschreitens der Sozialreform mußte die Umsturzpartei fest in Schranken gehalten werden. Vom 8. bis 10. Mai nahm der Reichstag die 2. Lesung der Vorlage, betr. Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 2 Jahre vor. Das Gesetz wurde mit 189 gegen 157 Stimmen angenommen. Bei der Beratung ward bekannt, daß der Anarchist Reinsdorff den Versuch gemacht hatte, die Festversammlung bei Einweihung des Niederwalddenkmals — der Kaiser und viele Fürsten waren zugegen — in die Luft zu sprengen. Der Versuch ist nur des nassen Wetters wegen mißlungen, da die Zündschnur feucht wurde.

Vom 15. bis 22. Dezember wurde dieser Niederwaldprozeß vor dem Reichsgericht verhandelt, und Reinsdorff mit zwei Genossen zum Tode verurteilt.

Am 24. November ging dem Reichstag ein Rechenschaftsbericht über das Sozialistengesetz und den kleinen Belagerungszustand zu. Darin heißt es: „Nach den bei der letzten Wahlbewegung gemachten Erfahrungen ist zwar unverkennbar eine mehr gemäßigte Haltung der sozialdemokratischen Partei in Berlin zutage getreten" — doch wird diese Mäßigung lediglich auf „taktische Erwägungen" zurückgeführt. Gleichwohl begann die Regierung, die Zügel des Sozialistengesetzes von jetzt an etwas nachzulassen. Versammlungen und Zeitungen wurden wieder geduldet. Die Sozialdemokraten machten in der Tat einen Augenblick Miene, verständiger zu werden. Die Fraktion setzte einen Ausschuß nieder, der ein Arbeiterschutzgesetz ausarbeiten sollte. Das Gesetz wurde auch entworfen, war aber nur ein undurchführbares Paradestück geworden, mit dem man beweisen wollte, daß man auch zu positiver Arbeit fähig sei. Von Dauer war die „positive" Stimmung nicht. Der böse Geist der reinen Verneinung gewann schnell wieder die Oberhand.

Dem Reichstage spielte die Sozialdemokratie einen bösen Streich. Die Eisenbahnfreikarten der Reichstagsabgeordneten mußten von der Regierung wesentlich beschränkt werden, weil die Sozialdemokraten ungeheuerlichen Mißbrauch für Agitationszwecke damit getrieben hatten. Die Partei, die das Wort Freiheit am häufigsten im Munde führte, zeigte sich auch auf diesem verhältnismäßig unbedeutenden Gebiet völlig unfähig, von den bestehenden freiheitlichen Einrichtungen einen würdigen und anständigen Gebrauch zu machen. Nicht allen Arbeitern fehlte dies Gefühl für politische Würde. So trat der Abg. Rittinghausen aus der sozialdemokratischen Partei aus, stimmte auch für ein Dynamitgesetz, damit bezeugend, daß er mit Mordbrennerei nichts zu schaffen haben wollte. Aber Anläufe dieser Art zum Besseren blieben stets vereinzelt.

Neben den Reformen großen Stils gingen auch in diesem Jahre wertvolle sozialpolitische Maßregeln für Einzelgebiete des öffentlichen Lebens nebenher. Am 31. Januar veröffentlichte der Staatsanzeiger eine neue Festsetzung der Dienststunden für die Post in Berlin an Sonn- und Festtagen. Es wurde bestimmt, daß der Dienst von 9 bis 5 Uhr gänzlich ruhen sollte.

Am 7. Februar 1884 nahm das Abgeordnetenhaus einen Antrag Stöcker an, daß der Unterricht der Fortbildungsschulen während des Gottesdienstes am Sonntag ausfallen sollte.

Auch für den „fünften Stand" wurde weiter gearbeitet. Pastor von Bodelschwingh gab sein Referat auf dem vorjährigen Kongreß der christlichen Herbergsvorstände als Broschüre heraus: „Vorschläge zur Vereinigung der Arbeiterkolonien und zur einheitlichen Organisation der Naturalverpflegungsstationen im Deutschen Reiche". (Bielefeld, Bethel.)

Am 18. März genehmigte der Bundesrat eine Resolution des Reichstags betr. die Sonntagsruhe für Postbeamten mit einigen Einschränkungen.

Zwei gute und nützliche Absichten der Regierung wurden leider vereitelt, oder blieben doch ohne Folgen. Am 11. Dezember genehmigte der Bundesrat eine Postsparkassenvorlage, von der aber der Reichstag mit Rücksicht auf die schon bestehenden Sparkassen nichts wissen wollte.

Am 31. Oktober richtete der preußische Handelsminister Fürst Bismarck eine Anfrage an das Direktorium des Zentralverbandes der Industriellen, was er über die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweisämter denke.

Leider ist diese wichtige Anregung des Fürsten Bismarck bis heute noch resultatlos geblieben, oder hat doch nur fakultativ in einzelnen Gemeinden Verwirklichung gefunden, während gerade ein amtlicher unparteiischer Arbeitsnachweis über ganz Deutschland dem Arbeiterstand die wertvollsten Dienste leisten könnte.

Fürst Bismarck ließ sich übrigens durch Mißerfolge nicht abschrecken, sondern wies nunmehr auch sehr deutlich auf die Altersversorgung der Arbeiter hin. Bei der Beratung des Sozialistengesetzes nahm er fünfmal das Wort und sagte u. a. folgendes: „Ich will mich dahin resumieren: geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie das tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort ‚Altersversorgung' ausspricht; wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, und daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird." Diesem Programm folgte die

Anklage, daß die Parlamente alle Sozialreform verschleppen und damit das Mißtrauen der Arbeiter in ihren guten Willen nähren, statt zu beweisen, „daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist.“ — „Ich glaube, daß sie bei der Regierung nicht an dem Ernst zweifeln, aber in betreff der gesetzgebenden Körperschaften ist bisher die Überzeugung, daß es den Herren ernst darum zu tun wäre, etwas für die Arbeiter zu schaffen, noch nicht sehr durchgedrungen. Die Arbeiten gehen langsam.“

---

## XI. 1885. Das Unfallrecht in Kraft. Arbeiterschutz.

### Das Jahr 1885

bezeichnet sozialpolitisch einen starken Fortschritt.

Am 1. Oktober trat das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 in Kraft. Im Reichstag aber, und außerhalb desselben, wurden neue Reformen in Angriff genommen, ganz besonders die Arbeiterschutzgesetze.

Bei seinem Wiederzusammentritt im Januar gingen dem Reichstag Gesetzentwürfe zu betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die im Transportgewerbe beschäftigten Personen (mit Ausnahme der staatlichen Verkehrsanstalten) und auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

In der Begründung wird die Zahl der unter das Unfallgesetz vom 6. Juni 1884 fallenden Personen auf 2 776 891 in 156 529 Betrieben, die Zahl der über den Gesetzentwurf wegen Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf das Transportgewerbe fallenden auf 800 000, der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auf 6 978 579 Personen berechnet, so daß nach Annahme der Gesetze im ganzen $10^1/_2$ Millionen Arbeiter gegen Betriebsunfälle versichert sein würden.

Für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sollte nur das Unfallgesetz, nicht das Krankengesetz gelten.

Der Reichstag trat alsbald in die Beratung der Materie ein. Schon am 31. Januar wurden die Ergänzungsgesetze zum Unfall- und Krankengesetz einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Am 16. Januar überwies der Reichstag ein vom Zentrum (Hertling und Genossen) beantragtes Arbeiterschutzgesetz (Verbot der Sonntagsarbeit, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Regelung der Maximalarbeitszeit) und drei verwandte Anträge an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Fürst Bismarck sprach lebhaft gegen den Normalarbeitstag, der auch einen Normalarbeitslohn bedinge und nur international zu verwirklichen sei. Bei allen internationalen Abmachungen werde aber stets Deutschland dadurch im Nachteil sein, daß bei uns die Gesetze strikt gehandhabt würden, während sie im Ausland meistens oder doch oft umgangen würden. Bei den Schweizer Fabrikgesetzen sei das bekanntermaßen der Fall. Diese theoretisch sehr schönen und edlen Gesetze hätten daher geringe praktische Bedeutung.

Ein beachtenswertes Zeichen der Zeit war es, daß plötzlich auch die Sozialdemokraten begannen, sich in verhältnismäßig vernünftiger Weise an der politischen Arbeit zu beteiligen. Am 30. Januar brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag den umfangreichen Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes ein, der den 10stündigen Normalarbeitstag, und im allgemeinen Verbot der Nacht- und Kinderarbeit forderte. Der Entwurf enthielt neben durchaus berechtigten Forderungen einzelne Übertreibungen, stellte sich aber auf den Boden des Gegenwartsstaats; er war ganz offenbar ein „Angstprodukt" der Umsturzpartei, die sich von den bürgerlichen Parteien nicht allen Wind aus den Segeln nehmen lassen wollte.

Am 11. März wurde der Entwurf beraten; er ging an dieselbe Kommission, die für den Antrag Hertling eingesetzt war.

Aus den zahlreichen Arbeiterschutz-Anträgen griff nun die dafür eingesetzte Kommission zunächst die Sonntagsfrage heraus. Am 9. Mai fand eine lebhafte Sonntagsdebatte statt. Die Arbeiterschutz-Kommission beantragte: „Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Feiertagen nicht verpflichten. Sie dürfen dieselben an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigen in Fabriken, Werkstätten und bei Bauten."

Bismarck sprach fünfmal gegen den Antrag; der Entwurf sei unannehmbar; er vertrat die rein materialistische Auffassung, daß der Sonntag 14% des Wochenlohnes bedeute. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie gern auf diese 14% verzichten wollten. Doch schien die Sache resultatlos zu enden, zumal auch

der Postminister Stephan, ein Mann von unsozialer Gesinnung, zu den Gegnern gehörte. Am 16. Juni ergab sich aber, daß die Reichstagsdebatte über den Sonntag doch nicht erfolglos gewesen war. Fürst Bismarck teilte in einem öffentlichen Briefe mit, daß er eine Enquete angeordnet habe, „zur Ermittlung derjenigen Betriebe, in denen Sonntagsarbeit stattfindet, und zur Entgegennahme der Ansichten der beteiligten Arbeiter und Unternehmer". Diese Enquete wurde freilich ziemlich parteiisch durchgeführt. Die Fragebogen waren ganz manchesterlich. Man tat, als ob die Sonntagsarbeit herrsche, während sie tatsächlich verboten war. Aber am letzten Ende bedeutete sie doch einen Schritt vorwärts. Charakteristisch war, daß auch über die evangelische Generalsynode eine volle Schale des Zornes von den Bismarck-Offiziösen ausgeschüttet wurde, weil sie mit Wärme für die Bestrebungen zur besseren Feier des Sonntags eingetreten war.

Am 19. November wurde der Reichstag zu seiner Wintertagung wieder eröffnet. Die Thronrede kündete an eine Wiedervorlegung des Gesetzes betr. Ausdehnung der Unfallversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, und Ausdehnung der Unfallfürsorge auf Beamte und Soldaten. Das Gesetz war gegen früher wenig verändert.

Am 21. November verwies der Reichstag diese Vorlage an eine Kommission. Und am 4. Dezember hatten zahlreiche Arbeiterschutz-Anträge dasselbe Schicksal.

Bezeichnend für den Fortgang der Sozialreform war es, daß der Zentralverband der Industriellen fortdauernd protestierte. Am 25. Januar nahm der Verband in Sachen des Arbeiterschutzes eine sehr verärgerte Resolution an, daß „unaufhörlich gesetzgeberische Versuche ohne genügende Vorbereitung im Reichstag gemacht werden". Jede „generelle Begrenzung der Arbeitszeit erwachsener männlicher Personen" sei zu verwerfen. Und am 5. und 6. Oktober tagte wiederum der Zentralverband der Industriellen und behandelte diesmal die Sonntagsfrage. Arbeit an Sonn- und Festtagen, „welche lediglich dem Zweck einer Vermehrung der regelmäßigen Produktion dient", wollte man nicht getan wissen, wohl aber „Revision, Reinigung und Instandhaltung der Maschinen und Fabrikräume" und Vornahme der nötigen Reparaturen — also Arbeiten, die für viele die Aufhebung der Sonntagsruhe bedeuteten.

Neben den großen Fragen direkter Sozialreform kamen auch in diesem Jahre wieder Gesetze zur Erörterung, die, im Grunde wirtschaftlich, doch erhebliche soziale Bedeutung hatten: die Börsensteuer und ein Gesetz über Postsparkassen. Am 21. Januar überwies der Reichstag zwei Börsensteuer-Entwürfe (Wedell-Malchow und Oechelhäuser) an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Am 23. April erklärte sich der Ausschuß des Staatsrats mit 20 gegen 10 Stimmen für die prozentuale Börsensteuer. Am 6. Mai nahm der Reichstag diese Steuer an, auch den Schlußnotenzwang; am 8. Mai in dritter Lesung mit 241 gegen 41 Stimmen. Am 21. Mai nahm der Bundesrat das Börsensteuergesetz in der Fassung des Reichstags mit allen gegen die Stimme Bremens an. Damit war eine Steuer geschaffen, die ohne Zweifel die Wirkung hatte, nur leistungsfähige Zahler zu treffen.

Weniger glücklich erging es dem Postsparkassengesetz, das am 22. Januar an eine Kommission verwiesen wurde. Es wurde leider abgelehnt im Interesse der bestehenden Sparkassen.

Das Handwerk setzte seine Bemühungen um die Gunst der Gesetzgebung fort. Am 15. und 16. Juni wiederholte ein großer Innungstag in Berlin die Forderungen des Handwerks. Bekanntermaßen vergeblich.

Die sozialpolitische Literatur zeitigte in diesem Jahre zwei vielgelesene und bedeutsame Schriften: Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie. Drei Briefe an einen Staatsmann zur Ergänzung der „Quintessenz des Sozialismus". Von Dr. Albert E. Fr. Schäffle, k. k. österr. Minister a. D. (Tübingen, Laupp.) Und als Gegenschrift: Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle. Drei Briefe an einen Volksmann als Antwort auf „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie". Von Hermann Bahr. (Zürich, Verlagsmagazin.)

Die Schrift Schäffles ist eine vernichtende Kritik aller zukunftsstaatlichen Utopien, die durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erreichen wären.

Die christlich-soziale Partei, speziell in der Reichshauptstadt die „Berliner Bewegung", machten den Parteien der Linken die Volksgunst immer schärfer streitig. Ganz besonders gelang dies durch die volkstümliche Beredsamkeit des Hofpredigers Stöcker, dessen Anhang immer stärker wurde. Freilich wurde als Gegenwirkung auch die Erbitterung der Gegner, die sich

Zug um Zug aus ihren Positionen gedrängt sahen, stärker, und sie wurden in der Wahl ihrer Mittel, den Gegner zu bekämpfen, immer weniger wählerisch.

Zu diesen Mitteln gehörten einige Prozesse, die von freisinnig-jüdischer Seite hervorgerufen wurden. Einmal wurde Stöcker gröblich beleidigt und als Lügner bezeichnet, und als er klagte, der Beweis der Wahrheit damit angetreten, daß Stöcker in einem bestimmten Falle seine Unterschrift verleugnet habe. Tatsächlich hatte Stöcker seine Unterschrift unter eine Petition erst gegeben gehabt, dann auf Bitten seiner Freunde zurückgezogen, und nach der Zurückziehung mit Recht in Abrede genommen, daß die Petition seine Unterschrift trage. In einem anderen Prozeß, einem Streit der Freisinnigen und Sozialdemokraten, war Stöcker als Zeuge geladen, um zu bekunden, ob er mit dem Sozialdemokraten Ewald Verhandlungen gepflogen habe. Stöcker nahm die Verhandlungen in Abrede, die auch niemals stattgefunden hatten, fügte aber ungefragt dem Zeugnis hinzu, daß er Ewald nicht kenne. Tatsächlich hatte er aber mehrere Jahre vorher einmal ein paar längst vergessene Worte mit Ewald gewechselt, worüber dann die Gegner einen ungeheuren Lärm wegen angeblichen Meineids erhoben. Das Bezeichnendste und Traurigste an diesen Prozessen, durch welche Stöcker in keiner Weise belastet wurde, war der Umstand, daß selbst die Gerichte ganz und gar unter dem Eindruck des jüdischen Zeitungslärms ihres Amtes walteten. Der Landgerichtsdirektor Lüty, der die Verhandlung leitete, nannte nicht einmal, sondern mehrmals Stöcker den „Angeklagten", während Stöcker gar nicht Angeklagter, sondern Zeuge war. Nur die Zeitungen hatten ihn auf die Anklagebank gesetzt, und auch das Gericht war dieser Suggestion erlegen. — Der Reichsgerichtsrat Bähr hat später das Erkenntnis in diesem Prozeß einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Am letzten Ende wurde Stöckers Stellung durch diese Prozesse mehr befestigt, als erschüttert. Kaiser Wilhelm I. prüfte die Sache an der Hand der Akten und unternahm nichts. Geistliche und Laien der Rechten sprachen aber Stöcker zu Tausenden ihre Sympathie aus. Professor Adolf Wagner äußerte am 26. Juni in öffentlicher Versammlung folgendes: „Vielleicht könnte Stöcker manchmal etwas weniger heftig sein. Aber die reservierten Leisetreter haben zumeist auch keine Tatkraft. Wer

nie einen Fehler macht, der wird auch nicht den zehnten Teil von dem leisten, was Stöcker geleistet hat. Es kommt dazu: wie ist Stöcker seit Jahren von den Gegnern behandelt, gereizt worden, er und andere, so auch ich. Und dann wundert man sich darüber, wenn einmal ein heftiges Wort fällt ... Stöcker ist in der Tat gehetzt worden, wie ein Wild. Einige Irrtümer, Versehen, Gedächtnisfehler sind ihm nachgewiesen worden. Aber nichts Ehrenrühriges, nichts seinen Charakter Schädigendes. Stöcker steht vor uns allen so ehrenwert da wie jemals. Wir wollen zu Stöcker halten jetzt noch mehr als früher."

Von den zahlreichen Erklärungen zugunsten Stöckers schlossen sich die Offiziösen leider aus. Im September brachte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung einen scharfen Artikel gegen die Christlich-Sozialen. Das Christliche gehöre in die Innere Mission, der Antisemitismus sei aussichtslos. Für den Umstand, daß die Christlich-Sozialen die einzigen waren, welche jemals der Sozialdemokratie Abbruch getan, hatte man in den leitenden Kreisen kein Verständnis.

Tatsächlich gab es damals eine starke Richtung in der Sozialdemokratie, die patriotisch werden wollte; ihr Führer war Frohme. Dieser erklärte öffentlich, daß nach seiner Auffassung ohne aufrichtige Vaterlandsliebe ein gesundes Streben nach Besserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen nicht wohl zu denken sei. Natürlich beehrten ihn Bebel und Genossen mit intensivem Haß. Frohme aber wehrte sich seiner Haut, und zog in einer Polemik gelegentlich die Tatsache ans Licht, daß Bebel, der am Anfang seiner politischen Laufbahn in finanziell zerrütteten Verhältnissen lebte, den jüdisch-freisinnigen Abgeordneten Sonnemann um ein Darlehn gebeten, ein solches auch bekommen und angenommen habe. Bebel gab dies Geschäft, das er mit dem Mitgliede einer anderen Partei geschlossen hatte, zu und suchte es als harmlose kaufmännische Sache hinzustellen, allerdings ohne viel Glauben für seine Beschönigung zu finden. Die Möglichkeit, sich des Judentums in der Sozialdemokratie zu erwehren, hatte Bebel mit seinem Darlehn verwirkt. Qui prend, se vend!

Anfang April entstand noch eine andere innere Fehde in der Umsturzpartei, eine scharfe Polemik zwischen der Reichstagsfraktion als solcher und ihrem in Zürich erscheinenden Organ. Dieses Blatt hatte heftig gerügt, daß einige Mitglieder der

Fraktion für Unterstützung der Postdampferlinien gestimmt hatten. Die Fraktion erklärte nun sehr energisch, nicht das Blatt mache die Politik, sondern es habe nur die Politik zu vertreten, die von der Fraktion gemacht werde. Der Hader an sich schien unbedeutend. Aber es war typisch, daß in jedem Jahr ein oder einige Anläufe zur Selbständigkeit und Freiheit des Urteils abgeschlagen werden mußten.

Neben den zur Verständigung neigenden Elementen der Umsturzpartei ging andrerseits ein anarchistischer Flügel fortdauernd nebenher. Zwei Hinrichtungen bezeichnen in diesem Jahre den Kampf der Staatsgewalt gegen die Revolutionäre. Am 7. Februar wurden die Niederwald-Attentäter Reinsdorff und Küchler hingerichtet, ein dritter Teilnehmer begnadigt. Ebenfalls hingerichtet wurde in Frankfurt a. M. der Mörder des Polizeirats Rumpf, namens Lieske. In Frankfurt hatte sich eine ganz besonders bösartige Gruppe von Sozialdemokraten zusammengefunden, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckte. Am 22. Juli kam es bei einer sozialdemokratischen Beerdigung zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Umstürzlern.

---

## XII. 1886. Fortbildung des Arbeiterrechts. Gewerbegerichte.

Das Jahr 1886

brachte im Hinblick auf Verabschiedung nennenswerter Sozialgesetze nur geringen Ertrag. Der einzige Fortschritt dieser Art war der, daß der Reichstag am 9. April den Gesetzentwurf betr. die Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in dritter Lesung annahm, derart, daß nun alle Arbeiter und Betriebsbeamten, deren Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt, dem Gesetz unterliegen sollten.

Weiter kam es zu einer wichtigen Resolution des Reichstags in Sachen der Gewerbegerichte. Am 15., 17. und 24. März fand die zweite Beratung eines Antrags Auer statt, betreffend Änderung der Gewerbeordnung. Die von Auer geforderte Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und von Arbeitsämtern und Arbeitskammern wurde abgelehnt, dagegen eine Resolution beschlossen, der Reichskanzler möge die Aufsichtsbezirke der Fabrikinspektoren

verkleinern, wo dies zur vollkommenen Erreichung des Aufsichtszweckes nötig sei.

Desgleichen wurde ein Antrag Auer betr. Gewerbegerichte abgelehnt, dagegen beschlossen, den Reichskanzler um ein Gesetz betr. obligatorische Gewerbegerichte zu ersuchen, mit der Maßgabe, „daß die Beisitzer derselben zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und von den Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer gleicher und geheimer Abstimmung gewählt werden".

Am 19. Februar forderte die Regierung Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie auf 5 Jahre. — In den Motiven hieß es: „Die großen Massen der hinter den sozialdemokratischen Abgeordneten stehenden Wähler beginnen die ernsthafte Beteiligung ihrer Vertreter an den Aufgaben der legislativen Gewalten, namentlich zur Lösung der sozialpolitischen Probleme der Gegenwart zu verlangen. Es muß an der Hoffnung festgehalten werden, daß vor dem Ernste dieser Aufgaben die revolutionären Tendenzen auch bei der Parteileitung allmählich in den Hintergrund treten." — Doch wäre es Illusion zu glauben, daß dieser Moment schon da sei.

Die Vorlage ging an eine Kommission.

Die zweite Lesung fand am 30. und 31. März statt und endete mit Bewilligung des Gesetzes auf 2 Jahre. Die dritte Lesung am 2. April bestätigte diesen Beschluß mit 169 gegen 137 Stimmen.

Die Beratung wurde denkwürdig durch die leidenschaftlichen Reden Bebels. Weit entfernt zuzugeben, daß die Sozialdemokratie nur die Behandlung erfahre, die sie selbst herausfordere, erklärte Bebel, daß er „mitwirken" werde beim Fürstenmord, wenn wir in Deutschland „russische Zustände" bekommen. Fürst Bismarck hielt ihm vor, daß er den Mord grundsätzlich rechtfertige, wenn er es jedem Genossen überlasse, zu entscheiden, ob wir „russische Zustände" haben oder nicht, erzielte aber keinen Eindruck. Vielmehr drohte auch Liebknecht, daß, wenn die Sozialdemokratie einmal „die Gewalthaber" von heute in die Hand bekomme, man sie „persönlich haftbar" machen werde. Er sprach es also nicht aus, deutete aber unmißverständlich an, daß man nach berühmten Mustern der französischen Revolution sehr gern den Kaiser und den Fürsten Bismarck an die Laterne bringen werde.

Mit die Folge dieser rednerischen Ausschweifungen war es, daß die Regierung die Zügel des Gesetzes, die man zeitweilig schon etwas nachgelassen hatte, wieder straffer anzog. Am 11. Mai verkündete der Reichsanzeiger, daß das preußische Ministerium auf Grund des Sozialistengesetzes beschlossen habe, die Versammlungsfreiheit in und um Berlin scharf einzuschränken. Für jede Versammlung, die 48 Stunden im voraus angemeldet werden sollte, wurde schriftliche Genehmigung vorgeschrieben. Als spezieller Grund der Verschärfung wurde angegeben, daß die sozialdemokratischen Versammlungen immer weniger der Erörterung ernsthafter Fragen, und immer mehr der reinen Hetzerei gegen Regierung und Arbeitgeber dienten.

Am 18. September erledigte der Reichstag den Bericht über den kleinen Belagerungszustand in Leipzig. In diesem Bericht war erwähnt, daß in Chicago ein „Rachefonds" gestiftet sei, und daß die Mostsche „Freiheit" fortdauernd auffordere, die Angehörigen des Reichsgerichts in Leipzig zu ermorden, insoweit sie bei Verurteilung von Sozialisten mitwirkten. Diese Wut Mosts rührte daher, daß das Reichsgericht einen durch das Landgericht Chemnitz erfolgten Freispruch der sozialistischen Führer aufgehoben, und den Prozeß — eine Anklage wegen Unterhaltung geheimer Verbindungen — an das Landgericht Freiberg verwiesen hatte. Das Urteil fiel nun entgegengesetzt aus. Am 4. August wurden Vollmar, Bebel, Auer, Ulrich, Frohme und Viereck zu je 9 Monat Gefängniß verurteilt. Eine Folge dieses Prozesses war es, daß Mitte Oktober die sozialdemokratische Fraktion das in Zürich erscheinende Parteiblatt „Der Sozialdemokrat" des Parteicharakters entkleidete, zugleich aber aufforderte, es zu halten und zu lesen.

Im Dezember versuchten die Sozialdemokraten, wenigstens ihre Gewerkvereine zu retten; sie brachten am 15. Dezember im Reichstag einen Antrag ein, wonach „Vereine, welche sich zum Zweck der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen gebildet haben" zulässig sein und Bewegungsfreiheit genießen sollten. Desgleichen einen Antrag, der sich gegen Aussperrung und schwarze Listen richtete. Aber die Regierungen hielten den Augenblick für eine mildere Praxis noch nicht gekommen.

In der Berliner Bewegung setzten in diesem Jahre die Quertreibereien, die schließlich der Sache verhängnisvoll wurden, schärfer ein. Obschon am Tage lag, daß Hofprediger Stöcker

der Schöpfer der Bewegung war und ohne ihn die alte Lethargie noch immer die herrschende Stimmung geblieben wäre, begann ein offiziöses Intrigieren gegen ihn. Der Tatbestand wurde verschoben. Man stellte sich, als ob eine große mittelparteiliche Strömung da wäre, die nur von Stöcker und anderen „Extremen" gestört werde, und als ob die Massen herzuströmen würden, wenn farblose Politiker an die Spitze träten. Man verkannte dabei völlig das große Moment der persönlichen Autorität in einer Volksbewegung. Und der Erfolg hat gezeigt, wie sehr man sich verrechnete. Aber es war die Zeit, wo Fürst Bismarck auf dem Gipfel der Macht stand und nur noch Nachfolge forderte. Das Moment der Selbständigkeit, das in der Berliner Bewegung lag, war ihm zuwider. Auch diese Volksbewegung sollte nicht so viel Freiheit genießen, wie eine Volksbewegung nun einmal braucht, sie sollte nicht in den Voraussetzungen und von den populären Männern geleitet bleiben, unter denen sie gegründet war, sondern alles sollte zur Schachfigur werden, die der mächtige Kanzler nach Gefallen hin und her schob.

Dieselbe Abneigung des Fürsten Bismarck gegen selbständige Potenzen zeigte sich dann noch auf einem anderen Gebiet.

Am 20. Mai brachte Freiherr v. Hammerstein im preußischen Abgeordnetenhause einen Antrag ein, daß jetzt, wo der römischen Kirche vom Staate weitgehende Freiheiten gewährt würden, auch die evangelische Kirche mehr Selbständigkeit bekommen möchte. Die wesentlichen Forderungen der Freunde evangelisch-kirchlicher Selbständigkeit waren: der direkte Verkehr des Kirchenregiments mit dem König, Verlegung dieses Regiments in das geistliche Amt, finanzielle Dotation, Einfluß der Kirche auf die kirchenregimentlichen Ämter, auf die Professoren der Hochschulen, auf den Religionsunterricht an Seminarien und Gymnasien.

Mit diesem Antrag begann eine Verselbständigungsbewegung, die zeitweilig recht stark anschwoll, da namentlich Herr v. Kleist-Retzow und Hofprediger Stöcker warm dafür eintraten. Wie notwendig die größere Freiheit der Kirche gerade für das Gebiet der Sozialreform war, dafür lieferte das Kirchenregiment selbst die Beweismittel. Speziell in der Frage, wie sich die Geistlichen zu den sozialen Problemen zu stellen hätten, hatte der preußische Oberkirchenrat im vollen Widerspruch mit den von ihm selbst gegebenen Direktiven eine Schwenkung von

sozialen zu unsozialen Ansichten vollzogen, nur weil die Staatsregierung bez. der Oberbischof einen Druck in dieser Hinsicht ausgeübt hatten. Die evangelische Kirche hatte eine der wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Zeit nicht auf Grund von Anschauungen, die Bischöfe und Konzil, Geistliche und Laien als die richtige ermittelt, entschieden, sondern sich ein Hineinregieren des Staates in die innersten Fragen des Glaubens und der Ethik folgsam gefallen lassen.

So nötig diese Selbständigkeitsbewegung aber auch war, drang sie doch leider nicht durch. Der Strom versandete. Teils geschah dies, weil es noch in der evangelischen Kirche selbst am rechten Verständnis fehlte — man hielt die Tendenz zur rechten Autorität für eine Tendenz zur Demokratie und Autoritätslosigkeit. Teils erlahmte der Eifer, weil sich der spätere Oberbischof Kaiser Wilhelm II. jeder Fortbildung der Verfassung im Sinne der Freiheit durchaus entgegenstellte. Doch wird die Bewegung ohne Zweifel weitergehen, wenn ihre Stunde da ist.

Den Antrag Hammerstein nahm Herr v. Kleist-Retzow am 30. Juni im Herrenhause auf. Die Feindseligkeit des Fürsten Bismarck zeigte sich darin, daß die anwesenden Minister demonstrativ den Saal verlassen mußten. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." brachte einen heftigen Artikel gegen die kirchliche Verselbständigung.

---

## XIII. 1887. Alters- und Invalidenversicherung.

### Das Jahr 1887

ist dadurch bedeutsam, daß das Reichsamt des Innern am 16. November die „Grundzüge" eines Gesetzentwurfs über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter der Öffentlichkeit übergab, um Kritik und Klärung herbeizuführen.

Maßgebend für den Bezug der Altersrente sollte das 70. Lebensjahr sein, für die Invalidenrente der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit. Die Deckung der Ausgaben sollte zu je einem Drittel vom Reich, von den Arbeitgebern und von den Versicherten geschehen. Träger der Versicherung sollten die Berufsgenossenschaften werden.

In der Thronrede vom 24. November wurde der Entwurf amtlich angekündigt. Da heißt es: „Schon in der Allerhöchsten

Botschaft vom 17. November 1881 ist der dringende Wunsch Sr. Maj. des Kaisers ausgesprochen worden, den Arbeitern, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, das berechtigte Maß staatlicher Fürsorge durch die Gesetzgebung zu sichern und damit eine weitere Gewähr für die Befestigung des sozialen Friedens und für die Stärkung der nationalen Arbeitskraft zu gewinnen. Nach der schrittweisen Weiterführung der für die genossenschaftliche Gliederung unseres Erwerbslebens grundlegenden Unfallversicherungsgesetzgebung ist es nunmehr möglich geworden, die mit besonderen Schwierigkeiten verknüpfte Aufgabe ihrer Lösung so weit näher zu führen, daß die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter vorliegt. S. M. der Kaiser hofft, daß der Entwurf Ihnen noch in dieser Session wird vorgelegt werden können."

Eine Beratung des Gesetzes im Reichstag fand in diesem Jahre noch nicht statt. Dagegen behandelten der Volkswirtschaftsrat und viele andere Korporationen den Plan. Der meisterörterte Streitpunkt war die Frage, ob die Berufsgenossenschaft grundleglich zu machen sei oder ein Reichsversicherungsamt.

Gefördert wurde im Reichstag die Arbeiterschutzfrage. Die Arbeiterschutzkommission des Reichstags hatte viererlei Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung zu einem Gesetz vereinigt. Es handelte sich 1. um Besserung der Sonntagsruhe; 2. Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; 3. Einführung eines Maximal-Arbeitstages; 4. Ausdehnung des Arbeiterschutzes auch auf solche Betriebe, welche im Sinne der bestehenden Gewerbeordnung nicht Fabriken sind. Vom 1. April 1890 an sollen nur Kinder über 13 Jahren in Fabriken beschäftigt werden, junge Leute von 14—16 höchstens 10 Stunden arbeiten. Schwere Männerarbeit und Nachtarbeit soll den Frauen ganz verboten sein.

Der Reichstag nahm das sehr sorgsam durchgearbeitete Gesetz mit großer Mehrheit an. Die Regierung hüllte sich in absolutes Schweigen. Man wußte nicht, ob es Ablehnung bedeutete — jedenfalls Abneigung.

Im Herbst veröffentlichte die Regierung das durch die Enquete zur Sonntagsfrage erwachsene amtliche Material. Liberale und offiziöse Federn glaubten nun auf Grund desselben den Nachweis führen zu können, daß die industrielle, kleingewerbliche und landwirtschaftliche Arbeit nicht weiter beschränkt werden

könne, während doch die volle Sonntagsruhe bei den reichsten Nationen der Welt, bei Engländern und Amerikanern, als Tatsache von zwingender Beweiskraft vorlag. Der Nationalwohlstand dieser Völker hat durch die Sonntagsfeier nicht gelitten. Was der Reform entgegenstand, waren auch nicht die äußeren Hindernisse, sondern der Materialismus der Zeit. Von den Freunden des Sonntags wurde mit Recht hervorgehoben, daß Arbeiterschutz ohne Sonntag gar keinen Wert habe.

Die allgemeine politische Atmosphäre des Jahres wurde gekennzeichnet durch ein starkes Drängen des Fürsten Bismarck auf Bildung einer Mittelpartei, des sog. Kartells. Konservative und Liberale sollten sich verschmelzen. Am schärfsten wurde auf die Konservativen gedrückt. Der Kampf innerhalb dieser Partei zwischen Opportunisten und Grundsätzlichen wurde vorübergehend zugunsten der Mittelparteiler entschieden.

Am 15. Januar löste Fürst Bismarck den Reichstag des Militärseptennats wegen auf. Auf seinen Wunsch mußten Konservative, Freikonservative und Nationalliberale einen Wahlbund schließen, der auch geschlossen, aber von den Liberalen fast nirgends gehalten wurde.

Am verhängnisvollsten war der Druck des Kanzlers in Berlin. Hofprediger Stöcker und Professor Adolf Wagner, die doch die Berliner Bewegung gemacht hatten, wurde so lange zugesetzt, bis sie ihre Kandidaturen zurückzogen. Nun war das Feld für Geld und gute Worte von links her frei. Der Hofbankier des Kanzlers, Bleichröder, gab das Geld, die Professoren Goldschmidt und Lazarus die „guten" Worte. Aber trotzdem blieb das Gros der Juden bei Freisinn und Sozialdemokratie und dachte gar nicht daran, sich vor den mittelparteilichen Wagen zu spannen. Der Erfolg blieb aus. Aber die Berliner Bewegung war ruiniert. Die Reichstagswahl vom 21. Februar war ein Sieg der Septennatsparteien, aber eine Niederlage des sozialen Gedankens.

In diesem Zusammenhang verdient noch ein anscheinend geringfügiges, in seinen Folgen aber sehr weittragendes Ereignis Erwähnung — wir meinen die sog. „Walderseе-Versammlung." Der Ursprung dieser Versammlung lag ganz und gar auf religiösem Gebiet. Prinz und Prinzessin Wilhelm, von warmem, lebendigem evangelischen Glauben beseelt und voll hilfsbereiten Interesses für die sozialen Nöte des Volkes, hatten den Entschluß gefaßt, die Berliner Stadtmission, die unter Hofprediger Stöckers

Leitung kräftig aufblühte, noch wirksamer zu unterstützen, als bisher. Ohne jede Anregung von außenher, aus eigenster Initiative, veranlaßten sie den Grafen Waldersee, dessen Gemahlin als eine sehr tatkräftige Christin bekannt war, eine Anzahl notabler Persönlichkeiten einzuladen, und zwar Männer der verschiedensten politischen Parteien. Es sollten Mittel und Wege zur Förderung der Stadtmission besprochen werden. Die Versammlung fand statt. Prinz Wilhelm hielt mit der ihm eigenen Entschiedenheit eine anfeuernde Rede und schloß damit, daß nur „christlich-sozialer Geist" den Umsturz überwinden könne. Die Folgen dieser zunächst ganz unpolitisch gedachten Versammlung wurden leider hochpolitisch. Fürst Bismarck, der stets eine Abneigung gegen politisch selbständige Personen und ein großes Mißtrauen gegen vermeintliche Spekulanten auf seine Erbschaft hegte, glaubte im Grafen Waldersee und in Stöcker Politiker zu sehen, die sich an den Prinzen Wilhelm heranwerfen und die Bildung einer religiös tingierten Kamarilla in die Wege leiten wollten. Auf Grund dieses Verdachts, der — die Liste der Teilnehmer bekundet das deutlich genug — ganz unbegründet war, ließ gleichwohl der Kanzler die Meute der Offiziösen besonders auf Stöcker los. In der „Post" erschien ein Artikel, der das Schlagwort von der „Stöckerei und Muckerei" prägte, nebenbei aber in unehrerbietigster Weise gegen den Prinzen Wilhelm loszog. Der Zweck wurde erreicht. Der Hof des Prinzen Wilhelm wurde eingeschüchtert und zog sich von der Stadtmission zurück. Seine soziale Gesinnung hielt ja der Prinz zunächst noch fest. Am Jahreswechsel richteten die Hof- und Domprediger ein Glückwunschschreiben an ihn, worin es hieß: „Wenn Sie es in den letzten Wochen des alten Jahres erfahren haben, daß auch das lautere Eintreten für die Arbeit des Reiches Gottes nicht ohne Widerspruch bleibt, so sei das Wort des Herrn Ihr Licht: Wer mich bekennet vor den Menschen, den will ich auch bekennen vor meinem himmlischen Vater." Der Prinz antwortete: „Die von Ihnen erwähnten Mißdeutungen, welche mein Eintreten für das Wohl der geistig und körperlich Notleidenden vielfach hervorgerufen hat, haben mich schmerzlich berührt, sie werden mich aber nicht abhalten, unbeirrt von politischen Parteibestrebungen stets zur Hebung des Wohles aller Notleidenden nach Kräften beizutragen." Den Ernst dieses Programms haben weiter die ersten Regierungsakte Kaiser Wilhelms II. bewiesen. Aber die Verdächtigung der sozial gesinnten

Christen war doch gelungen. Und sie hat fernerhin ihre Früchte getragen.

Die Bewegung zur Verselbständigung der evangelischen Landeskirche machte in diesem Jahre wiederum einen Schritt vorwärts. Am 13. Mai hat das preußische Herrenhaus die Anträge Kleist-Retzow ziemlich unverändert angenommen.

Der Kampf der Polizei gegen die Sozialdemokraten ging unverändert fort. In der Nacht vom 15. zum 16. Juli verhaftete die Berliner Polizei das ganze aus 7 Personen bestehende Zentralkomitee der Sozialdemokraten. Am 21. Januar wurde in Frankfurt a. M. ein großer Sozialistenprozeß verhandelt. Wegen Teilnahme an einer auf Umsturz gerichteten Verbindung wurden drei Sozialisten zu 1 Jahr, 13 zu 9 Monaten, viele andere zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom 4.—6. Oktober hielten die deutschen Sozialisten in St. Gallen ihren Parteitag. Man bestärkte sich in der Ablehnung irgendeines Zusammengehens mit anderen Parteien und beschloß, „das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite" zu legen, die positive Arbeit dagegen anderen zu überlassen.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Frage nach Pflicht, Recht und Grenze der kirchlichen Arbeit auf sozialem Gebiet war eine Auseinandersetzung, die am Anfang des Jahres 1887 zwischen dem Hofprediger Stöcker und dem Abt Uhlhorn in Hannover stattfand. Es handelte sich einerseits um die Ansichten, welche Gerhard Uhlhorn in seiner trefflich geschriebenen Schrift: „Katholizismus und Protestantismus gegenüber der sozialen Frage" über die Teilnahme der Kirche am öffentlichen Leben entwickelt, und die Antworten, welche Stöcker ihm in den Nummern 14 bis 18 der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" gegeben hat.

Wir setzen zunächst einige besonders charakteristische Stellen aus den Darlegungen der beiden Gegner hierher.

Uhlhorn knüpft seine Polemik an ein Wort Treitschkes: „Millionen müssen ackern, schmieden und hobeln, damit einige Tausende forschen, malen und regieren", und sagt dazu: „Dem stolzen Worte des Professors will ich doch ein Wort Stöckers gegenüberstellen, der einmal sagt: „Mich trieb die Angst um mein Volk in die christlich-soziale Bewegung hinein. — Ich sah in der sozialen Frage einen Abgrund, der vor dem deutschen Leben klafft. Ich bin hineingesprungen, zuerst ohne die Tiefe zu ermessen, weil ich

nicht anders konnte." Je entschiedener ich mich später gegen Stöckers Tätigkeit auf diesem Gebiete erklären muß, desto mehr ist mirs ein Bedürfnis, die in diesen Worten zutage tretende Gesinnung erst einmal warm und herzlich anzuerkennen. Ich kann nur wünschen, daß solche Angst um unser Volk recht vielen, besonders auch vielen Geistlichen schwer aufs Herz fallen möchte. Ist es eine der schönsten Aufgaben der Kirche, die Vertreterin der Armen und Bedrückten zu sein, und wollen wir die Erfüllung dieser Aufgabe doch nicht der römischen Kirche überlassen, so gilt es, die, welche an dem Elend unserer Tage gleichgültig vorübergehen und tun, als wäre alles in Ordnung, und deren sind noch immer leider recht viele, wachzurufen, daß es ihnen doch einmal aufs Herz falle: Woher das Elend? wie kommt das? und wie kanns anders werden? So gern ich aber Stöckers Mut und seiner Liebe zum Volke die wärmste Anerkennung zolle, so herzlich ich wünsche, daß er in diesem Stücke viele Nachfolger haben möge, so entschieden muß ich nun die Wege, die er geht, als Irrwege bezeichnen. Stöcker hat sich darüber am klarsten und präzisesten in einem an den Oberkirchenrat Mühlhäußer gerichteten Schreiben ausgesprochen. Da sagt er: „In der Tat, wenn die Kirche erklärt, bei einer so allentscheidenden Sache, wie die soziale Frage ist, keine andere Aufgabe zu haben, als Predigt, Seelsorge, Wohltätigkeit und Anfassen der Notstände durch innere Mission, dann begibt sie sich des Anspruchs, an der geistigen Leitung der Menschen teilzunehmen. Neue Verhältnisse fordern neue Wege." Dementsprechend hat er denn versucht, der katholischen Sozialpolitik eine evangelische Sozialpolitik, der katholischen Sozialen Partei eine christlich-soziale zur Seite zu stellen. Meinesteils muß ich dem obigen Satze ganz einfach und schlicht den Satz entgegenstellen: Wer da meint, daß die Kirche auch der sozialen Frage gegenüber eine andere Aufgabe habe als Predigt und Seelsorge, der ist auf römischem Irrwege. Ich lasse Wohltätigkeit und innere Mission für jetzt noch beiseite, sie sollen später zur Sprache kommen, und erinnere zunächst nur daran, daß die Kirche ja gar nichts anderes hat als Wort und Sakrament und darum niemals und unter keinen Verhältnissen eine andere Aufgabe haben kann, als das Wort zu predigen und die Sakramente zu verwalten."

„Die klare und sichere Scheidung zwischen geistlichem und weltlichem Regiment ist eine der größten Errungenschaften der

Reformation.“ „Das Evangelium lehrt nicht ein äußerlich zeitlich Wesen (auch nicht Volkswirtschaft), sondern ein innerlich ewig Wesen und Gerechtigkeit des Herzens.“ (Augsb. Bek., Art. XVI.) „Geistig Gewalt hat seinen Befehl, das Evangelium zu predigen und die Sakramente zu reichen, soll auch nicht in ein fremd Amt fallen, soll weltlich Gesetz und Gehorsam der Obrigkeit nicht aufheben und zerrütten“ (auch nicht Sozialpolitik treiben) (Art. XXVIII). Als Luther aufgefordert wurde, über in Erfurt aufgetauchte, sozialpolitische Fragen sein Urteil abzugeben, antwortete er: „Das ist weltlich und gehet meinen Unterricht nicht an.“

„Soll denn unsere Kirche nichts tun gegenüber der allentscheidenden Frage, in den neuen Verhältnissen? Ganz gewiß soll sie etwas tun, nur nicht nach neuen Mitteln suchen, sondern die alten Mittel mit neuem Ernst und neuem Eifer verwenden. Und vor allem soll sie sich hüten, die Wege Roms zu gehen. Es ist tief betrübend zu sehen, wie viele sich heute auf protestantischer Seite von dem Glanze und der scheinbaren Macht Roms blenden lassen und die Römische Kirche um diese Macht und diesen Glanz beneiden, noch betrübender, daß sie nichts Besseres zu tun wissen als Rom nachzuahmen. Sie wollen auch durch Agitieren die Massen gewinnen, möchten auch eine starke evangelisch-soziale Partei, wohl zuletzt gar ein protestantisches Zentrum bilden. Als ob auf diesem Wege für uns etwas zu erreichen wäre, als ob wir nicht, sobald es sich um Agitation und Parteibildung handelt, immer von der Römischen Kirche geschlagen würden und geschlagen werden müßten.“

„Besinnen wir uns doch, daß wir mehr haben, als die Römische Kirche. Denn wir haben das Evangelium lauter und rein und in ihm die Fülle sittlicher Kräfte. Gelingt es, diese unserm Volke zuzuführen, sie zu lebendiger Wirksamkeit zu bringen, so ist damit mehr erreicht und mehr für die Lösung der sozialen Frage getan, als mit der ganzen katholischen Sozialpolitik, bei der noch herzlich wenig für unser Volk herausgekommen ist, desto mehr freilich für die Macht der Kirche. Da, da liegen die Aufgaben der Kirche, nicht, daß ihre Diener nationalökonomische Bücher schreiben, die doch zuletzt nichts sind als Dilettantenarbeiten, halb Theologie, halb Nationalökonomie, nicht, daß sie tun, was ihnen nicht befohlen ist, nach dieser oder jener Seite, für diese oder jene sozialpolitische Ansicht Propaganda machen,

ſondern daß ſie das eine tun, was ihres Amtes iſt, das aber aus allen Kräften, Chriſtum verkündigen als den einzigen Heiland und Erlöſer aus aller Not, auch aus der ſozialen, die ihnen befohlenen Seelen mit dem Wort öffentlich und ſonderlich, damit ſie mit Gottes Hilfe rechtſchaffne Chriſten werden und als Chriſten dann, jeder nach ſeinem Beruf, der Profeſſor der Nationalökonomie als Profeſſor, der Staatsmann als Staatsmann, der Parlamentarier als Parlamentarier, Handwerker, Fabrikanten und Arbeiter alle an der Löſung dieſer großen Frage mitarbeiten. Die Frage iſt nur zu löſen unter der Vorausſetzung eines größeren Maßes ſittlicher Kräfte, unter der Vorbedingung einer ſittlichen Hebung unſres ganzen Volkslebens, und dieſe Kräfte aus dem unerſchöpflichen Born des Evangeliums darzureichen, ich wiederhole es, das und das allein iſt die Aufgabe der Kirche.“ — So weit Uhlhorn.

Darauf antwortet nun Stöcker: „D. Uhlhorn erhebt zur Formel der ganzen Angelegenheit ein gelegentliches Wort: „Wenn die Kirche erklärt, bei einer ſo allentſcheidenden Sache, wie die ſoziale Frage iſt, keine andere Aufgabe zu haben als Predigt, Seelſorge, Wohltätigkeit und Anfaſſen der Notſtände durch innere Miſſion, dann begibt ſie ſich des Anſpruchs, an der geiſtigen Leitung der Menſchen teilzunehmen; neue Verhältniſſe fordern neue Wege.“ Allerdings tritt dieſer Satz der Auffaſſung Uhlhorns ſchnurſtracks entgegen, der darin römiſche Irrwege erblickt. Er ſelber ſucht die Löſung der Schwierigkeiten in der chriſtlichen Gemeinde und eignet ſich den obigen Satz in folgender Form an: „Wenn die Kirche nicht mit allen Kräften darangeht, Kirchen zu bauen, Gemeinden zu gründen, Gemeindeleben zu pflanzen und zu pflegen, dann begibt ſie ſich des Anſpruchs, an der geiſtigen Leitung der Menſchheit teilzunehmen.“ Nun iſt es der tatſächliche Zuſtand vieler großer Städte, insbeſondere Berlins, daß Kirchen nicht gebaut, Gemeinden nicht gegründet werden, Gemeindeleben nicht gepflanzt und gepflegt wird. Wir würden D. Uhlhorn ſehr dankbar ſein, wenn er uns ſagte, wie z. B. Berlin mit Kirchen und Gemeinden verſehen werden kann. Solange es nicht geſchieht, wird er ſchon geſtatten müſſen, daß man andere Wege einſchlägt und lieber ſeinen Tadel hinnimmt, als die Seelen verkommen läßt. Aber auch wenn es beſſer um das kirchliche Leben ſtände, würde eine ſoziale Arbeit der Kirche notwendig ſein, um den Maſſen beizukommen. Die chriſtlich-ſoziale Partei hat dies

nicht zuerst, auch nicht allein ausgesprochen. Man kann getrost behaupten, daß D. Uhlhorn mit seinem doktrinären Standpunkt ziemlich isoliert steht."

„Es ist vielfach in Vergessenheit geraten, daß nicht die katholische Kirche, sondern Wichern es war, der die Ausdrücke christlich-sozial, kirchlich-sozial, christlicher Sozialismus zuerst gebrauchte."

Stöcker beruft sich dann ferner auf den Zentralausschuß für innere Mission in Berlin, der in seiner bekannten Denkschrift den demokratischen Sozialismus und den ökonomischen Liberalismus in gleicher Weise abwehrt, um dann gewissermaßen in großen Zügen ein sozialpolitisches Programm für die evangelische Kirche zu entwerfen.

„Der Uhlhornsche Standpunkt" — heißt es weiter — „muß als ein überwundener angesehen werden, der das Soziale einseitig als das rein Wirtschaftliche begreift und deshalb für die Tätigkeit der Kirche auf dem sozialen Gebiete wenig übrig hat. Wenn dabei der Vorwurf, die protestantischen Geistlichen seien Kapitalistenpastoren, so ganz unberechtigt nicht gefunden und auf die Glieder der protestantischen Kirche überhaupt ausgedehnt, wenn die heutige Ungleichheit des Besitzes eine unnatürliche, nicht gottgewollte genannt wird, so ist da wieder ein Stück Wahrheit. Aber es fehlt diesem Standpunkt die Möglichkeit der Abhilfe. Die sittlich-religiöse Durchdringung des wirtschaftlichen Gebietes ist nur dann denkbar, wenn die Kirche — d. h. nicht bloß die Geistlichkeit — in ihrer Verkündigung die Bedeutung der ethisch-sozialen Grundsätze betont, in ihrem Gemeindedienst den sozialen Notständen zu Hilfe kommt, in einem eigens gestifteten Vereinsleben die sozialen Fragen unter dem christlichen Gesichtspunkt behandelt, in ihrer Organisation, in den Synoden wie in den Behörden, den Sozialismus des Reiches Gottes vertritt und in der Presse wie in der öffentlichen Agitation die christliche Sozialpolitik unterstützt."

„Man kann die Abstraktionen D. Uhlhorns zur Not gelten lassen, wenn man das wirtschaftliche Leben in der Weise des Manchestertums auf das Güterleben beschränkt. So wie man die Persönlichkeit, die einzelne wie die Volkspersönlichkeit, zum Ausgangspunkte des wirtschaftlichen Denkens macht, ist die Trennung jener beiden Momente unmöglich." — „Der freie Arbeitsvertrag ist nicht bloß etwas Wirtschaftliches. Und wir begreifen nicht, wie D. Uhlhorn den Abschnitt über die schweren Schäden

in dieſer Hinſicht damit beſchließen kann, daß er reſigniert ausruft: „Wie da zu helfen iſt, überlaſſe ich denen, die Gott dazu berufen hat. Auf kirchlichem Standpunkt ſtehe ich dem allen neutral gegenüber. Der Kirche iſt nur befohlen, was die inneren Güter angeht, und dieſe Güter ſind zu gewinnen, wie auch immer die Lage des Menſchen iſt. Die Kirche wird ſich nicht bloß jeder wirtſchaftlichen Beſſerung freuen, ſie wird auch alle dahingehenden Beſtrebungen unterſtützen. Aber die verſchiedenen Gebiete mit ihren Aufgaben dürfen nicht zum Schaden ihrer Löſung ineinander geeint werden.“ — Nun verſtehen wir freilich nicht, wie die Kirche auf dem Uhlhornſchen Standpunkte auch nur ein Urteil darüber gewinnen ſoll, welche Beſtrebungen zur Beſſerung führen und welche nicht. Es iſt hier eine ſo abſtrakte Stellung im reinen Äther des Sittlichen gegeben, daß der Übergang von da zum Sozialen ſich nicht finden läßt. Der Verfaſſer verwechſelt den ſeelſorgerlichen Standpunkt mit dem kirchlichen. Als Seelſorger im einzelnen Verkehr muß jeder Geiſtliche darauf beſtehen, daß trotz ſchlechter Löhne und dumpfer Wohnung, bei Sonntagsarbeit und Frauenarbeit ſich die innern Güter des Geiſtes, Gerechtigkeit, Friede und Freude dennoch gewinnen laſſen. Die Kirche, welche das Ganze im Auge hat, muß von dem Geſichtspunkte ausgehen, daß mit unzufriedenen Menſchen ohne Ruhe und Familiengeiſt kein Gemeindeleben ſich aufbauen läßt. Und ſie muß mitwirken, daß die hindernden Übelſtände des wirtſchaftlichen Lebens möglichſt aufgehoben werden.“

„Chriſtus hat dem Volke nicht geſagt, daß man ſich auch bei Hunger und Durſt erbauen kann; er hat die Hungernden geſpeiſt, damit ſie nicht verſchmachteten.“

Auf den eigentlich ſpringenden Punkt kommt aber Stöcker in folgenden Worten:

„An der Stirn unſrer Zeitung ſteht jene evangeliſche Begriffserklärung der Kirche: Es iſt aber die Kirche die Verſammlung aller Gläubigen, bei welchen das Evangelium recht gepredigt und die heiligen Sakramente laut des Evangelii gereicht werden (Augsb. Glaubensbekenntnis, Art. 7). Wir ſehen dieſelbe nicht als ein bloßes Motto, ſondern als eine Richtſchnur für unſre kirchlichen Anſchauungen an, wie wir auch jenen lutheriſchen Grundſatz, daß man das weltliche und geiſtliche Regiment nicht ineinanderwirren ſoll, durchaus als richtig anerkennen. Wenn wirklich die Kirche frei wäre, unabhängig vom Staat und unver-

miſcht mit dem weltlichen Regimente, wenn wirklich bei uns die Kirche die Verſammlung aller Gläubigen wäre, geſchmückt mit der Predigt des reinen Evangeliums, ſo würden wir den Kreis ihrer Einwirkung auf das öffentliche Leben, das politiſche wie das ſoziale, ohne Zweifel anders beſtimmen müſſen, als wir es tun. Aber die Kirche, um die es ſich handelt, iſt die Volkskirche, die Gemeinſchaft der Gläubigen und der Ungläubigen, der reinen und der falſchen Predigt, iſt die Staatskirche, vom weltlichen Regiment beherrſcht und in gewiſſen Angelegenheiten wie Schule, Ehe, Sonntag, Staatsrecht, Verfaſſung mit der Politik verflochten. Es iſt ein verderblicher Irrtum für unſere Kirche in ihrer Wirkſamkeit, daß ſie mit ihren Anſprüchen dem Staat als die unſichtbare Kirche gegenüberſteht, während der Staat mit ſeinen Anſprüchen ſie durchaus als ſichtbare behandelt. Wir meinen, daß Kirchen, denen vom Staat ſo ſehr der Stempel der Sichtbarkeit aufgedrückt iſt, wie die unſeren, an den öffentlichen Aufgaben des Staates überall in den gemeinſamen Punkten teilnehmen müſſen. Schulgeſetze, ſoweit ſie die religiöſe Erziehung betreffen, Ehegeſetze, ſoweit ſie den religiöſen Charakter der Ehe berühren, Sonntagsgeſetze, Staatskirchenrecht und alle damit verbundenen Maßregeln gehören unleugbar zur Politik. Der Kirche von heute darauf jeden Einfluß prinzipiell abſtreiten, heißt ſie von vornherein für machtlos erklären. Bei ſolchen Grundſätzen iſt das Kirchenregiment nur eine Adminiſtration der Kirche unter Staatsaufſicht, nicht eine Leitung derſelben nach kirchlichen Intereſſen. Leider iſt dies viel zu ſehr der gewöhnliche Zuſtand; und wir behaupten, daß darin eine Urſache unſerer Ohnmacht ſowohl dem Staate wie Rom gegenüber liege. Es iſt mit den ſozialen Dingen nicht anders."

---

## XIV. 1888. Kaiſer Wilhelm II. kommt zur Regierung.

### Das Jahr 1888

war das Todesjahr Kaiſer Wilhelms I. und Kaiſer Friedrichs III. Kaiſer Wilhelm ſtarb am 9. März, Kaiſer Friedrich am 15. Juni. Wie ſich verſteht, brachten dieſe Ereigniſſe eine ſtarke Stockung der Geſetzgebung mit ſich. Trotzdem aber iſt die Reform doch weitergeſchritten. Das Geſetz betr. die Alters- und Invaliden-

versicherung der Arbeiter wurde im Bundesrat fertiggestellt, dem Reichstag vorgelegt und in erster Lesung durchberaten.

Am 25. Juni wurde der Reichstag durch eine Thronrede eröffnet, in welcher Kaiser Wilhelm II. erklärte: „Insbesondere eigne ich mir die am 17. November 1881 erlassene Botschaft ihrem vollen Umfange nach an, und werde im Sinne derselben fortfahren, dahin zu wirken, daß die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie im Anschluß an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann."

Spezieller hieß es in der Thronrede, mit der am 22. November die Wintersession des Reichstags eröffnet wurde: „Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen, aber ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Betätigung der auf dem Boden des Christentums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen." — Der Gesetzentwurf betr. die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter wurde dann angekündigt.

Das Gesetz ging dem Reichstag zu, und am 6. und 7. Dezember fand die Generaldebatte statt. Minister v. Bötticher führte die Vorlage ein mit dem Bemerken, daß die Regierung die Form des Gesetzes reiflich erwogen habe, aber allen praktischen Verbesserungsvorschlägen zugänglich bleiben werde. Die Redner aller Parteien stimmten im allgemeinen zu oder bekundeten doch abwartende Stellung. Nur die Sozialdemokratie zeigte sich unbedingt feindlich. Der Abg. Grillenberger verwarf das Gesetz im einzelnen und ganzen. Am liebsten, so erklärte er, wäre es ihm, wenn die Vorlage überhaupt nicht erst kommissarischer Beratung überwiesen, sondern von vornherein abgewiesen würde. Seine politischen Freunde seien von der Überzeugung durchdrungen, daß dieser Reichstag und seine Kommission nimmermehr ein brauchbares Gesetz zustande bringen könnten. Die vorgeschlagenen Organisationen, die Art und Verteilung der Beiträge, der späte Beginn der Altersversorgung, die Niedrigkeit der Rente, die kolossale Ansammlung von Kapital, die Defi-

nition der „dauernden Erwerbsunfähigkeit", der Mangel einer Rückvergütung der Beiträge für die Austretenden, vor allem aber das obligatorische Quittungsbuch der Arbeiter — das seien die Hauptbedenken der Sozialdemokraten.

Auf das Argument, daß die Rente zu niedrig sei, entgegnete Minister v. Bötticher, daß man sie stets erhöhen könne, aber nie vermindern. Auf die Verdächtigung, daß das Quittungsbuch nur ein Arbeitsbuch sein solle und daß die Sozialdemokratie lieber auf alles verzichte, als dem zuzustimmen, wurde entgegnet, daß man nicht dem Reich 50 Millionen Ausgaben zumuten werde, nur um Arbeitsbücher zu bekommen — die könne man doch billiger haben.

Beschlüsse wurden in diesem Jahr noch nicht gefaßt.

Weniger entgegenkommend, als in den Versicherungsfragen, war die Regierung hinsichtlich des Mittelstandes und des Arbeiterschutzes. Am 25. Januar hat der Reichstag die Anträge Hitze-Ackermann auf Einführung des Befähigungsnachweises für Handwerker mit geringer Mehrheit angenommen. Und ungefähr um dieselbe Zeit setzte er den Arbeiterschutz auf die Tagesordnung. Der Abg. Hitze fragte die Regierung, was denn aus den vorjährigen Beschlüssen des Reichstags zur Fabrikgesetzgebung, speziell zur Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit geworden sei. Minister v. Bötticher antwortete ausweichend. Auch die Sonntagsfrage wurde wieder angeschnitten. Abg. Kleist-Retzow sagte dem Reichskanzler sehr deutlich seine Meinung. Aber in der Kommission von 21 Mitgliedern erklärte Geh. Rat Lohmann, er habe „kein Mandat" zu antworten.

Am 20. März wurde der Reichstag geschlossen, ohne daß die Regierung die Anregung zum Befähigungsnachweis, bez. zur Sonntagsfeier irgendwie beachtet hätte. Am 17. Februar verlängerte der Reichstag das Sozialistengesetz in dritter Lesung auf 2 Jahre. Die Hauptdebatte der zweiten Lesung vom 27.—30. Januar drehte sich im wesentlichen um die Überwachung des Treibens der deutschen Sozialisten in Zürich durch Berliner Polizeiagenten. Bebel und Singer warfen dem Minister v. Puttkamer vor, daß er agents provocateurs besolde, die Unruhen in der Schweiz stifteten. Minister v. Puttkamer bestritt das aufs entschiedenste. Agenten seien in Zürich, und zwar nicht ohne Nutzen; man habe z. B. das geplante Attentat auf das Winterpalais rechtzeitig nach Petersburg melden können. Aber provoziert werde nicht.

Übrigens wünscht eine dem Reichstag vorgelegte Denkschrift Verschärfung der Freiheitsstrafen gegen die vielen, die sich mit Import verbotener Flug- und Zeitschriften aus der Schweiz beschäftigen.

Die Sozialdemokratie suchte weiter feste Stützpunkte im Ausland, besonders in Dänemark und der Schweiz, welch letztere in ihren amtlichen Organen recht oft weit mehr auf Seite der Umstürzler stand, als auf seiten der staatlichen Ordnung. Aber auch mit den englischen Gewerkschaften suchten die deutschen Sozialdemokraten Fühlung zu gewinnen, doch zunächst ohne Erfolg. Man lehnte in London ihre Bedingungen ab, ganz besonders die, daß jeder sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete nur durch sein Mandat legitimiert sein solle, an einem geplanten britischen Gewerkschaftskongreß teilzunehmen.

In Amerika wurden im Januar eine Anzahl Sozialisten, die in Chicago Bomben geworfen hatten, kurzer Hand gehängt. Bebel und Genossen traten öffentlich für die Mörder ein. So durften sie sich nicht wundern, daß, als Kaiser Friedrich am 31. März einen großen Gnadenerlaß ausgehen ließ, die auf Grund des Sozialistengesetzes verurteilten Hoch- und Landesverräter ausdrücklich ausgenommen wurden.

Im Oktober errang die Sozialdemokratie einen Erfolg in Berlin, da eine Reichstagsersatzwahl für den geisteskranken Hasenclever stattfand. Die offiziöse N. A. Z. schlug zur Überwindung des Umsturzes die Bildung einer großen Ordnungspartei einschließlich des Freisinns vor. Aber diesen „Partei-Omnibus" bestieg nur der Kommissionsrat Pindter, und Liebknecht siegte mit großer Mehrheit.

Die Berliner Bewegung geriet leider in diesem Jahre in einen Zustand starker innerer Wirren. Gemeinsam mit Stöcker und Wagner hatte bis dahin ein opportunistischer Katholik, der Abg. Cremer, ein rednerisch sehr begabter Mann, für das konservative Kartell agitatorisch gearbeitet. Leider schenkte man ihm mehr Vertrauen, als er verdiente. Freund des Wohllebens, war er stets in Geldverlegenheit, und allen Versuchungen ausgesetzt, die finanzielle Kalamitäten mit sich bringen. So kam es, daß offiziöse Kreise, die um seine Schwäche wußten, ihn einfingen und gleichviel durch welche Mittel zu gewinnen wußten, eine Broschüre gegen Stöcker zu schreiben. Auch sonst bemühte sich Cremer, soweit es in seiner Macht stand, die Bewegung den Offi-

ziösen auszuliefern. Cremer versuchte wohl den plötzlichen Angriff vom Rücken her sachlich zu rechtfertigen, aber in der Kreuzzeitung erklärte Dr. Kropatschek, Cremer habe ihm selbst gesagt, „man" bedrohe ihn mit Verlust des Landtagsmandats, wenn er sich dem offiziösen Ansinnen nicht füge. Die werbende Kraft der Berliner Bewegung wurde durch diesen Zwist immer mehr gebrochen.

Am 31. Januar erschien ein Aufruf zum Besten der Berliner Stadtmission „mit Genehmigung des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm." Außer zahlreichen Mitgliedern der Rechten hatten auch v. Bennigsen, Miquel, v. Benda und Marquardsen unterzeichnet. In dem Bericht über die Berliner Stadtmission wurde an die Waldersee-Versammlung ausdrücklich erinnert. Aber es war bis auf weiteres die letzte Hofgunst, deren sich die Stadtmission zu erfreuen hatte.

---

## XV. 1889. Alters- und Invalidenversicherung verabschiedet.

**Das Jahr 1889**

brachte die Verabschiedung des dritten großen Arbeiterversicherungsgesetzes, der Alters- und Invalidenversicherung.

Am 29. März fand die zweite Beratung des Gesetzes im Reichstag statt, und zwar auf Grund eines umfassenden Kommissionsberichtes. Die wesentlichste Änderung der Kommission war die, daß das Reich nicht ein Drittel der Beiträge, sondern zu jeder Rente einen festen Zuschuß von 50 Mark zahlen sollte. Zu den Vorschlägen der Kommission lagen dann weiter eine große Anzahl von Abänderungsanträgen vor. Bebel will den Zuschuß auf M. 90,— erhöhen; die Freisinnigen wollen besonders die freien Hilfskassen retten. In der Debatte trat Bismarck warm für das Gesetz ein; er sei bereit, sich in Einzelheiten der Ansicht des Reichstags gern zu fügen, hoffe aber, daß das Ganze mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen werde. Das Zentrum spaltete sich. Die eine Hälfte unter Frhr. v. Franckenstein war dafür, die andere unter Windthorst, der eine große Scheu vor ‚Sozialismus' hatte, war dagegen.

Am 17. bis 23. Mai fand die dritte Beratung statt. Alle Parteien legten durch beauftragte Redner ihre Stellung dar.

Dann nahm auch Fürst Bismarck das Wort, um sich besonders mit denjenigen Konservativen auseinanderzusetzen, deren Wortführer der freikonservative Abg. Holtz gewesen war und die das Gesetz ablehnten, weil es fürs Land ungeeignet sei. Bismarck suchte nachzuweisen, daß das Gesetz auch für ländliche Verhältnisse passe und keine zu starke Belastung der Grundbesitzer bedeute. Daß die Sozialdemokraten das Gesetz bekämpfen, wundere ihn gar nicht. Bismarck warf Bebel und Genossen vor, daß sie nur Haß erregen wollten, um von der Agitation zu leben. Bebel entgegnete, daß es allerdings sein Geschäft sei, Unzufriedenheit zu erregen, denn aus der Unzufriedenheit gehe aller Fortschritt hervor. Was die Sozialdemokraten an die Stelle der gegenwärtigen Staatsordnung setzen wollten, gehe niemanden etwas an. Er müsse zugeben, daß seine Partei über alle positiven Ziele ganz uneinig sei. Auch die Freisinnigen griff Bismarck in schärfster Weise an; sie haßten ihn (den Kanzler) und hätten ihm noch niemals etwas bewilligt, auch das Septennat wohl nur in einer „fraktionsmäßigen Notlage". Durch diese scharfe und immerhin nicht sehr glückliche Absage gereizt, entgegnete der Abg. Bamberger sehr heftig gegen den Reichskanzler und sehr ablehnend wider das Gesetz: „Ich bin gegen dieses Gesetz aus rein tatsächlichen Erwägungen heraus, weil ich es ansehe als eine Veranstaltung, die zu einer Landplage für das ganze Land werden wird; ich sehe darin eine Crux, eine Quälerei, eine unerschöpfliche Reihe von Heimsuchungen und Belastungen" — — „ein solches Gesetz praktisch zu machen, halte ich wahrhaft für eine Versündigung am Lande." — Bamberger schloß mit dem Satze, die Vorlage sei kein Gesetz, sondern ein Unglück.

Bei der Abstimmung spalteten sich mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die geschlossen ablehnte, alle Parteien. Selbst ein Freisinniger stimmte dafür. Doch ergab sich zugunsten des Gesetzes eine Mehrheit von 20 Stimmen. Die Annahme erfolgte mit 185 gegen 165 Stimmen.

Im Juni nahm der Bundesrat das Gesetz in der Fassung des Reichstags an, und begann sofort mit der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen.

Am 22. Oktober wurde die Wintersession des Reichstags eröffnet. In der Thronrede wurde kein sozialpolitisches Gesetz mit Ausnahme des Sozialistengesetzes verheißen. Eine neue Fassung dieses Gesetzes wurde einer Kommission überwiesen. Der Ent-

wurf wurde als Dauergesetz, aber ohne die Ausweisungsbefugnisse gutgeheißen. Minister Herrfurth erklärte indes, darauf nicht verzichten zu können. Die Entscheidung des Plenums wurde in diesem Jahr nicht mehr herbeigeführt.

Die Frage, ob durch das Sozialistengesetz auch freisinnige Blätter getroffen werden durften, war im März dadurch akut geworden, daß Franz Mehring in der jüdischen „Volkszeitung" einen abscheulichen Schmähartikel gegen Kaiser Wilhelm I. gebracht hatte. Die „Volkszeitung" wurde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten und alle Versuche verhindert, in demselben Verlage neue Blätter erscheinen zu lassen. Das Blatt appellierte aber an die vom Gesetz vorgesehene Reichskommission und erzielte Freigebung und Freisprechung.

Am 30. April wurde eine Unfallverhütungsausstellung in Berlin vom Kaiser persönlich eröffnet. Der Monarch bekannte sich wiederum zur Sozialpolitik seines Großvaters: „Mit voller Überzeugung von der Notwendigkeit ihrer Lösung bin ich an die sozialen Aufgaben herangetreten, deren Erledigung noch vor uns liegt. Ich rechne dabei auf die verständnisvolle und freudige Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, um deren Wohlfahrt es sich bei diesen Aufgaben handelt, und der Arbeitgeber, welche im eigenen Interesse bereit sind, die daraus für sie erwachsenden Opfer zu bringen. Auch die Ausstellung für Unfallverhütung und Arbeiterschutz ist eine Frucht dieser Bestrebungen."

Anfang Mai brach im Ruhrgebiet ein großer Streik der Bergleute aus. Am 10. Mai streikten über 100 000 Mann. Es kam zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht; in Gelsenkirchen gab es 3, in Bochum 2 Tote. Die Bergleute wandten sich an den Kaiser, der eine vom Bergmann Schröder geführte Deputation empfing. Schröder erklärte auf Befragen des Kaisers: „Wir fordern, was wir von unseren Vätern ererbt haben, nämlich die achtstündige Schicht. Auf die Lohnerhöhung legen wir nicht den Wert. Die Arbeitgeber müßten mit uns in Unterhandlung treten; wir sind nicht starrköpfig. Sprechen Ew. Majestät nur ein Wort, so würde es sich gleich ändern, und manche Träne würde getrocknet sein."

Der Kaiser erwiderte in längerer Ansprache, und hielt den Deputierten vor, erstens daß sie kontraktbrüchig seien, und zweitens daß sie mehrfach die öffentliche Ordnung gestört hätten,

durch beides hätten ſie ſich ins Unrecht geſetzt. Die ſachlichen Beſchwerden ſollten von der Regierung geprüft werden. Mit einer Warnung vor der Sozialdemokratie wurden die Arbeiter entlaſſen.

Am 16. Mai empfing der Kaiſer eine Deputation der Grubenbeſitzer des Ruhrbezirks, nachdem auch im Saargebiet und in Schleſien große Streiks ausgebrochen, und hielt auch ihnen eine längere Anſprache. Die Arbeiter hätten ihm einen guten Eindruck gemacht; ſie hätten ſich der Fühlung mit der Sozialdemokratie enthalten. Zum Schluß befürwortete der Monarch einen Vergleich auf Grundlage eines ſchon vorliegenden Entwurfs, deſſen erſter Paragraph die achtſtündige Schicht feſtlegt. Die Grubenbeſitzer nahmen den Entwurf denn auch im weſentlichen an und lehnten nur den § 3 ab, durch welchen Arbeiterausſchüſſe eingerichtet werden ſollten. Am 21. Mai fuhren die Belegſchaften wieder vollzählig an.

An demſelben Tage erhielt aber auch der Abg. Baumbach in Berlin ein Telegramm der „Kaiſerdelegierten“: „Die Herren Grubendirektoren haben heute morgen ihre Verſprechungen in gröbſter Weiſe gebrochen. Deshalb muß der Streik wieder beginnen.“ Die Wirren dauerten noch einige Zeit fort. Am 27. Mai wurde in Bochum das ganze Streikkomitee wegen Zuwiderhandlung gegen das Vereinsgeſetz verhaftet. Es gelang aber den Arbeiterführern nicht, noch einmal die Belegſchaft zum allgemeinen Streik zu drängen. Die Arbeitgeber ſetzten in dem Punkte der wider Treu und Glauben Abgekehrten ihren Willen durch. Bei den Bergleuten blieb infolgedeſſen mit Recht eine ſehr erbitterte Stimmung.

Anfang Dezember brachen wiederum Wirren im rheiniſchen Bergrevier aus, da die Zechen zahlreiche Arbeiter maßregelten. Durch die Bemühungen des Regierungspräſidenten v. Berlepſch wurde indeß ein für die Arbeiter günſtiger Ausgleich herbeigeführt.

Ende Juni und Anfang Juli trat eine ſtarke, durch die ſozialpolitiſche Lage bedingte Trübung der Beziehungen des Deutſchen Reiches zur Schweiz ein, weil nicht nur die Kantonalregierungen, vorab Zürich, ſondern auch die Bundesregierung in Bern ſich einer ganz unzuläſſigen Förderung der Sozialdemokratie ſchuldig machten.

Ein deutſcher Polizeiagent (Wohlgemut), der ſich allerdings ungeſchickt benommen hatte, wurde als Verbrecher verhaftet und

ausgewiesen, dagegen die Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen die deutsche Regierung indirekt unterstützt. Die „Nordd. Allg. Ztg." gab am 26. Juni eine eingehende Schilderung des ganzen sozialdemokratischen Getriebes in Zürich und Basel und eine Darstellung des parteipolitischen Hauptquartiers, von dem aus Deutschland revolutioniert werde. Fürst Bismarck hielt der Schweiz in einer Note sehr energisch vor, daß, wenn sie Respekt für ihre Neutralität verlange, ihr internationales Verhalten danach eingerichtet werden müsse. Eine Förderung der sozialdemokratischen Propaganda sei mit guten nachbarlichen Beziehungen unvereinbar. Das Ende der erregten Debatten war die Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungs-Vertrages von seiten Deutschlands und ein Einlenken der Schweiz in Sachen der Fremdenpolizei.

Der Ausbruch der deutsch-schweizerischen Händel bleibt natürlich am letzten Ende auf dem Konto der deutschen Sozialdemokratie stehen, die mit ihren landesverräterischen Umtrieben nahe daran war, uns in gefährliche auswärtige Wirren zu verwickeln.

Ende Oktober veröffentlichten eben diese Sozialdemokraten ein Wahlprogramm, das wesentlich gegen die indirekten Steuern donnerte und den „Kriegsschürereien und Nationalitäten-Verhetzungen" entgegentrat, was sich merkwürdig genug ausnahm, nachdem die Sozialdemokratie das Reich gerade an den Rand eines Krieges mit der Schweiz herangeführt hatte.

In Berlin wurde am Anfang dieses Jahres der Zusammenbruch der von Stöcker begonnenen und fortgeführten christlich-monarchischen Volksbewegung zur vollendeten Tatsache. Es war dem Fürsten Bismarck gelungen, die Zustimmung des Kaisers dafür zu erwirken, daß Stöcker amtlich vor die Frage gestellt wurde, ob er auf sein Amt als Hofprediger, oder auf die Fortführung der sozial-monarchischen Arbeit verzichten wolle. Stöcker selbst schreibt über diese Verhandlung:

„Im Anfang des Jahres 1889 wurde ich eines Tages zu einer Unterredung mit dem Kabinettsrat von Lucanus aufgefordert. Als ich zu ihm kam, war das Thema sofort gegeben und bald in Fluß. Ich sollte zwischen meiner öffentlichen Tätigkeit und dem Hofpredigeramte wählen. Natürlich ließ ich keinen Zweifel, daß ich, wenn mir nur diese Wahl blieb, notgedrungen mein Amt aufgeben würde. Aber ich wandte ein, daß dieser Gegensatz den

eigentlichen Hauptpunkt nicht treffe; nicht auf meine agitatorische Tätigkeit sei es abgesehen, sondern auf das Kartell; offenbar sei Se. Majestät der Meinung, daß, wenn ich von der Bekämpfung des Kartells zurückträte, dies System sich in Berlin durchsetzen werde. Und da ich gegen den königlichen Willen doch nicht erfolgreich in monarchischem Sinn wirken könne, so sei es mir nicht entgegen, wenn in Berlin der Parteikampf meinerseits aufhöre und die Kartellpolitik einmal zeige, was sie vermöge. Daß sie nicht siegen könne, sondern mit einer Niederlage der Regierung enden werde, stand mir fest. — Da man sich im politischen Leben nicht den Kopf einrennen soll, wenn doch nichts zu erreichen ist, so war es mir ganz lieb, daß ein Versuch gemacht wurde. Wenn er scheiterte, so dachte ich, würde man das falsche Kartell aufgeben, und wir würden dann, von der schon seit 5 Jahren schwer empfundenen Bedrängnis befreit, desto freier arbeiten und kämpfen können. — Die Folgezeit hat es bewiesen, wie richtig meine Besorgnisse waren. Ein erfolgreicher agitatorischer Kampf gegen den Umsturz ist in Deutschland nicht möglich ohne die freudige Mithilfe der christlich-sozialen und stark konservativen Kreise, die jetzt zurückgestoßen sind. — So entschloß ich mich denn, ein Opfer zu bringen, das bei dem Stande der Dinge eigentlich kein Opfer war."

„Meine Anschauungen fixierte ich in den nachfolgenden an maßgebender Stelle angenommenen Sätzen: „Da Se. Majestät eine Tätigkeit, wie ich sie bisher in dem politischen Leben Berlins ausgeübt habe, mit dem Amte eines Hofpredigers für unvereinbar halten, ist es selbstverständlich, daß ich dieselbe aufgebe, solange Se. Majestät mir dies Amt anvertrauen. Nach den gemachten Erfahrungen habe ich auch zunächst jede Freudigkeit verloren, den öffentlichen Kampf gegen den Umsturz auf politischem, sozialem und religiösem Gebiete in der bisherigen Weise fortzusetzen. Es hat deshalb für mich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Schwierigkeit, sondern entspricht meiner Neigung, den politischen Parteikampf überhaupt für mich wie für die christlich-soziale Partei einzustellen. Ich werde diesen Teil meiner Tätigkeit andern überlassen, und meine Vorträge nach Thema, Inhalt und Ton so einrichten, daß sie Sr. Majestät keinen Anstoß geben können. Ich werde, wenn ich öffentlich zu reden habe, nur religiöse, patriotische und soziale Gegenstände besprechen, und die letzteren nur soweit behandeln, als sie unter

den Gesichtspunkt des Christentums, der Kirche und der inneren Mission fallen. Sollte ich später von Gewissens wegen mich veranlaßt sehen, im Interesse des Vaterlandes oder der Kirche den Kampf wieder aufzunehmen, so werde ich Sr. Majestät davon pflichtmäßige Mitteilung machen und Allerhöchstderselben alles weitere untertänigst anheimstellen."

„Ich bemerke noch, daß es sich lediglich um die Einstellung des Parteikampfes handelte, daß von der Judenfrage zwischen Herrn von Lucanus und mir nicht die Rede war und daß meine parlamentarische Tätigkeit von jeder Beschränkung ausdrücklich ausgenommen wurde."

„Man hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich damals überhaupt auf Unterhandlungen und Zugeständnisse eingelassen habe. Ich hätte, so sagt man, zwischen Stellung und Überzeugung zu wählen gehabt und die erstere vorgezogen. So liegt es jedoch nicht. Wie die Berliner Bewegung einmal gedacht war, durch und durch monarchisch, konnte sie gegen das ausgesprochene System des Monarchen nicht in der alten scharfen Weise weitergehen. Auch nachdem ich später, dem geistlichen Amt zu Ehren, meinen Abschied eingereicht und erhalten hatte, habe ich die Parteiagitation von ehemals nicht wieder aufgenommen; es wäre zwecklos gewesen, solange die gegenwärtigen politischen Verhältnisse bestanden."

Die gesamte Presse der Linken, besonders insoweit sie von jüdischen Redakteuren geleitet wurde, zeigte sich aufs höchste erfreut, daß endlich der von ihnen befehdete Mann, der die Freisinnsherrschaft und den „Fortschrittsring" in Berlin so von Grund aus erschüttert hatte, zum Schweigen gebracht war. Nur die konservativen Blätter, „Kreuzzeitung" und „Reichsbote", und dann die neubegründete christlich-soziale Zeitung „Das Volk" traten warm für Stöcker ein, allerdings in dem Sinn, daß sie ihrerseits die Fortsetzung einer monarchischen Volksbewegung wider den Willen des Monarchen gleichfalls für aussichtslos ansahen, und den Mittelparteilern, die unermüdlich an Stöckers Sturz gearbeitet hatten, anheimgaben, nun zu zeigen, was sie könnten.

Am 11. Oktober gab Stöcker in der Tonhalle in einer christlich-sozialen Versammlung die Erklärung ab, daß er und seine Freunde „unter dem Zwang der politischen Lage" ihre öffentliche Tätigkeit einstellten. Die Freitagsversammlungen sollten aufhören. Im stillen wolle man weiterarbeiten, aber nicht öffentlich.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß gerade das Jahr, in welchem die Stöckersche Volksbewegung aus politischen Gründen von oben her unterdrückt wurde, die große und segensreiche Wirkung dieser Bewegung auf kirchlichem Gebiet an den Tag brachte. Hatte auf politischem Gebiet die Bewegung nur nahe an den Sieg herangeführt werden können, so wurde auf kirchlichem Gebiet ein voller Sieg erfochten. Die Kirchenwahlen in Berlin brachten der Stadtsynode eine positive Mehrheit, was für das kirchliche Leben der Reichshauptstadt von weittragender Bedeutung wurde. Denn nun endlich konnten reiche Mittel herbeigeschafft, die großen Parochien zerschlagen, Kirche um Kirche gebaut, und Pfarramt auf Pfarramt errichtet werden.

Zu diesem Siege der Positiven in der Stadtsynode schrieb die „Evangelische Kirchenzeitung“: „Trotz aller Zwischenfälle bezeichnet jedenfalls der 24. Juni 1889 einen denkwürdigen Wendepunkt im Leben der evangelischen Kirche von Berlin. Was man noch vor zehn, ja vor fünf Jahren für unmöglich hielt, ist geschehen: die unfruchtbare kirchliche Negation triumphiert nicht mehr, sie ist noch nicht besiegt, aber doch geschlagen. Das ist die Frucht ausdauernder treuer Arbeit im kleinen. Das Verdienst, unermüdlich zu derselben angeregt zu haben, kann dem Hofprediger Stöcker nicht genommen werden. Und wenn die politische Arbeit der kirchlichen zu Hilfe gekommen ist, und umgekehrt, so ist das in unsern Augen kein Unglück, sondern ein Vorzug. Gewiß hat das politische Moment mehr, als es den kirchlichen Leuten auf der Rechten lieb ist, in die Wahlen mit hineingespielt; aber um den politischen Bann zu brechen, der durch die Fortschrittspartei auf die kirchlichen Verhältnisse gelegt war, bot sich gar kein anderes Mittel, als die Zersprengung des Radikalismus zugleich auf politischem und kirchlichem Gebiete. Daß der erste wirkliche Sieg in Berlin in der Stadtsynode errungen ist, beweist doch den starken und gesunden christlichen Geist der Berliner Bewegung. Wer sich ein Jahrzehnt zurückerinnert, der weiß, daß damals ganz Berlin 2000 positiv-kirchliche Wähler stellte. Alles Predigen und Arbeiten der bedeutendsten Männer seit einem halben Jahrhundert hatte die Residenz nicht vor der Schreckensherrschaft des wüstesten Liberalismus behüten können. Es fehlte an Sammlung und Organisation, an Kampf und Angriff. Vielen Leuten ist freilich die Erkenntnis unbequem, daß die Verbindung von Religion und Politik, dies verhaßte Ding,

an dem Umschwung in Berlin mitgewirkt hat. Etliche würden, wie jener Allopath, der seinen Patienten homöopathisch geheilt sah, und ihn lieber allopathisch gestorben gesehen hätte, eine weitere Herrschaft der Linken diesem Siege vorziehen. Aber allmählich wird sich das Unbehagen verlieren, und die Sieger werden es in der Tat als ihre Pflicht ansehen müssen, überall rein kirchliche Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen."

Im August trat die lutherische sogenannte August-Konferenz warm für die Selbständigkeit der evangelischen Kirche ein. Als etwas später die sozialdemokratische Presse den englischen Kardinal Manning wegen seiner Beilegung des Londoner Dockarbeiterstreiks gewaltig lobte, und dabei die katholische Kirche hoch über die evangelische stellte, erwiderte der „Reichsbote", daß hier die Stellung der Kirche zum Staat das Entscheidende sei. „Während der katholische Bischof durch seine sozialpolitische Tätigkeit das Ansehen seiner Kirche hebt, wird der evangelische Hofprediger Stöcker staatlicherseits genötigt, seine sozialpolitische Tätigkeit einzustellen. Die katholische Kirche kommt durch ihre Freiheit hoch, während die evangelische durch ihre Verquickung mit dem Staat und den Mangel wirklich kirchlichen Regiments am Boden gehalten wird."

Im Juli tagte in Paris ein mit viel Lärm inszenierter internationaler Arbeiterkongreß. Aber es war „viel Lärm um nichts". In Frankreich waren die Possibilisten die herrschende Richtung, unter den Deutschen die Marxisten. Und die Engländer hatten noch mehr gesunden Menschenverstand, als mit dem Radikalismus vereinbar war. Man tagte gesondert. Das Resultat war Null.

---

## XVI. 1890. Arbeiterschutzkonferenz in Berlin. Bismarcks Sturz. Gewerbegerichte.

### Das Jahr 1890

war ein sehr bewegtes und ereignisreiches.

Bevor im Februar die Neuwahlen stattfanden, faßte zunächst der alte Reichstag am 25. Januar in seiner Schlußsitzung den Beschluß, das Sozialistengesetz (mit 169 gegen 98 Stimmen) abzulehnen. Für Annahme des Gesetzes unter Ausschluß des Ausweisungsparagraphen traten die Nationalliberalen und die

Mehrheit der Freikonservativen ein. Die Konservativen waren bereit, das Gesetz auch ohne den Ausweisungsparagraphen anzunehmen, wenn die Regierung erkläre, daß sie sich ohne denselben behelfen könne. Die Erklärung erfolgte aber nicht. Und so fiel das Gesetz. Offiziös erklärte die Regierung, sie könne sich mit dem, was der Reichstag biete, ablehnend oder annehmend abfinden. Die Verantwortung aber für die Verschlechterung des Sozialistengesetzes solle allein auf dem Reichstag haften bleiben; sie denke nicht daran, diese Verantwortung zu teilen.

Am 13. Januar wurde dem Kaiser ein amtlicher Bericht über die stattgehabte große Untersuchung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in den Bergrevieren überreicht.

In der Thronrede zur Eröffnung des Landtags wurden die Ausstände im Kohlenrevier beklagt, die „unter Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist und teilweise nicht ohne Gewalttätigkeiten stattgefunden haben." Die Regierung verhieß, ernste Beachtung allen „weiter hervortretenden Bedürfnissen" auf sozialem Gebiet zu schenken. Am 31. Januar wurde Fürst Bismarck von der Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe entbunden und Oberpräsident v. Berlepsch, ein sozial gerichteter Staatsmann, an seiner Stelle ernannt.

Mitten in die Wahlbewegung hinein fiel am 5. Februar die Berufung der internationalen Arbeiterschutzkonferenz nach Berlin. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlichte folgenden kaiserlichen Erlaß:

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in

Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zutage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen. Wilhelm. I. R.

Berlin, 4. Februar 1890.

An den Reichskanzler.

Weiter wurde folgender Erlaß publiziert:

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt, und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch

eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Austausch ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen, und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten, und mit den letzteren Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrik-Inspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat. Zur Vorberatung dieser Frage will ich, daß der Staatsrat unter Meinem Vorsitze und Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stellung ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei der Regierung der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Wilhelm R.

Berlin, 4. Februar 1890.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten
und für Handel und Gewerbe.

Am 27. Februar brachte der „Reichsanzeiger" das Programm der internationalen Arbeiterschutzkonferenz, wie es von der deutschen Regierung durch Botschafter und Gesandte den auswärtigen Regierungen vorgeschlagen worden war. Dies Programm zerfällt in 6 Abschnitte:

I. Regelung der Arbeit in Bergwerken.

1. Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter, b) für weibliche

Personen? 2. Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besonderen Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen? 3. Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

II. Regelung der Sonntagsarbeit.

1. Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Notfälle vorbehalten, zu verbieten? 2. Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten? 3. Sind diese Ausnahmen durch internationales Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

III. Regelung der Kinderarbeit.

1. Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden? 2. Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschließung stattfinden soll, zu bestimmen? Gleich für alle Industriezweige oder verschieden? 3. Welche Beschränkung der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

IV. Regelung der Arbeit junger Leute.

1. Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Kindesalter überschritten haben (I. II.), Beschränkungen unterworfen werden? 2. Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten? 3. Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben? 4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen.

1. Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden? 2. Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden? 3. Welche Beschränkungen empfehlen sich in dem Falle? 4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen und für welche?

VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen.

1. Sollen Bestimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Überwachung getroffen

werden? 2. Sollen wiederholte Konferenzen von Vertretern der beteiligten Regierungen abgehalten werden, und welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden?

Am 15. März begannen in Berlin im Reichskanzlerpalais die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutzkonferenz unter dem Vorsitz des Ministers v. Berlepsch. Als deutsche Vertreter nahmen teil Unterstaatssekretär Magdeburg, Fürstbischof Kopp, Geh. Rat Lohmann, Frhr. v. Heyl, Herr Köchlin und andere. Vertreten waren außer Deutschland 12 Staaten: England, Frankreich, Österreich, Italien, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Luxemburg, Spanien und Portugal.

Am 17. März wurde beschlossen, 3 Kommissionen zu wählen, die erste für Bergwerksarbeit, die zweite für Sonntagsarbeit, die dritte für Frauen- und Kinderarbeit. Die Kommissionen haben auch fleißig getagt und sich angelegentlich über die sozialen Probleme unterhalten. Aber gemeinsame Beschlüsse wurden teils durch die Verschiedenheit der Fabrikgesetzgebungen, teils durch politische Abneigung unmöglich. So konnte man nur eine Anzahl „Wünsche" formulieren, die im Ausland wenig Effekt gehabt haben, für Deutschland aber in verschiedenen Novellen zur Gewerbeordnung einigermaßen Durchführung gefunden haben.

Die formulierten „Wünsche" der Konferenz gliederten sich in 5 Gruppen. Für wünschenswert wurde erklärt zu I u. a. Einschränkung der Arbeitszeit in den Bergwerken, Verhütung von Streiks durch Schiedsgerichte; zu II Abschluß eines internationalen Abkommens über die Sonntagsruhe; zu III, daß Kinder unter 14 Jahren von aller schädlichen Arbeit ausgeschlossen werden, erst dann arbeiten sollen, wenn sie der Schulpflicht genügt haben, niemals länger als 6 Stunden beschäftigt werden dürfen; zu IV, daß jugendliche Arbeiter über 14 Jahre nicht mehr als 10 Stunden und weder nachts noch Sonntags zu beschäftigen sind; zu V, daß Frauen und Mädchen nicht mehr als 11 Stunden bei mindestens 1½ Stunden Mittagspause arbeiten dürfen, Wöchnerinnen erst vier Wochen nach der Entbindung. Am Schluß heißt es: „Es ist wünschenswert, daß die Beratungen der teilnehmenden Staaten sich wiederholen zum Zweck der gegenseitigen Mitteilung der Beobachtungen, welche bei der Ausführung der Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz gemacht worden sind,

und um zu prüfen, ob Abänderungen oder Ergänzungen der letzteren wünschenswert sind."

Die hier in Aussicht genommene Wiederholung internationaler Konferenzen hat bisher nicht stattgefunden. Und unter denen, die der Meinung waren, es habe die Berliner Konferenz pro nihilo stattgefunden, steht Fürst Bismarck obenan. Am 11. Juli empfing er den Herausgeber des „Frankfurter Journals" Ritterhaus und erklärte ihm: „Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null; sie ist eine einzige Phraseologie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Überhaupt ist es Illusion, den Arbeiterschutz international zu machen."

Ganz ähnlich haben auch auswärtige Stimmen geurteilt. Aber dies Urteil kann gleichwohl als richtig nicht anerkannt werden. Der Gedanke, den Arbeiterschutz nach Maß und Grenze international zu vereinbaren, ist an sich ein richtiger, wenn er auch nicht von heute auf morgen Verwirklichung finden wird. Daß die Konferenz von 1890 scheiterte, lag vor allem daran, daß sie so ganz ungenügend vorbereitet war. Die Inszenierung war übereilt, die Vorbereitung durch den Fürsten Bismarck ohne Wärme nicht nur, sondern mit offensichtlichem Übelwollen vollzogen. Sollte je wieder ein Versuch gemacht werden, so dürfte man nicht große und allgemeine Programme, sondern nur einzelne spruchreife Fragen auf die Tagesordnung setzen.

Natürlich war der passive Widerstand Bismarcks dem Kaiser nicht entgangen. Am 5. März wohnte der Monarch dem Festmahl der Brandenburgischen Stände bei. In der Tischrede sprach er zunächst von der großen Verantwortung fürstlichen Berufs. Dann aber liefen die Worte in eine heftige Drohung aus gegen diejenigen, die sich seinen sozialpolitischen Plänen widersetzen möchten. „Wer mir auf diesem Wege widerstehen will, den zerschmettere ich." Niemand ahnte damals, daß der erste, der von dieser Drohung ereilt werden sollte, Fürst Bismarck selbst sein würde. Und doch geschah es. Noch mitten in die Konferenz hinein fiel die Demission des Fürsten Bismarck — 18. März. — Am 20. März wurde General v. Caprivi Kanzler. Zur Demission des Fürsten Bismarck meinten einige Blätter, er habe lieber die Eröffnung der Konferenz gar nicht erst abwarten, sondern vorher gehen sollen. Darauf erwiderte die N. A. Z. hochoffiziös, die Konferenz an sich bilde nicht den Grund seiner Demission, sondern staatsrechtliche Fragen. Fürst Bismarck sei Urheber der sozialen „Vor-

schaft" und Schöpfer der ganzen bisherigen sozialen Gesetzgebung. Auch die jetzt tagende internationale Konferenz sei von ihm beim Kaiser in Antrag gebracht worden.

Die formelle Richtigkeit dieser Notiz wird kaum bezweifelt werden dürfen. Fürst Bismarck hat sich dem Kapitalismus gegenüber gewaltige Verdienste erworben — er ist der erste Staatsmann der Welt, der wenigstens auf einigen Punkten die Geldmacht geschlagen, die Börse besiegt hat. Leider wollte er vorzeitig „Schicht machen". Das war kurzsichtig. Und der Blick des Monarchen richtete sich mit Recht auf neue, weitere Ziele. Nur entsprach leider diesem Scharfblick nicht hinreichend die Ausdauer, die nötig gewesen wäre, um wirtschaftlich und sozial eine nachhaltige Reformbewegung durchzuführen. Man wollte die Festung im Sturm nehmen. Und als das nicht gelang, verlor man Lust und Mut zu regelrechter Belagerung.

Parallel mit den Vorbereitungen zur Arbeiterschutzkonferenz lief auch eine Wahlbewegung, bei der es sich um Neuwahlen zum Reichstag handelte. Oder richtiger: der Konferenzplan wirkte auch auf die Wahlen ein. Im ganzen fand dieser Plan bei allen bürgerlichen Parteien, auch bei den Freisinnigen, Zustimmung. Aber die Wirkung war nicht stark genug, der Regierung einen Erfolg zu sichern. Das Ergebnis der Wahlen am 20. Februar war ein Sieg der Linken, eine Zertrümmerung des sogenannten Kartells. 67 Freisinnige zogen in den Reichstag ein.

Am 6. Mai wurde der neugewählte Reichstag eröffnet. Die Thronrede stellte eine Umgestaltung der Gewerbeordnung im Sinne verstärkten Arbeiterschutzes in Aussicht. Die Beschlüsse der internationalen Konferenz werden als erfreulich bezeichnet; sie würden hoffentlich „auch für die Beziehungen der Völker untereinander nicht ohne einigende Frucht bleiben."

Prof. v. Nathusius beleuchtete die Wahlen des 20. Februar vom Standpunkt der Kirche aus und nahm sie zum Anlaß, in der „Kons. Monatsschrift" eingehend darzulegen, inwiefern der Mißerfolg, den Staat und Kirche durch Anwachsen der Linken, speziell der Sozialdemokratie, erlitten, auch durch ein Defizit der Theologie mitverschuldet sei. Die sozialen Begriffe von Eigentum, Ordnung, Brüderlichkeit würden durchweg von der ethischen Wissenschaft nach veralteter Schablone behandelt. Es sei eine Forderung der Zeit, sie neu zu umschreiben.

Neben diesen theoretischen Aufgaben wies die höchste kirchliche Behörde Preußens ihre Geistlichen auf die praktischen sozialen Pflichten hin. Am 17. April 1890 forderte der evangelische Oberkirchenrat in einem viel kommentierten Erlaß die Pastoren auf, sich mit sozialen Fragen zu beschäftigen, die Bildung von Arbeitervereinen angelegentlich zu unterstützen, darüber hinaus aber noch die Arbeiterversammlungen zu besuchen und mit Rede und Gegenrede Vorurteile zu zerstreuen. „Überall wird die Aufgabe der Geistlichen sein, die vorhandenen Notstände scharf ins Auge zu fassen und Abhilfe für dieselben zu suchen."

Der Erlaß wurde damals in den sozial gerichteten Kreisen freudig begrüßt, wenn man sich auch nicht verhehlte, daß er viel zu weit ging, insofern er sozialpolitische Wirksamkeit, zu der besondere Ausrüstung und Begabung nur einzelne Geistliche befähigen konnte, wahllos und ausnahmlos allen zumutete.

Aus der sozialpolitischen Chronik sind weiter einige Notizen zu verzeichnen:

Im Januar nahm im Reichstag eine konservative Mehrheit so groß wie noch nie — 130 gegen 92 Stimmen — den Befähigungsnachweis an. Wie immer — vergeblich.

Am 21. Februar genehmigte der Bundesrat den Gesetzentwurf über Einführung von Gewerbegerichten. Dieser Entwurf, eine Novelle zum Arbeiterschutzgesetz, wurde am 23. Juni vom Reichstag in zweiter Lesung angenommen — allerdings mit erheblichen Veränderungen.

Am 26. November brachte der Reichsanzeiger die Verordnung, welche das Invaliden- und Altersgesetz zum 1. Januar 1891 in Kraft setzt.

Soweit der Staat als Arbeitgeber in Betracht kommt, wurden von Preußen wesentliche Erleichterungen den Arbeitern in den fiskalischen Waffenfabriken gewährt. Am 15. Februar empfing der Kriegsminister eine Abordnung der Arbeiter aus den Spandauer Werkstätten und verhieß bedeutende Mittel zum Bau von Arbeiterwohnungen. Ferner wurde auf Befehl des Kaisers in der Gewehrfabrik und Artilleriewerkstätte an Stelle des 12—13-stündigen der 10 stündige Arbeitstag eingeführt.

Im Laufe dieses Jahres bekam auch das soziale Vereinswesen im evangelischen Lager neue Impulse. Besonders verstimmt hatte hier der Umstand, daß zur internationalen Konferenz Fürstbischof Kopp geladen wurde, ein Mann, der sich bis dahin

um soziale Dinge gar nicht gekümmert hatte, von evangelischen Geistlichen aber keine entsprechende Persönlichkeit. So beschloß man, sich entschiedener geltend zu machen.

Im April ließen Hofprediger Stöcker und Prof. Adolf Wagner Einladungen zu einem „Evangelisch-sozialen Kongreß" ergehen. Der Aufruf trug 600 Unterschriften; er sollte in der Pfingstwoche in Berlin stattfinden. Die Hauptmasse der Namen lieferte die konservative Partei des Ostens. Doch war auch der kirchliche Liberalismus durch einige Namen, z. B. den des Professors Harnack, vertreten. Das große Interesse bedeutete eine Besserung der Lage.

Im Mai fand der Kongreß statt unter großer Beteiligung. Stöcker und Wagner waren die Seele der Verhandlungen. Aus den grundlegenden Thesen 12 und 13 führen wir einige Sätze an: „Als ihre besondere Mission soll die Kirche ein Vereinsleben hervorrufen, das die öffentlichen Angelegenheiten, die kirchlichen, wie die vaterländischen und sozialen, in dem Licht des Wortes Gottes behandelt und neben der christlichen Gottesanschauung zur festen Überzeugung bringt... (es soll) der Versuch gemacht werden, regelmäßig oder bei gegebenen Gelegenheiten die Männer der Gemeinde zu Versammlungen zu berufen und an Familienabenden eine edle christliche Geselligkeit zu pflegen... Indem die Kirche so durch ihre amtlichen Organe und Tätigkeit, wie durch ihre freien Vereine und Arbeiten einen Einfluß auf das soziale Leben erstrebt... besinnt sie sich auf eine lange vergessene, in der Gegenwart unerläßliche Aufgabe, die als ihre öffentliche Mission bezeichnet werden kann."

Natürlich fehlte es diesem Vorgehen nicht an Gegnerschaft aus kirchlichen Kreisen. Die Liberalen fürchteten die Volkstümlichkeit einer zugleich sozialen und positiven Kirche, die stark konfessionellen Kreise opponierten aus doktrinären Gründen.

Bezeichnend für das Wachstum des sozialen Interesses war es wohl, daß 4 kirchliche Kongresse, der Jahrestag des Evangelischen Bundes in Stuttgart (23. September), der Kongreß für Innere Mission in Nürnberg (17. Sept.), die lutherische Konferenz in Hannover (7. Oktober) und der Evangelische Schulkongreß in Erfurt (30. September) sich alle mit der sozialen Frage beschäftigten. Wenn aber die Praktiker in Nürnberg reformfreudig waren, so vertraten die Lutheraner in Hannover die doktrinäre Bedenklichkeit. In Stuttgart war für das Thema „Reformation

und soziale Frage" Beyschlag Referent, Weber Korreferent. Beyschlag verschanzte sich hinter die „Schwierigkeit" der Sozialwissenschaft.

Über die Thesen Beckers in Hannover schrieb Nathusius: „Sie besagen, kurz zusammengefaßt, daß die christliche Ethik nicht für das Leben, sondern nur für die Studierstube, die Hörsäle und die Kirchenwände da sei."

„Alle volkswirtschaftlichen Prinzipien wurzeln in der Ethik. Die Ethik aber — wenigstens die unsrige — wurzelt im Christentum." — Nathusius fügt hinzu, daß er freilich in den theologischen Lehrbüchern der Ethik über die Begriffe Gesellschaft, Wirtschaft usw. — — nichts gefunden habe!

Wenn aber der Evangelisch-soziale Kongreß ein Erfolg war, so ging die vormals so starke Berliner Bewegung immer mehr zurück; sie war durch die Bismarckschen Kartelltreibereien ruiniert. Die Mittelparteien, denen Wagner und Stöcker das Feld überlassen hatten, machten völlig Bankerott, waren rat- und hilflos und mußten schließlich die Leitung im 1. und 2. Wahlkreis den Konservativen zürückgeben.

Ein Zeichen der Zeit und der Stimmung am Hofe war es auch, daß, als Dr. Dryander zum Vertreter des erkrankten Oberhofpredigers Kögel berufen wurde, die Hofprediger Stöcker und Schrader ihren Abschied einreichten und denselben glatt bewilligt bekamen.

Für den Fortgang der sozialen Bewegung hat Stöckers Verabschiedung (29. Oktober) kein Hemmnis gebildet. Im Gegenteil — er hatte nun die Arme noch freier als früher, und konnte als Leiter der Berliner Stadtmission, deren Arbeit er nun mit ganzem Eifer förderte, in ungehinderter Weise seine kirchliche und seine soziale Wirksamkeit verbinden. Stöcker hielt auch nach dem Ausscheiden aus dem Pfarramt daran fest, daß er nicht Berufspolitiker, sondern Pastor sei, und daß er auch politische und soziale Arbeit nur als evangelischer Pastor leiste.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahr die alte, obschon am 1. Oktober das Sozialistengesetz erlosch und die Ausgewiesenen in ihre Heimat zurückkehren durften. Im Berliner Stadtparlament gewann sie 7 Mandate, so daß sie nun über 11 verfügte.

Der rote Parteitag wurde vom 13. bis 18. Oktober in Halle a.S. abgehalten und verlief unerheblich. Bebel hatte schon im August

in einer Volksverſammlung vor revolutionären Mitteln gewarnt. „Die herrſchenden Klaſſen warten nur auf den Augenblick, wieder mit Zwangsmitteln gegen uns vorgehen zu können.“ Übrigens brauche man ſeine Ziele nicht darzulegen: „Unſere Forderungen der Zukunft, den ſozialiſtiſchen Staat, können wir den Gegnern im Parlament nicht ſchildern. Das hieße Perlen vor die Säue werfen! Jene würden uns auslachen und noch mehr unſere Gegner werden.“ Bebel rät, ſich auf „Kritik der Verhältniſſe“ zu beſchränken. — Ganz ähnlich ſchwadronierte Liebknecht: „Haben wir erſt das Volk hinter uns und die Mehrheit im Reichstage, dann muß ſich entweder der Staat in einen ſozialdemokratiſchen verwandeln, oder es gibt eine furchtbare Kataſtrophe, bei der aber der Sozialismus als Sieger hervorgehen wird.“

Liebknecht redet nun wohl von „einer völligen Umgeſtaltung der Produktionsweiſe“. Aber es fehlt jede Andeutung, wie das geſchehen ſoll. Handelt ſichs nur um die Großinduſtrie, oder auch um das Handwerk, um Bauern, Büdner und Häusler? Oder gar um Phalanſteren?

Im „Volksblatt“ ſchrieb Liebknecht: „Haben wir die Klinke der Geſetzgebung erſt in der Hand, dann wollen wir unſeren Gegnern bald zeigen, wie es gemacht wird. Sicherlich werden wir nicht ſo ratlos daſtehen, wie ſie, die vor den einfachſten ſozialen Problemen erſtaunt und verdutzt daſtehen, wie die Kuh vor dem neuen Scheunentor.“

Auf dem Parteitag wurde von naiven Mitläufern „ein Broſchürchen über den Zukunftsſtaat“ gefordert, aber nicht bewilligt.

Intereſſe bot in Halle höchſtens der bekannte Kampf zwiſchen Alten und Jungen. Die Alten ſiegten, aber ſie ſiegten nur dadurch, daß ſie vollen Radikalismus zur Schau trugen. Bisher war die Leiſetreterei oft von den Führern als beſonders ſchlaue Praxis empfohlen worden, namentlich auf religiöſem Gebiet. Jetzt legte Liebknecht mit verblüffender Offenheit die Ziele der Stürmer dar. Zunächſt ſoll die Monarchie beſeitigt werden; an ihre Stelle tritt die Republik. Stürzt der Staat, „ſo fällt auch die Kirche.“ Das Eigentum wird abgeſchafft, Grund und Boden wird Gemeingut. Ob dieſe Abſichten auf geſetzlichem oder ungeſetzlichem Wege verfolgt werden, iſt „eine ziemlich gleichgültige Frage.“ Die Beſitzenden ſind „als Klaſſe“ Gegner des Arbeiterſtandes. Nur einzelne gelangen durch „hohe Einſicht“ auf Lieb-

knechts Standpunkt, „alle Autoritäten im Himmel und auf Erden" zu leugnen.

Singer bezeichnete die Invaliden- und Altersversorgung als „Bettelpfennig".

Im preußischen Abgeordnetenhause gab es eine große Judendebatte. Stöcker interpellierte den Kultusminister über den „Fall Boretius" — eine Berliner Schulvorsteherin, Fräulein Boretius, hatte sich der vollen Verjudung ihrer Schule widersetzt und wurde darum vom gesamten Judentum bitter verfolgt und bedroht. Kultusminister v. Goßler stand Stöcker bei und ergänzte die erschreckende Statistik unserer Gymnasien und Hochschulen. Reformen würden „erwogen". Natürlich brach ungeheures Wehklagen in Israel aus, zumal Stöcker auch noch am Ordensfest dekoriert wurde. Aber dieser, wie alle späteren antisemitischen Vorstöße, verpufften in leere Luft. Der einzige Staatsmann, der die Kraft gehabt hätte, einen Kampf mit dem Judentum zu bestehen, wollte diesen Kampf nicht, saß jetzt auch still im Sachsenwalde. Von seinen Nachfolgern hat aber keiner eine so gefestigte Stellung gehabt, daß er diesen Kampf hätte wagen können.

---

## XVII. 1891. Ära Caprivi.

**Das Jahr 1891**

war nach Seite der Gesetzgebung nicht ergiebig.

Im Januar liefen Sozialdemokratie und Freisinn verbündet Sturm gegen die Agrarzölle. Die Anträge wurden aber mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Landwirte betonten, daß, wenn man ihnen starke soziale Verpflichtungen auflege, von denen im Ausland keine Rede sei, sie auch durch Zollschutz in den Stand gesetzt werden müßten, diese Lasten zu tragen. Leider zeigte der Kanzler Caprivi nicht volles Verständnis für diese Notwendigkeit.

Am 12. Januar trat der preußische Landtag zusammen. Die Neuorganisation der Fabrikinspektion wurde in einer Denkschrift zum Etat des Handelsministeriums eingehend erläutert. Die Fabrikinspektion wird zur Gewerbeinspektion erweitert. Bei jeder Regierung wird ein Regierungs-Gewerberat fungieren; die Regierungsbezirke werden in Gewerbeinspektionsbezirke eingeteilt und jedem Bezirk ein Inspektor vorgesetzt.

Im Oktober 1891 wurde ein Trunksuchtsgesetz als Reichstagsvorlage publiziert. Die Sozialdemokraten nahmen das Gesetz mit der üblichen schimpfenden Kritik auf: es sei ein Klassengesetz, das nur die Armen treffe, die Reichen frei lasse, Polizei könne die Menschen moralisch nicht bessern.

Im Juni reichte der verdienstvolle preußische Eisenbahnminister Maybach, der mit großer Umsicht die Verstaatlichung der Eisenbahnen, also ein Stück praktischen Sozialismus durchgeführt hatte, seinen Abschied ein. Es waren die rheinischen Kapitalisten, die ihn stürzten. Die Zechen hatten kolossale Forderungen für Lokomotivkohlen gestellt. Maybach lehnte sie als zu hoch ab. Gleich darauf brach ein von den Zechen geförderter Streik aus, der ihnen gestattete den geforderten Preis als Marktpreis zu erweisen. So mußten die Direktionen bewilligen, und Maybach ging. Darob großer Jubel an der Börse, über die Maybach das bekannte Schlagwort vom „Giftbaum" geprägt hatte.

Am Schluß des Jahres tagte die Preußische Generalsynode. Zum Schluß derselben gab Stöcker ein Referat über die Aufgabe der Kirche auf sozialem Gebiet. Nathusius schrieb darüber: „Nie ist wohl in der fast 4 Wochen dauernden Tagung eine so lange Rede mit solcher lautlosen Spannung und Andacht gehört und jedenfalls kein so lebhafter allseitiger und andauernder Beifall gespendet worden. Ohne jede Diskussion wurde die von Stöcker empfohlene Resolution einstimmig angenommen. Wir waren hier an das Herz der kirchlichen Arbeit gelangt. In der Resolution ist die evangelische Kirche aufgefordert, angesichts der Zerrüttung und ihrer sittlich-religiösen Begleiterscheinungen, ihre gesamte Arbeit an der Volksseele ernst zu prüfen und immer volkstümlicher zu gestalten. Es wird dann diese Forderung spezialisiert in bezug auf die Geistlichen, die Gemeindekirchenräte, die kirchlichen Oberen und die theologischen Fakultäten, und zum Schluß der evangelische Oberkirchenrat aufgefordert, einen einmaligen außerordentlichen sozialen Friedensbettag einzurichten, an dem die vorgetragenen Bitten der Generalsynode vor die Gemeinden, und die Versöhnung der Stände betend vor den Thron Gottes gebracht werden sollen. — Die einstimmige Annahme der Resolution, mit dieser praktischen Spitze, war zum Schluß der ganzen Verhandlungen ungewöhnlich geeignet."

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre die alte; ihren Machthabern gelang es wiederum, die Versuche einiger ver-

ständigeren Elemente, an Stelle des blinden Radikalismus wirklich Politik zu treiben, brutal zu unterdrücken. Am 1. Juni hielt der Abg. v. Vollmar in München eine verhältnismäßig vernünftige Rede. Internationale Brüderlichkeit hebe die nationalen Pflichten nicht auf. Wenn das Vaterland angegriffen werde, würden die Sozialdemokraten nicht die letzten sein, es zu verteidigen. Die Partei müsse nun ehrlich halten, was sie vor Aufhebung des Sozialistengesetzes zugesagt, und sowohl mit den gegnerischen Parteien, wie mit der Regierung verhandeln.

Mit diesen lobenswerten Vorsätzen kam aber Herr v. Vollmar nicht weit. Im Gegenteil wurde der am 14. Oktober in Erfurt begonnene Parteitag zu einer bitteren Abrechnung mit ihm und seinen Freunden.

Schon lange vor dem Parteitag brachte der „Vorwärts" einen neuen Programmentwurf. Die Hauptsache desselben war ein Protest gegen den „Staatssozialismus". — „Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sog. Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt."

Diese Angst vor dem Staatssozialismus rührte teils aus dem Kummer über das Staatsbahnsystem her, teils daraus, daß es einigen Genossen, die sich nicht immer wieder den Vorwurf machen lassen wollten, die Sozialdemokratie wisse nicht, was sie wolle, endlich gelungen war, den Zukunftsstaat auf die Tagesordnung des Parteitages zu bringen. Speziell hatte ein schlesischer Ingenieur, namens Köhler, diskutierbare Vorschläge ausgearbeitet, wie die Sozialisierung des „Klassenstaats" angegriffen und durchgeführt werden könnte.

Aber die „Jungen" hatten absolut kein Glück in Erfurt. Wohl kam es zu einem großen Gefecht zwischen Vollmar und Bebel, zwischen Köhler und Liebknecht. Aber der Sieg blieb bei den Alten. Köhler wurde von Liebknecht einfach enthauptet; er habe „keinen Begriff" vom Sozialismus, sei ungeheuerlich und albern. Die Frage werde erst entschieden werden in jenem Moment, „in dem sie zu unserer Entscheidung steht". Nicht so leicht wurde man mit Vollmar fertig, dessen großen Anhang in Bayern man fürchtete. Vollmar lehnte alle Utopien ab, er glaube an den achtstündigen Arbeitstag, aber nicht an das tausendjährige Reich.

Bebels Kladderadatsch-Prophezeiungen verhöhnte er als „Ideen verzückter Ekstatiker“ und als „Prophezeiungen à la Schäfer Thomas“. Und sogar wollte Vollmar „auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung“ vorgehen. Aber hinter den relativ vernünftigen Worten stand kein Charakter. Als auch Liebknecht gegen ihn loszog, ihm „dummes Zeug“ vorwarf und viel vom Hinauswerfen die Rede war, fiel Vollmar um. Nachdem man sich 5 Tage lang beschimpft hatte, wurde das Programm der Alten en bloc angenommen. Zu der Annahme bemerkte der jüdische Vorsitzende Singer: „Indem Sie das Programm einstimmig angenommen haben, haben Sie erklärt, daß es auf der Höhe der Wissenschaft stehen muß.“ Und der „Vorwärts“ erklärte, nun sei der Tag nicht fern, „an dem die sozialistische Gesellschaft allen Leiden der Menschheit ein Ende macht.“

Das neue Programm legt einleitend die Verelendungstheorie in ganz übertriebener Weise dar, fordert weiter die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, ohne daß ein Wort darüber verloren würde, wie denn diese „Verwandlung“ vor sich gehen könnte. Unter den „zunächst“ für die Gegenwart erhobenen Forderungen findet sich die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auch auf die Frauen, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den Schulen, Unentgeltlichkeit der Rechtsbeistände, Unentgeltlichkeit der Ärzte und Heilmittel, und dann unter Abschaffung aller Zölle und indirekten Abgaben eine progressive Einkommensteuer, um alle „Unentgeltlichkeiten“ zu bezahlen. Auch die gesamte Arbeiterversicherung soll noch vom Reich übernommen, also auch „unentgeltlich“ gemacht werden.

Bei den Wahlen im Königreich Sachsen am 13. Oktober stieg die Zahl der Sozialdemokraten von 4 auf 7.

Am 28. und 29. Mai fand in Berlin die zweite Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses statt, die glänzend verlief und den Beweis lieferte, daß bei beiderseitigem guten Willen ein Zusammenarbeiten der positiven und der liberalen Christen auf dem sozialpolitischen Felde nicht ganz unmöglich wäre. An den Verhandlungen beteiligten sich Stöcker und Wagner und ihre Freunde einerseits und Harnack, Baumgarten, Hermann, Göhre andrerseits. Und kein Mißton trübte die Gemeinschaft, trotzdem man auch die heikle Frage der Landarbeiter behandelte. Stöckers

Thesen über Individualismus und Sozialismus wurden einstimmig angenommen. Göhre legte ein Arbeitsprogramm vor, das man gleichfalls guthieß. Es wurden nicht nur Versammlungen geplant, sondern Broschürensammlung, Korrespondenzblatt, Kurse, Auskunftsstellen u. a. m. Den Schlußdank sprach Harnack, das Schlußgebet Stöcker.

Die Berufung des Kandidaten Göhre zum Sekretär des Kongresses hatte ihren Grund in einem Buch, welches Göhre im Januar 1891, unter dem Titel: Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Eine praktische Studie von Paul Göhre, Kandidaten der Theologie (Leipzig, Grunow), hatte erscheinen lassen. Dieses Buch beruhte auf den Beobachtungen, welche Göhre in einer großen Chemnitzer Maschinenfabrik gemacht hatte, in der er unerkannt drei Monate als einfacher Fabrikarbeiter zugebracht hatte, um die innersten Gedanken der Arbeiter, ihre Freuden und Leiden, ihre Bedürfnisse und Hoffnungen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Infolge dieser Entstehungsart enthielt das Buch vieles, was interessierte, weil es unmittelbar aus dem Leben geschöpft war. Dem Verfasser aber wurde es trotzdem zum Unsegen. Er wurde schnell berühmt, Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses, bevor er einen festen kirchlichen und sozialpolitischen Standpunkt gewonnen hatte. Die Folge war, daß nicht er die Sozialdemokratie besiegte, sondern die Sozialdemokratie ihn. Göhre wollte der Umsturzpartei „das materialistische Rückgrat ausbrechen". Aber die Partei brach ihm das „christliche" Rückgrat aus, nachdem er später ganz zu ihr übergetreten war. Dabei machte er noch die trübsten Erfahrungen hinsichtlich der Behandlung, die er als Akademiker von rohen und brutalen „Genossen" zu erdulden hatte.

Auch zur ländlichen Arbeiterfrage erschien eine vielbeachtete Broschüre: Die soziale Not der ländlichen Arbeiter und ihre Abhilfe. Von W. Quistorp. (Leipzig, Grunow.) Der Verfasser deckt in dieser Schrift die vorhandenen Schäden sehr freimütig auf: geringe Löhne, übertriebene Arbeitszeiten, kein Sonntag. Weniger glücklich sind aber seine positiven Vorschläge.

Von ernst christlichen Gesichtspunkten ausgehend, kam zu pessimistischen Schlüssen ein kleines Buch: Wird die Sozialdemokratie siegen? Ein Blick in die Zukunft dieser Bewegung. Von Leopold von Kunowski, Landgerichtspräsident. (Bielefeld, Velhagen & Klasing.)

In der Berliner Bewegung wuchs der Wirrwarr, da niemand bei den Konservativen wußte, wer Koch und wer Kellner war. Ein opportunistischer linker Flügel unter dem im Grunde mehr liberalen als konservativen Herrn v. Helldorff, und ein rechter Flügel unter dem klugen aber unbeliebten Herrn von Hammerstein dem Leiter der Kreuzzeitung, lebten in bitterer Fehde. Helldorff hatte sich im „Deutschen Tageblatt" ein Organ seiner Richtung als Gegenblatt gegen die Kreuzzeitung geschaffen. Aber er geriet in Schwierigkeiten. Hammerstein erfuhr das, kaufte das „Deutsche Tageblatt", und ließ es in der Kreuzzeitung aufgehen. Helldorff gründete dann noch ein „Konservatives Wochenblatt" und engagierte als erste Mitarbeiter den jüdischen Schriftsteller Julius Rodenberg und den unchristlichsten aller Philosophen, Eduard von Hartmann. Aber auch dies Unternehmen mißlang. Helldorff wurde von der konservativen Partei ausgeschlossen, und sein Blatt verschwand vom Erdboden.

---

## XVIII. 1892. Kleine Fortschritte.

Das Jahr 1892 brachte neue größere Gesetze nicht, dagegen Ausführungsbestimmungen und Ergänzungen der großen Sozialgesetze.

Anfang Februar erließ der Minister der öffentlichen Arbeiten Bestimmungen über die Bildung von Arbeiterausschüssen bei den Eisenbahnen, die in immerhin eng gezogenen Grenzen als beratende Instanz gehört werden sollten. Leider hat diese frei und richtig gedachte Institution unter den Nachfolgern nicht die Fortbildung und Bedeutung gewonnen, die sie bei rechter Handhabung hätte gewinnen können.

Am 19. März wurde nach mehrtägiger Beratung eine Novelle zum Krankenkassengesetz in dritter Lesung angenommen, welche die Versicherungspflichten der Arbeiter noch genauer umschrieb und strittige Fragen zwischen Zwangskassen und freien Hilfskassen regelte. Am 16. Juni veröffentlichte der „Reichsanzeiger" eine Verordnung des preußischen Ministers des Innern und des Handelsministers über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Es handelte sich wesentlich um Regelung der gesetzlichen Ausnahmestunden, bzw. einzelner freigegebener Gewerbe oder Betriebe.

Am 26. März ging dem Reichstag ein Regulativ zu für Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik, mit dem Anheimgeben nach § 2 sechs Beisitzer zu wählen, während der Bundesrat andere fünf ernennen sollte, wozu noch ein vom Kanzler zu ernennender Statistiker und ein Vorsitzender hinzukämen. Die Kommission sollte befugt sein, Auskunftspersonen zu vernehmen.

Am 1. Mai trat auf Grund des Gesetzes vom 1. Juni 1891 die Bestimmung in Kraft, daß in jeder Fabrik, in der mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung auszuhängen ist. Die Arbeitsordnung soll Bestimmungen enthalten über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Kündigung und Entlassung, Strafen, Verwendung des Strafgeldes u. a. m. Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung müssen die beteiligten Arbeiter gehört werden.

Am 14. Januar wurde der Landtag eröffnet. In der Thronrede hieß es: „Durch die Novelle zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Juni 1891 ist das seitherige Maß des gesetzlichen Arbeiterschutzes wesentlich erweitert worden. Die auf die Sonntagsruhe der Arbeiter sowie auf die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und erwachsener Arbeiterinnen bezüglichen Bestimmungen der Novelle finden auch auf den Bergbau unmittelbar Anwendung. Bei anderen durch das Reichsgesetz neu geordneten Gegenständen aber hat die Rücksicht auf die Eigentümlichkeit des bergbaulichen Betriebes es zweckmäßig erscheinen lassen, die landesgesetzliche Regelung vorzubehalten. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird dem Landtage alsbald zugehen".

Am 22. November wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, die sozialpolitische Erklärungen nicht enthält. Das wichtigste Gesetz, das vorgelegt wurde, war eine Militärvorlage welche die Dienstzeit der Fußtruppen auf zwei Jahre herabsetzte.

Im Juni 1892 beschloß der preußische Landtag ein Tertiärbahngesetz, durch welches dies Gebiet dem Privatkapital zur Ausbeutung überwiesen wurde, wo doch die beste Gelegenheit bestand, diese neue Verkehrsindustrie an das Netz der Staatsbahnen anzuschließen. Leider ließ die Rechte diese Gelegenheit, das Staatsbahnnetz konsequent auszubauen, wieder ungenutzt vorübergehen.

Auf eine Interpellation des Zentrums in Sachen des Handwerkerschutzes erklärte wieder einmal der Staatssekretär des Inneren die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis für aussichtslos.

In der konservativen Partei kam es endlich in diesem Jahre zur Krisis. Der völlig unkonservative und ganz unsoziale Herr von Helldorff, der jahrelang eine große Rolle als „Führer" gespielt hatte, brachte den Minister Grafen Zedlitz und ein christliches Volksschulgesetz zu Fall. Das war selbst den gleichgültigen und unentschlossenen Elementen der Partei zu arg, und man schloß ihn aus, ging auch zur Beratung eines neuen Programms über. Am 8. Dezember fand ein Parteitag statt, der das Programm einstimmig annahm. Artikel 8 desselben, der noch heute in Kraft ist, bekennt sich zur sozialen Botschaft von 1881 und zum praktischen Christentum. Die großen Versicherungsgesetze bedurften aber der Vereinfachung. Neben Fürsorge für die Arbeiter sei Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land dringende Aufgabe, daneben „Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals". Ferner wird Kampf gegen „den zersetzenden jüdischen Einfluß" gefordert und christliche Obrigkeit wie christliche Lehrer für christliche Kinder verlangt.

In der Osterwoche tagte der Evangelisch-soziale Kongreß zum drittenmal. Pfarrer Naumann referierte über „Christentum und Familie" und Professor Adolf Wagner über „Das neue Programm der Sozialdemokratie". Wagner wies nach, daß dem Erfurter Programm ein Glaubenssatz, der Marxismus, zugrunde liege. Man wolle die schwierigsten und verschiedenartigsten Probleme mit einer einzigen Formel lösen. Jede tiefer gehende Untersuchung zeige aber ungeheure Schwierigkeiten für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und es fehle jeder Nachweis, daß die radikale Umgestaltung der Produktion nicht andere, neue, vielleicht größere Mißstände zeitigen werde. Der zweiundeinviertelstündige geistvolle Vortrag fand stürmischen Beifall.

Auf dem Kongreß selbst machten sich Mißtöne unter den verschieden gerichteten Mitgliedern noch nicht geltend. Aber nach Ablauf der Tagung wurde zum erstenmal in den Blättern der Rechten Klage geführt, daß die Linke sich ungebührlich breitgemacht habe; die Rechte begann, sich zurückzuziehen. Speziellen Anstoß hatten allerlei radikale Äußerungen Naumanns zur Frauenfrage erregt.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre ganz die alte, tot und unfruchtbar für den sozialen Fortschritt. Wohl hielt der beredte Herr v. Vollmar auch in diesem Jahre wieder eine relativ verständige Rede zur Maifeier; er wolle keine Zu-

kunftsſtaatsträumerei. Die Feier ſolle für Denkende nicht ein Akt des Haſſes und der Gewalttat ſein, ſondern ein Akt von Hoffnungen für die leidende, ringende Menſchheit. Dabei blieb aber Vollmar eng verbunden mit denjenigen Sozialdemokraten, die nichts als Haß und Gewalttat predigen, und gab damit eine neue Probe ſeiner Charakterloſigkeit.

Vom 14. bis 21. November fand der ſozialdemokratiſche Parteitag in Berlin ſtatt. Man nahm eine große Reſolution gegen den Antiſemitismus an. Die vom Kapitalismus bedrängten bürgerlichen Schichten verkennten die eigentliche Urſache ihrer Lage. „Das jüdiſche Ausbeutertum" ſei nur eine Nebenerſcheinung, der Kampf dagegen erfolglos, weil die Ausbeutung des Menſchen durch den Menſchen nichts ſpezifiſch Jüdiſches ſei. Nur die Verwirklichung des Sozialismus könne dem ſozialen Elend ein Ende machen.

Im übrigen zeitigte der Parteitag eine Flut von boshaftem Zank, obſchon „Die neue Zeit" den Tag begrüßt hatte, als den „ruhenden Pol in der Erſcheinungen Flucht, in dem wirbelnden Totentanz, worin eine abſterbende und verfaulende Geſellſchaft ihre letzten Kräfte vertobt". Intereſſant war der Kampf Liebknechts um ſein Gehalt von 7200 Mark. Er erklärte mit dieſem Gehalt nur auskommen zu können, weil er Nebeneinnahmen habe. Wolle man ihm ſtreichen, ſo ſtreike er. Das Gehalt ward dann anſtandslos bewilligt, obſchon die Sozialdemokratie grundſätzlich geiſtige und körperliche Arbeit gleich bewerten will.

Hinſichtlich der Maifeier beſchloß man, daß ſie fortan nicht aus einer Arbeitsniederlegung für den ganzen Tag beſtehen ſolle, ſondern nur aus einer Abendfeier. Man goß alſo Waſſer in den Wein, da zuviel Arbeitgeber ſich der törichten Feier mit Recht entgegenſtellten und ihrerſeits auf willkürliche Arbeitsniederlegung mit mehrtägiger Ausſperrung antworteten.

Auch in ſozialpolitiſcher Hinſicht Erwähnung verdient es, daß Ende 1892 das rheiniſch-weſtfäliſche Kohlenſyndikat begründet wurde.

Humor lag darin, daß die Mancheſterblätter die Sache förderten und der „ſyſtematiſchen Regelung der Produktion" das Wort redeten. Da in Wahrheit die Syndikaliſten gar nicht daran denken, für das Gemeinwohl zu ſorgen, bzw. Kriſen vorzubeugen, ſondern nur danach ſtreben, die Preiſe im Inland (ev. auf Koſten billiger Ausfuhr) recht hoch zu halten und auch für ſchlechte

Zeiten zu sichern, so war die Begeisterung der Liberalen schon an sich kurzsichtig, vollends aber, wenn man daran denkt, daß nichts einer späteren Sozialisierung der Produktion so vorarbeitet, als die Vertrustung. Schließlich wird das von den Trusts geplünderte Volk nach dem Staatsmonopol als dem Retter vom Privatmonopol rufen.

---

## XIX. 1893. Die sozialpolitischen Richtungen scheiden sich.

Das Jahr 1893

war bedeutsam durch die immer stärker sich vollziehende Scheidung der sozialen Parteirichtungen, deren man damals etwa vier unterscheiden konnte: die unfruchtbare Sozialdemokratie, die den Marxismus immer mehr als unfehlbares Dogma behandelte; eine sozialpolitische Sturm- und Drangrichtung teils christlich-sozialer Idealisten (bezeichnet durch die Namen der Pastoren Naumann, Schall, v. Wächter, Göhre), teils antisemitischer Demagogen (bezeichnet durch die Namen Ahlwardt, Böckel, Förster, Henrici u. a. m.); eine konservativ-monarchische Richtung besonnener Sozialreform (vertreten durch die Namen Adolf Wagner und Stöcker); endlich die Richtung des im allgemeinen christlich und sozial orientierten Konservatismus, der aber, ängstlich geworden durch die zahllosen antisemitischen und christlich-sozialen Entgleisungen, doch immer mehr von der Reform abrückte.

Vom 3. bis 8. Februar fanden im Reichstag große sozialpolitische Debatten statt. Bei diesen handelte es sich wesentlich darum, die Sozialdemokratie zur positiven Darlegung ihrer Ziele zu drängen, was sie natürlich verweigerte. Bei dieser Debatte führte noch Stöcker im Namen der Konservativen das Wort und schloß eine längere mit großem Beifall aufgenommene Rede mit den Worten: „Sie (die Sozialdemokraten) haben nichts, sie wissen nichts, sie können nichts!“ Der katholische Sozialpolitiker Hitze begegnete der bekannten Ausrede der Sozialisten, man wolle nicht Revolution, sondern Evolution, mit der Frage: „Wozu denn eine Kampfpartei, wenn alles von selbst kommt?“ — Sehr breit wurde die Möglichkeit des Sparens erörtert. Liebknecht behauptete, der Arbeiter, der spare, spare auf Kosten seiner Lebenshaltung und verurteile sich selbst zum Hungertode — was namentlich für

jugendliche Arbeiter, die oft sehr reichlich verdienen, eine große Übertreibung war. Auch Eugen Richter kam mit Bebel hart aneinander über den Staatszwang im Zukunftsstaat:

Richter: Brauchen Sie eine Zwangsgewalt?

Bebel: Nein!

Richter: Wer soll aber die Arbeit tun, wenn es keine Arbeiter gibt?

Bebel: Wer nicht arbeitet, bekommt nichts zu essen!

Richter: Das ist ja der Zwang zur Arbeit bei Strafe des Verhungerns!

Am 6. Mai wurde der Reichstag wegen Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst. Am 15. Juni fanden Neuwahlen zum Reichstag statt, die den Parteien der Rechten nicht unerheblichen Zuwachs brachten. Am 4. Juli wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher die Sozialpolitik keine Erwähnung findet. Der Reichstag nahm die Militärvorlage an und machte dann Ferien.

Im November wurde die Wintertagung mit einer Thronrede eröffnet, die nur von volkswirtschaftlichen und finanziellen Dingen sprach, und leider auch diese Gebiete nicht so behandelte, wie man es im Hinblick auf eine gesunde Sozialpolitik hätte wünschen mögen. General von Caprivi erwies sich immer mehr als ein Kanzler, der viel guten Willen, aber wenig Verständnis für innere, besonders soziale Fragen hatte. So lag die Gesetzgebung nicht bei ihm, sondern bei der bureaukratischen Routine der Geheimratswelt, die zu starkem Bruchteil manchesterlich liberal war. Es wäre so leicht gewesen, die Deckungsfrage der Militärausgaben mit sozialpolitischen Plänen zu kombinieren. Warum nicht Steinkohlen-, Tabak- oder Streichholzmonopol? Die Streichhölzer allein hätten 30 Millionen bringen können. Aber Ideen dieser Art fanden sich nicht zwischen Bindfaden und Aktendeckel. Auch in der Verwaltungspraxis machte man die größten Fehler, rief ganz unnützerweise an der Saar einen Streik hervor durch Lohnreduktionen. Während die Beamten Teurungszulagen bekamen, machte man den Arbeitern Abzüge, in denselben Betrieben, die nach dem Willen des Kaisers Musterbetriebe sein sollten.

Eine wohltätige Ausnahme in der Regierung machte nur der Handelsminister v. Berlepsch. Am 15. August ließ er einen Erlaß an die Oberpräsidenten betr. Organisation des Handwerks aus-

gehen. Dieser mit großem Sachverständnis ausgearbeitete Gesetzentwurf enthielt die obligatorische Fachgenossenschaft, Handwerkskammern, Befähigungsnachweis. Die Oberpräsidenten sollten Gutachten der Verwaltung einholen, Kritik üben und Vorschläge machen. Leider blieb dieser von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Handwerks mit Jubel aufgenommene Entwurf später doch ohne Folgen — nicht durch die Schuld des Herrn von Berlepsch.

Im Juni hielt wiederum der Evangelisch-soziale Kongreß seine Tagung. Oberhofprediger Braun von Stuttgart gab ein Referat über die Annäherung der Stände. In der Debatte entwickelte Naumann sehr unnüchterne Ansichten und bezeichnete die Sozialdemokratie als „eine evangelische Häresie" (Irrlehre). Stöcker antwortete ihm, als christliche Irrlehre könne er die Sozialdemokratie schon deshalb nicht ansehen, weil ihre Oberpriester durchweg Juden seien. Auch Wagner warnte davor, sich von den Sozialdemokraten imponieren zu lassen. Weiter meinte Stöcker, seine Empfindung Naumann gegenüber sei wohl ähnlich wie die der „Alten" in der Sozialdemokratie gegenüber den „Jungen". Durch dies Wort wurde dann die Bezeichnung der Naumannianer als der „Jungen" üblich, bis sie sich später eine eigene Parteibezeichnung beilegten.

Übrigens wurde auch innerhalb des Kongresses die Differenzierung der Rechten und der Linken schärfer. Professor Harnack hatte auf dem ersten Kongreß erklärt, daß er nur unter der Bedingung teilnähme, daß die Judenfrage nicht berührt würde. Es erhoben sich Stimmen, daß das so nicht weitergehen könne. Die Judenfrage sei eine soziale Frage. Der Evangelisch-soziale Kongreß dürfe nicht darüber schweigen. Ebenso erregte die Notiz in den „Mitteilungen des Kongresses", daß der „Fall Harnack" dem Kongreß nicht geschadet habe, Zweifel, ob das Zusammenarbeiten der Liberalen und Positiven weiterhin möglich bleiben werde. Der „Fall Harnack" war eine Kontroverse über positive und kritische Theologie. Und jene Notiz eine offene Parteinahme für die kritische Schule.

Als Symptom der sozialen Begeisterung, die damals in der Jugend herrschte, mag die kleine Tatsache Erwähnung finden, daß ein Sohn des Berliner Missionsdirektors Wangemann zur Ermittlung sozialer Stimmungen und zur Kontrolle der Herbergen zur Heimat sich im Einverständnis mit P. v. Bodelschwingh

als Handwerksbursch verkleidete und sich unter einer Deckadresse auf „die Walze“ begab.

Auf dieser Wanderung hatte W. interessante Erfahrungen gesammelt, die er dem Kongreß mitteilte. Das Ergebnis war freilich ein trauriges, insofern er von recht viel Lieblosigkeit zu berichten hatte, die ihm von Herbergsvätern, Geistlichen, Ärzten, Polizeiorganen zuteil geworden. Nur selten hatte er warme Nächstenliebe und wahrhaft soziale Gesinnung gefunden.

Vom 22. bis 24. Januar fand in Elberfeld ein evangelisch-sozialer, vom Kongreß veranstalteter Kursus statt. Pfarrer Naumann legte Thesen vor im Sinn seines Buches: „Das soziale Programm der evangelischen Kirche“. Zu lebhaften Differenzen kam es über die Judenfrage. Naumann forderte: 1. Die Religionsfreiheit muß auch gegenüber den Juden streng gewahrt werden. 2. Der Kern der sozialen Frage ist nicht die Judenfrage. 3. Wir wünschen, daß Erziehung, Leitung und Beeinflussung unseres Volkes in christlichem und deutschem Geist gehalten sei. 4. Die bürgerlichen Rechte der Juden müssen ungeschmälert bleiben.

Diese Thesen fanden als unzureichend starken Widerspruch; sie sagten im wesentlichen nur, was nicht geschehen soll. Allerdings war hinsichtlich der positiven Ziele auch von den Antisemiten selbst nicht viel zu holen. Die Richtung wurde immer demagogischer und stellte sich in vollen Gegensatz zu Stöcker sowohl wie zu den Konservativen, gab auch in der Wahlbewegung zum preußischen Landtag das Losungswort aus: „Gegen Juden und Junker“. Aber nicht zwei Antisemiten stimmten in ihren Ansichten ganz überein, und jedermanns Hand war wider den anderen. Speziell in den sozialen Dingen fehlte ihnen jedes Programm.

Am 17. September fand ein Norddeutscher Antisemitentag in Berlin statt; aber die Sache war nicht ernst zu nehmen. Man beschloß ein vollständiges Ausnahme- und Fremdenrecht für die Juden, Verbot der Einwanderung auswärtiger Juden, Ausschluß von allen Ämtern u. a. m. Dr. Förster forderte sogar Konfiskation des ganzen jüdischen Kapitalvermögens zur Tilgung der Staatsschulden.

Am 23. Oktober und folgenden Tagen wurde der sozialdemokratische Parteitag in Köln abgehalten, der ohne nennenswerte Zwischenfälle verlief. In dem üblichen Bilde fehlte nicht der gewohnte Zug, daß mit einigen Genossen scharf ins Gericht ge-

gangen werden mußte, weil sie in Frankfurt a. M. „in Gesellschaft von Doktoren“ Sozialpolitik getrieben hatten. Es gehört zum eisernen Bestande der Parteiregeln, daß man nur die eigenen Meinungen, aber beileibe keine anderen anhören darf.

Als kleine Notiz bleibt zu verzeichnen:

Mitte Januar erließ der schlesische Pächter Herr Ruprecht von Ransern seinen bekannten Aufruf „Wir müssen schreien“ usw. Die Folge war die Begründung des Bundes der Landwirte. Mit diesem Bunde hatten die Arbeitgeber in der Landwirtschaft eine Organisation für ihre Interessen gefunden, die nunmehr auch durch ein größeres Preßorgan sowohl den anderen Ständen, wie den Arbeitnehmern gegenüber lebhaft vertreten wurden. Natürlich erhoben sich nun auch Stimmen, und nicht nur in der Sozialdemokratie, die für eine Koalition der Landarbeiter eintraten. Vom formalen Rechtsstandpunkt aus läßt sich auch nichts dagegen einwenden, daß, wenn die Arbeitgeber das Recht haben, sich zu koalieren, dies Recht auch den Arbeitern zugestanden werden muß. Aber für die Praxis ist gar nicht einzusehen, was die weit auseinander wohnenden ländlichen Arbeiter mit dem theoretischen Recht anfangen sollten. Die Schwierigkeiten, sie zu sammeln, würden unüberwindlich sein. Dazu kommt, daß die Landwirtschaft nur mit Jahreskontrakten arbeiten kann, wo es sich um ständige Arbeiter handelt, und zwar mit Kontrakten, die halb Geld- halb Naturalkontrakte sind. Da ist weder für Streik der Arbeiter, noch für Aussperrung der Arbeitgeber Platz, sondern nur für beiderseitige gewissenhafte Innehaltung aller Bedingungen. Und dasselbe gilt von den Saisonarbeitern, die sich auf feste Zeit für bestimmte Arbeiten verdingen.

Selbst verständigere sozialdemokratische Schriftsteller geben zu, daß die Landarbeiterfrage ganz anders gehandhabt werden müsse, wie das Arbeitsrecht der Industriearbeiter. Und selbst christlich-soziale Versammlungen entschieden sich dafür, daß bei Landarbeitern so wenig wie bei Dienstboten ein gesundes patriarchalisches Moment entbehrt werden könne.

Die große „Berliner Bewegung“ löste sich immer mehr in ihre Bestandteile auf. Ein Rückschritt folgte dem andern. Mitte November verlor bei den Berliner Stadtwahlen die konservative Bürgerpartei alle Sitze bis auf einen. Der Zerfall der Bewegung fand damit seinen endgültigen Abschluß. Wie notwendig eine christliche Rückenstärkung auch den Verwaltungs-

behörden sein kann, zeigte sich gleichzeitig in einem bedauerlichen Rückzug, den der Berliner Polizeipräsident vor der schlechten öffentlichen Meinung antreten mußte. Der Präsident hatte, für die „Wiener" Nacht-Cafés eine Polizeistunde erlassen. Die Wirte dieser Lokale — im Mittelalter würden sie ehrlos gewesen sein, da sie wesentlich von Kuppelei und Prostitution leben — erhoben dann aber solchen Lärm in der stets mit der Unzucht verbündeten jüdischen Presse, daß die Verfügung wieder aufgehoben werden mußte. Die Aufhebung war ein beklagenswertes Zurückweichen der Staatsgewalt vor den bedenklichsten Elementen der Berliner Bevölkerung und ein neuer Sieg, den die mächtige Welt des Lasters über diejenigen erfochten hatte, die seit lange bemüht waren, für allmähliche Herstellung besserer Sitte in der Hauptstadt zu wirken.

War aber das Jahr 1893 nach der praktischen Seite wenig ergiebig, so brachte es in grundsätzlicher Hinsicht eine ausgezeichnete wissenschaftliche Leistung, das Buch des Professors Martin v. Nathusius: „Die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der sozialen Frage", zwei Bände. (Leipzig, Hinrichs.)

Einer Selbstanzeige des Verfassers entnehmen wir folgende Sätze:

Um zu wissen, was die Kirche an der sozialen Frage zu tun hat, habe ich gesondert untersucht, erstens die soziale Frage, und zweitens die Arbeit der Kirche. Auf dem sozialen Gebiete werden alle Fäden aufgesucht, die nach der Ethik und einer kirchlichen Tätigkeit hinüberleiten, und auf dem kirchlichen Gebiete alle die, welche das kirchliche Tun in Verbindung setzen mit dem sozialen. Die Einleitung, welche eine kurze Geschichte der kirchlich-sozialen Literatur, sowie eine Kritik der bisherigen praktischen Theologie und Ethik enthält, und der erste Teil liegen nun vor. Derselbe behandelt „die soziale Frage" in drei Kapiteln. I. Allgemeine Abgrenzung des sozialen Gebietes — Ableitung des Begriffes Gesellschaft — Wesen der Volkswirtschaft und ihre Beziehung zu sittlichen Fragen — Ergebnis der Volkswirtschaft in den Berufsständen und deren Beziehung zu sittlichen und politischen Aufgaben — und daraufhin genaue Definition der sozialen Frage, die wesentlich besteht in der Frage nach einem neuen Ständerecht, das unserm modernen wirtschaftlichen Leben und dem modernen politischen Bewußtsein entspricht. Im II. Kapitel gebe ich eine Geschichte der Volkswirt-

schaftslehre und zwar immer unter dem Gesichtspunkt ihrer Berücksichtigung der sittlichen Aufgaben; die Paragraphen sind folgende: Erster Ansatz und Zerfall der Volkswirtschaftslehre (Merkantilismus) — Erneuerung auf Grund des Naturrechts — Zersetzung der naturrechtlichen Volkswirtschaftslehre (Manchestertheorie) — Erneuerung auf Grund der Ethik und der Geschichte — Anfänge der sozialistischen Volkswirtschaftslehre — Die Lehre der kommunistischen Sozialdemokratie — Die spezifisch christliche und kirchliche Volkswirtschaftslehre, und zwar die katholische, die englische, die deutsche (Huber, Todt, Stöcker usw.) — Rückblick mit den Resultaten. — Das III. Kapitel gibt einen Überblick über die Hauptprobleme der Nationalökonomie. Der erste Abschnitt beschreibt die Grundbestimmungen: der wirtschaftliche Mensch, die wirtschaftlichen Güter; der zweite die Ziele: Kommunismus, Individualismus, Sozialismus; der dritte die Mittel und Wege und zwar 1. die Aufgabe des Staates im allgemeinen auf wirtschaftlichem Gebiete, 2. die einzelnen Gebiete: Bevölkerungspolitik, Produktion und Umlauf der Güter, Verteilung, Konsumtion.

So, denke ich, kann das Buch dazu dienen, dem Theologen, — aber auch jedem wissenschaftlich gebildeten Laien — einen Einblick in die Verhältnisse und die Probleme der Volkswirtschaft zu geben. Ich habe meine Quellen in reichem Maße selbst zu Worte kommen lassen und hinreichende Literaturangaben gemacht für tieferes Studium der einzelnen Fragen. Der Grundgedanke meiner Arbeit ist etwa der: Das wirtschaftliche Leben hat eine sittliche Seite; wird sie nicht beachtet, so muß die Wirtschaft zugrunde gehen, aber auch die Sittlichkeit. Das lehrt die Geschichte, das lehrt die Gegenwart, wo der Abfall der Massen von der Religion sich als Folge davon kundgibt, daß die Kirche sich von der liberalen Wissenschaft hatte aufschwatzen lassen: das wirtschaftliche Leben sei ein technisches Gebiet für sich, auf dem sie durch sittliche oder gar religiöse Mächte nicht gestört zu werden wünschte. Die Kirche ging wirklich auf diese Ansicht ein und stand mit vornehmer Resignation dem wirtschaftlichen Leben gegenüber. Die Quittung über dies Verhalten haben wir in der religiösen Stellung der Sozialdemokratie.

Der zweite Teil „Die Aufgaben der Kirche" folgte dem ersten bald nach; er zerfällt in drei Abschnitte. Das erste Kapitel handelt von der Kirche, von ihren Voraussetzungen und ihrer

Bestimmung. Das zweite Kapitel enthält die christliche Lehre von der menschlichen Gesellschaft. 1. Die soziale Gesetzgebung des Alten, der soziale Geist des Neuen Testaments. 2. Die gesellschaftlichen Faktoren im einzelnen: Volk, Familie, Arbeit, Sonntag, Eigentum, Stunde, Weltverkehr. 3. Die Organisation der kirchlichen Arbeit.

Die Sozialethik von Nathusius ist ein Buch von grundlegender Bedeutung geworden, das eine von allen christlichen Sozialpolitikern empfundene Lücke in trefflicher Weise ausfüllte.

---

## XX. 1894. Die Ära Hohenlohe. Wenig Fortschritt. Neue Unterdrückungsmaßregeln.

### Das Jahr 1894

hat die soziale Gesetzgebung wenig gefördert. Es zeigte sich eine wachsende Mißstimmung bei der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, weil diese Partei trotz aller sozialen Arbeit, die schon im Interesse der Arbeiter geleistet wurde, in gehässiger und boshafter Stimmung verharrte, gar nichts anerkannte, vielmehr immer nur bemüht war, alles herunterzureißen. Der Reichstag wurde im Januar wieder eröffnet. Die konservative Fraktion stellte den Antrag, die Invaliden- und Altersversicherung dahin abzuändern, daß das Markensystem beseitigt werde. Bei der Debatte zeigte sich, daß das Gesetz prinzipiell außerhalb des Freisinns gar keine Gegner mehr habe.

Singer nahm bei dieser Gelegenheit das Gesetz als Verdienst seiner Partei in Anspruch, erklärte aber in demselben Atem, es sei nur „angeblich" für die Arbeiter gemacht. Frhr. v. Manteuffel konnte ihn mit Recht fragen, für wen denn die Versicherungsgesetze gemacht seien, wenn nicht für die Arbeiter. Für die Arbeitgeber, die große Opfer bringen müßten, doch sicherlich nicht. „Die Sozialdemokraten stimmen stets gegen alle Gesetze, die zum Besten der Arbeiter gemacht sind, und nachher prahlen sie im Lande damit, daß die Arbeiterschaft, wenn etwas Gutes geschehen sei, dies lediglich der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verdanken habe."

Am 22. und 23. Januar fand eine Notstandsdebatte im Reichstag statt. Die Sozialdemokraten forderten staatliche Einrichtung von Notstandsarbeit für die vielen Stellenlosen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am 13. April wurde eine Maßregel, die durchaus im Interesse der Arbeiter gelegen hätte, der „Antrag Kanitz" auf Einführung des Getreidemonopols, mit 156 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Am 19. April wurde das Börsensteuergesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnler angenommen. Hier wie immer zeigte sich die warme Sympathie der Umsturzpartei für die Börse.

Im Mai faßte der Reichstag den verständigen Beschluß, den Fortbildungsunterricht der gewerblichen Jugend auf den Werktag zu verlegen.

Am 6. September rief der Kaiser in Königsberg die Ostpreußen auf „zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes". Diese Aufforderung veranlaßte eine große Diskussion über und wider den Umsturz. Konservative und Zentrum zeigten sich darin einig, daß dieser Kampf nicht mit den Liberalen, sondern nur gegen sie geführt werden könne. Es hieß, daß auch innerhalb des Ministeriums ein starker Gegensatz bestanden habe zwischen dem Reichskanzler Grafen Caprivi und dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg. Caprivi habe den milderen, Graf Eulenburg einen ganz scharfen Standpunkt vertreten. Ende Oktober verlautete, daß der Kaiser sich für Caprivi und gegen alle Gewaltmaßregeln erklärt habe; am 26. Oktober wurde beiden Ministern der Abschied bewilligt. Fürst Hohenlohe wurde an Stelle des Grafen Caprivi Reichskanzler.

Für die Forderung der Sozialreform war dieser Wechsel von geringer Bedeutung. Denn von moderner Sozialpolitik verstand der eine Kanzler so wenig wie der andere.

Am 5. Dezember wurde die Wintersession des Reichstags eröffnet. Die Thronrede wiederholte die Absicht der Regierung, zum Schutz der Schwachen zu tun, was in ihren Kräften stehe. Zugleich aber sei es nötig, die Staatsgewalt gegen den Umsturz zu stärken. „Die verbündeten Regierungen erachten deshalb eine Ergänzung unseres gemeinen Rechts für geboten." Eine Vorlage betr. Verschärfung der geltenden Strafvorschriften zum Schutz der Staatsordnung solle sofort dem Reichstag zugehen.

Am 6. Dezember legte die Regierung dem Reichstag diesen „Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse“ vor. Der wichtigste Paragraph dieser sogenannten „Umsturzvorlage“ war § 130, der lautete: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.“

Die Presse aller Parteien nahm das Gesetz sehr kühl auf; nirgends glaubte man sich wesentlichen Nutzen davon versprechen zu können. Die Kreuzzeitung schrieb: „Nur wirkliche, von christlichem Geist getragene soziale Reformen können uns Besserung (der sozialen Lage) bringen.“

Am 6. Dezember fand die erste Reichstagssitzung im neuen Gebäude am Königsplatz statt. Die Sozialisten blieben beim Kaiserhoch sitzen. Präsident von Levetzow bedauerte, daß er kein Mittel habe, um ein solches Verfahren zu rügen, das weder der Sitte deutscher Männer, noch der Gewohnheit des Hauses entspreche, auch die Gefühle der Mitglieder des Hauses beleidige. Singer suchte das Gebaren seiner Freunde zu rechtfertigen, fand aber nur Widerspruch.

Am 16. Dezember fand im Reichstag große Debatte über einen Antrag der Regierung statt, der Reichstag möge in eine strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht einwilligen. Liebknecht sollte verfolgt werden, weil der Staatsanwalt in dem Sitzenbleiben der sozialistischen Abgeordneten beim Kaiserhoch eine Majestätsbeleidigung erkannte. Der Reichstag lehnte aber diesen Antrag mit 168 gegen 58 Stimmen ab, da die Unverletzlichkeit der Abgeordneten wegen ihrer Tätigkeit im Reichstage unbedingt zu wahren sei.

Am 17. Dezember sollte die Debatte der Umsturzvorlage beginnen. Als aber Singer die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte, mußte ausgezählt werden. Es ergab sich, daß nur 158 Mitglieder anwesend, das Haus also beschlußunfähig war.

Am 9. und 10. April fand in Berlin ein allgemeiner deutscher Handwerkertag unter zahlreicher Beteiligung aus ganz Deutsch-

land statt. Die vom Minister von Berlepsch an die Oberpräsidenten versandten „Vorschläge“ fanden begeisterte Zustimmung, besonders zum Schluß, als der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr v. Ploetz, den Handwerkern die Grüße der Landwirte überbrachte. Die Hoffnung war allgemein, daß nun endlich eine Erfüllung der Handwerkerwünsche kommen werde, — eine Hoffnung, die ja freilich sehr bald wieder zerschlagen werden sollte.

Am 16. und 17. Mai fand in Frankfurt a. M. der Evangelisch-soziale Kongreß statt, auf dem die inneren Gegensätze immer schärfer hervortraten, die theologischen sowohl, wie die sozialpolitischen. Zwar hatte man noch „paritätisch“ die Referate verteilt, welche das religiöse Gebiet berühren, und eins davon dem positiven Professor Cremer-Greifswald, das andere dem liberalen Professor Harnack-Berlin übertragen. Aber am Vorstandstisch saßen vier Professoren der Theologie, alle ausgesprochene Vertreter und Führer der Ritschlschen Richtung. Diese Richtung wurde nun doch augenscheinlich die herrschende.

Eine weitere Folge dieser Herrschaft war es, daß die Zusammensetzung des Kongresses immer bunter wurde; der jüdische Besitzer der „Frankfurter Zeitung“, Herr Sonnemann, der Sozialdemokrat Dr. David, der konfuse Oberstleutnant von Egidy nahmen daran teil. Die sozialpolitischen Differenzen begannen bei der Frauenfrage. Der Ausschuß hatte, ohne den Kongreß zu hören, von sich aus beschlossen, daß fortan Frauen an den Verhandlungen des Kongresses nicht nur hörend, sondern auch redend teilnehmen dürften. Professor v. Nathusius sprach seine Betrübnis über diesen überraschenden Beschluß aus, nicht aus Verachtung der Frau, sondern „aus Hochachtung“. Pfarrer Naumann antwortete, die Frau habe ebensoviel Gehirnmasse wie der Mann.

Noch schärfer zeigten sich die Gegensätze bei der Landarbeiterfrage, die an der Hand einer gemachten „Enquete“ von Pastor Göhre und vom Professor Weber-Heidelberg behandelt wurden. Beide Herren kamen nicht nur zu denkbar pessimistischer Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse, sondern auch zu ganz radikalen Vorschlägen. Das Heilmittel der Referenten war im Grunde die Vernichtung des Großgrundbesitzes. Der Vorsitzende des Kongresses, Ökonomierat Nobbe und Professor Adolf Wagner widersprachen lebhaft, aber alle liberalen Teilnehmer stellten

ſich auf die Seite der Vortragenden. Profeſſor v. Nathuſius fragte zutreffend ſeinen Kollegen Weber, wer denn die Sozialreform hätte machen ſollen, wenn Göhres Pläne, den Landadel betreffend, ſchon verwirklicht geweſen wären, als dieſer dem Fürſten Bismarck die großen Reformvorlagen bewilligte.

Bezeichnend war, daß der erwähnte Freiſinnige Sonnemann dem Kongreß das Zeugnis ausſtellte, er ſei eine unſchädliche Unterhaltung, ſolange Stöcker verhindert bleibe, die Judenfrage zu behandeln.

In dieſem Jahre machten auch wiederum mehrere evangeliſche Geiſtliche von ſich reden, die der Sozialdemokratie beitraten oder ſich ihr doch näherten. Über Paſtor Schall-Bahrdorf ſchrieb Profeſſor v. Nathuſius: „Ein Geiſtlicher hat viel von ſich reden gemacht durch ſein Auftreten in den ſozialen Fragen, das ihn in Konflikt mit ſeiner Gemeinde und auch mit ſeinem Kirchenregiment gebracht hat. Es iſt Paſtor Schall in Bahrdorf im Herzogtum Braunſchweig. Vor mir liegt die Rede, die er auf Einladung im ſozialdemokratiſchen Arbeiterbildungsverein in Magdeburg am 2. November 1893 gehalten hat. Ich glaube nicht, daß eine auch nur ähnliche Rede ſchon einmal gehalten iſt; und daß ſie mit angehört iſt — iſt ein hervorragendes Zeichen der Zeit. Der orthodox gläubige und von Liebe zum Volk und deutſchen Vaterland erfüllte Geiſtliche wirbt hier um die verführten Brüder mit einer Herzlichkeit und Wärme, aber auch mit einer Offenheit und — man kann wohl ſagen: Grobheit, die zu bewundern iſt. Er redet vor den 2000 Hörern von ſeinem Deutſchtum, der Schlechtigkeit der Vaterlandsloſigkeit, verſichert, daß er monarchiſch wäre bis auf die Knochen, obgleich und gerade weil er in Amerika die Republik kennen gelernt hätte, ja er ſpricht offen ſeine Anſicht aus, daß der Atheismus der Sozialdemokraten nur eine Folge ſei der Gottloſigkeit ihrer Führer und der Hetzereien der vielen Juden, die in ihren Reihen das große Wort führen. Daneben bekennt er ſich zu ihren wirtſchaftlichen Zielen und erkennt die Berechtigung ihrer Beſtrebungen an. — Es iſt bekannt, daß die Arbeit des Paſtor Schall eine nachhaltige Wirkung nicht geübt hat. — Ähnliches kam in Württemberg vor. Hier reiſte der Kandidat v. Wächter umher und ſuchte überall den Arbeitern zu beweiſen, daß Sozialdemokratie und Chriſtentum ſehr wohl vereinbar ſeien. Den ſozialdemokratiſchen Führern war das aber ſo unangenehm, daß ſie

alsbald das Gegenteil behaupteten. Des Herrn v. Wächter Tätigkeit nahm übrigens nicht durch diesen Widerspruch ein Ende, sondern durch sittliche Verfehlungen, deren er sich schuldig machte.

In das Jahr 1894 fällt auch der erste Anlauf christlicher Arbeiter im Westen des Reiches, einen interkonfessionellen Gewerkverein zu bilden. Am 26. August beschloß ein Delegiertentag von 182 evangelischen und katholischen Vereinen westfälischer Bergarbeiter eine gemeinschaftliche Organisation „auf christlicher Grundlage" zu bilden. Man stellte sich in scharfen Gegensatz zur Sozialdemokratie und sandte ein Huldigungstelegramm an den Kaiser ab. Leider bekam aber dies kaum geschlossene Bündnis bald wieder Risse. Der katholische Kaplan Oberdörffer erörterte vorschnell die Frage eines eventuellen Zusammengehens christlicher und roter Gewerkschaften und zwar in zustimmendem Sinne. Der evangelische Pfarrer Weber-München-Gladbach erklärte dagegen im Namen der evangelischen Arbeitervereine ein Zusammengehen mit den Sozialisten für ausgeschlossen. Der Bund gelangte zu keiner Wirksamkeit.

Trat aber in Deutschland ein Stillstand ein, so griff nun doch der von hier ausgehende christliche und soziale Ideenkreis allmählich auch auf andere Länder über. In der Schweiz war es Pfarrer Mojon-Lausanne, der einen Anlauf nahm. Er veröffentlichte: „Gehen wir einer sozialen Katastrophe entgegen? Öffentlicher Vortrag, gehalten in Zürich, Bern und Lausanne von H. Mojon, Pfarrer an der deutschen evangelischen Kirche in Lausanne. (Basel, Reich.)" — Auch in Frankreich beschäftigte sich ein evangelisches Blatt mit diesen Fragen. Die Kritik war vielfach zutreffend. Aber es blieb hier und in Frankreich bei Anläufen ohne nachhaltige Kraft.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahr die alte. In Frankreich wurde der Präsident Carnot von einem Anarchisten ermordet, in Italien Crispi angefallen. Die sozialistische Presse beschönigte vielfach diese Attentate, ganz besonders das mißglückte auf Crispi. Die ganze deutsche Presse erörterte infolgedessen stark die Frage der Repressivmaßregeln.

Vom 14. bis 17. Mai wurde ein internationaler Bergarbeiterkongreß in Berlin gehalten. Es waren englische, französische, belgische Delegierte erschienen. Man beriet in drei Sprachen, was zahllose Mißverständnisse und mehrfach große Verwirrung zur Folge hatte. Besonders die Engländer machten viele

Schwierigkeiten, da sie zum Teil auch sachlich ihre eigenen Meinungen hatten. Doch wurde schließlich der Achtstundentag mit großer Mehrheit und das Verbot der Frauenarbeit unter Tage einstimmig angenommen. Praktische Folgen hatten die Beschlüsse nirgends.

Vom 21. bis 27. Oktober fand der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. statt. Man diskutierte wiederum über die Gehälter, deren Herabsetzung auf höchstens 3000 Mark von einigen Genossen beantragt war. Bebel machte aber den Antrag tot. Wenn man geistige Arbeiter aus der bürgerlichen Gesellschaft heranziehen wolle, müsse man sie entsprechend honorieren. Es blieb also bei den hohen Gehältern. — Hatte aber Bebel hier gesiegt, so unterlag er in einem Feldzug gegen Vollmar, der im bayrischen Landtag Geldmittel für „Kulturaufgaben" bewilligt hatte. Bebel wollte dies für programmwidrig erklären, fand aber keine Mehrheit.

Derselbe Streit loderte dann noch einmal im November hell auf, da Bebel in Berlin den Parteitag abfällig kritisierte. Die Bayern seien Spießbürger. Grillenberger warf nun Bebel vor, daß er sich aus Herrschsucht über die Beschlüsse des Parteitags hinwegsetze.

In Berlin fand in diesem Jahre ein großer Streit zwischen den Brauereien und ihren Arbeitern, speziell den Böttchern, statt, der aber nicht als Streik, sondern durch Boykott ausgefochten wurde. Die Folge war, daß dieser Krieg sehr lange, über 6 Monate, dauerte.

Am 26. Dezember wurde dieser Bierboykott durch Vergleich beendet. Man richtete einen paritätischen Arbeitsnachweis ein.

---

## XXI. 1895. Die Umsturzvorlage. Die Rechte spaltet sich sozialpolitisch.

### Das Jahr 1895

war der sozialpolitischen Klärung sehr förderlich. Anfang Januar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, die vom Schutz der wirtschaftlich Schwachen sprach, aber nichts an Reformen in Aussicht stellte, nicht einmal für das Handwerk oder für die notleidende Landwirtschaft.

Was vorlag, war zunächſt nur die „Umſturzvorlage“ und ein Verſuch, die Immunität der Reichstagsabgeordneten zu beſeitigen.

Der Reichstag begann ſeine Seſſion mit der Beratung der Umſturzvorlage. Der Sozialdemokrat Auer lehnte das Geſetz namens ſeiner Partei ab; es ſei ſo unverbeſſerlich, daß man jeder Kommiſſionsberatung widerſprechen müſſe. Leidenſchaftlich zugunſten des Geſetzes ſprach Abg. v. Stumm. Hätte er zu beſtimmen, meinte Stumm, ſo würde § 1 lauten: „Jedem Sozialiſten wird das aktive und paſſive Wahlrecht entzogen. Die Agitatoren werden ausgewieſen oder interniert.“ Abg. v. Bennigſen teilte die weitgehenden Anſichten des Herrn v. Stumm nicht, befürwortete aber das Geſetz. Die Konſervativen waren dafür, das Zentrum zurückhaltend. Nach einer fünftägigen Debatte wurde die Vorlage an eine Kommiſſion von 28 Mitgliedern verwieſen.

Die Debatte hatte noch ein Nachſpiel inſofern, als Profeſſor Adolf Wagner gewiſſe Ausfälle Stumms auf die Katheder-ſozialiſten als „leichtfertige Verleumdung“ bezeichnete. Stumm forderte nun Wagner zum Zweikampf heraus. Wagner lehnte nicht unbedingt ab, verlangte aber zunächſt ein Ehrengericht, um den Tatbeſtand völlig klarzuſtellen. Dies lehnte aber Stumm ab. So verlief die Sache ohne Ergebnis.

Die öffentliche Meinung war hinſichtlich des Geſetzes ſehr unſicher. Von chriſtlicher Seite wurde zugegeben, daß einzelne Verſchärfungen des gemeinen Rechts möglich ſeien, z. B. ſeien die vielen im Intereſſe der Sozialdemokratie begangenen Aktendiebſtähle meineidiger Beamten viel härter zu verfolgen als bisher. Aber das Bedürfnis der Zeit ſei nicht Strafrecht, ſondern Arbeitsrecht.

Herr v. Stumm erklärte, die ſoziale Frage ſei nur mit Gewalt zu löſen. Profeſſor Adolf Wagner erwiderte ihm darauf, daß das nicht preußiſch und deutſch, ſondern ruſſiſch ſei.

Aufſehen erregte die Kreuzzeitung durch einen ſehr vorurteilsloſen Artikel. „Es iſt,“ ſchrieb ſie, „immer beſſer, wir wachſen allmählich in den Zukunftsſtaat hinein, als daß er plötzlich und umſtürzend über uns kommt. Darüber wird freilich das Mancheſtertum mit ſeinem Doktrinarismus in neues Entſetzen geraten. Allein, was tut's? War doch in ſeinen Augen ein jedes der modernen ſozialen Reformgeſetze nichts als ein weiterer

Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftsstaate, und mit dieser Verdächtigung arbeiten die Herren noch immer, ohne zu bemerken, daß man im sozialdemokratischen Lager, wo man doch besser über die eigenen Ziele unterrichtet sein muß, ganz anders denkt. Mit größter Entschiedenheit bekämpften die sozialdemokratischen Organe alle staatsmonopolistischen Vorschläge. Das beweist doch zum mindesten, daß die Sozialdemokratie von ihnen keine Begünstigung, wie das Manchestertum versichert, sondern im Gegenteil eine Gefährdung ihrer Interessen erwartet. In der Praxis wirkt ein Staatsmonopol nicht sozialistisch, sondern geradezu antisozialdemokratisch, was die zahlreichen bereits bestehenden Staatsmonopole bestätigen. Nicht durch staatsmonopolistische Bestrebungen wird das Feuer der Sozialdemokratie geschürt, sondern durch manchesterliche Doktrinen mit ihren bedenklichen praktischen Folgen, mit ihrer Zerrüttung des ganzen Erwerbslebens. Im übrigen ist das Staatsmonopol in wirtschaftlicher Beziehung sogar nach manchesterlicher Auffassung ein Fortschritt gegenüber der Privattätigkeit, weil es billiger erzeugt und billiger verteilt auf Grund einer zweckmäßigeren Organisation. Nur da, wo das Staatsmonopol aus fiskalischen Gründen allzu scharf gehandhabt wird und schlecht und teuer liefert, wird es Unzufriedenheit erregen. Versucht man es dagegen mit einem Staatsmonopol ohne fiskalische Zwecke, mit einem sozialpolitischen Staatsmonopol, das im großen und ganzen ohne erheblichen Nutzen, sondern so gut wie ausschließlich im Interesse der Erzeuger und Verbraucher arbeitet, so wird dagegen, außer etwa von dem betroffenen Interessentenkreise, nirgends Widerstand erhoben werden können, mit gutem Grunde selbst nicht von den oppositionellen Kreisen der Radikal- und Sozialdemokratie."

Am 15. Januar brachte der Abg. Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim im Reichstag eine Interpellation ein, welche Maßnahmen die verbündeten Regierungen getroffen hätten, um Handwerker- oder Gewerbekammern reichsgesetzlich einzurichten. Minister von Bötticher erkannte die Bedeutung der Sache an; ein Gesetz aber könne er noch nicht vorlegen; nur der zehnte Teil der Handwerker sei in Innungen organisiert. Am nächsten Tage sprach Abg. Richter gegen Handwerkerkammern, worauf der preußische Handelsminister, Herr v. Berlepsch, erwiderte, daß eine Gesundung der Verhältnisse ohne allgemeine Organisation des Handwerks undenkbar sei. Hier trat der erste Gegensatz zwischen

den Herren v. Bötticher und v. Berlepsch öffentlich hervor. Die Sozialdemokraten forderten neben den Handwerkerkammern auch Arbeiterkammern, was Minister v. Bötticher ablehnte.

Am 15. Januar wurde der preußische Landtag mit einer Thronrede eröffnet, die es als „die ernste Pflicht aller Wohlgesinnten" bezeichnete, sich gegen den Umsturz zusammenzuschließen — eine Wendung, die man vielfach als die Absicht deutete, ein speziell preußisches Umsturzgesetz zu machen, wenn die reichsgesetzliche Regelung scheitern sollte. Ein Gesetz dieser Art ist indessen niemals formuliert worden.

Am 23. Januar wurden wiederum im Reichstag ein konservativer Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises und ein Antrag der Reichspartei auf Einführung von Handwerkerkammern angenommen.

Am 6. Februar brachten die katholischen Abgeordneten Hitze und Lieber eine Interpellation ein, ob ein Gesetz betr. gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern zu erwarten sei. In der Begründung forderte Abg. Hitze noch Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeiter selbst. Der Reichskanzler erklärte eine Vorlage dieser Art für „zurzeit nicht möglich". In der Debatte erklärte der Abg. Möller, der spätere Minister, die Forderungen Hitzes für undurchführbar. Sehr heftig trat wiederum der Abg. v. Stumm auf; er teilte seine Gegner in Kathedersozialisten, Anarchisten und Sozialdemokraten ein. Besonders scharfe Kritik übte Stumm an den Schriften des Pfarrers Naumann. Die Verhandlung endete ohne Ergebnis.

Am 20. Februar forderte im Reichstag der Abg. Hitze in einem Antrage Erhebungen über die Wirkung der Fabrikarbeit auf die Frauen und möglichste Einschränkung der Arbeitsdauer. Minister v. Bötticher erklärte, daß die Fabrikinspektoren bereits angewiesen seien, über die Mißstände in denjenigen Gewerben zu berichten, die vorzugsweise für die Frauenarbeit in Frage kämen.

Am 27. Februar nahm der Reichstag einen Antrag Hitze an, wonach die Mittel der Reichsversicherungsanstalten in weiterem Umfang als bisher für den Agrarkredit und für Errichtung von Arbeiterwohnungen verwandt werden sollten.

Am 2. März machte im Reichstag bei der Beratung des Kultusetats wiederum der nationalliberale Abg. v. Eynern einen scharfen Vorstoß gegen die Kathedersozialisten. Die Regierung

begünstige sie. Der Kultusminister nahm das entschieden in Abrede. Abg. Stöcker forderte, daß die Wissenschaft frei und unbefangen forschen dürfe und nicht gezwungen werde, vor den Interessen des Geldschranks halt zu machen.

Am 25. April wurde die von der Kommission umgestaltete Umsturzvorlage veröffentlicht. § 130 hatte nunmehr folgende Fassung bekommen: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Ehe, Familie oder Eigentum als Grundlage der Gesellschaftsordnung durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift." Weiter wurden in § 166 mit strengen Strafen diejenigen bedroht, welche eine der christlichen Kirchen „ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche" beschimpfen. Außer den auf den Umsturz bezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuchs waren auch die auf die Unzucht bezüglichen § 184 und 184a umgearbeitet. Die meist angefochtene neue Bestimmung war hier die, daß die öffentliche Ausstellung von Schriften, Bildern, Darstellungen, welche „auch ohne unzüchtig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen", unter Strafe gestellt wurde.

Vom 8. bis 11. Mai fand eine viertägige Debatte, die zweite Lesung der Umsturzvorlage, statt. Zahllose Anträge waren gestellt. Das Ende war aber die Ablehnung der ganzen Vorlage. Der letzte Grund dieses Ergebnisses lag darin, daß die Mittelparteien zwar bereit waren, der Regierung verstärkte äußere Machtmittel gegen den Umsturz zu bewilligen, von den sittlichen und christlichen Gesichtspunkten aber, die von Konservativen und Zentrum in die Vorlage hineingebracht waren, nichts wissen wollten. Der „Reichsbote" schrieb damals ganz zutreffend: „Die Agitation gegen die Vorlage hat aufs neue gezeigt, daß unsere gebildeten Kreise von einem Geist erfüllt sind, der, soweit er religiöse, sittliche und geistige Dinge betrifft, nicht wesentlich von dem der Sozialdemokratie verschieden ist, so zwar, daß eigentlich nur noch die Frage des Besitzes einen wirklichen Unterschied macht."

Zur 25. Wiederkehr des Sedantages, der in ganz Deutschland jubelnd begangen wurde, brachten die sozialdemokratischen

Blätter, vorab der „Vorwärts“, wüste Schmähartikel. Eine Anzahl Blätter wurde beschlagnahmt und mehrere Redakteure wegen Majestätsbeleidigung verurteilt.

Die Preßerörterungen setzten sich im Reichstag fort. Vom 10. bis 12. Dezember fanden im Reichstage scharfe Debatten über die Sozialdemokratie statt, die sich wegen ihrer unpatriotischen Haltung verteidigte. Fürst Hohenlohe begegnete dem Ruf nach strengeren Maßregeln gegen den Umsturz mit dem Einwand, daß kräftige Initiative nur möglich sei mit einem Reichstag, der eine geschlossene Mehrheit aufweise. Daran fehle es aber. Der Kanzler bekannte sich hier zu einer Regierungspraxis, die der Bismarckschen völlig entgegengesetzt war. Bismarck brachte jedes Gesetz ein, das er sachlich gerechtfertigt und notwendig hielt, selbst wenn er die Ablehnung voraussah. Er wollte durch die Einbringung feststellen, wem die Verantwortung zufalle. Hohenlohe, der Staatsmann der laufenden Nummern, beruhigte sich von vornherein, wenn keine Mehrheit da war — was ja übrigens in diesem Falle kein Unglück bedeutete.

Am 3. Dezember hatte Fürst Hohenlohe den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, welche einen Entwurf betr. Errichtung von Handwerkskammern in Aussicht stellte. Weiter wurde mit Befriedigung festgestellt, daß die mit dem 1. April eingeführte bessere Sonntagsfeier keine Nachteile gebracht habe. So würden sich auch in der Richtung des Arbeiterschutzes gegen gesundheitsschädliche Überanstrengung bei schrittweisem Vorgehen Fortschritte erzielen lassen. Es war offenbar, daß diese Ankündigungen von Herrn v. Berlepsch herrührten.

Am 16. und 17. Dezember fand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung von Handwerkerkammern statt. Minister v. Bötticher bestritt, daß zwischen ihm und dem Handelsminister v. Berlepsch Differenzen bestünden, fand aber mit dieser Behauptung um so weniger Glauben, als er wiederum betonte, daß bisher den Innungen nur ein Bruchteil der Handwerker angehöre. Die Handwerkerkammern sollten Material liefern für die Organisation, an der Herr v. Berlepsch arbeite. Der Entwurf, den Redner aller Parteien bekämpften, wurde an eine Kommission verwiesen.

Eine kleine sozial wohltätige Vorlage wurde vom preußischen Landtag beschlossen, der am 4. Mai ein Gesetz betr. Bau von Wohnungen für staatlich beschäftigte Arbeiter und gering be-

soldete Staatsbeamte an eine Kommission verwies. Am 22. Mai fand die zweite Lesung im Plenum statt. Die Vorlage wurde angenommen.

Am 20. März genehmigte der Reichstag die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezählung am 14. Juni 1895. Diese Zählungen sind für die sozialpolitische Erkenntnis von außerordentlicher Bedeutung. Nur aus der Vergleichung der verschiedenen aufeinanderfolgenden Gewerbezählungen läßt sich Einsicht in die Lage des Handwerks gewinnen, speziell feststellen, welche Handwerke vom Kapital verschlungen werden, bzw. wo Stillstand oder gar Fortschritt stattfindet.

Im Laufe des Jahres 1895 kam es in der politischen Rechten, die bis dahin auf dem Felde der Sozialpolitik verhältnismäßig einmütig vorgegangen war, zu weiteren Spaltungen; es begannen sich die Christlich-Sozialen von den Konservativen und die „Jungen" unter Führung Naumanns von den Christlich-Sozialen zu scheiden. Schon im April und Mai kam es zu lebhaften öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und den christlich-sozialen „Jungen" Naumannscher Richtung. Auf einen Angriff der Kreuzzeitung, daß Naumanns zur Sozialdemokratie neigender Radikalismus keine Unterstützung bei den Konservativen finden könne, erwiderte Naumann in der „Hilfe", daß er auch ohne die Konservativen sein Programm festhalte, freie Arbeiterorganisation, bessere Lage der Landarbeiter, volle Sonntagsruhe, progressive Einkommensteuer u. a. m. Naumann glaubte sich mit Stöcker in Übereinstimmung. Dieser aber erwiderte im „Volk", daß Naumann eine Organisation des Proletariats „im Gegensatz zu den besitzenden Klassen" anstrebe, und daß ihn diese Forderung von den „Jungen" trenne; er (Stöcker) stehe auf dem Boden der konservativen Partei. Professor Nathusius schrieb dazu in der „Konserv. Monatsschrift": „Es hat seine großen Gefahren, in unserer Zeit ein sozialer Reformer zu sein. Menschliches Wohlmeinen, Begeisterung für Ziele der allgemeinen Menschenliebe, unpraktischer Idealismus führen leicht auf falsche Wege. Viel gefährlicher noch wird es, wenn christliche Ideen mit solchem menschlich-fleischlichen Wohlmeinen verbunden werden und der nüchterne, einfältige Glaube an das Wort Gottes fehlt, der allein den klaren Blick verleiht für die Grenze zwischen der heiligen Begeisterung der Liebe und dem Fanatismus des egoistischen Fleisches. Wir bewundern diese

Nüchternheit und Klarheit an Luther, der die Enthusiasten in ihrem antichristlichen Treiben sofort erkannt und das Evangelium vor der Verzerrung durch die Revolution bewahrt hat. Wir bewundern die Nüchternheit und Klarheit an Paulus und an der alten Kirche, welche die aufgeregte Sklavenwelt, die sich zahlreich dem Evangelium zuwandte und vielfach falsche irdische Erwartungen mit hinzubrachte, in den Schranken der Geduld und der Demut hielt. Und wenn sie von den modernen Freiheitsaposteln darüber der Knechtsseligkeit geziehen werden, so wissen wir, daß sie damit vielmehr die Bewahrer des Ideals der sittlichen Freiheit geworden sind. Dieselbe Gefahr der Vermischung der Freiheit des Evangeliums mit äußeren sozialen Zielen sehen wir in der Gegenwart. Es lockt der Gedanke an die Möglichkeit, die Massen der gedrückten Arbeiter für das Evangelium zu gewinnen dadurch, daß man seinen Gehalt ein wenig verdiesseitigt, seine Freiheit und Gleichheit auf gesellschaftliche Verhältnisse anwendet, und im Rahmen des Evangeliums irdische Ziele aufstellt, die nur durch menschliches Wohl- oder auch Übelmeinen eingegeben sind. Der Göhresche Vortrag in Frankfurt (auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß 1894) über den Grundbesitz ist ein erschreckendes Beispiel dafür, was nach seiten dieser enthusiastischen Verzerrung des Evangeliums jetzt schon möglich ist."

Vom 4. bis 6. Juni tagte in Erfurt der Evangelisch-soziale Kongreß. Es gab dem Kongreß ein besonderes Gepräge, daß zum erstenmal eine Frau, die Schriftstellerin Frau Dr. Gnauck, ein Referat erstattete. Dieses Eingreifen der Frau in die politische Arbeit des öffentlichen Lebens gab Anlaß zu vielen Kontroversen. Stöcker begrüßte die Neuerung als einen schon lange von ihm ersehnten Fortschritt. Professor v. Nathusius erklärte sich entschieden dagegen, wenn er schrieb: „Professor Harnack sprach aus: Es sei derartiges, nämlich, daß eine Frau geredet, noch nicht geschehen, seitdem es eine evangelische Kirche gibt. Ich verstehe nicht, wie das behauptet werden kann angesichts der bedeutenden Rednerinnen unter den Quäkern und anderen Damen, die in Amerika seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts auf großen Kongressen über Frauenrechte und allerlei christliche Fragen geredet haben — angesichts ferner der Heilsarmee, die über weibliche Redekräfte gebietet, denen man weder Geist noch Erfolg absprechen kann. Nun ist in Erfurt selbst und nachher in mehreren Berichten von früheren Gegnern des öffentlichen

Redens der Frauen die Erklärung abgegeben, sie seien durch die Redeleistung der Frau Gnauck von ihren Ansichten bekehrt. Diese Erklärungen sind aber nur Stimmungsbilder. Frau Gnauck hat bewiesen, daß Frauen reden können, daß sie sogar viel und gut reden können — bedurfte es aber dafür noch der Beweise? Und ist damit die Frage auch nur einen Schritt ihrer Beantwortung näher gekommen, ob es richtig ist, die Frau in die öffentlichen Kämpfe immer mehr hineinzuziehen, ob es richtig ist für unsere Familien, für die Frauen selbst, und ob das die Aufgabe der evangelischen Kirche ist? Der Vortrag, den Frau Gnauck in Erfurt gehalten hat, liegt uns noch nicht vollständig vor, aber er muß vortrefflich gewesen sein; nur ist mir in den bisherigen Berichten noch nicht eine einzige Wahrheit entgegengetreten, die nicht schon vorher auch von Männern gesagt worden ist. Was ist nun also mit dieser Rede bewiesen? Oder worin liegt das epochemachende Ereignis? — Es ist ferner hier zu erwähnen, daß wir von Frau Gnauck früher manches gelesen haben, was nicht vortrefflich war, sondern äußerst oberflächlich und verkehrt. Es fragt sich aber, ob, wenn das Reden der Frauen allgemein wird und nicht mehr in jedem einzelnen Falle so sorgfältig vorbereitet wird, wie in diesem Falle, wo die Referate in gemeinsam mit Hofprediger Stöcker gestellte Thesen ausliefen, die Vortrefflichkeit sich gleichbleiben würde. In den Thesen selbst werden zumeist alle die Forderungen aufgestellt, die auch von uns stets erhoben sind. Nur kann ich dem Ausdruck: „Die Frauenfrage ist wesentlich Bildungsfrage" nicht zustimmen, weil ich darin einen Sinn finden könnte, der das direkte Gegenteil enthält von dem, was wir zu erstreben haben. — Ziehen wir also das Resultat, so müssen wir sagen: Neben der Förderung, welche die Behandlung der sozialen Lage der Frauen durch den Evangelisch-sozialen Kongreß erfahren hat, steht ein „Fortschritt" der bedenklichsten Art, nämlich das Hereinziehen des weiblichen Geschlechts in das öffentliche Leben, wie es weder dem Geiste des Evangeliums noch der Art und Natur der Frauen entspricht." —

Auch noch andere Vorträge des Evangelisch-sozialen Kongresses, wie der des Professors Furrer-Zürich, erregten Anstoß auf der Rechten.

Eine Zeitlang ruhte dann der Kampf, da das öffentliche Interesse durch die Verbrechen des Kreuzzeitungs-Redakteurs Frhrn. v. Hammerstein absorbiert wurde, den das Komitee am

4. Juli seines Amtes enthob. Aber im Herbst erhoben sich die Differenzen von neuem. Am 24. Oktober brachte die „Konservative Korrespondenz" einen scharfen Artikel gegen Naumann, Göhre, Kötzschke u. a., d. h. gegen die „Jungen", die den Klassenhaß schürten und die staatliche Autorität untergrüben. Wer den Kampf gegen diese Richtung nicht aufnehme, könne zur konservativen Partei nicht mehr gerechnet werden. Den besonderen Unwillen der Konservativen hatten die Publikationen einiger pommerscher Pastoren erregt. Die Schrift des Pastors Wittenberg in Liegnitz über „Die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse der evangelischen Landbewohner in der Provinz Pommern", dargestellt auf Grund einer Enquete des Sittlichkeitsvereins hielt sich in sachlichen Grenzen. Dagegen veröffentlichte Pastor Rauh-Kladow in der „Sozialen Praxis" einen Artikel, der in seiner Abneigung gegen „die verbleichten Wappenschilder der adligen Gutsbesitzer" über jene Grenzen agitatorisch weit hinausging.

Neben Versuchen, die Konservativen ungestüm vorwärts zu drängen, gingen auch Bestrebungen wirtschaftlicher Reaktion nebenher. So benutzte der Redakteur der „Badischen Landpost", Herr Röder, das Interregnum in der Kreuzzeitung, eine Artikelserie an den Mann zu bringen, in der er vor dem Plan, die Großindustrie zu verbieten, nicht zurückschreckte. Andere wollten wenigstens der Sozialdemokratie gegenüber den starken Mann spielen. Dietrich v. Oertzen beleuchtete damals alle diese Vorschläge in einer Broschüre: „Was bedeutet der Sozialismus für die konservative Partei?" (Schwerin, Herberger.) Diese Flugschrift wies mit gleicher Entschiedenheit den Radikalismus und die Reaktion ab und vertrat die stetige nüchterne Fortbildung des Arbeitsrechts gegenüber dem Pessimismus, der an den Mitteln der Staatskunst verzweifle. „Ich glaube, daß Gott der Herr die Aufgaben, die er unserer Zeit gestellt hat, nicht dazu stellte, daß wir sie verschlafen, sondern daß wir sie lösen. Und wenn dazu die Liebe gehört, die auch den Betörten gegenüber alles glaubt und hofft und trägt und duldet, so gilt es diese Liebe zu üben und sich nicht erbittern zu lassen. Ist bei den arbeitenden Klassen viel Unverstand und Torheit zu finden, wer — fragen wir — hat den Mut, uns, die besitzenden Klassen, von aller Verschuldung freizusprechen?"

Im Oktober 1895 fand noch in Posen ein Kongreß für Innere Mission statt, auf dem es zu Auseinandersetzungen zwischen

Professor Sohm-Leipzig und Professor Nathusius kam über die Frage, ob das Recht christlich oder heidnisch sei. Sohm lehnte das christliche Recht ab, weil das Christentum da aufhöre, wo das Recht als solches anfängt. Nathusius erwiderte: „Um noch einmal zu unserm verehrten Freund und Gegner Sohm zurückzukehren, sehe ich an ihm einen Fehler der Auffassung der christlichen Sittlichkeit, den wir freilich auch bei vielen theologischen Ethikern erblicken. Sie kennen wesentlich nur die Sittlichkeit des einzelnen Individuums, und geben Regeln, wie sich dieses Individuum auch in dem öffentlichen Leben und in den sozialen Gemeinschaftsformen sittlich durchzuhelfen habe. Demgegenüber halte ich es für die Aufgabe der christlichen Ethik der Gegenwart, nicht nur die Ziele der individuellen christlichen Tugendentwicklung aufzustellen, sondern die Aufgaben der christlichen Gesellschaft zu beschreiben, die sie hat, wenn sie die öffentlichen Verhältnisse nicht zum Schaden, sondern zur Förderung der christlich-sittlichen Volkspädagogik ausschlagen lassen will. Die Ethik hat dazu die idealen Grundordnungen der christlichen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen, und die Politik hat zu erwägen, wieviel sie davon in Anbetracht der zeitweiligen Reife des christlich-sittlichen Urteils im Volk in die Gesetzgebung aufnehmen kann, resp. muß, um eben jenes christlich-sittliche Urteil nicht zu schädigen."

Im Dezember erließ der preußische Oberkirchenrat eine Verordnung über die sozialpolitische Tätigkeit der Geistlichen, worin er besonders die jüngeren Pastoren vor Beteiligung an politischen Versammlungen warnte. Die pfarramtliche Tätigkeit dürfe nicht hinter weltliche Aufgaben zurückgestellt werden. Demgegenüber wurden die Geistlichen besonders auf die Seelsorge verwiesen. Zu diesem Erlaß bemerkte die „Kons. Monatsschrift": „Es gibt ganz gewiß für jeden Pastor, der fleißig sein will, in den Gemeinden sehr reichliche Arbeit auf den Gebieten der Predigt, der Seelsorge, der inneren Mission. Es gibt aber gewiß auch große Hindernisse bei dieser Arbeit, die nicht in den Personen, sondern in den sozialen Verhältnissen liegen, z. B. Hinderung der Sonntagsfeier, die in Gesetz oder Sitte, Hinderungen der Sittlichkeit, die in unwürdigen Wohnungen, oder in zu häufigen und unzulässigen Lustbarkeiten liegen, Hinderungen des geistigen und geistlichen Lebens ganzer Stände, weil übertriebene Arbeitszeiten, unauskömmlicher Verdienst, unwürdige Behandlung, kein

Ehrgefühl aufkommen lassen, und einen Stumpfsinn fördern, der sich jeder religiösen Einwirkung verschließt. Und anderes mehr.

Was nun bei der Bekämpfung solcher Mißstände vom Pastor gefordert werden kann, ist ein Verhalten, das jederzeit die Würde des geistlichen Amtes wahrt, das sich fernhält von aller „Agitation" im üblen Sinne des Wortes, von Erregung der Leidenschaften, speziell der Parteileidenschaften.

Aber die freimütige Kritik und das christliche Zeugnis dürfen nicht nur mittelbar, sondern ganz sicher, wenn es mit Weisheit und Takt geschieht, auch unmittelbar geübt werden. Im Staate des allgemeinen Wahlrechts kann es nicht richtig sein, daß alle erdenklichen Maßstäbe frei an die Gesetze gelegt werden, und nur der Geistliche gehalten sein soll, den Maßstab des Christentums niemals an die Institutionen und an die unter ihnen erwachsenen öffentlichen Mißstände zu legen.

Der Erlaß des Berliner Oberkirchenrats ist ein bedenkliches Symptom, wie stark in unseren verstaatlichten Landeskirchen die politischen Strömungen maßgebend sind."

Der Schriftführer des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine wandte sich mit der Bitte um eine Deklaration des Erlasses an den Evangelischen Oberkirchenrat, um von der Arbeit dieser Vereine nachteilige Folgen abzuwenden. Und eine beruhigende Erklärung wurde auch gegeben. Pastor Just urteilt aber doch in seiner Geschichte der Vereine, daß die oberkirchenrätliche Verfügung „lange Jahre lähmend eingewirkt" habe.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre die alte, unehrlich und unsozial, nur darauf erpicht, agitatorisch zu wirken.

Am 16. Juli veröffentlichte der sozialdemokratische Parteivorstand ein Agrarprogramm, das dem nächsten Parteitag vorgelegt werden sollte. Das Aktenstück wiederholte viele schon bekannte Forderungen, sah aber davon ab, den Bauernstand zu enteignen. Es sollte nur das öffentliche Grundeigentum vermehrt, den Gemeinden ein Vorkaufsrecht eingeräumt und der Besitz der „Toten Hand" in öffentliches Eigentum bewirkt werden. Die „Vergesellschaftung" des bäuerlichen Grundes und Bodens wagten die Parteihäupter nicht auszusprechen, obschon ihr „Prinzip", der Marxismus, es verlangt hätte. Aber die Rücksicht der Agitation, daß man jedem Stande schmeicheln und ihm das versprechen muß, was er sich wünscht, war maßgebender, als alle Grundsätze.

Übrigens erklärten auch eine Anzahl Blätter der Umsturzpartei, der Entwurf sei nicht sozialdemokratisch.

Vom 6. bis 12. Oktober fand dann der sozialdemokratische Parteitag in Breslau statt. Die Einleitung bildete der übliche neidische Streit um die hohen Einnahmen der Parteibeamten. Alle Anträge auf Herabsetzung fielen. Sodann entbrannten wilde Kämpfe um das Agrarprogramm. Das Ende war die entschiedene Ablehnung desselben, da es auf eine Stärkung des Privateigentums, auf Bauernschutz hinauslaufe.

Die bürgerlichen Blätter hoben in der Kritik des Parteitages mit Recht hervor, daß die Sozialdemokratie für die bürgerliche Gesellschaft die Beseitigung der großen Einkommen fordere, aber nicht einmal imstande sei, dies Ideal in der eigenen Partei zu verwirklichen.

Um den Schein zu erwecken, als ob sie doch im Interesse des Arbeiterstandes politisch tätig wären, stellten die Sozialdemokraten im Reichstag wieder einige unmögliche Anträge. Am 4. März beantragten sie, das deutsche Heer in eine Miliz nach Schweizer Muster umzuwandeln. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso wurde am 1. Mai ein sehr radikaler Antrag Grillenberger, das Vereinsrecht betreffend, vom Reichstag gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt. Verständig waren nur ein paar Forderungen Bebels zum Postetat.

Am 12. März forderte er die volle Einstellung der Paketbeförderung am Sonntag, und die Erleichterung des Heiratens, das jetzt erschwert werde.

Am 22. und 23. April fand in Halle a. S. der Deutsche Handwerkertag statt, von 620 Delegierten besucht. Man forderte einmütig die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis, und wiederholte auch die anderen bekannten Wünsche des Handwerks.

Die sozial bedeutsamen wirtschaftlichen Trustbildungen wurden 1895 um einen „Weltring" vermehrt. Im April wurde die Petroleumproduktion der Welt in der Hand des Amerikaners Rockefeller vereinigt, der den Nationen nun vorschreibt, was sie für dies Beleuchtungsmittel zahlen sollen.

---

## XXII. 1896. Die Christlich-Sozialen trennen sich unter Stöckers Führung von den Konservativen; konstituieren sich unter Graf Solms.

### Das Jahr 1896

war ein Jahr der Krisis für die christliche Arbeiterbewegung. Am Hofe, in der Regierung und auf der ganzen Rechten machte sich eine starke Reaktion gegen die Sozialreform und die sozialen Reformparteien geltend. Diese Reaktion fand ihre Stütze in zwei relativ berechtigten Erwägungen: Erstens konnte man der Wahrheit gemäß sagen, daß alle bisher bewilligte Sozialreform nicht den geringsten Eindruck auf die sozialdemokratische Arbeiterwelt gemacht habe; im Gegenteil — die Partei beantwortete jedes Entgegenkommen, jede Hilfe, jedes Wohlwollen nur mit um so unflätigerer Opposition; sie erkannte nichts, aber auch gar nichts an. Wozu da noch weiter entgegenkommen? Und zweitens nahm die Kampfesweise der christlich-sozialen Partei und Presse zum Teil so rauhe Formen an und faßte so bestrittene Ziele ins Auge, daß auch für einen sozial freundlich orientierten Konservatismus Bedenken nicht ausbleiben konnten. Wenn es so weitergeht — raisonnierte man — wird die Agitation der Naumann, Göhre, Gerlach bei der Sozialdemokratie enden.

Hätte nun in dieser Zeit eine über den Parteien stehende Regierung mit fester und zugleich milder Hand ausgleichend gewirkt und den Kurs der mittleren Diagonale gesteuert, so hätte die Entwicklung sich in ruhigen Bahnen halten können. Aber leider gewann der leidenschaftlichste Träger der erwähnten Reaktion, Freiherr v. Stumm, einen solchen Einfluß nicht nur bei den Parteien, sondern auch am Hofe und in der Regierung, daß allmählich die Gegensätze eine denkbar scharfe Form annahmen. Schon im Januar war die Lage so gespannt, daß der christlich-sozial gerichtete Reichstagsabgeordnete Prof. Hüpeden-Kassel, aus der konservativen Partei austrat. Stöcker wurde von „Kreuzzeitung" und „Reichsbote" noch gehalten, aber die „Nordd. Allg. Ztg." verglich ihn bereits mit dem bekannten Pariser Revolutionär Babeuf.

Am 12. Februar fand noch eine erfreuliche Debatte im Reichstage statt. Freiherr v. Heyl interpellierte die Regierung über den Streik in der Konfektionsbranche. Staatssekretär von

Böttticher gab die bedrängte Lage der Arbeiterinnen zu, es sei aber sehr schwer, ein menschenwürdiges Preisniveau der Arbeit zu erzielen, weil der Andrang besonders solcher Frauen, die nur als Nebenerwerb arbeiten, sehr stark sei. Minister v. Berlepsch stellte sich offen auf die Seite der Streikenden, deren Lage allerdings auch eine traurige Notlage und deren Forderungen vollkommen berechtigt waren, insoweit sie sich gegen das Truckſystem der Fabrikanten und die Ausbeutungspraktiken der Zwischenmeister wandten. Wohltuend war die offene Darlegung der Schäden durch den nationalliberalen Antragsteller und seine unbefangene Schlußforderung: „Wenn in unserer Gesellschaftsordnung sich solche Mißstände zeigen, so sind nach meinem Erachten diejenigen, welche die jetzige Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wollen, verpflichtet, derartigen Mißständen energisch entgegenzutreten.“

Auch die Rede des Ministers v. Böttticher bewies, daß er die Schäden des Truckſystems und die sittlichen Gefahren des Zwischenmeistertums sehr wohl kannte. Die ganze öffentliche Meinung trat auf die Seite der Streikenden, und die jüdische Konfektion mußte in etwas nachgeben. Auch nahm am 15. Januar der Reichstag einstimmig einen Antrag Hitze an, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter besser durchgeführt werden sollten. Aber eine Wendung zum Besseren bedeutete der Beschluß nicht. Im Gegenteil scheint gerade durch diese Vorgänge die ohnehin gefährdete Stellung des Ministers v. Berlepsch weiter erschüttert zu sein.

Eine kleine Pause brachte die Vorlage des Bürgerlichen Gesetzbuches. Am 17. Januar wurde es dem Reichstag übergeben. Das Gesetzbuch wurde von der ganzen sozial gerichteten Presse als ein nennenswerter Fortschritt begrüßt, insofern es auf vielen Gebieten die Rechte gerade der Schwachen, der Abhängigen, der Untergebenen, der Mieter wirksam wahrnahm. Vom 3. bis 6. Februar fand die erste Beratung des Gesetzbuches statt. Staatssekretär Nieberding hob hervor, daß „ein unermeßlicher wirtschaftlicher, sittlicher und sozialer Fortschritt“ darin eingeschlossen sei. Geheimer Justizrat Planck wies überzeugend nach, daß besonders aus den Bestimmungen über Mietsvertrag und Dienstvertrag die soziale Absicht des Gesetzgebers klar hervorgehe.

Tatsächlich stammte ja auch das Werk aus der Zeit des sozialen Aufschwunges. Aber der Wind der Gegenwart wehte aus anderer Richtung.

Am 1. Februar kam es zum Bruch zwischen Hofprediger Stöcker und der konservativen Partei. Der äußere Anlaß der Trennung lag in dem Umstande, daß die Zeitung „Das Volk" die konservative Partei oft und heftig angegriffen hatte, und daß Stöcker einerseits im geschäftsführenden Elferausschuß der konservativen Partei saß, und andererseits „Das Volk" als sein Organ galt, weil er es ins Leben gerufen und zu Publikationen benutzt hatte. Die Konservativen forderten in der entscheidenden Sitzung, daß Stöcker das „Volk" desavouieren bzw. sich öffentlich davon losſagen möchte.

Die Zeitung „Das Volk" war 1888 von Stöcker begründet worden, nachdem ein Geschäftsmann ihm das Gründungskapital zur Verfügung gestellt hatte; das „Volk" sollte die christliche Arbeiterbewegung publizistisch vertreten. Ein konservativer Redakteur mit volkstümlicher Feder — Hans Leuß — wurde zur Leitung berufen, der Preis auf 1 Mark vierteljährlich festgesetzt. In dieser seiner ersten Gestalt fand das Blatt wohl viele Leser, war aber geschäftlich nicht haltbar. Man erhöhte den Preis, übernahm aber damit die Verpflichtung, mehr zu bieten. Ein wohlhabender Freund der Bewegung schoß Betriebskapital vor; der Umfang wurde vergrößert, die Redaktion verstärkt. 1896 waren die maßgebenden Redakteure des „Volk" der vormalige Wiener Sozialdemokrat Oberwinder und der preußische Regierungsassessor Helmut v. Gerlach. Das Blatt war frisch und interessant redigiert, aber rücksichtslos in persönlicher und skrupellos in agitatorischer Hinsicht. In akademischen Kreisen wurde es mit Begeisterung gelesen. In politischen stieß es häufig an. Oberwinder, der aus einem Sozialdemokraten ein Christlich-Sozialer geworden war, hatte doch die Eierschalen seiner Vergangenheit nicht ausreichend abgestreift; und Helmut v. Gerlach bewies schon damals jenen moralisch vielleicht sehr hoch stehenden, aber politisch recht lebensgefährlichen Mut der Überzeugung, daß er selbst seine besten Freunde, selbst solche, auf deren Hilfe er parteipolitisch angewiesen war, wenn und sobald sie ihm eine Dummheit gemacht zu haben schienen, auch öffentlich und rücksichtslos als das bezeichnen zu müssen glaubte, was sie ihm zu sein schienen, — eine Eigenschaft, die sein späteres politisches Leben zu einem Wanderleben gestaltet hat.

Stöcker befand sich diesen Redakteuren gegenüber, die ihm täglich Verdruß bereiteten, in einer mißlichen Lage. Immer wieder versuchte er, sie zu besonnener und maßvoller Haltung zu bewegen, bekam auch wohl Zusagen in dieser Hinsicht, aber an der nächsten Biegung des Weges stürmte die Parteileidenschaft doch wieder mit ihnen davon. Andererseits waren es überzeugte und treue Anhänger, und Gerlach wenigstens hatte eine aussichtsvolle Staatslaufbahn drangegeben, um christliche und sozialpolitische Ideale zu verwirklichen. Es waren Männer, deren man sich nicht im Handumdrehen entledigen konnte.

In diesem Sinne antwortete Stöcker den Konservativen. Er gab die Fehler des Blattes offen zu, versprach auch weiter seinen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Haltung maßvoller werde, verweigerte aber die volle Preisgabe des Blattes, dessen Sozialpolitik in vieler Richtung zu billigen sei. Da ein Kompromiß nicht gefunden wurde, trat Stöcker aus der konservativen Partei aus.

Die von der konservativen Partei gegebene Darstellung der Auseinandersetzung hatte folgenden Wortlaut: „In der am 1. Februar stattgehabten Sitzung des geschäftsführenden (Elfer-) Ausschusses der konservativen Partei erklärte Herr Hofprediger Stöcker sich bereit, die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

‚In meiner „Kirchenzeitung" vom 25. Oktober v. J. habe ich erklärt, daß ich seit Jahr und Tag die Haltung des „Volk" gegenüber der konservativen Partei öfter scharf gemißbilligt habe; die Redaktion des „Volk" hat diese Tatsache ausdrücklich anerkannt. Zugleich habe ich die Linie bezeichnet, auf welcher das „Volk" meines Erachtens sich halten muß. Nach den stattgehabten Auseinandersetzungen ist es selbstverständlich, daß ich das „Volk" zu meinen Veröffentlichungen erst wieder benutzen werde, wenn es die von mir bezeichnete Linie innehält.'

Der Elferausschuß lehnte diese Form der Erklärung mit neun gegen zwei Stimmen ab, nahm dagegen mit derselben Mehrheit die folgende Fassung an:

‚In Anbetracht, daß die Haltung, welche das „Volk" gegenwärtig in wichtigen Fragen einnimmt, mit konservativen Grundsätzen unvereinbar ist und die konservative Partei, der ich angehöre, schädigt, erkläre ich, daß ich mit diesem Blatte, auf das ich schon lange einen maßgebenden Einfluß nicht mehr be-

sitze, nichts mehr gemein habe und jede auch nur mittelbare Verantwortlichkeit für dessen Inhalt ablehne.'

Da Herr Hofprediger Stöcker sich außerstande sah, dieser Fassung zuzustimmen, erklärte er seinen Austritt aus dem Elferausschusse."

Es entspann sich nun ein sehr leidenschaftlich geführter Kampf zwischen den zahlreichen Freunden Stöckers und der konservativen Partei über Recht oder Unrecht des gestellten Ultimatums. Heute kann gesagt werden, daß die Doppelbeziehungen Stöckers zum „Volk", wie es damals war, und zur konservativen Partei, nicht wohl gleichzeitig bestehen konnten, und daß die von den Konservativen gestellte Forderung einer Klärung durchaus berechtigt war. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß ein Mann, der so gewaltige Arbeit für die konservative Partei geleistet hatte, wie Stöcker, vor schroffer Behandlung hätte sicher sein müssen. Stöcker hatte es durch seinen unermüdlich in Wort und Schrift geführten Kampf dahin gebracht, daß in Berlin auf kirchlichem Gebiet eine positive Mehrheit in der Stadtsynode den vollen Sieg über die Liberalen davongetragen hatte; auf politischem Gebiete war es ihm wenigstens gelungen die Alleinherrschaft des Fortschritts zu brechen und die Konservativen, die früher in Berlin nichts bedeutet hatten, im 2. Wahlkreis nahe an den Sieg heranzuführen.

Für diese gewaltige Arbeitsleistung und für viele auch in der Provinz den Konservativen geleistete Hilfe wäre man Stöcker Dank und Rücksicht schuldig gewesen. Auf keinen Fall aber durfte man ihm eine Erklärung zumuten, deren Abgabe nicht „fair", nicht eines Gentleman würdig gewesen wäre. Wenn man im Gegenteil hart und schroff verfuhr, auch keine Frist gewährte, um die Zeitung umzugestalten, so kann dies doch kaum auf einen anderen Umstand zurückgeführt werden, als daß innerhalb der konservativen Partei eine Strömung die Oberhand gewonnen hatte, der es nicht nur darum zu tun war, den Ausschreitungen der „Jungen" im „Volk" ein Ende zu machen, sondern auch sich des nicht immer bequemen Mahners Stöcker tunlichst zu entledigen. Ein konservativer Veteran, der Reichstagsabgeordnete Krug von Nidda, sprach sich sofort öffentlich ungefähr in diesem Sinne aus und erklärte seinen Austritt aus der konservativen Partei. Andere folgten ihm.

Eine sachlich begründete Verstimmung lag bei einigen Gegnern Stöckers auch darin, daß er stets ein Widersacher des Kartells gewesen war, und daß dieser Widerstand die „maßgebenden Kreise" gegen die Rechte verstimmte. Diejenigen Konservativen aber, die sich der Pflicht der Dankbarkeit bewußt waren, traten nicht mit ausreichender Entschiedenheit für den Angegriffenen ein.

Wenn sich demnach durch Stöckers Ausschluß aus der konservativen Partei eine scharfe Spannung und allerlei Bitterkeit zwischen Konservativen und Christlich-Sozialen ergab, so war dieser Gang der Dinge aus mehrfachem Grunde beklagenswert, teils der subjektiven Differenzen wegen, die in ungezählten Artikeln und Broschüren zum Ausdruck kamen, teils weil die konservative Partei, die bis dahin Trägerin der Sozialreform gewesen war, einer Reihe arbeitsfreudiger und sozial gerichteter Männer beraubt wurde, ohne die Konservativen aber an eine Fortsetzung der Sozialreform gar nicht zu denken war. Andererseits aber, und providentiell angesehen, kann die Trennung kaum anders denn als Fortschritt und als günstige Wendung bewertet werden. Dies günstige Moment liegt aber darin, daß, wenn mit der Zeit eine stärkere christliche Arbeiterbewegung neben der Sozialdemokratie aufkommen sollte, diese Bewegung auch über eine politische Partei verfügen mußte, die sich rückhaltlos für die Interessen der Arbeiter im öffentlichen Leben einlegte. Diese Partei — der parlamentarische Anwalt der christlichen Arbeiter — konnten aber die Konservativen niemals sein, da sie historisch auf ganz anderen Interessen festlagen. Und wenn sie auch durch die Tat immer wieder bewiesen hatten, daß sie keineswegs etwa einseitigen agrarischen Standesegoismus trieben, sondern sich selbst zugunsten der Sozialreform und der Arbeiter mit gewaltigen Steuern beladen hatten, so konnten sie doch nie so einseitig die Arbeitersache zu ihrer Parteisache machen, wie es die aufsteigende gärende christliche Bewegung verlangte. Es war also später ein günstiger Umstand, daß die evangelischen christlichen Arbeiter, als sie in ihren Organisationen erstarkten, eine wenn auch kleine, doch selbständige Partei vorfanden, mit der sie vorbehaltlos den politischen Ehebund eingehen konnten: die christlich-soziale.

Stöckers erste Sorge nach seinem Austritt war es nun, die Christlich-Sozialen zu sammeln. Am 26. Februar fand ein konstituierender Parteitag der christlich-sozialen Partei in Frankfurt a. M. statt, dem einer der besten Männer des hessischen

Landes, der hochangesehene Standesherr Graf Solms-Laubach bereitwillig präsidierte. Graf Solms erklärte: „Daß wir Christlich-Sozialen selbst nichts anderes sind als eine konservative Richtung, dürfte kaum zweifelhaft sein. Wir nehmen für uns die am schärfsten ausgeprägte ideale Richtung des wahren Konservatismus in Anspruch." Stöcker sprach in dem gleichen Sinn, sehr milde und versöhnlich. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche Stöckers Austritt aus der konservativen Partei billigte und die christlich-soziale Partei auf dem revidierten Programm von 1895 neu konstituierte. Dann heißt es: „Wir bekämpfen nach wie vor jede konservative Richtung, die der Politik der Mittelparteien grundsatzwidrige Konzessionen macht, ebenso wie einen Konservatismus, der einseitig die materiellen Interessen vertritt. — Wir erstreben auch in Zukunft eine größere ökonomische Gleichstellung von reich und arm und die gesetzliche Unterstützung der Bestrebungen der wirtschaftlich Schwachen. Aber wir verwerfen radikale Theorien, welche die absolute ökonomische Gleichheit aller vertreten." Zum Schluß wurde noch der Kampf gegen den Umsturz unter der Fahne des lebendigen Christentums proklamiert.

Ein politisches Zusammengehen mit den „Jungen" wurde ausdrücklich abgelehnt, „schon deshalb", weil diese Richtung kein klares Programm hätte.

Im Reichstage kam es im April wiederum zu einer Gelegenheit, sozialpolitisch die Klingen zu kreuzen. Am 4. März hatte der Bundesrat eine Verordnung erlassen, welche die Arbeitszeit der Gehilfen in den Bäckereibetrieben auf 12 Stunden, die der Lehrlinge auf 10—11 Stunden im Maximum festsetzte, überdies die Nachtarbeit und die Ruhezeit in angemessener Weise regelte.

Am 22. April brachte der konservative Abg. v. Buchka eine Interpellation im Reichtag ein, welche Bedenken aussprach, ob der Bundesrat befugt sei, auf Grund von § 120e Absatz 3 der Gewerbeordnung die Arbeitszeit in dieser Weise zu beschränken. Es sei eine einfache Konsequenz, daß, wenn der Arbeitstag auf 12, er auch auf 8 Stunden festgesetzt werden könne. Die Konservativen könnten einen solchen Eingriff in das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiter nicht billigen. Staatssekretär v. Boetticher nahm das Recht, solche Verordnung zu erlassen, für den Bundesrat entschieden in Anspruch; das Recht bestehe bei übertriebener Arbeitszeit und bei gesundheitsschädlicher Arbeit. Bei-

des treffe hier zu. In vielen Bäckereien fänden ohne Zweifel übermäßige Arbeitszeit und haarsträubende Ausnutzung der Gehilfen und besonders der Lehrlinge statt. Die Bäckereienquete habe ungeheuerliche Mißstände zutage gefördert. Auch die Reinlichkeit müsse im Interesse der Konsumenten kontrolliert werden.

An diese Reichstagsdebatte schlossen sich lange Zeitungserörterungen an; konservative und liberale Blätter forderten die Aufhebung der Verordnung. Diesem Verlangen wurde nun freilich nicht entsprochen, obgleich auch die Bäckerinnungen großen Lärm zu machen begannen. Wohl aber wurde am 27. Juni dem Handelsminister Freiherrn v. Berlepsch der Abschied bewilligt und ein farbloser Geschäftsminister, Herr Brefeld, an seine Stelle berufen. Der Rücktritt des sozial gerichteten Ministers gehörte durchaus in die „Ära Stumm", die begonnen hatte, hinein. Den äußeren Anlaß gab wohl die Bäckereiverordnung. Der tiefere Grund lag aber darin, daß Herr v. Berlepsch bei Herrn v. Stumm und den Mittelparteien persona ingrata war.

Wer war dieser Freiherr v. Stumm? Und was bedeutet „die Ära Stumm"?

Herr v. Stumm war ein Hüttenbesitzer im Saargebiet, der eine große Zahl von Arbeitern beschäftigte und „patriarchalisch" regierte. Ob dieses Regiment von Wohlwollen oder von Berechnung diktiert war, ist schwer zu entscheiden. Die Freunde und Gegner des Mannes streiten darüber. Fest steht, daß Stumm in seiner ersten Zeit die Kongresse der Kathedersozialisten regelmäßig besuchte und ein gewisses Wohlwollen in die Erörterung der Arbeiterfragen hineinbrachte. Es ist vorgekommen, daß Stumm und Stöcker gemeinsam Anträge im Reichstag stellten, was um so besser anging, als Stumm auch kirchlich-evangelisches Verständnis zeigte.

Dies Bild veränderte sich leider völlig mit der Zeit, speziell seit es Stumm gelungen war, am Hofe einflußreiche Beziehungen zu gewinnen. In der politischen und gesellschaftlichen Höhe, auf die er gelangt war, verlor er das innere Gleichgewicht und geriet in eine Selbstherrlichkeit und Herrschsucht hinein, die zuletzt kaum noch verständlich war. Und von Zorn und Entrüstung schäumte er geradezu über bei dem Gedanken, daß „seine" Arbeiter sich nicht mehr absolut regieren lassen, sondern eigene Entschlüsse fassen und sogar mitbestimmend auf den Arbeitsvertrag einwirken wollten.

Der Gegensatz entzündete sich an einigen Vorträgen, die im Volksbildungsverein zu Saarbrücken gehalten wurden. Schon 1895 hatte Professor Adolf Wagner einen wissenschaftlichen Vortrag über „Sozialismus, Sozialdemokratie und positive soziale Reform“ gehalten. Wagner war sehr gemäßigt gewesen, hatte auch Stumm persönlich absolut nicht angegriffen. Im Oktober 1895 hatte Naumann über Ehe und Familie geredet. Wütende Artikel in der „Saarbrücker Zeitung“ quittierten über diese Vorträge. Am 11. Februar 1896 brachte die „Neue Saarbrücker Zeitung“ einen noch leidenschaftlicheren Artikel gegen die dortigen evangelischen Geistlichen, weil sie in den Evangelischen Arbeitervereinen sozial arbeiteten. Die christlich-soziale Strömung wurde als eine „ausgesprochen antichristliche Revolutionsrichtung“ bezeichnet, „die mit höheren religiösen Grundsätzen absolut nichts gemein hat“. Die Christlich-Sozialen wurden als „bewußte oder unbewußte Helfershelfer der Sozialrevolution, die mit Bebel und Liebknecht auf einer Stufe stehen“, gekennzeichnet. Am 12. April hielt der Abg. v. Stumm selbst in Neunkirchen eine überaus heftige Rede gegen die Christlich-Sozialen, die er für gefährlicher als die Sozialdemokratie bezeichnete. Wenn es dem Kirchenregiment nicht gelinge, dieser antimonarchischen und antichristlichen Bewegung Herr zu werden, so gehe die Landeskirche zugrunde. Auch der Kaiser teile seine (Stumms) Ansichten. Inwiefern das der Fall sei, wurde zunächst nicht erwiesen.

Auf Stumms Angriffe hin erklärten nun 35 evangelische Geistliche des Saargebiets: „Die unterzeichneten Geistlichen erklären sich gegen jede unklare Vermischung der Aufgaben der evangelischen Kirche mit den christlich-sozialen Bestrebungen. Sie halten sich aber um des Gewissens willen für verpflichtet, diese ungeheuerliche Schilderung der Christlich-Sozialen als eine wider die Gerechtigkiet, Wahrheit und Liebe streitende zu bezeichnen, da dieselben im Gegensatze zur gott- und vaterlandslosen Sozialdemokratie auf durchaus gesetzlichem Wege durch Wort und Schrift und Tat für Christentum, Königtum und soziale Reform eintreten.“

Der Superintendent Zillessen in Saarbrücken, der von Stumm in ganz niedriger Weise persönlich angegriffen war, schloß eine Erklärung jener ganz ungereimten und unwahren Angriffe mit den Worten: „Ich bin kein persönlicher Feind des Freiherrn

v. Stumm, aber allerdings ein Feind seines Systems, das sich mir je länger, je mehr als das System der brutalen Gewalt unter völliger Nichtachtung des unveräußerlichen Rechts jeder anderen Persönlichkeit enthüllt hat."

Diese Charakteristik war in der Tat zutreffend. Stumm übte wirklich im Saargebiet je länger, je mehr eine wahre Schreckensherrschaft aus. Nicht nur Arbeiter, sondern Industriebeamte, Geistliche, Lehrer, Staatsbeamte bis zum Landrat hinauf wurden von ihm angegriffen, denunziert und mußten entweder sich fügen oder irgendeiner Maßregelung gewärtig sein. Ja der heftige Mann soll zuletzt soweit gegangen sein, direkt mit seinem Einfluß am Hofe zu drohen. Der übliche Ausdruck „Scharfmacher" entstammt der später freilich bestrittenen Zeitungsnachricht, Stumm habe gedroht, daß er „den Kaiser scharf machen" werde. Stumm geriet ganz aus dem Häuschen, als die evangelischen Arbeitervereine ein „Volksbureau" gründeten, obschon es der Justitiar des Herrn v. Stumm war, der Rat erteilen sollte. Die Katholiken hatten längst dasselbe getan. Man hatte sie ruhig gewähren lassen. Der Kaplan Dasbach blieb ungeschoren. Nur die Evangelischen sollten unter keinen Umständen etwas tun. Nachher bestritt Stumm dann wieder, im Widerspruch mit allen Tatsachen, daß er jemals den evangelischen Arbeitervereinen etwas in den Weg gelegt habe.

Die Heftigkeiten Stumms entfesselten ihrerseits große Zeitungs- und Broschürenfehden. Professor v. Nathusius ließ um diese Zeit eine Flugschrift hinausgehen: „Was ist christlicher Sozialismus?" (Berlin, Reuther), in der er die kapitalistischen Verkehrtheiten Stumms mit Rücksicht auf dessen Einfluß als ein nationales Unglück bezeichnete und andererseits die Tendenz der „Jungen", das Christentum zu verdiesseitigen, mit Entschiedenheit ablehnte.

Hatte Stumm sich aber in seiner Rede vom 12. April auf ein Telegramm des Kaisers berufen, so blieb er den Beweis, daß ein solches existierte, nicht schuldig. Die Berliner „Post" veröffentlichte folgendes Telegramm des Kaisers an den Geh. Rat Hintzpeter in Bielefeld:

Berlin, Schloß, 28. II. 96.

Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch sozial; christlich-sozial ist Unsinn und führt zu Selbst-

überhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht. Wilhelm. I. R.

Dieses Telegramm erregte natürlich auf der Linken und bei den Mittelparteilern große Freude, während die katholische und christlich-soziale Presse in ehrerbietiger, aber fester Weise bestritt, daß es für den Monarchen richtig sei, sich in solcher Form in die Parteikämpfe einzumischen. Stöcker selbst erklärte in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung": „Die Reichspolitik hat anderthalb Jahrzehnte hindurch das christlich-soziale Programm verwirklicht. Der gegenwärtig regierende Monarch selbst hat als Prinz Wilhelm die christlich-soziale Tätigkeit als das Mittel zur Überwindung der Sozialdemokratie bezeichnet. — Seitdem der christlich-soziale Gedanke verfemt ist, beherrscht der Umsturz politisch die Hauptstadt. — — Wir glauben, daß die, welche jene Depesche veröffentlichten, dem Vaterlande und der Monarchie keinen guten Dienst geleistet und eine große Verantwortung auf sich geladen haben. Im übrigen habe ich bis jetzt geendet, wie ich angefangen habe. Ich bin derselbe geblieben und werde in alter Weise weiter arbeiten. Das Ende überlasse ich Gott."

Die „Hilfe" bezeichnete die Herren v. Stumm und den Oberhofmeister v. Mirbach als diejenigen, die gegen „christlich-sozial" besonders mobil machten. Herr v. Stumm war der verletzte Arbeitgeber, der mit Unwillen „seine" Arbeiter mündig werden sah, und der in der Rolle, die er am Hof und in der Politik spielte, das innere Gleichgewicht verloren hatte; Herr v. Mirbach hatte sich, gereizt durch die Angriffe im „Volk" wegen der Art und Weise, wie er die Gelder zum Bau der Kaiser-Wilhelm-Kirche zusammengebracht habe, aus einem Freund des Stöckerschen Hauses in einen bitteren Gegner verwandelt, und ging mit Angriffen auf seine Widersacher, die er einem Prachtwerk über die Kaiser-Wilhelm-Kirche einverleibte, über alles erträgliche und entschuldbare Maß der Leidenschaft weit hinaus. Er gab in jenem Werk eine entsetzliche Schilderung seiner Gegner, welche mit der Losung „Vorwärts mit dem Teufel" gegen ihn anstürmten. Später gab er dann eine Deklaration ab, daß als Träger jener Devise nicht, wie man angenommen hatte, die

Christlich-Sozialen gemeint sein sollten, sondern die Sozialdemokraten. Aus dem Wortlaut war das keineswegs mit Sicherheit hervorgegangen.

Neben der offenen Bekämpfung der Christlich-Sozialen durch ihre Gegner zur Rechten hörte auch der Minenkrieg von liberaler Seite nicht auf. Ein solcher Feldzug wurde im Ausschuß des Evangelisch-sozialen Kongresses begonnen, indem man unter der Hand das erstaunliche Ansinnen an Stöcker heranbrachte, er möge aus dem Vorstand des Kongresses austreten, den er selbst ins Leben gerufen. Wohlverstanden, nur aus dem Vorstand. Da wollten seine Gegner unter sich sein. Im Kongreß aber sollte Stöcker bleiben, damit man seinen Anhang nicht verlöre. Natürlich wandte Stöcker dem Kongreß den Rücken. Über die Gründe dieses Austritts schrieb damals Professor Delbrück in den von ihm redigierten „Preußischen Jahrbüchern" folgendes: „Mehrere angesehene Mitglieder waren schon immer nicht ganz zufrieden damit, daß der Kongreß nach außen viel mehr das Ansehen einer Stöckerschen Schöpfung habe, als es in Wirklichkeit zutraf. Herr Stöcker war aber ein höchst wichtiges, ja unentbehrliches Mitglied des Kongresses, weil er durch seine Verbindung mit den Konservativen für viele konservative Mitglieder die Gewähr bot, daß der Kongreß nicht etwa unversehens in ein radikales Fahrwasser gerate oder liberale Theologie propagiere. Nachdem nun Herr Stöcker aus der konservativen Partei ausgetreten war und sich an die Spitze einer neuen Partei gestellt hatte, änderte sich dies Verhältnis. Man sagte sich, daß der Kongreß, dem alles daran lag, auch die konservative Richtung bei sich zu repräsentieren, in der öffentlichen Meinung vielfach um so mehr für demagogisch ausgegeben werden würde, eine je größere Rolle Herr Stöcker darin spielte. Man bat daher den Vorsitzenden, auf Herrn Stöcker einzuwirken, daß er freiwillig von seiner Stelle als Vizepräsident zugunsten eines seiner Gesinnungs- und Parteigenossen zurücktrete. Sachlich hätte das gar nichts zu bedeuten gehabt; nur symbolisch wäre die Firma etwas geändert und offenbar berichtigt worden. Herr Stöcker hätte, wenn ihm das nicht einleuchtete, einfach ablehnen können. Statt dessen erklärte er seinen Austritt."

Wir haben diese Darstellung des Herrn Delbrück hergesetzt, weil sie entgegen der damals oft erhobenen Anklage, Stöcker habe durch Unverträglichkeit den Bruch herbeigeführt, mit einer ge-

wissen Naivität den Beweis liefert, daß der Streit in willkürlicher und wenig ehrenhafter Weise von links her vom Zaun gebrochen worden ist. Stöcker war der Gründer des Kongresses. In edler Unparteilichkeit hatte er seine theologischen Gegner, mit denen er auf rein kirchlichem Gebiet keinen Schritt zusammengehen würde, zur sozialen Mitarbeit eingeladen, weil er auf dem sozialen Gebiet auch bei abweichenden dogmatischen Ansichten gemeinsame Arbeit für möglich hielt. Nur zögernd waren am Anfang die Gegner gefolgt. Dann aber war die gemeinsame Arbeit besser gegangen als man geglaubt, weil von beiden Seiten — die einzige Möglichkeit, wie Zusammenarbeiten dauern konnte — die Berührung gewisser Differenzpunkte tunlichst vermieden wurde. Jetzt, wo Stöcker nicht mehr als Mandatar der Konservativen gelten konnte und überdies von oben her geächtet wurde, glaubten die Liberalen, die je länger, je mehr die Leitung des Kongresses an sich zu reißen suchten, den Augenblick gekommen, um den unliebsamen Orthodoxen auszuschalten.

Daß Stöcker gar nicht paktierte, sondern den Intriganten die einzig richtige und würdige Antwort gab, hat die Folgezeit als das beste Verhalten erwiesen, denn wenn auch große Gemeinsamkeiten der Anschauung zwischen den sozial interessierten Konservativen und Liberalen vorhanden waren, so blieb doch ein Rest von Meinungsverschiedenheit, der dem Bündnis die Stoßkraft raubte. Es war sachlich besser, daß man sich trennte. Der Evangelisch-soziale Kongreß wurde nun immer mehr ein akademischer Sprechsaal, von dem wohl auch ferner wertvolle theoretische Anregungen ausgingen, der aber praktisch nichts erreichte. Dagegen überflügelte in praktischer Arbeit die von Stöcker demnächst ins Leben gerufene „Freie Kirchlich-soziale Konferenz" den Kongreß bei weitem, da sie nun nach links keine Rücksichten mehr zu nehmen hatte. Die große christliche Gewerkschaftsbewegung wurde, soweit der evangelische Teil in Betracht kommt, das, was sie später geworden, nicht allein, aber doch zum guten Teile durch die Kirchlich-soziale Konferenz.

Am 20. Juli erließen Hofprediger a. D. Stöcker, Professor v. Nathusius, Lic. Weber im „Volk", im „Reichsboten" und in der „Kreuzzeitung" einen Aufruf zur Bildung der „Freien Kirchlich-sozialen Konferenz". Es wird in dem Aufruf erklärt, daß einerseits die im Evangelisch-sozialen Kongreß herrschende liberale Theologie, andererseits die radikale soziale Richtung der „Jungen"

den Unterzeichneten das Zusammenarbeiten mit den bisherigen Bundesgenossen fernerhin unmöglich mache. „Nur das unverfälschte biblische Evangelium und eine kirchliche Tätigkeit, die auf dem Glauben an den Heilstatsachen ruht, wie sie in unseren Bekenntnisschriften bezeugt sind, kann dem Volksleben die rechten heiligenden Kräfte der Erneuerung zuführen. Nur ein soziales Wirken, das mit besonnener Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene die Verhältnisse bessern und die Klassen versöhnen will, schließt die Möglichkeit der Hilfe in sich."

Die kirchlich-soziale Konferenz faßte von vornherein eine Organisation ins Auge, wonach sie nicht so sehr wissenschaftlicher Kongreß, als vielmehr eine Organisation zu praktischer Arbeit sein wollte. Die verschiedenen Arbeitsgebiete wurden voneinander abgegrenzt und sechs „Kommissionen" mit separatem Vorsitz geschaffen.

Im Sommer trat noch einmal ein Delegiertentag der konservativen Partei zusammen und nahm eine Resolution an, die gegen „Mißverständnisse und Mißdeutungen" Einspruch erhob, welche die Sozialpolitik der Partei gefunden habe. Die Partei bekannte sich zur Botschaft von 1881 und „wünscht nicht den Stillstand der Sozialreform, sondern die planvolle Weiterführung derselben." Dann wird freilich hinzugefügt: „Die Sozialreform ist nicht ausschließlich oder wesentlich als eine Angelegenheit der Lohnarbeiter zu erachten; sie hat sich vielmehr gleichmäßig auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auch alle Produktivstände zu erstrecken." Damit wurde dann freilich dem Wort „sozial" eine sehr viel weitere Bedeutung gegeben, als es bis dahin gehabt hatte.

In der christlich-sozialen Presse gingen nun allerlei Personalveränderungen vor. Am 4. August übernahm Dietrich v. Oertzen, mit dem Stöcker schon im März Verhandlungen angeknüpft hatte, die Leitung des „Volk". Oberwinder und Helmut v. Gerlach schieden aus. Oertzen war ein sozial gerichteter Konservativer. Er vertrat seit lange den Gedanken, daß der zur Selbständigkeit erwachte Arbeiterstand nie wieder Gefolgschaft der Liberalen oder Konservativen werden, sondern selbständig bleiben wolle. Die Herstellung des inneren sozialen Friedens sei daher nur so denkbar, daß irgendwie der gottlosen und revolutionären Arbeiterbewegung eine christliche und patriotische an die Seite gesetzt werde. Da Oertzen aber 16 Jahre lang in Gemeinschaft mit

Martin v. Nathusius die „Konservative Monatsschrift“ und acht Jahre lang das Parteiorgan der Konservativen in Mecklenburg redigiert hatte, so konnte an einem Einlenken des „Volk“ in prinzipiell konservative Bahnen nicht gezweifelt werden. Trotzdem hoffte der neue Redakteur durch sachliche Ruhe und Weitherzigkeit das Blatt als ein Zentralorgan der ganzen christlichen Sozialbewegung zu erhalten. Aber die Absicht ließ sich nicht mehr verwirklichen. Die Verwirrung war schon zu weit fortgeschritten. Die ausgeschiedenen Redakteure des „Volk“ verbündeten sich mit Naumann und einigen liberalen Theologen und riefen, übrigens in starker Überschätzung ihres persönlichen Anhangs, ein Gegenblatt wider das „Volk“, die „Zeit“, ins Leben. Dieses Blatt war äußerlich geschickt gemacht, artete aber sozialpolitisch binnen kurzem völlig aus. Am 1. Oktober erschien die erste Nummer der „Zeit“. Göhre erklärte gleich in einem der ersten Artikel, daß man mit den Sozialdemokraten auf dem Gewerkschaftsgebiet „Hand in Hand“ gehen müsse. Das Blatt soll etwas über 1000 Abonnenten gewonnen haben. Da es aber den Unternehmern an Kapital fehlte und die geringe Leserzahl den Betrieb nicht decken konnte, mußte dieser nach einigen Monaten eingestellt werden. Natürlich aber hatte der ganze Vorgang viel Schaden gestiftet und zur Diskreditierung der sozialen Bewegung bei den verständigen Leuten nicht wenig beigetragen.

Neben dem Preßorgan suchte Pfarrer Naumann auch eine Organisation seiner Anhänger zu schaffen. Am 25. November trat in Erfurt eine Anzahl der „jungen“ Christlich-Sozialen zusammen. Man gab sich den Namen „national-sozial“ und gründete einen „Verein“, nicht eine Partei. Es gelang Naumann, die 114 Anwesenden um ein Programm zu scharen, das einzelne sehr richtige, aber auch eine Anzahl ganz radikaler Forderungen enthielt. Die Kritik der Gründung war in der gesamten deutschen Presse ablehnend, teils weil man den Pfarrer Naumann als einen geistvollen und idealistischen, aber auch ganz unpraktischen und unsteten Politiker kannte, teils weil die Ansichten der buntgemischten Anhänger jede Einheitlichkeit der Gesinnung vermissen ließen. Professor Sohm-Leipzig, ein positiv-christlicher und konservativer Mann, bedeutete den rechten, Göhre und andere einen fast sozialdemokratischen linken Flügel. Naumann zog aus, um mit der Fahne „Marx und Christus“ eine Arbeiterpartei zu sammeln und mit ihr die Welt zu erobern. Sohm dagegen er-

klärte: „Die Menge ist ohnmächtig, sie regiert niemals die Welt, die Welt wird allein vom Geist regiert, Bildung ist Macht, die Gebildeten sind die Herrschenden, was die Gebildeten wollen, das geschieht. Die größte Großmacht im deutschen Reiche stellt die deutsche Bildung dar. Auf diesem Gebiet können wir arbeiten und Siege davontragen." Zwei Führer also, deren Ansichten sich wie Feuer und Wasser verhielten: der edle und feine Sozialaristokrat Sohm, der jede Direktive von unten her ablehnt und die Arbeiter den Weg der Autorität führt, und der idealistische Salonproletarier Naumann, der um Aufträge des demokratischen Volkes buhlt, die doch niemand ihm erteilen will.

Leider blieb Naumann in der Führung der Gruppe maßgebend, seine Tätigkeit aber eine völlig unfruchtbare, vielfach schädliche, insofern sie viele Konservative und überhaupt alle besonnenen Politiker von der ferneren Beteiligung an gesunder, nüchterner Sozialpolitik hoffnungslos abschreckte. Von langer Dauer war die ganze Gruppenbildung nicht. Die Richtung zerfiel schnell und die letzten Trümmer, Pfarrer Naumann und einige Freunde, retteten sich später als Schiffbrüchige in den Hafen der freisinnigen Partei d. h. derjenigen Partei, die allen christlichen und allen sozialen Ideen von jeher am feindlichsten gegenübergestanden hatte.

Göhre verfaßte noch in diesem Jahre eine Schrift: „Die evangelisch-soziale Bewegung, ihre Geschichte und ihre Ziele" (Leipzig, Grunow). In dieser Schrift stellte sich Göhre ganz auf den Standpunkt derjenigen „Jungen", die den Klassenkampf auf christlicher Basis organisieren wollten. Er wollte eine Interessenpartei der kleinen Leute bilden, die allen bestehenden Parteien feindlich gegenübertreten und dafür kämpfen sollten, daß „allen Menschen Anteil gegeben wird an allen Gütern der Kultur." Daneben wollte Göhre, daß diese Partei „christlich, nicht kirchlich" sein sollte.

Am 30. November gab Staatssekretär v. Bötticher im Reichstag bei der Etatsberatung die Versicherung ab, daß die Sozialreform keinerlei Stillstand erleiden solle. Daß aber in jener Zeit noch immer am Hofe eine antisoziale Stimmung herrschte, ergab sich aus Äußerungen des Kaisers bei einem parlamentarischen Diner des Reichskanzlers. Der Kaiser sprach seine Freude aus, daß die Hamburger Arbeitgeber sich gelegentlich eines Hafenarbeiterstreiks so energisch koaliert hätten. Solche Koalitionen müsse es überall geben; sie würden für die Arbeiter sehr heilsam sein.

Wohl wurde in diesem Jahre ein sozialer Orden, der Wilhelmsorden, durch kaiserlichen Erlaß gestiftet, der verliehen werden sollte an Männer und Frauen, „die sich hervorragende Verdienste um die Wohlfahrt und Veredelung des Volkes im allgemeinen sowie insonderheit auf sozialpolitischem Gebiete" erworben hätten. Leider erfolgten aber sehr bald verschiedene Verleihungen, aus denen in den wirklich sozial gerichteten Kreisen nur der Schluß gezogen werden konnte, daß unter den Ratgebern der Krone eine Wendung zu anderen Anschauungen noch nicht erfolgt war.

Vom 11. bis 16. Oktober hielt die sozialdemokratische Partei in Siebleben bei Gotha ihren Parteitag. Die Beratung war in erster Linie persönliche Zänkerei, die sich in diesem Jahr besonders stark gegen Liebknecht und den von ihm geleiteten „Vorwärts" richtete. Selbst Bebel beteiligte sich an den Angriffen auf Liebknecht. Beide stritten darüber, ob ein in London gehaltener internationaler Arbeiterkongreß ein Erfolg oder ein Mißerfolg gewesen. Liebknechts Gegner wollten ihn im „Vorwärts" einen „Direktor" an die Seite setzen. Doch stand man schließlich davon ab.

Die Flut der sozialpolitischen Literatur war in diesem Jahr eine gewaltige. Reichsfreiherr v. Fechenbach erörterte die Frage, ob man die Sozialdemokratie zu Straßenkämpfen treiben, zur akuten Revolution zwingen solle. Der Generalsuperintendent Pötter schrieb dagegen eine Broschüre „Onesimus", die für kirchlichen Quietismus den sozialen Fragen gegenüber eintrat. Merkwürdige Bundesgenossen fanden sich zusammen in der Broschüre: Der Arbeiterstand und die Sozialdemokratie. Zwei Reden von Rudolf Sohm und Max Lorenz. Max Lorenz war damals Redakteur der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung", welche Stellung er allerdings bald darauf aufgab.

---

## XXIII. 1897. Periode der Reaktion.

### Das Jahr 1897

stand von Anfang bis Ende im Zeichen der Reaktion auf sozialpolitischem Gebiet. Herr v. Stumm übte weiter seinen verhängnisvollen Einfluß. In seinem Organ, der „Post", ließ er ganz offen für den Staatsstreich Propaganda machen; im

deutschen Reiche könne sehr wohl, so lange die doktrinären Sozialpolitiker nicht beseitigt seien, ohne Verfassung regiert werden. Diese Vorschläge erregten, da man Stumms Einfluß am Hofe kannte, tatsächlich große Besorgnisse. Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mußte schließlich der Beunruhigung mit der Versicherung offiziös entgegentreten, daß „alle maßgebenden Faktoren in Preußen und im Reich" entschlossen seien, die Verfassung zu wahren und zu schützen. Sehr schwierig war das ganze Jahr hindurch die Stellung des „Volk" als Organs der Sozialreformer. Die konservative Presse befolgte die Taktik, das „Volk", trotz seiner nunmehr konservativen Haltung, möglichst mit National-Sozialen und Sozial-Liberalen in einen Topf zu werfen, und natürlich erregte diese Behandlung bei den Reformern Mißstimmung und Leidenschaft. Gleichwohl wäre es sehr verkehrt gewesen, wenn die Christlich-Sozialen eine parteipolitische Kampfstellung gegen die Konservativen eingenommen hätten. Denn diese waren und blieben doch die einzige Partei, von der man gelegentlich Hilfe und Bundesgenossenschaft für sachlichen Fortschritt erwarten konnte, während von den Liberalen wenig oder nichts zu holen war.

Diese Auffassung bestätigte gleich die erste Sozialdebatte im Reichstag. Vom 23. bis 26. Januar wurde im Reichstag eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz beraten. Die Konservativen erklärten sich einverstanden, daß die Versicherung auf mehrere neue Kategorien ausgedehnt werde. Der Sozialdemokrat Grillenberger forderte Zusammenlegung der Versicherungsgesetze und Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk, Handelsgewerbe und Dienstboten. Dr. Hitze wies den Sozialdemokraten die unlösbaren Widersprüche nach, in welche sie sich verwickelten; erst hätten sie alle Sozialgesetze gänzlich abgelehnt, und nun wollten sie sie ungebührlich ausdehnen. Minister v. Boetticher gab an, daß die Arbeiter von 1885 bis 1895 rund 887 Millionen Mark gezahlt, dagegen 1243 Millionen bekommen hätten, also jährlich 35½ Million mehr Einnahme als Ausgabe. Dr. Hitze forderte noch Witwen- und Waisenversorgung, welchem Wunsche Herr v. Stumm sich anschloß.

Am 4. Februar wurde ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag Auer auf Einführung des Achtstundentages für erwachsene Arbeiter beraten. Dr. Hitze stellte einen Gegenantrag, die wöchentliche Normalarbeitszeit auf 63 Stunden zu

normieren; eine ſo einſchneidende Herabſetzung der Arbeitszeit, wie die Sozialdemokraten ſie forderten, ſei einſtweilen unmöglich. Die Mehrheit des Hauſes blieb auch am 11. Februar, wo die Beratung fortgeſetzt wurde, dem Achtſtundentage durchaus abgeneigt.

Am 11. März nahm der Reichstag einen Antrag Lenzmann gegen die Stimmen der Konſervativen an, wonach die „Rechtsverhältniſſe zwiſchen den land- und forſtwirtſchaftlichen Arbeitern ſowie dem Geſinde einerſeits und deren Arbeitgebern andererſeits“ durch Reichsgeſetz geregelt werden ſollen. Es verſteht ſich, daß dieſer Antrag nicht ſozialem Wohlwollen gegen die Arbeiter, ſondern demokratiſchem Übelwollen gegen die Konſervativen ſein Daſein verdankte.

Am 17. März machten wiederum die Abg. v. Stumm und v. Kardorff einen Vorſtoß gegen die Bäckereiverordnung, deren Abänderung ſie verlangten. Miniſter v. Bötticher antwortete in längerer Rede. Die Erfahrungen ſeien noch viel zu kurz, um ein abſchließendes Urteil zu geſtatten. Soweit aber Berichte der Regierungen vorlägen, lauteten ſie vielfach ſehr günſtig. Ja, es ſei von einigen berichtet, daß der Sozialdemokratie ein alter Agitationsſtoff entzogen ſei. Eine Aufhebung der Verordnung könne er „auf keinen Fall“ in Ausſicht ſtellen. Der Reichstag ging in Erwägung, daß die Erhebungen des Bundesrats ſich noch nicht überſehen ließen, über den Antrag zur Tagesordnung über.

Ein Symptom der ſozialpolitiſchen Reaktion war es, daß der Unterſtaatsſekretär Lohmann, ein ſozial gerichteter Mann, am 4. Mai den Vorſitz der Kommiſſion für Arbeiterſtatiſtik niederlegte, weil er offenbar die Überzeugung gewonnen hatte, daß jede erſprießliche Tätigkeit dieſer Behörde unmöglich geworden ſei. Der „Vorwärts“ bemerkte dazu: „Je ärger es die um Stumm treiben, um ſo lieber kann es uns ſein.“

Am 13. Mai trat ein neues Symptom der Reaktion in die Erſcheinung. Dem preußiſchen Landtag ging eine Novelle zum Vereins- und Verſammlungsrecht zu, welche der Polizei die Auflöſung von Verſammlungen, „welche den Strafgeſetzen zuwiderlaufen, oder welche die öffentliche Sicherheit gefährden“, erleichtern ſollte. Daneben richtete ſich der Entwurf auch gegen die Teilnahme von Minderjährigen an Vereinen und Verſammlungen.

Am 17. Mai fand die erste Lesung des Gesetzes statt, das der Reichskanzler einführte. Zugunsten des Gesetzes sprachen nur die Konservativen. Die Liberalen erklärten sich „trotz großer Bedenken" für Kommissionsberatung. Der Minister des Inneren, Herr v. d. Recke, verstieg sich zu der These, das Gesetz entspreche dem Wunsche des Volkes. Vom Zentrum aus wurde das sehr entschieden bestritten. Dr. Fritzen meinte, die Vorlage sei „rückschrittlich" und habe große Beunruhigung im Volk hervorgerufen. Am 18. Mai sprach auch der Abg. Stöcker gegen das Gesetz, das an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde.

Am 18. Mai kam der Reichstag den Gegnern des Gesetzes im preußischen Landtag zu Hilfe und nahm mit 207 gegen 53 Stimmen einen Antrag an: „Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben." In der Debatte hielt der Abg. Eugen Richter eine äußerst heftige Rede gegen die Regierung, die „unter der Vormundschaft des Herrn v. Stumm" stehe. Aufrechte Minister mit eigener Meinung seien nicht mehr vorhanden. Alles füge sich dem sic volo, sic jubeo des Monarchen — der Kaiser hatte ein Bild mit dieser Unterschrift einem Minister als Geschenk zugehen lassen.

Am 28. Mai wurde das Ergebnis der Kommissionsberatung vom Abgeordnetenhaus angenommen. In diesem Gesetz waren Art. I und III der Regierungsvorlage schlechtweg gestrichen; in Art. IV wurde das Verbindungsverbot aufgehoben und weiter eine Bestimmung gegen die Minderjährigen angenommen.

Die dritte Beratung am 31. Mai endete ebenso. Da das Gesetz eine Verfassungsänderung enthielt, mußte eine zweite Abstimmung stattfinden.

Am 22. Juni fand diese zweite Abstimmung statt; das Gesetz wurde in der Fassung der ersten Abstimmung angenommen.

Am 24. Juni fand die erste Beratung im Herrenhause statt. Die Vorlage wurde an eine Kommission von 15 Mitgliedern verwiesen. Am 30. Juni wurde das Gesetz mit 128 gegen 22 Stimmen angenommen, aber nicht in der Fassung des Abgeordnetenhauses, sondern mit verschärfenden Zusätzen, die von der Regierung gebilligt waren.

Die so korrigierte Vorlage ging nun zurück an das Abgeordnetenhaus. Hier waren die Nationalliberalen die entscheidende Fraktion. In ihrem Namen erklärte Herr Hobrecht, daß man das

Gesetz ablehne, weil es zu polizeilicher Willkür führen werde. So wurde die Vorlage mit 209 gegen 205 Stimmen endgültig abgelehnt — eine empfindliche Niederlage für die Regierung.

Am 28. Mai hielt Herr v. Stumm gelegentlich der Beratung des Kultusetats eine wilde Rede gegen die Kathedersozialisten und wurde speziell gegen die Professoren Wagner, Schmoller und Delbrück sehr heftig. Wagner habe „die Fackel des Sozialismus" auch ins Saarrevier getragen und hetze die Arbeiter gegen die Arbeitgeber auf. Die deutsche Industrie blühe, weil in ihr noch Disziplin herrsche, die englische gehe zurück, weil die Gewerkvereine dort so mächtig seien. Stumm verlangte Disziplinaruntersuchung gegen Wagner und Absetzung des sozialdemokratischen Privatdozenten Arons, dem „das Handwerk gelegt werden" müsse. Kultusminister v. Bosse antwortete sehr milde, trat aber doch Stumm entgegen. Er (Bosse) habe sich von Wagner ein Stenogramm seiner Bochumer Rede geben lassen; diese beginne mit einer schroffen Absage an die Sozialdemokratie; zum Einschreiten sei gar kein Anlaß, die Wissenschaft müsse frei bleiben. „Wissenschaftliche Ideen kann man mit Kanonen nicht totmachen, die Wissenschaft muß sich selbst korrigieren. Ich kann die Wissenschaft nicht zwingen, Volkswirtschaft nach der Anschauung des Herrn v. Stumm zu treiben."

Die Debatte zog lange Preß- und Broschürenfehden nach sich, in denen die „Scharfmacher" und die sozial gerichteten Politiker sehr heftig aneinanderkamen.

Am 21. Juni ergab sich auch noch eine sehr überraschende Folge von Stumms Rede. Ein Amtsgerichtsrat Reinhold in Wiesbaden wurde plötzlich als außerordentlicher Professor der Nationalökonomie an die Universität Berlin berufen. Herr Reinhold war bis zu seiner Ernennung eine unbekannte Größe gewesen, von dessen Qualität als Nationalökonom man erst durch seine Ernennung erfuhr. Und der Humor bei der Sache war dann der, daß Reinhold nicht einmal unverfälschte Stummsche Anschauungen in seinen Vorlesungen zum besten gab.

Und noch ein neues Repressionsgesetz tauchte im Sommer am sozialpolitischen Horizont empor.

Am 18. Juni besichtigte der Kaiser in Bielefeld die Bodelschwinghschen Anstalten. Bei der Begrüßung durch den Bürgermeister hielt der Monarch eine vielbeachtete Rede, in der er die Mitwirkung der Westfalen für sein Programm aufrief: „Schutz

der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich unterstehe, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern." So wenigstens lautete der offiziell redigierte Text der Rede. Ursprünglich hatte verlautet, daß der Kaiser nicht von „schwerster Strafe", sondern vom „Zuchthaus" geredet habe, und weiter, daß das scharfe Wort gegen die roten Terroristen die Folge eines Gesprächs des Kaisers mit Pastor v. Bodelschwingh gewesen, der einige brutale Fälle dieser Art aus seiner Erfahrung erzählt habe. Die sehr berechtigte Entrüstung des Monarchen über sozialdemokratische Nichtswürdigkeit und Mißachtung des Rechts habe sich dann in die energische Rede auf der Sparenburg umgesetzt. Es wird später zu berichten sein, daß auch diese Aussicht auf ein Repressionsgesetz sich nicht verwirklichte.

Am 24. Juni nahm der Reichstag eine Handwerkervorlage der Regierung mit 183 gegen 113 Stimmen an. Das Gesetz war ein schwächliches Kompromiß; es enthielt die fakultative Zwangsinnung ohne den Befähigungsnachweis. Die Konservativen, die ungezählte Male der obligatorischen Zwangsinnung und dem Befähigungsnachweis zugestimmt hatten, ließen leider diese wichtigen Forderungen hier fallen, „um nur etwas zustande zu bringen."

Am 1. Juli trat im Reichsamt des Inneren der Staatssekretär Graf Posadowsky-Wehner an die Stelle des Ministers v. Bötticher. Obschon Herr v. Bötticher, der ein sehr unterrichteter und gewandter Staatsmann, aber freilich kein politischer Charakter war, einen nichts weniger als scharf sozialreformerischen Kurs gesteuert hatte, war seine Haltung den Reaktionären doch anstößig gewesen. Man begrüßte seinen Abgang und die Ersetzung durch den Grafen Posadowsky; niemand ahnte damals, daß man vom Regen in die Traufe gekommen sei. Denn der neue Staatssekretär stand, wie sich sehr bald herausstellte, viel fester und grundsätzlicher, als sein Vorgänger, auf der Überzeugung, daß das obsolet gewordene und durchlöcherte Arbeitsrecht der Vergangenheit, durch ein modernes, der modernen Produktion entsprechendes Arbeitsrecht Schritt für Schritt ersetzt werden müsse.

Eine Thronrede, welche am 30. November den Reichstag eröffnete, enthielt keinerlei Sozialpolitik, nur den Wunsch, daß die Gegensätze sich mildern möchten. Die Hauptvorlage war ein Flottengesetz.

Im September feierte der „Verein für Sozialpolitik“ in Köln gelegentlich der 12. Generalversammlung sein 25jähriges Jubiläum. Prof. Schmoller sagte in seiner Begrüßungsansprache: „In den letzten Jahren ist eine Reaktion in der Sozialreform eingetreten, eine Verdauungszeit. Dieser Zeit der Reaktion wird aber wieder eine andere Zeit folgen — den größten sozialen Reformen gehen wir erst entgegen. In der Zeit vor 1894 ist der „Verein für Sozialpolitik“ von der Regierung und von einem Teil der Unternehmerpresse geschont worden. Anders heute. Wir Kathedersozialisten wurden zu Leuten, denen man Strafprofessoren zur Seite stellen mußte. — — — Aber unsere Sache wird siegen, wie Verstand und Wissenschaft über Leidenschaft und Interessen immer wieder gesiegt haben.“

Am 1. Oktober wurde vom Minister v. Berlepsch eine neue sozial-wissenschaftliche Zeitschrift, „Die Soziale Praxis“, ins Leben gerufen und Dr. Franke, der sie heute noch herausgibt, als Leiter bestellt. Den Programmartikel hatte Herr v. Berlepsch selbst verfaßt. Da hieß es: „Das Aufsteigen eines ganzen Standes, der Lohnarbeiterklasse, zu besseren Existenzbedingungen, seine Anteilnahme an den sittlichen und wirtschaftlichen Gütern unserer Kultur, die Verwirklichung seiner Rechte auf dem Boden des nationalen Staates und im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung, betrachten wir als eine Lebensfrage unseres Volkes.“ Ihre Lösung sei nicht nur Postulat der Gerechtigkeit, der Humanität, der Religion, sondern vor allem auch Interesse des Staates. „Ein Volk, das den allgemeinen Schulzwang, die allgemeine Wehrpflicht und das allgemeine Wahlrecht besitzt, kann im Bau seines Staatslebens die Sozialreform nicht missen.“

In dieser allgemeinen Auffassung der sozialpolitischen Lage hat stets Übereinstimmung zwischen den Freunden der „Sozialen Praxis“ und den christlichen Reformern bestanden, eine theoretische Übereinstimmung, die auch mehrfach gemeinsame praktische Arbeit möglich gemacht hat, z. B. als es sich darum handelte, sozialpolitische Kurse zur Ausbildung von führenden Arbeitern einzurichten. Sonst aber ging politisch und kirchlich die Neutralität der „Sozialen Praxis“ nach links vielfach erheblich weiter, als dies nach den Anschauungen der Rechten Zustimmung finden konnte.

Vom 23. November bis 16. Dezember tagte in Berlin die Preußische Generalsynode. Leider bewegte sich auch diese kirch-

liche Körperschaft, soweit sie das soziale Gebiet berührte, im Geiste der starken hier herrschenden Reaktion; und zwar geschah dies durch das, was man vorbrachte, sowohl, wie durch das, was man unterdrückte. Die Geistlichen des Saargebiets gaben sich alle erdenkliche Mühe, ihre Beschwerden gegen Stumm auf die Tagesordnung zu bringen. Aber obschon man drei Wochen beieinander war, gelang ihnen dies nicht. Es lag dies wohl mit daran, daß man die Sache schon vor dem Zusammentritt der Generalsynode im „Volk" aktenmäßig dargelegt hatte, und daß an dem ungeheuerlichen Betragen Stumms schlechterdings nichts zu verteidigen war. Dagegen nahm die Synode eine Diskussion zwischen Stöcker und dem Präsidenten des Oberkirchenrats, Barkhausen, über die beiden sozialpolitischen Erlasse von 1890 und von 1895 zum Anlaß, Stöcker zu desavouieren und sich auf die Seite des Oberkirchenrats zu stellen. Stöcker hatte am 26. November den Oberkirchenrat interpelliert, warum er zur Vorberatung der Erlasse den Generalsynodalrat nicht einberufen habe. Wäre das geschehen, so hätten die Erlasse unmöglich so unglücklich ausfallen können, wie geschehen. Der erste habe die Geistlichen viel zu stark in die sozialpolitische Agitation hineingetrieben; der zweite habe sie viel zu weit zurückgerufen, wenn er sie grundsätzlich auf Predigt und Seelsorge beschränke. Stöcker benutzte die Gelegenheit zur Feststellung, daß die verschiedenen späterhin entgleisten Pastoren sich für ihr unbesonnenes Vorgehen nicht auf ihn, sondern höchstens auf den oberkirchenrätlichen Erlaß von 1890 berufen könnten. Der Präsident, welcher erst behauptet hatte, die Erlasse stimmten prinzipiell überein, gab schließlich eine Korrektur des ersten durch den zweiten zu, bestritt aber, daß es die Politik gewesen, welche die veränderte Auffassung herbeiführte.

Unter den vielen niederdrückenden Erlebnissen des Jahres gab es aber auch einige Lichtblicke. Am 28. April fand in Kassel unter großer Teilnahme aus ganz Deutschland die Tagung der Kirchlich-sozialen Konferenz statt. Hatte im vorigen Jahr die Konstituierung stattgefunden, so folgte nun die Organisation des Vereins als einer Arbeitsgemeinschaft. In den grundlegenden, von Stöcker aufgestellten Thesen hieß es ad 4: „Wenn der Kirche der Reformation von ihrem eigenen Regiment, wie von einseitigen Richtungen des Pietismus das Recht bestritten wird, in den öffentlichen Angelegenheiten nach Art der Propheten und

Apostel zu wirken, so leidet das Ansehen der Reformation. Es muß um so mehr sinken, da von Staats wegen die politische und soziale Wirksamkeit der katholischen Kirche anerkannt und gefördert wird." Fünf Ausschüsse wurden gebildet: 1. Kirche und Kirchenrecht. 2. Evangelisation und Gemeinschaftspflege. 3. Soziale Frage. 4. Presse, Literatur, Kunst. 5. Apologetik und Naturwissenschaft. Jeder Ausschuß konstituierte sich selbständig und wählte einen eigenen Vorsitzenden. Diese Teilung nach dem Prinzip des „Mancherlei Gaben und Ein Geist" bewährte sich sehr und weckte die Arbeitsfreudigkeit, die der Konferenz zu ihren Erfolgen half.

Und noch eine Konferenz dieses Jahres war von grundlegender Bedeutung. Am 31. Januar und 1. Februar trat der erste Kongreß der christlichen Bergarbeiter in Dortmund zusammen. Von evangelischer Seite waren Pfarrer Weber und Professor Wagner, von katholischer Dr. Hitze anwesend. Beide griffen lebhaft in die Debatten ein. Der Kongreß forderte eine Lohnerhöhung von 10%. Einen traurigen Mißton in den Kongreß brachte nur die Aufforderung des Pfarrers Naumann, die Bergleute möchten sich nicht christlich organisieren, sondern den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen. Zum Glück blieb diese Verkehrtheit nicht nur unbeachtet, sondern es wurde im Gegenteil dieser Dortmunder Kongreß der Ausgangspunkt für die später so erfolgreiche christliche Gewerkschaftsbewegung.

Als Zeichen der Zeit verdienen auch Erwähnung die mancherlei Prozesse, in welche Stöcker von seinen Gegnern verwickelt wurde, und deren einer — der Prozeß Stöcker-Witte — in diesem Jahr entschieden wurde. Witte, der an der fixen Idee litt, daß Stöcker ihn verfolge, während dieser kein Mittel unversucht gelassen hatte, mit dem verärgerten Mann in Frieden auseinanderzukommen, glaubte in einem angeblich von Stöcker herrührenden Brief vernichtendes Anklagematerial gegen den vermeintlichen Feind gefunden zu haben. Durch den Prozeß wurde erwiesen, daß jener Brief nie von Stöcker geschrieben, sondern eine plumpe Fälschung des Schneiders Grüneberg war. Das Ende war die volle Rechtfertigung Stöckers und die Beseitigung Wittes aus dem geistlichen Amt. Zur Ehre der deutschen Gerichte mag hier hervorgehoben sein, daß Stöcker zwar in erster Instanz Verurteilungen auf Grund von Rechtsirrtum erlitten hat, daß aber alle diese Verurteilungen in letzter Instanz rechtsgültig aufge-

hoben sind; es ist keine Verurteilung Stöckers jemals rechtskräftig geworden.

Vom 9. bis 11. Juni tagte in Leipzig der Evangelisch-soziale Kongreß, der sich wesentlich mit Rechtsfragen beschäftigte — das Evangelische trat immer mehr zurück.

Ein Zeichen der Zeit war es, daß der Vorsitzende, Herr Nobbe, eine apologetische Broschüre zugunsten des Kongresses schrieb, um die Sezession der positiv christlichen Elemente, die sich der Kirchlich-sozialen Konferenz zuwandten, nach Möglichkeit aufzuhalten.

Vom 9. bis 11. Oktober tagte die deutsch-soziale Partei in Nordhausen. Diese Partei hatte sich vor allem als Mittelstands- und Handwerkerpartei aufgetan, erkannte nun aber doch, daß sie auch zu den sozialen Fragen im engeren Sinn Stellung nehmen müsse. Das Programm wurde nach der sozialpolitischen Seite revidiert und neben ausgiebigem Arbeiterschutz usw. auch obligatorische Berufsgenossenschaften für die Industriearbeiter als notwendig erklärt. Damit trafen dann das deutsch-soziale und das christlich-soziale Programm in wesentlichen Punkten zusammen.

Die National-Sozialen machten sich im Januar dadurch bemerklich, daß sie einen Aufruf erließen, die Hamburger Hafenarbeiter im Streik zu unterstützen. Die ganze bürgerliche Presse erklärte diese Unterstützung mit Recht für eine Förderung der Sozialdemokratie, die den Hamburger Streik inszeniert hatte. Der Streik endete am 6. Februar ganz unglücklich für die Arbeiter. An dieser Sachlage änderte es nichts, daß die „Zeit" den Sieg der Unternehmer für einen „Pyrrhussieg" erklärte.

War aber das Vorgehen der National-Sozialen sehr verkehrt, so blieb es andererseits ein Symptom reaktionärer Kleinlichkeit, daß man den am Hamburger Aufruf beteiligten Professor Baumgarten in Kiel „wegen unerlaubten Kollektierens" strafrechtlich verfolgte. Übrigens wurde er freigesprochen.

Am 27. und 28. September tagten die National-Sozialen in Erfurt. Man zog sehr stark über die Christlich-Sozialen her. Ein Pfarrer legte sich sogar aufs Prophezeien: die christlich-soziale Bewegung stehe nur noch auf den vier Augen Stöckers und seines Geldgebers. Der National-Sozialismus sei die eigentliche „Volksbewegung", die alles erobern werde. — Kurz zuvor hatte Göhre wiederum einen scharfen Vorstoß gegen die „ostelbischen" Guts-

besitzer gemacht; er schilderte die Arbeiterverhältnisse auf einem Gut im Oderbruch, die unwürdig seien, und kam zu dem Schluß, daß „das brutale ostelbische Herrenvolk" politisch und wirtschaftlich gebrochen werden müsse. Ökonomierat Nobbe, der Vorsitzende des Evangelisch-sozialen Kongresses, wies die Schlußfolgerungen Göhres als unzulässige Generalisierungen mit Entschiedenheit zurück.

Die Sozialdemokraten blieben auch in diesem Jahre die alten. Am 12. Mai brachten sie im Reichstag einen Antrag ein auf Abschaffung der strafgesetzlichen Bestimmungen über Majestätsbeleidigung, obschon sie mit absoluter Sicherheit vorauswissen konnten, daß er abgelehnt werden würde. Vom 3. bis 9. Oktober fand der Parteitag in Hamburg statt, der nur mit belanglosen Zänkereien ausgefüllt war.

Zum Schluß des Berichts über dies Jahr, das recht eigentlich als Ära Stumm bezeichnet werden kann, mag die Tatsache angefügt werden, daß die Stellung des täppischen Mannes, der sich nur Feinde machte, zu wanken begann. Im Herbst erklärte er seine Absicht, sich allmählich von aller Politik zurückziehen zu wollen. Selbst die liberal-kapitalistische „Nationalzeitung" begleitete diese Ankündigung mit den Worten: „Um so besser!"

---

## XXIV. 1898. Reichstagswahl — Mißerfolg der Sozialreformer. Zuchthausgesetz.

Das Jahr 1898

gehörte für die Freunde der Sozialreform zu den schwersten, die sie durchlebt haben. Einerseits dauerte die „Ära Stumm" in gewissem Maße fort, und andrerseits hatte die Disziplinlosigkeit der demokratischen Elemente in den sozial gerichteten Parteien eine solche Verwirrung angerichtet, daß auch tüchtige Männer sich unwillig von der ganzen Richtung zurückzogen und den Glauben an Erfolg und Sieg der Sozialreform zu verlieren begannen. Die maßgebenden Kreise aber tappten lediglich auf dem Gebiet der polizeilichen Unterdrückung umher und ließen alle Gesichtspunkte und Maßregeln einer wirklich vorausschauenden Staatskunst gänzlich vermissen.

Am 17. und 18. Januar fand eine große Sozialdebatte im Reichstag statt über eine den Sozialdemokraten verratene Umfrage des Grafen Posadowsky an die Regierungen, welche Maßregeln nötig sein möchten zum Schutz der Arbeitswilligen gegen sozialdemokratischen Terrorismus. Der Staatssekretär erklärte, daß die Koalitionsfreiheit grundsätzlich aufrechterhalten werden solle; wohl aber sollten gewalttätige Mittel, um Arbeitswillige zum Streik zu zwingen, bekämpft werden. Da es sich zunächst nur um eine Umfrage handelte, mußte die Erörterung resultatlos verlaufen.

Am 21. Januar fand eine Debatte über die Einführung der weiblichen Fabrikinspektion statt. Graf Posadowsky machte die Mitteilung, daß in England nur 5 weibliche Aufsichtsbeamte beständen, daß aber diese sich sehr gut bewährt hätten. Beschlossen wurde auf Antrag des Zentrums ein Ersuchen an die Regierung, durch die Gewerbeaufsichtsbeamten Umfang, Gründe und Gefahren der Frauenarbeit in den nächsten Jahresberichten besser zur Darstellung zu bringen.

Am 2. Februar fand ein konservativer Parteitag in Dresden statt. Es wurde eine starke Resolution gegen die Sozialdemokratie angenommen, und als wünschenswert bezeichnet: „christlich deutsche Erneuerung des Volkslebens, durch weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Sinne der Kaiserlichen Botschaft vom November 1881 und durch energische Handhabung staatlicher Machtmittel". Rechtsanwalt Klasing legte Verwahrung dagegen ein, daß die konservative Partei einen Stillstand oder gar Rückschritt in der Sozialreform herbeiführen wolle; einer einseitigen Sozialreform aber, die nur den Arbeiterinteressen dienen wolle, ohne auf die Lage der durch Gesetzgebung schon stark belasteten produktiven Stände Rücksicht zu nehmen, werde die konservative Partei stets widerstreben."

Am 27. April erklärte Graf Posadowsky das Reden der Sozialdemokratie über ein neues Sozialistengesetz für müßig. Er plane dergleichen nicht, und zwar deshalb nicht, weil es nur die bürgerlichen Parteien in Sicherheit wiegen würde. Diese müßten selbst den Kampf führen, allerdings auch immer Gerechtigkeit und Billigkeit walten lassen. „Das höchste Gut eines Volkes ist nicht die Dividende." Redner äußerte den Wunsch, daß das deutsche Volk doch wieder mehr an das Volk der Denker und Träumer erinnern möchte, und zeigte hier zum ersten Male

das tiefe und feine Verständnis für die Erfordernisse der sozialpolitischen Lage, das fortan seine Wirksamkeit auszeichnete, freilich auch seine Mißliebigkeit und seinen vorzeitigen Sturz herbeiführte. Wenn Graf Posadowsky zunächst für das sog. Zuchthausgesetz arbeiten mußte, so lag dieses Gesetz sicherlich nicht auf der Linie seiner Wünsche, sondern auf der der monarchischen Notwendigkeiten. Die kaiserliche, in Bielefeld gemachte Zusage mußte eingelöst werden.

Am 16. Juni fanden Neuwahlen zum Reichstag statt.

Die Freunde der sozialen Reformbewegung hatten klar erkannt, daß es zur Durchsetzung ihres Programms im öffentlichen Leben niemals ausreichen könne, eine Vertretung in der Presse zu haben, da es zu sehr von den Gegnern abhinge, ob sie dem Kampf der Blätter Beachtung schenken wollten, oder nicht. Wollte man einen wenn auch bescheidenen Einfluß auf das öffentliche Leben gewinnen, so galt es wenigstens einige Mandate zu gewinnen. In der Tat wurden eine Anzahl Kandidaturen aufgestellt, und zwar vorzugsweise in solchen westlichen Wahlkreisen, wo vorhandene starke christliche Arbeitergruppen am ersten einen Erfolg erhoffen ließen. Die Kandidaten gaben sich zum Teil gewaltige Mühe mit der Wahlagitation. Zeit, Kraft und Geld wurden reichlich daran gesetzt. Als aber die Entscheidung kam, war das Ergebnis ein niederdrückendes. Stöcker drang mit Mühe in einer Stichwahl im Wahlkreise Siegen durch, den er schon als Konservativer vertreten hatte. Alle rein sozialpolitischen Kandidaturen fielen aber mit so geringen Minderheiten durch, daß klar wurde, wie sehr man die Stärke der Bewegung überschätzt hatte. Erst nach weiterer jahrelang fortgesetzter Wahlarbeit konnten im Dillkreis und in Wetzlar-Altenkirchen die ersten Früchte nach schwerer Pionierarbeit geerntet werden.

Der Mißerfolg bei den Wahlen zog aber noch weiteren Rückgang der Bewegung nach sich. Der Besitzer des „Volk" verlor die Freudigkeit, das Blatt fernerhin herauszugeben, da die starken Zuschüsse, die er bisher geleistet hatte, sich in keiner Weise zu lohnen schienen. Weder die Abonnentenziffer wuchs, noch steigerten sich die Einnahmen aus den Inseraten und dem sonstigen Geschäftsbetrieb in gewünschter Weise. So blieb nichts übrig, als zunächst auf ein führendes Organ in Berlin zu verzichten. Doch wurde in Siegen eine Genossenschaft m. b. H.

begründet, welche eine Druckerei einrichtete und das „Volk“ übernahm. Dietrich v. Oertzen siedelte zum Jahresschluß nach Siegen über, um das Unternehmen geschäftlich und literarisch zu leiten. Der Erfolg war zunächst ein überraschender, insofern die Auflage auf über 9000 Exemplare stieg. Doch trat bald ein gewisser Rückgang ein, da das kleine und billige Volksblatt — der Preis war auf 1 Mark herabgesetzt — den verwöhnteren Ansprüchen der Leser im Reich nicht mehr genügen konnte. Immerhin konnte das „Volk“ als Parteiorgan der Christlich-Sozialen dauernd am Leben erhalten werden und hat bei der Behauptung des Siegener und bei der Gewinnung des Dillenburger und Wetzlarer Kreises, wie überhaupt in ganz Rheinland-Westfalen der Aufklärung über gesunde christliche Sozialpolitik sehr wesentliche Dienste geleistet.

Am 6. September brachte der Kaiser in Oeynhausen einen Trinkspruch auf die Provinz Westfalen aus, worin er seine Bielefelder Zusage auf ein Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen wiederholte. „Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein wie er will und heißen wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“ Der Kaiser hofft, daß die Volksvertreter zu ihm stehen werden.

Mit Ausnahme der wenigen scharfmacherischen Blätter begegnete aber die Rede des Kaisers fast nur Bedenken. Man hielt es für unmöglich, Versuche und Aufforderungen mit Zuchthaus zu bestrafen.

Leider kam den Tendenzen aller Politiker, die den starken Mann zu spielen wünschten, ein trauriges politisches Verbrechen zu Hilfe. Am 10. September wurde die Kaiserin von Österreich in Genf von einem Anarchisten ermordet. Die Entrüstung, welche das nichtswürdige Verbrechen hervorrief, wurde mannigfach in falsche Bahnen geleitet.

Am 6. Dezember eröffnete der Kaiser den Reichstag mit einer Thronrede, in der es hieß: „Der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung liegt den verbündeten Regierungen nach wie vor am Herzen. Auf diesem Gebiet wird Ihnen wiederum ein Gesetzentwurf zugehen, der den Mängeln der Invaliditäts- und Altersversicherung in wesentlichen Beziehungen abzuhelfen

ſucht. Durch eine Novelle zur Gewerbeordnung ſoll der den gewerblichen Arbeitern bereits gewährte Schutz vor Gefahren für Leben, Geſundheit und Sittlichkeit auf die Gehilfen und Lehrlinge im Handelsgeſchäft ausgedehnt und gleichzeitig Mißſtänden geſteuert werden, welche ſich namentlich in der Konfektionsinduſtrie gezeigt haben. Eine beſondere Vorlage ſchlägt Ihnen vor, die Zulaſſung von Beauftragten zur Vertretung der Parteien im patentamtlichen Verfahren geſetzlich zu regeln. Der Terrorismus, durch den Arbeitswillige an der Fortſetzung oder Annahme von Arbeit gehindert werden, hat einen gemeinſchädlichen Umfang angenommen. Das den Arbeitern gewährleiſtete Koalitionsrecht, das unangetaſtet bleiben ſoll, darf nicht dazu gemißbraucht werden, das frühere Recht: zu arbeiten und von der Arbeit zu leben, durch Einſchüchterung oder Drohung zu vergewaltigen. Hier die perſönliche Freiheit und Selbſtbeſtimmung nachdrücklich zu ſchützen, iſt nach Meiner und Meiner hohen Verbündeten Überzeugung die unabweisbare Pflicht der Staatsgewalt. Hierzu reichen aber die beſtehenden Strafvorſchriften nicht aus; ſie bedürfen deshalb der Erweiterung und Ergänzung. Dieſem Zweck entſpricht ein Geſetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältniſſes, dem Sie, wie ich zuverſichtlich erwarte, Ihre Zuſtimmung nicht verſagen werden."

Eine Abſtimmung über das Geſetz fand in dieſem Jahre nicht mehr ſtatt.

Trotz der Ungunſt der Zeiten ging übrigens doch die Arbeit der evangeliſchen Arbeitervereine und der chriſtlichen Gewerkſchaften langſam weiter. So wurde am 5. Februar in Berlin ein evangeliſcher Arbeiterverein begründet, der gegen 2000 Mitglieder gewann. Doch war die Entwicklung auch hier dieſelbe, wie an vielen anderen Orten, daß nämlich die Arbeiter den Rückhalt gegen die Sozialdemokratie, den ſie ſuchten, im Verein nicht fanden und langſam wieder abbröckelten. Die Schwierigkeit, den Arbeitern im Hinblick auf die ſozialdemokratiſchen Gewerkſchaften einen einwandfreien Rat zu geben, erwies ſich als unüberwindlich. Wer etwa aus geſicherter Lebenslage heraus den chriſtlichen Arbeitern den Rat gegeben hätte, aus den roten Vereinen auszutreten, übernahm damit die Verpflichtung, für den ſo Beratenen materiell zu ſorgen, wenn die notwendige Folge des Austritts eintrat, daß er nämlich von den Genoſſen boykottiert und mit Frau und Kindern brotlos gemacht wurde.

Im übrigen versprach dieser Rat auch wenig Erfolg. Die meisten würden ihn nicht befolgt haben, und in gewissem Sinne mit Recht. Denn es ist unmöglich, Bestimmungen zu treffen und Ratschläge zu geben, die für den Durchschnitt einer Menschenklasse gelten sollen, und nicht die Durchschnittsgesinnung derselben zur Voraussetzung haben, sondern einen Heroismus des Glaubens, wie er nur bei wenigen sich findet. Ließ man aber die Mitglieder des christlichen Gesinnungsvereins schweigend dem sozialdemokratischen Verein weiter angehören — und dazu die Augen zudrücken war das einzig Mögliche — so zwang man sie zu doppelten Beiträgen, und gewährte ihnen gerade die Befreiung nicht, nach der sie sich sehnten.

Wenn aber auch die Wirksamkeit des evangelischen Arbeitervereins etwas Unvollkommenes blieb — vergeblich und nutzlos ist sie doch nicht gewesen. Es wurden tüchtige christliche Persönlichkeiten des Arbeiterstandes gesammelt, mobil gemacht und für die spätere Arbeit der Berufsvereine geschult und gebildet.

Die Sozialdemokratie hielt vom 2. bis 8. Oktober ihren Parteitag in Stuttgart ab. Die Debatten drehten sich um die alte Frage, ob man Gegenwartsarbeit treiben oder nur an das „Endziel" denken solle. Wie immer wurden die Revisionisten niedergestimmt und die marxistische Dogmatik gerettet. Charakteristisch war, daß nach einer wüsten Rede der Frau Zetkin, Genosse v. Vollmar in den verzweifelten Ausruf ausbrach: „Einfach entsetzlich!"

---

## XXV. 1899. Das Zuchthausgesetz fällt. Der Katholikentag bekennt sich zu christlichen Gewerkschaften.

### Das Jahr 1899

stand immer noch im Zeichen der sozialpolitischen Reaktion; es war auf diesem Gebiet wesentlich ausgefüllt durch die öffentliche Besprechung und parlamentarische Behandlung der sog. „Zuchthausvorlage".

Dies Gesetz war in seinen Grundzügen bekannt, bevor es eingebracht wurde. Die Kritik, die es fand, war allgemein eine ablehnende. Gespannt durfte man sein, wie sich diejenigen zu dem Gesetz stellen würden, die gegen den sozialdemokratischen Terrorismus geschützt werden sollten, die christlichen Arbeiter.

Aber auch diese lehnten ab. Am 23. Mai traten die evangelischen Arbeitervereine zu ihrem Vereinstag zusammen und beschlossen eine Resolution, daß die bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs „vollständig genügend" seien, um jeden Terrorismus, wenn und insoweit er sich ungesetzlicher Mittel bediene, zu brechen. Neue Gesetze mit starken Polizeibefugnissen wünschte man also nicht.

Am 2. Juni ging dem Reichstag das Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses endlich zu. „Wer es unternimmt, durch körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verrufserklärung Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Teilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft." Es folgen weiter eine ganze Reihe von Gefängnisandrohungen für ungesetzliches Verhalten bei Ausständen und Aussperrungen. Und schließlich, um das Kaiserwort einzulösen, wurde auch Zuchthaus angedroht, wenn die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates gefährdet oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben oder das Eigentum herbeigeführt werde. Hier soll auf Zuchthaus bis zu 3 Jahren, gegen die Rädelsführer bis zu 5 Jahren erkannt werden.

Diese Vorlage wurde so ziemlich von der ganzen deutschen Presse abgelehnt. Dafür sprachen sich nur die bekannten „Scharfmacher" in „Post", „Hamburger Nachrichten" und einigen anderen Blättern aus. Auch aus der christlichen Arbeiterbewegung kamen weitere Proteste.

Vom 19. bis 22. Juni fand die erste Beratung im Reichstag statt. Der Reichskanzler führte die Vorlage ein. Auch Graf Posadowsky sprach und legte den Ton darauf, daß das Gesetz die Koalitionsfreiheit nicht beeinträchtige, sondern im Gegenteil die Freiheit des Arbeiters gegen Mißbrauch des Koalitionsrechts schütze. Die Katholiken und die Liberalen gaben zu, daß die Sozialdemokratie tatsächlich Terrorismus übe und gewissermaßen das Strafrecht herausfordere. Aber das geltende Recht genüge und bedürfe keiner Verschärfung. Von den Gegnern wurde vielfach als Beweis, daß das geltende Strafrecht ausreiche, ein Urteil angezogen, das am Anfang Februar von einem Dresdener Schwurgericht gefällt war. Dieser Beschluß ver-

urteilte eine Anzahl Arbeiter aus Löbtau, die Gewalttätigkeiten begangen hatten, zu 6—10 Jahren Zuchthaus. Das Urteil wurde auch in der bürgerlichen Presse zu hart gefunden, obschon in der Tat die Rohheit der Sozialdemokraten eine sehr große gewesen war. Jedenfalls bewies es aber, daß auch ohne Spezialgesetz harte Strafen möglich waren. — Zugunsten des Gesetzes trat nur die Mehrheit der Konservativen ein, war aber nicht imstande, eine Kommissionsberatung durchzusetzen. Das Gesetz war also sofort gefallen.

Trotzdem machte das Preußische Herrenhaus am 5. Juli auf Antrag des Grafen Mirbach, der gern den äußersten rechten Flügel markiert, einen Vorstoß zugunsten des Zuchthausgesetzes. Professor Schmoller hielt ein Kompromiß für wünschenswert, fügte aber hinzu, daß die Vorlage so, wie sie jetzt sei, das Odium an sich trage, die Vereine der Arbeiter anders zu behandeln, als die Vereine aller anderen Stände. Der Antrag, die Regierung möge an ihrem Gesetz „unentwegt festhalten", wurde mit 72 gegen 22 Stimmen angenommen. Doch war und blieb diese ganze Demonstration ein Schlag ins Wasser.

Am 20. November fand die zweite Lesung des Gesetzes statt. Der nationalliberale Abg. Büsing vertrat die Ansicht, daß in dem Gesetz doch ein berechtigter Gedanke enthalten sei, nämlich der Schutz der individuellen Freiheit, die von der Sozialdemokratie unterdrückt werde. Diesen Gedanken möge man unter Milderung der Strafbestimmungen herausschälen, und dann das andere verwerfen. In ganz anderer Tonart sprach Herr v. Stumm. Er wollte die Strafbestimmungen nicht, wie Büsing, gemildert, sondern verschärft wissen, und forderte vom Staat „die Vernichtung des Todfeindes", aber Gegenliebe fand er nirgends. Bei der Abstimmung wurden die meisten Paragraphen mit großer Mehrheit abgelehnt, § 8, der Zuchthausparagraph, einstimmig. Damit war denn die Vorlage auch formell beseitigt.

Mehr Billigung, als diese Gesetzesvorlage, fand das Vorgehen der Regierung gegen einen sozialdemokratischen Privatdozenten. Am 22. Juli begann von seiten der philosophischen Fakultät der Universität Berlin auf Antrag der Regierung ein Disziplinarverfahren wider den jüdisch-sozialdemokratischen Privatdozenten Dr. Arons. Hier lag die Frage vor, ob von einer mit amtlicher Autorität umkleideten Stelle aus Partei-

doktrinen verkündet werden dürften, die auf den Umsturz alles Bestehenden hinausliefen. Diese Frage konnte mit Recht verneint werden, da es widersinnig ist, daß der Staat Männer dafür besoldet, oder wenigstens ihnen öffentlich-rechtliche Gelegenheit gibt, daß sie an seinem Untergang arbeiten. Aber die Fakultät war anderer Ansicht und schien die Freiheit der Wissenschaft als eine schrankenlose anzusehen. Arons wurde freigesprochen. Aber der Regierungsvertreter meldete Berufung an. Ende Februar 1900 wurde dem Privatdozenten Dr. Arons die Eigenschaft als Privatdozent aberkannt.

Im Reichstage wurden noch zwei Anträge sozialpolitischer Natur erledigt. Am 4. Mai verwies der Reichstag einen Antrag Hitze auf Errichtung von Arbeitskammern, einen Antrag Rösicke auf Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, und endlich einen Antrag v. Heyl auf Ausgestaltung der gewerblichen Schiedsgerichte an die Kommission für die Gewerbeordnung.

Am 6. Dezember brachte der Abg. Bassermann im Reichstag einen Gesetzentwurf ein, dessen einziger Paragraph die Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine jeder Art aussprach. „Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben." Der Reichskanzler erklärte, die verbündeten Regierungen würden der Aufhebung zustimmen. Gegen die Stimmen der Konservativen wurde das Gesetz angenommen.

Vom 27. bis 31. August fand der Katholikentag in Neiße statt. Hier faßte man einen bemerkenswerten Beschluß hinsichtlich der christlichen Gewerkschaften, daß sie nämlich nicht Ersatz der konfessionellen Arbeitervereine, sondern eine notwendige Ergänzung derselben seien, und ein wesentliches Mittel zur Herstellung des sozialen Friedens.

Damit war für die nun immer stärker in den Vordergrund tretende christliche Gewerkschaftsbewegung ein wichtiger Grundsatz festgelegt worden. Wie im evangelischen, gab es auch im katholischen Lager Leisetreter, die eine starke christliche Arbeiterbewegung fürchteten, und konfessionelle Fanatiker, die ein Zusammengehen der evangelischen und katholischen Arbeiter als konfessionsgefährlich ansahen. Diese, geführt von einem Herrn v. Savigny in Berlin, suchten statt der Gewerkvereine lediglich „Fachabteilungen" in den rein kirchlichen Arbeitervereinen durchzusetzen: In Neiße wurden sie zum erstenmal von der Generalversammlung der Katholiken offiziell desavouiert, und das Prinzip

der Interkonfessionalität gerettet. Ohne dasselbe war ein wirkliches Erstarken der christlichen Arbeiterbewegung schlechthin undenkbar.

Die Zahl der Vereine, welche sozialpolitischen Zwecken dienen wollten, vermehrte sich in diesem Jahr um einen. Am 3. Mai bildete sich in Berlin ein Ausschuß zur Herbeiführung einer internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz. In den Ausschuß wurden gewählt: Minister a. D. v. Berlepsch, die Professoren Schmoller, Wagner, Delbrück und Sombart, Dr. Hitze, Dr. Stöcker und eine Reihe anderer sozial interessierter Politiker und Parlamentarier. Leider hat diese Ausführung einer im Prinzip ganz richtigen Idee in der Praxis bisher keine nennenswerten Erfolge zu erzielen vermocht.

Die Sozialdemokratie blieb auch in diesem Jahre die alte. Verhältnismäßig vernünftig war der Kongreß der freien Gewerkschaften, der am 13. Mai in Frankfurt a. M. tagte und über die Arbeitsvermittlung beriet. Man forderte zwar „grundsätzlich", aber ohne Angabe von Gründen, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen zukomme. Aber man gestattete, daß wenn einmal Staat und Gemeinde als notwendige Übel hingenommen würden, die Verwaltung geführt werden solle „durch eine in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je in freier Wahl gewählten Vertretern zusammengesetzte Kommission unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden".

Waren aber die Beschlüsse der Gewerkschaften erträglich, so zeigte der politische Parteitag der Sozialdemokratie, der vom 10. bis 14. Oktober in Hannover tagte, das Bild der hoffnungslosen Ödigkeit. Das leitende Thema war wieder der Revisionismus und das „Endziel". Speziellen Anlaß dazu gab ein Buch von Eduard Bernstein: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie". Nachdem man sich weidlich gestritten, und besonders Auer die Ansichten Bebels und seine in sechsstündiger Rede vertretene Kladderadatschtheorie verhöhnt hatte, nahm man eine langatmige Resolution an, daß alles so bleiben solle, wie es immer gewesen.

Mitte Juli schlossen in Bayern die Katholiken und Sozialdemokraten ein Wahlbündnis über 5 Wahlkreise ab, die man durch ein Kartell den Liberalen abnahm. Die Sozialdemokraten gewannen zwei Sitze. Aber die Katholiken bekamen die Mehr-

heit in der Kammer und waren nun in der Lage auch die Sozialdemokratie einfach zu majorisieren.

Die Leserzahl der sozialdemokratischen Blätter hat sich von 57 000 im Jahre 1898 auf 87 000 im Jahr 1899 vermehrt. Ganz anders als die Sozialdemokratie, die nur schöne Ziele aufstellte, unbekümmert um ihre Erreichbarkeit, arbeiteten die christlichen Vereinigungen, die im Hinblick auf die soziale Frage zusammengetreten waren: die Arbeitervereine, die Gewerkschaften, die christlich-soziale Partei, die Kirchlich-soziale Konferenz. Alle diese Vereine hielten jährlich Tage ab, auf denen man bestimmte aktuelle Themata behandelte und die rechten praktischen Ziele in Rede und Gegenrede immer klarer herausstellte. Am 8. Januar beschloß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter eine Petition an die Bergbehörden: 1. die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, entsprechend der günstigen Lage des Kohlenmarktes. 2. Arbeiterausschüsse auf den Werken einzuführen. — Im Oktober hielten die Christlich-Sozialen ihren Parteitag in Bielefeld ab, wo die Landarbeiterfrage in verständiger Weise als eine von der Industriearbeiterfrage grundverschiedene behandelt wurde. Die christlich-soziale Partei lehnte es hier und später mit Recht ab, sich irgendwie an der freisinnig-sozialdemokratischen Agitation gegen Agrarzölle zu beteiligen. Zugestanden, daß diese Zölle zunächst den Arbeitgebern zugute kommen, liege es doch auch im wohlverstandenen Interesse des Arbeiters, den Arbeitgeber gekräftigt zu sehen. Dieser müsse leistungsfähig sein, wenn er die starken sozialen Lasten tragen solle. Ihn der Konkurrenz des Auslandes, das keine sozialen Lasten kennt, preisgeben sei Torheit. Der steuerpolitische Ausgleich sei in Kompensationen an anderer Stelle zu suchen, etwa in einer guten Dotierung der Hinterbliebenen-Versicherung.

---

## XXVI. 1900. Die Gesetzgebung stockt. Die christlichen Gewerkschaften machen Fortschritte

Auch im Jahre 1900 läßt sich ein Einlenken der maßgebenden Kreise auf klar begrenzte sozialpolitische Wege nicht feststellen. Über die persönlichen Anschauungen des Kaisers gaben einige Äußerungen Aufschluß, welche der Monarch gelegentlich einer

Feier der Technischen Hochschule in Charlottenburg gegenüber dem Rektor Geh. Rat Riedler gemacht hatte. Nach Riedlers unwidersprochen gebliebener Mitteilung sagte der Kaiser: „Die Technische Hochschule hat große Aufgaben zu lösen, nicht bloß technische, sondern auch soziale. Die sind bisher nicht so gelöst, wie ich wollte. Sie können auf die sozialen Verhältnisse vielfach großen Einfluß ausüben, da Ihre vielen Beziehungen zu Arbeitern und zur Arbeit und zur Industrie überhaupt eine Fülle von Anregung und Einwirkung ermöglichen. Sie sind deshalb auch in der kommenden Zeit zu großen Aufgaben berufen; die bisherigen Richtungen haben ja leider in sozialer Beziehung vollständig versagt. Ich rechne auf die Technischen Hochschulen! Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klarmachen und die großen allgemeinen Aufgaben nicht außer acht lassen."

Die Presse geriet durch diese immerhin verschieden deutbaren Worte etwas in Verlegenheit. Die „Post" las aus der Rede eine Bestätigung ihrer eigenen sozialpolitischen (Stummschen) Ansichten heraus. Die Kreuzzeitung erklärte, sie vermöge die Ansicht vom „Austoben" der Umsturzpartei nicht zu teilen.

Brachte das Jahr aber im großen die Sozialreform nicht vorwärts, so waren doch im einzelnen und kleinen einige Fortschritte zu verzeichnen.

Am 5. Januar erließ der Minister der öffentlichen Arbeiten Bestimmungen über die Dienst- und Ruhezeiten der Eisenbahnbetriebsbeamten. Diese Festsetzungen waren sozial gedacht und sind durchaus als ein Teil der großen sozialen Reformbewegung anzusehen; ohne den großen Zusammenhang der sozialen Fürsorge, der die Zeit bewegte, wären sie schwerlich erlassen worden. Gleichzeitig verbot die preußische Eisenbahnverwaltung in bündigster Weise allen ihren Arbeitern den Beitritt zum „Verband der Eisenbahner Deutschlands". Wer beitrete oder gar agitiere, werde unnachsichtlich gekündigt werden. Dieses Verbot war nun wohl im allgemeinen zu billigen, da der Staat unmöglich Arbeiter beschäftigen kann, die gegen seinen Bestand wühlen. Andererseits lag aber nun auch die Forderung nahe, diesen Arbeitern eine beschränkte Beamtenqualität zu geben und dadurch ihre Existenz einigermaßen sicherzustellen.

Erfreulich war auch ein Beschluß des Reichstags vom 12. Januar, durch den mit großer Mehrheit die Vorlegung eines Gesetzes über Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter, im Anschluß an die Invalidenversicherung verlangt wurde.

Am 6. Februar begannen im Reichstag die Beratungen über das sog. Heinze-Gesetz. Die Bestimmungen dieses Gesetzes liegen ja zum guten Teil auf dem sittlichen Gebiet, aber einige haben doch auch eine stark soziale Seite. Der § 182a bekam den Namen der „Arbeitgeberparagraph", weil er sich gegen die Ausbeutung jedes wirtschaftlichen Autoritätsverhältnisses für Zwecke der Unzucht richtete. Auch sonst wäre das Gesetz den Töchtern des Volkes aus den ärmeren Ständen, die in Gefahr stehen, der Prostitution zu verfallen, zugute gekommen, hätte also sehr dringend die Unterstützung derjenigen Parlamentarier verdient, die den Anspruch erheben, recht eigentlich die „Arbeitervertreter" zu sein. Aber das Gegenteil trat ein. Gerade die Sozialdemokraten tobten und wüteten gegen das Gesetz. Wohl wurde am 6. Februar die Lex Heinze angenommen, auch der § 182a, der „Arbeitgeberparagraph". Aber am 17. März wurde das ganze Gesetz durch Obstruktion, besonders der Sozialdemokraten, zu Fall gebracht. Am 19. Mai endete die dritte Beratung infolge Obstruktion wiederum resultatlos. Am 22. wurde ein Torso, der die wichtigsten Bestimmungen preisgab, in allen drei Lesungen angenommen. Aber dieser Torso war wertlos. Der Vorwand unter dem Singer, Berliner Tageblatt und Genossen die Prostitution und den Handel mit pornographischen Erzeugnissen vor der Belästigung durch die Justiz retteten, war die sinnlose Behauptung, daß man der Kunst Fesseln anlegen wolle.

Häufig rückte auch in diesem Jahre die ländliche Arbeiterfrage in den Bereich der publizistischen und parlamentarischen Erörterung.

Die „Statistik der Deutschen Reiches" (Bd. III) stellte fest, daß aus den östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie eine starke Abwanderung nach den westlichen Gebieten stattfinde. Der jährliche Gesamtabfluß der Arbeiter aus der Landwirtschaft im Deutschen Reich betrug von 1882—1895 im Jahresdurchschnitt 109 000 Personen, darunter 77 000 männliche. „In dem Rückgang der männlichen landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung, der 10,7 Prozent beträgt, gegenüber dem Zuwachs der industriellen männlichen Bevölkerung von 39,8 Prozent, und derjenigen von Handel und Verkehr von 48,9 Prozent, spricht

sich die tatsächliche Arbeiternot in der Landwirtschaft aus, die sich in besonders drückender Weise im Osten fühlbar macht. Dieselbe wird hier noch verstärkt durch die jährlichen Wanderzüge der sog. Sachsengänger. In einer einzigen Märzwoche wurden allein auf dem Bahnhof Posen 15000 Fahrscheine an Sachsengänger ausgefertigt. Die Klagen der Landwirtschaft über den Arbeitermangel sind daher berechtigt."

Ebensosehr aber, wie durch die Abwanderung der seßhaften, wurde die Notlage der Landwirtschaft verschärft durch den Kontraktbruch der fluktuierenden Arbeiter. Und diesen wirksamer zu verhindern, war der Wunsch der Landwirtschaft. Anfang April bestimmten die Minister für Landwirtschaft und des Innern, daß alle Sachen, die sich auf Kontraktbruch ländlicher Arbeiter beziehen, als eilige behandelt werden sollten. Aber diese Maßregel war doch nur formal. Am 16. Mai fand im preußischen Abgeordnetenhause eine Beratung über diesen Kontraktbruch statt. Der konservative Abg. v. Mendel-Steinfels verlangte Strafbarkeit des dolosen Kontraktbruchs von seiten der Arbeiter, desgleichen der verführenden Agenten. Die Arbeitgeber seien schon strafbar, die Arbeiter aber nicht. Doch blieb die Anregung zunächst ohne Folgen.

Ende April erließ der Senat von Lübeck ein Verbot des Streikpostenstehens. Nach der Verfügung sollten Zuwiderhandelnde mit Geldstrafe bis zu 150 Mark gebüßt werden. Die Verfügung wurde vielfach als den Reichsgesetzen widersprechend angesehen. Am 11. Juni brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation im Reichstag ein, ob das Verbot dem Reichsgesetz entsprechend sei. Viele Redner der Linken bestritten das. Aber Staatssekretär Nieberding trat auf die Seite Lübecks und erklärte die Verfügung für zulässig.

Von großer vaterländischer Bedeutung waren einige sozialpolitische Vorgänge des Sommers, weil sie zeigten, wie wichtig die Herstellung des inneren sozialen Friedens auch für die Wehrhaftigkeit der Nation ist. Im Laufe des Sommers galt es, für die China-Expedition schnell Schiffe auszurüsten. Die Hamburger Arbeiter lagen in Fehde mit ihren Arbeitgebern und streikten. Wer schuld hatte an dem Zerwürfnis, war schwer erkennbar. Jedenfalls stockte die dringend notwendige Arbeit. Ein glücklicher Umstand war es, daß an der Weser die Arbeiter des „Norddeutschen Lloyd" an der Arbeit blieben und alles Erforderliche fertigstellten. Aber es hatte sich doch gezeigt, welches

Unheil entstehen kann, wenn Lohnkämpfe die Mobilmachung stillstellen können. Der Kaiser fuhr nach Bremen, verteilte daselbst Dekorationen, und sprach den Arbeitern seine Anerkennung in energischer Rede aus. „Ehrlos ist der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt!"

Im Oktober brachte der „Vorwärts" die Enthüllung, daß das Reichsamt des Innern (1898) den Zentralverband der Industriellen gebeten habe, ihm 12 000 Mark für Agitation zugunsten des Arbeitswilligengesetzes zu geben. Am 24. November interpellierten die Sozialdemokraten darüber im Reichstag. Fürst Bülow antwortete, gab die Tatsache zu und trat für den guten Glauben der verantwortlichen Beamten ein, erklärte aber die eingeschlagene Methode für einen „Mißgriff", der unzulässig sei. Die Sozialdemokraten hatten den Vorfall als „Panama" ungeheuerlich aufgebauscht, obschon er nach der Seite der Korruption kaum etwas bedeutete, da die Gelder rein sachlich und nicht etwa persönlich zu Bestechungen verwendet waren. Aber der Vorgang zeigte, daß damals doch noch einzelne Beamte des Reichsamts mit der Arbeitgeberschaft weit intimer verbunden waren, als für eine über den Parteien stehende Regierung gut und zulässig sein konnte.

Am 14. Juni beschloß das Ministerium im Königreich Sachsen, vom 1. Juli ab weibliche Vertrauenspersonen für die staatliche Gewerbeaufsicht anzustellen.

Am 8. und 9. Oktober hielten die Christlich-Sozialen ihren Parteitag in Wetzlar ab. Eine große Volksversammlung gestaltete sich zu einer Disputation zwischen den Führern der Christlich-Sozialen — Stöcker und Weber — und den aus Gießen und anderen Orten herbeigeeilten sozialdemokratischen Führern, und endete mit einem großen Erfolg für die Christlich-Sozialen. In den Verhandlungen nahm man in den Fragen der Weltpolitik und des Zollschutzes Resolutionen an, die durchaus den nationalen Zielen der Regierung entsprachen.

Bedeutsam ist und bleibt aber das Jahr 1900 vor allem deshalb, weil mit der Jahrhundertwende die christliche Gewerkschaftsbewegung endlich aus der Periode der Vorbereitung in die des kräftigen Wachstums hinüberzutreten begann. Wenn das aber geschah, so ist hier ohne Zweifel den katholischen Arbeitern und ihren Führern ein ganz besonderes Verdienst zuzuschreiben. Schon im Jahre 1899 hatten die vom katholischen Volksverein in München-Gladbach (Dr. Pieper) tatkräftig ge-

förderten Gewerkschaften in Mainz ihren ersten Kongreß abgehalten. Als man im Jahre 1900 den zweiten in Frankfurt a. M. folgen ließ, war das Wachstum der Vereine im ersten Jahr bereits ein bemerkenswertes gewesen, und es war sehr verdienstlich, daß sie sich religiös neutral hielten, obschon der evangelische Einschlag damals noch kein starker war. Von den ersten Gewerkvereinen war derjenige der Berg-, Metall- und Hüttenarbeiter des Oberbergamtsbezirks Bonn zur Hälfte evangelisch und der von Pastor Zeiß in Schwalenberg gesammelte Gewerkverein der Lippischen Ziegler sogar ganz evangelisch, weil es dort kaum Katholiken gab. Sonst aber war die Beteiligung von evangelischer Seite vorläufig noch gering. Trotzdem erregte die Interkonfessionalität den Widerspruch der Bischöfe, die auf ihrer Konferenz in Fulda ein Pastorale gegen die Gewerkschaften annahmen, und statt ihrer die Fachabteilungen in den konfessionellen Vereinen forderten. Ganz scharf ging Erzbischof Nörber von Freiburg gegen die Gewerkvereine vor; das Beiwort „christlich" sei nur ein Aushängeschild, die Arbeit eine Vorarbeit für die Sozialdemokratie. Aber nun geschah das Merkwürdige. Der Widerstand der katholischen Arbeiter war auf diesem nichtkirchlichen Gebiet der Standesinteressen ein so starker, daß die Bischöfe sich der unzweideutigen Willensmeinung des vierten Standes fügten. Herr Nörber erklärte noch in demselben Monat Oktober, daß er den christlichen Gewerkschaften nicht zu nahe treten wolle; man solle sie nur nicht in neutrale verwandeln. Die Praxis der Duldung setzte sich aber auch weiter durch, da es klar genug war, daß eine katholisch und evangelisch differenzierte, zwiespältige Bewegung niemals der Sozialdemokratie gegenüber Erfolge würde erzielen können.

Auf evangelischer Seite trat nunmehr mit voller Entschiedenheit auch die „Freie kirchlich-soziale Konferenz" für christliche Gewerkschaften ein. „Die dritte Kommission sieht es als Aufgabe der Kirche an, dahin zu wirken, daß auch in den Gewerkschaften christlicher Geist vertreten werden könne; die Kommission hält für das Ziel die Bildung interkonfessioneller, unparteiischer, rechtsfähiger, einheitlicher Gewerkschaften." Im Dezember fanden lebhafte Verhandlungen über die Frage statt, wie weit die evangelischen Arbeitervereine in der Pfingstwoche 1901 in Speier die Frage verhandeln sollten.

Das Jahr 1900 bildet also den Wendepunkt, an dem sich die christlichen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeiter-

vereine zu differenzieren begannen. Die evangelischen Arbeitervereine, die im Jahre 1882 in Gelsenkirchen begründet, arbeiteten bereits 18 Jahre in großem Segen; sie hatten ausgezeichnete Pionierdienste getan und die Christen unter den Arbeitern in großer Zahl gesammelt. Aber je länger je mehr stellte sich heraus, daß sie eine wirkliche Stoßkraft auf die Sozialdemokratie nicht gewinnen konnten, weil sie sich aus Arbeitern der verschiedensten Berufsarten zusammensetzten. Sollte die berufsständische Vertretung der Arbeiter etwas erreichen, so mußte sie imstande sein zu kämpfen. Kämpfen können aber nur Arbeitergemeinschaften eines und desselben Gewerbes. So lag bis hierher jede ernste Vertretung der Arbeiterinteressen bei den „freien" Gewerkschaften. Und in den evangelischen Arbeitervereinen herrschte, wie schon erwähnt, ein großer Notstand. Tausende von Arbeitern besuchten an einem Tag der Woche den christlichen Verein und begeisterten sich für christliche und patriotische Ideale, und am nächsten Tag besuchten sie aus Not, um ihre Familie nicht brotlos zu machen, die „freie" Gewerkschaft, die von Sozialdemokraten beherrscht wurde. Hier und da beschönigte man den Widerspruch durch die vergebliche Absicht, die Mitglieder der roten Gewerkschaft allmählich zum Christentum zu bekehren — speziell einige National-Soziale hatten diesen kühnen Plan. Aber er blieb eine Utopie. Mit innerer Notwendigkeit drängte sich daher allen sozial interessierten Evangelischen — und ganz ähnlich im katholischen Lager den Katholiken — die Notwendigkeit immer stärker auf, dem christlichen Arbeiter im Interessenkampf seines Berufsstandes auch ein christliches Rückgrat, ihm den Halt und die Hilfe einer Koalition zu schaffen, die verständigen und besonnenen Einfluß auf den Arbeitsvertrag, aber keinen Klassenkampf wollte.

Sobald diese Notwendigkeit klar erkannt war, schritt man zur Arbeit. Und der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Vom Jahr 1900 datiert der große Aufschwung der christlichen Gewerkschaften, der allen Pessimismus überraschend zuschanden machte.

Freilich stand die Sache ja noch in den Anfängen und begann erst allmählich sich geltend zu machen. Einstweilen wirkte der Notstand der Vergangenheit noch nach, und zwar nicht nur bei den Arbeitern selbst, sondern auch bei manchen Freunden des Arbeiterstandes. Das Jahr 1900 trieb wiederum drei evangelische Pfarrer zur Sozialdemokratie: den enthusiastisch ver-

anlagten Pfarrer Blumhardt in Bad Boll, den modernen Paul Göhre und den Konsistorialrat a. D. Franck-Danzig. Dieser hatte in öffentlichem Vortrag die Frage, ob ein Christ Sozialdemokrat sein könne, mit Ja beantwortet. Natürlich erhob sich dagegen, und mit Recht, der Widerspruch der ganzen konservativen und christlichen Presse, oft freilich ohne ein wirkliches Verständnis für den gewaltigen Notstand, der alltäglich die besten Mitglieder der deutschen Arbeiterwelt in die schwersten tragischen Konflikte hineintrieb. Um so dankenswerter war es, daß Stöcker auf einer Tagung in Stuttgart mit tiefem Verständnis die Frage nach allen Richtungen klarlegte, natürlich mit dem Schluß, daß wohl ein Sozialdemokrat Christ, aber kein Christ Sozialdemokrat werden könne.

Als schmerzlicher Verlust für die evangelische Kirche mußte der Übertritt des Pfarrers Christoph Blumhardt von Bad Boll gewertet werden. Blumhardt hatte von seinem frommen Vater ein reiches Erbteil an äußerem und innerem Segen überkommen und Jahre hindurch pietätvoll verwaltet. — Bad Boll war eine Zufluchtsstätte für viele Leidende und Angefochtene, ein religiöses Zentrum. Aber allmählich erlag Blumhardt den Versuchungen einer völlig autonomen mit starker Autoritätsherrschaft verknüpften Stellung. Da ihm gründliche nationalökonomische Kenntnisse fehlten, gewann die sozialistische Presse nicht nur politische Gewalt über ihn, sondern riß ihn auch religiös und innerlich vom Glauben los. Die alte Segensstätte verlor ihren Charakter und bot bald nur noch ein Zerrbild ihrer schönen und großen Vergangenheit. Dabei hat Blumhardt einen nennenswerten Einfluß in der sozialdemokratischen Partei nicht gewinnen können. Er war den „Genossen" nur unbequem und wurde so bald als möglich von ihnen abgeschüttelt.

---

## XXVII. 1901. Spaltung der evangelischen Arbeitervereine.

### Im Jahre 1901

ist irgend ein Fortschritt der Gesetzgebung nicht gemacht worden. Dagegen war auf dem Gebiet der Rechtsprechung zu verzeichnen, daß Anfang Februar das Reichsgericht die lübische Polizei-

verordnung, die das Streikpostenstehen untersagte, für ungültig erklärte; sie stehe im Widerspruch mit der Gewerbeordnung und dem Strafgesetzbuch. Die Feststellung war ein erfreulicher Beleg für die Unabhängigkeit des Reichsgerichts, das sich mit dieser Entscheidung in Gegensatz stellte zur höchsten Stelle im Reichsjustizamt.

Nicht ohne sozialpolitische Bedeutung war es auch, daß am 8. März auf dem Halberg bei Saarbrücken der Freiherr v. Stumm, fast 65 Jahre alt, verschieden ist. Die Entwicklung dieses Mannes zeigt ohne Zweifel tragische Momente, insofern ein in seinen Anfängen sozial wohlwollender Mann von ernster, christlicher Gesinnung späterhin durch blinde Opposition gegen unabweisbare Zeitforderungen in einen Zustand des Größenbewußtseins und der Leidenschaft hineingeriet, der ihn alle Maßstäbe der Billigkeit und Gerechtigkeit vergessen ließ. Das ganze Kartenhaus seiner Gewaltherrschaft im Saarrevier brach bald nach seinem Tode schnell zusammen.

Auf einen beginnenden Umschwung der Ansichten an maßgebender Stelle ließ eine Äußerung des Kaisers schließen, wonach er gelegentlich einer dem Präsidenten Dr. Bödiker und dem Reichstagsabgeordneten Richard Roesicke erteilten Audienz gesagt habe: „Es käme darauf an, den Arbeitern die Überzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand seien und allseitig als solcher anerkannt würden; nur dann würde es gelingen, sie der Sozialdemokratie zu entfremden.“ Freilich erklärten demgegenüber sofort einige Wortführer des „Zentralverbandes“, sie würden nie mit ihren Arbeitern auf dem Fuß der Gleichheit verhandeln. Und die „Post“ erklärte diejenigen Sozialreformer, die sich um Gleichberechtigung bemühten, für „Sozialdemokraten in Frack und Zylinder“. Aber die kaiserliche Kundgebung ist nicht widerrufen worden.

Am 7. Januar wurde in Berlin eine „Deutsche Gesellschaft für soziale Reform“ begründet. Die Gesellschaft bezweckte, die sozialen Bestrebungen innerhalb Deutschlands zu stärken und im Verein mit Vertretern anderer Staaten gemeinsame internationale Grundsätze für den Arbeiterschutz zu begründen. Die namhaftesten Förderer des Vereins waren der vormalige Minister v. Berlepsch und der Kurator der Universität Bonn, Dr. v. Rottenburg. Ihren Beitritt erklärten die bekanntesten Professoren der Nationalökonomie.

Ende September fand in Lübeck der sozialdemokratische Parteitag statt, auf dem die Genossen sich untereinander entsetzlich beschimpften, ohne irgendwie die sozialen Probleme zu fördern. Vollmar-München übte an der rüden Tonart im Oktober scharfe Kritik. Bebel entgegnete, daß für „perverse Anstandsneigungen" in der sozialdemokratischen Partei kein Raum sei.

Am 19. März führte leider die Urteilslosigkeit der „Bürgerlichen" in Gotha zu dem widersinnigen Zustand, daß ein Sozialdemokrat namens Bock, zum dritten Präsidenten des Landtags erwählt wurde. Hier wäre man viel eher berechtigt von einer „perversen" Maßregel zu sprechen. Denn es ist schlechthin nicht einzusehen, wie diejenigen, die den Staat und das Volksleben bauen wollen, sich bereit finden können, eine Umsturzpartei, die sich offen zur „Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft" bekennt, in diesem Vorhaben zu unterstützen.

In den kirchlichen und sozialen Vereinigungen wurde fortdauernd die Frage der Beziehung der Kirche zur Sozialpolitik erörtert. Der Evangelisch-soziale Kongreß behandelte „die Erziehungspflicht der Kirchengemeinden gegenüber sozialen Mißständen"; Professor Seeberg hielt auf dem Kongreß für Innere Mission in Eisenach einen glänzenden Vortrag über „Luthers Stellung zu den sittlichen und sozialen Nöten seiner Zeit"; Stöcker in Stuttgart einen Vortrag über die Fragen: „Kann ein Christ Sozialdemokrat, kann ein Sozialdemokrat Christ sein?"

Neben der theoretischen Förderung wurde aber auch praktisch rüstig weitergearbeitet. Ganz besonders ging es mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung voran. Nach der Statistik vom 6. Januar 1901 zählten diese Vereine nunmehr 166 000 Mitglieder, der Gesamtverband 83 571. Durch Herausgabe der 14tägigen „Mitteilungen des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften", durch Bildung neuer Gewerkschaften für Bäcker, Maler und Straßenbahner, durch Zusammenschluß der verschiedenen Textilarbeiterverbände und durch Herausgabe des „Deutschen Gewerkschaftsblatts" für kleinere Gewerkschaften hatte sich der Gesamtverband sehr wesentlich gekräftigt.

Auch die kirchlich-soziale Frauengruppe hatte an der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiterinnen rüstig weitergearbeitet. Der am 2. Oktober 1900 gegründete „Gewerkverein

der Heimarbeiterinnen für Kleider- und Wäschekonfektion und verwandte Berufe" war auf 1210 Mitglieder angewachsen, ein Vereinsorgan „Die Heimarbeiterin" begründet.

Nicht so glatt vollzog sich in diesem Jahre die Entwicklung der evangelischen Arbeitervereine. Hier trieb die Frage, wie sich die konfessionellen Vereine zur Gewerkschaft stellen sollten, zu einer Krisis, die auf der Delegiertenversammlung in Speier zum Austrag kam. Die einen unter Führung von Pfarrer Naumann rieten den Arbeitervereinlern zum Eintritt in die roten Gewerkschaften, die man durch zahlreichen Beitritt der Christen zu einem politisch neutralen Verhalten zwingen könne und solle. Die anderen unter Führung des Fabrikanten Franken und des Redakteurs Quandel, die beide den nationalliberalen und den Arbeitgeber-Standpunkt vertraten, wollten überhaupt keine Gewerkschaften. Der Vorstand endlich riet zum Eintritt in Gewerkschaften, aber nicht in sozialdemokratische — ein Rat der theoretisch richtig, aber damals noch sehr schwer durchführbar war. Der Konflikt dieser Meinungen führte zu einem Krach. 50 Vereine des rheinisch-westfälischen Verbandes traten mit 7000 Mitgliedern aus dem Gesamtvorstand aus, der sodann, um jeden Schein der Parteipolitik abzuwehren, eine Statutenänderung vornahm, durch welche Naumann und Stöcker aus dem Vorstand eliminiert wurden. Dieser Ausschluß Naumanns führte dann aber zu einer zweiten Sezession: 4000 Württemberger verließen gleichfalls den Gesamtverband.

Die beiden Spaltungen waren wohl im ersten Augenblicke peinlich. Weiterhin aber erwies sich die Ausscheidung Naumanns, der immer nur Konflikte hervorgerufen hatte, als um so nützlicher, je mehr er sich vom Christentum als Basis der politischen Arbeit entfernte, und je demokratischer er wurde. Und andrerseits war es günstig, daß der nationalliberale Versuch, die evangelischen Arbeitervereine zu gefügigen Organen des Kapitalismus zu machen, abgeschlagen war. Diese Entwicklung machte es später möglich, daß „evangelische Arbeitervereine" und christliche Gewerkschaften brüderlich Hand in Hand zu gehen vermochten, um die große Einheit des Deutschen Arbeiterkongresses herzustellen.

## XXVIII. 1902. Die Arbeitslosigkeit. Herbergen und Arbeiterkolonien.

Das Jahr 1902

stand im Zeichen einer schwachen geschäftlichen Konjunktur; besonders der Winter 1901/02 brachte erhebliche Arbeitslosigkeit. Wie immer in Zeiten der Krise entstanden auch diesmal lange Diskussionen über etwaige Maßregeln gegen die Schwankungen des Wirtschaftslebens, speziell über das Problem der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Aber wesentliche praktische Folgen hatten die Erörterungen vorläufig nicht.

Am 17. und 18. Januar fand im Reichstag eine Beratung über die herrschende wirtschaftliche Kalamität statt. Der sozialdemokratische Abg. Zubeil fragte die Regierung, wie sie der wirtschaftlichen Krisis entgegenwirken wolle, und brachte sehr übertriebene Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Redner forderte ein Arbeitsministerium und eine genaue Statistik der Arbeitslosen. Graf Posadowsky wies die Übertreibungen zurück und erklärte die Bereitschaft der Regierung, insoweit sie Arbeitgeberin sei, zu tun, was sie könne. Aber die wichtigste Rolle falle hier den Gemeinden, und weiterhin den einzelnen Bundesstaaten zu. Mit der Arbeitslosenversicherung habe man bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Prof. Hitze vom Zentrum replizierte, er hoffe im Gegenteil auf allmähliche Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, deren Ausgestaltung er für möglich hält.

Agitatorische Anträge dieser Art haben die Sozialdemokraten im Januar und Februar, wo ja immer einige Arbeitslosigkeit herrscht, noch mehrfach wiederholt. Praktische Vorschläge aber, was denn nun zu geschehen habe, sind niemals von ihnen gemacht worden. Sie beschränken sich auf Hetzen und Aufreizen. Das Nachdenken über die sozialen Probleme überließen sie stets den Bürgerlichen und Christlichen. Dazu sind diese gut genug. Und speziell in den Städten, in denen sie starken oder gar maßgebenden Einfluß in der Stadtverwaltung haben, z. B. in Berlin, sieht es keineswegs besser aus, als anderswo — eher noch schlechter. Die einzige deutsche Gemeinde, welche bisher einen nicht unbedeutenden Versuch gemacht hat, der Arbeitslosigkeit durch Versicherung entgegenzuwirken, ist Straßburg i. Elsaß.

Übrigens genehmigte der Reichstag am 31. Januar einen Antrag Pachnicke auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenversicherung.

Am 20. März wurde eine Deputation des Vereins für Frauenstimmrecht vom Reichskanzler empfangen. Die Frauen baten in einer Adresse um Aufhebung aller vereinsrechtlichen Beschränkungen der Frau; weiter um Aufhebung des § 361 des StrGB., der von der Reglementierung der Prostitution handelt; weiter um Mädchen-Gymnasien und volle Immatrikulation der Abiturientinnen an den Universitäten; endlich um obligatorische Fortbildungsschulen. Der Reichskanzler erklärte sein Interesse und Wohlwollen, betonte aber, daß er „nicht allmächtig" sei. Abgelehnt wurden von ihm die Mädchen-Gymnasien, doch wolle man mit Kursen Erfahrungen sammeln. Weiter sprach sich der Kanzler gegen die vollberechtigte Immatrikulation aus.

Am 23. April wurde ein Gesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben einer Kommission überwiesen.

Zu diesem Gesetz faßte der Deutsche Lehrertag in Chemnitz folgenden Beschluß: „Die Versammlung verwirft das Prinzip der Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder und fordert erneut: 1. das Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder vor vollendetem 12. Lebensjahr, 2. das Verbot der Akkordarbeit, Sonntagsarbeit und Doppelbeschäftigung der Kinder vor Beginn des Unterrichts, 3. kurze Arbeitszeit auch für die Ferien, gänzliches Verbot für bestimmte Betriebe, staatliche Aufsicht, sowie baldige Ausdehnung der Bestimmungen für die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten."

Am 20. Mai machte in Berlin der bekannte katholische Sozialpolitiker, Herr v. Savigny, einen neuen Vorstoß, um rein katholische Gewerkschaften durchzusetzen, kam aber nicht einmal bei den Freunden der Gesinnungsvereine mit seinen Vorschlägen völlig durch. Die Bemühungen der stark konfessionellen Katholiken aus den besitzenden Klassen scheiterten stets am entschiedenen Widerspruch der Arbeiter.

Am 4. Juni erwiderte der Landwirtschaftsminister v. Podbielski auf eine konservative Interpellation über die ländliche Arbeiternot, speziell über den immer weiter um sich greifenden dolosen Kontraktbruch, er plane ein Gesetz, das sich aber nicht gegen die kontraktbrüchigen Arbeiter richte, sondern nur gegen die Arbeitgeber, die solche Arbeiter beschäftigten. Der

Minister ist aber nicht mehr in der Lage gewesen, das Gesetz zu vollenden.

Ziemlich interesselos verlief der sozialdemokratische Parteitag in München vom 15. bis 20. September. Einige Redner verlangten energischen Kampf gegen Kirche und Religion. Vollmar warnte dringend davor; Kampf gegen die Kirche werde nur das Zentrum stärken. Dabei blieb es. Auch der Kampf gegen den Alkohol wurde abgelehnt. Denn, wie die Religion, ist auch der Konsum von Branntwein „Privatsache".

Wie bisher tagten auch in diesem Jahre die christlichen Vereinigungen und Kongresse, welche sich mit Sozialpolitik befassen.

Die „Freie kirchlich-soziale Konferenz" trat am 29. April in Düsseldorf zusammen. In geistvollem Vortrage behandelte Dr. Lepsius das Verhältnis von Politik und Christentum, und wies mit gleicher Schärfe und Klarheit den individualistischen und den pietistischen Irrweg ab. „Wer gibt das Recht, die Gebote Jesu aus dem Gesichtswinkel eines Mannes, der das Leben kennt, auf das Niveau eines Vereins für Verarmung und Bettelei herunterzudrücken?" — „Obwohl die christliche Ethik alle Motive individueller und nationaler Selbstsucht verwirft, so fordert sie doch die höchste Anspannung aller individuellen und nationalen Kräfte zum Zweck der Verwirklichung des Reiches Gottes unter den Völkern der Erde." — „Auch die Politik, der Kampf um Recht und Macht in der Völkerwelt wird von Jesus als eine geschichtliche Notwendigkeit anerkannt."

„Der Evangelisch-soziale Kongreß" tagte im Mai in Dortmund. An Stelle des zurückgetretenen Ökonomierats Nobbe war Prof. Harnack zum ersten Vorsitzenden erwählt worden; das Generalsekretariat übernahm Dr. Schneemelcher, gleichfalls liberaler Theologe.

Erhebliche Fortschritte hat wiederum die christliche Gewerkschaftsbewegung gemacht; sie zählte nunmehr 175 000 Mitglieder, während dem Gesamtverband allerdings erst 84 667 beigetreten waren. Die Zahl der eigenen Zeitschriften wuchs auf 12, die Einnahmen auf 356 000 Mark. Die Ausgaben haben sich auf 190 000 Mark belaufen, darunter 74000 für Unterstützung Streikender und Gemaßregelter.

Die Idee, welche zeitweilig die National-Sozialen beherrscht hatte, daß es möglich sein werde, die „freien" Gewerkschaften durch den massenhaften Beitritt christlicher Mitglieder zu einer

wirklich unparteiischen, neutralen Haltung zu zwingen und sie gewissermaßen von innen heraus zu reformieren, wurde in diesem Jahre endgiltig zu Grabe getragen. Der letzte Vertreter dieser Idee, der Lithograph Konstantin Tischendörfer, wurde von den „Kollegen" derart behandelt, daß er den Kampf aufgab. Die „freien" Gewerkschaften erklärten sich immer offener als reine Hilfstruppe der Sozialdemokratie.

Die evangelischen Arbeitervereine litten unter der Krisis des Vorjahrs; man kam nicht wesentlich vorwärts. Der rheinische Verband legte, um Mißdeutungen vorzubeugen, seine Grundsätze in einem kurzen Programm fest.

Dem Bekenntnis zum Evangelium und zur Treue für Kaiser und Reich ward hinzugefügt: „Wir wollen zur Lösung der sozialen Fragen beitragen. Wir suchen das Wohl unserer Mitglieder, soviel in unseren Kräften steht, zu fördern. Deshalb verweisen wir sie auf Selbsthilfe, Bruderhilfe, Staatshilfe. Mit der sozial fördernden Tätigkeit geht die sozial versöhnende Hand in Hand." Die Vereine wollen durch gegenseitige Anerkennung der Stände die Kluft zwischen denselben überbrücken.

Wenn und wo von der Geschichte der sozialen Bestrebungen des letzten Vierteljahrhunderts die Rede ist, dürfen auch drei Arbeitsgebiete nicht übergangen werden, die gemeinhin zur Innern Mission gezählt werden, aber mit allen Bemühungen zur materiellen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes aufs engste zusammenhängen, die Herbergen zur Heimat, die Arbeiterkolonien, und sodann die Verpflegungsstationen. Von den Herbergen ist schon oben die Rede gewesen und von ihrem Begründer Perthes. Dieses Werk hatte im Jahre 1901 eine solche Ausdehnung gewonnen, daß 2720424 Durchreisende, Stationsgäste und Kostgänger in 4261974 Nächten die Betten der Herbergen in Anspruch nahmen.

Die Arbeiterkolonien sind, wie schon früher erwähnt, von Pastor von Bodelschwingh ins Leben gerufen worden. Ihr Zweck ist es, den Arbeitslosen zu dienen, und die Wanderer von der Landstraße in Kolonien zu sammeln, damit sie dem demoralisierenden Treiben des Bettel- und Wanderlebens entzogen werden. Ganz besonders denen, die sich noch helfen lassen wollten, sollten die Kolonien helfen, dem Branntwein zu entsagen, sich wieder an Arbeit zu gewöhnen und durch die Arbeit in geordnete Verhältnisse zurückzukehren. Um aber die Landstraße von diesem

„fünften Stand“ allmählich zu befreien und den „Brüdern von der Landstraße“ die Richtung auf die Arbeiterkolonien zu geben, ist weiter ein, wenn auch bisher noch keineswegs lückenloses Netz von „Verpflegungsstationen“ über das Deutsche Reich gezogen worden. Auch in diesen Stationen sollte es die Hauptsache sein, nicht Almosen sondern Arbeit zu geben, indem man die unentgeltlich Verpflegten einen halben Tag an einem „barmherzigen Steinhaufen“ Steine zerkleinern oder eine ähnliche Arbeit verrichten ließ.

Mit einer Treue, Ausdauer und Unermüdlichkeit, die nicht genug zu bewundern ist, hat Pastor v. Bodelschwingh dieses äußerst schwierige Gebiet bearbeitet und es zuletzt sogar mit einigem Erfolge fertiggebracht, in die demoralisierende Verwaltungspraxis der Stadt Berlin Bresche zu legen.

Im Jahre 1901 waren bereits in den Kolonien aufgenommen 130 248 Kolonisten; 8823 in diesem Jahre. Jedes Alter und jede Konfession war unter ihnen vertreten. Von 8487 Abgegangenen starben 19, heimlich entfernten sich 233, erkrankten 308, wurden entlassen wegen Widerspenstigkeit 813, wegen Arbeitsscheu 253, kehrten in die Familie zurück 163, fanden Arbeit durch eigenes Bemühen 842, durch die Kolonie 636. Geleistet wurden in der Kolonien 786 569 Arbeitstage.

Also auch hier ein großes Stück Sozialreform!

---

## XXIX. 1903. Die Reaktion ist überwunden. Die Preußische Generalsynode bekennt sich zu kirchlich-sozialer Arbeit.

Das Jahr 1903

kann in etwas als ein Wendepunkt der Sozialgeschichte angesehen werden. Die Reaktion im Sinn der Ära Stumm ist so gut wie ganz überwunden; die Kirche bekennt sich durch den Mund der Generalsynode zu kirchlich-sozialer Arbeit; der Reichskanzler legt von neuem die Regierung auf wichtiger sozialpolitischer Linie fest. Auch die Konservativen lenken ein.

Am 20. Januar hielt Reichskanzler Fürst Bülow eine bedeutsame sozialpolitische Rede im Reichstag. Auf ironische Bemerkungen der Sozialdemokratie über den Wert der deutschen Versicherungsgesetze erwiderte der Kanzler: „Die großartige Schöp-

fung unſerer Arbeiterverſicherung ſteht bis jetzt einzig in der Welt da. Wo finden Sie in Frankreich oder in Belgien oder in Holland, in England oder in Amerika Geſetze, Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter, wie bei uns?" Fürſt Bülow machte dann Mitteilungen über eine Unterredung des ſozialiſtiſchen Miniſters Millerand in Paris mit dem deutſchen Botſchafter Fürſten Radolin, und ſtellte dabei der Politik und der Einſicht Millerands das beſte Zeugnis aus. Als Bülow ſagte: „Er verfolgt energiſch die Hebung der unteren Maſſen, wozu die Bourgeoſie nicht allzu geneigt iſt" — rief ein Sozialdemokrat: „Wie bei uns!" Dazu ſagte dann der Kanzler weiter: „Dieſer Zwiſchenruf frappiert mich wirklich: es iſt wörtlich dasſelbe, was S. M. der Kaiſer an den Rand des Berichtes geſchrieben hat." — „Meine Herren (Sozialdemokraten). Ich wünſche Ihnen einen Millerand. Die ſoziale Geſetzgebung iſt zurückzuführen auf die gemeinſame Arbeit der deutſchen Fürſten und des Hohen Hauſes. Was Sie betrifft, ſo haben Sie ja gegen die Arbeitergeſetze geſtimmt, und auch das gleiche und allgemeine Wahlrecht iſt Ihnen von der Monarchie gewährt, und freiwillig gewährt worden." — „S. M. der Kaiſer iſt davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt ſein ſoll mit den anderen Ständen und Klaſſen und daß dieſe Gleichberechtigung ihren geſetzgeberiſchen Ausdruck finden muß."

Mit dieſer Rede hatte der Kanzler das Mißfallen der Reichspartei erregt, dem Herr v. Kardorff Ausdruck gab, wenn er auf die Leiſtungen des Bürgertums hinwies. Fürſt Bülow erwiderte: „Abg. v. Kardorff hat hervorgehoben, daß Bürgertum und Unternehmertum viel geleiſtet haben für die Hebung der unteren Klaſſen, und daß es tatkräftig mitgewirkt hat am Aufbau und Ausbau der ſozialen Geſetzgebung, aber es liegt in der menſchlichen Natur und es liegt im menſchlichen Egoismus, daß jede Geſellſchaftsſchicht Opfer zugunſten einer anderen Geſellſchaftsſchicht nur ungern bringt, und deshalb iſt es die Pflicht des Staates, und es iſt die Pflicht der Monarchie, hier auszugleichen und zuzugreifen, indem ſie davor warnt, Dinge zu verlangen, welche die Konkurrenzfähigkeit der Nation auf dem Weltmarkt beeinträchtigen, welche unſere wirtſchaftliche Entwicklung erſchüttern könnten, aber auch die Arbeitgeber und Unternehmer auffordert und ermahnt, kräftig mitzuwirken, damit die Klaſſendifferenzen immer mehr zuſammenſchrumpfen, damit die ärmeren Klaſſen

wohlhabender werden, damit immer mehr Individualitäten aufsteigen aus den unteren in die reicheren und wohlhabenden Schichten der Bevölkerung, mit anderen Worten für den sozialen Aufschwung. Das ist mein soziales politisches Bekenntnis, das ist die Ansicht der verbündeten Regierungen, und dieser Ansicht hat S. M. der Kaiser Ausdruck gegeben in dem Marginal, das vorgelesen zu haben ich nicht bedauere."

Anfang Februar gab es wiederum starke sozialpolitische Debatten im Reichstag, in denen sich auch Graf Posadowsky mit Entschiedenheit für Fortführung der Sozialreform erklärte.

Einige Fortschritte machte der Arbeiterschutz. Am 31. Januar genehmigte der Reichstag in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf über gewerbliche Kinderarbeit, der diese wiederum erheblich einschränkte, und forderte eine Enquete über landwirtschaftliche Kinderarbeit.

Am 22. April genehmigte der Reichstag in zweiter Lesung das Gesetz über Phosphorzündwaren. Diese Waren und ihre Herstellung wurden wegen der Gesundheitsschädlichkeit für die Arbeiter gänzlich verboten.

Am 27. Februar verwies der Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz an eine Kommission. Der Kommissionsentwurf wurde am 30. April genehmigt. Es handelte sich nur um ein Provisorium. Der Reichstag forderte in einer Resolution die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie, das Gesinde, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Am 16. Juni fanden Reichstagswahlen statt, denen eine lange leidenschaftliche Wahlbewegung voraufgegangen war. Das Ergebnis im großen war ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie von 56 auf 83 Mandate; im Königreich Sachsen allein fielen von 23 Wahlsitzen 22 an die Umsturzpartei. Die Christlich-Sozialen gewannen neben dem Siegener Mandat Stöckers einen zweiten Wahlkreis; in Dillenburg wurde an Stelle des Nationalliberalen Hofmann Dr. Burckhardt gewählt.

Wenn aber die Wahlen von 1903 den Höhepunkt der sozialdemokratischen Welle bezeichneten, so ist andrerseits, wie schon gesagt, gerade von diesem Jahr aus ein starkes Anwachsen der christlichen Arbeiterbewegung zu datieren. Speziell eine Folge des erschreckenden Wahlergebnisses war es auch, daß ein konservativer Großgrundbesitzer dem Reichstagsabgeordneten Stöcker

die Summe von 150 000 Mark schenkte, um damit einen Anti-Vorwärts, ein christliches Arbeiterblatt ins Leben zu rufen. Stöcker gründete mit dieser Summe „Das Reich, Nationale Tageszeitung für soziale Reform". Chefredakteur wurde der Generalsekretär der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz", lic. Mumm. Die großen Schwierigkeiten, die, besonders nach der finanziellen Seite hin, jedem neuen, und besonders jedem christlichen Zeitungsunternehmen sich entgegenstellen, sind auch dem „Reich" nicht erspart geblieben. Aber doch hat es als das unentbehrliche hauptstädtische Organ der großen christlichen Arbeiterbewegung (nicht irgend einer Partei) dieser Bewegung sehr große und sehr nachhaltige Dienste leisten dürfen.

Im Verfolg der Reichstagswahlen erhob sich ein großer Streit in der sozialdemokratischen Partei, ob man im Reichstag einen Vizepräsidenten-Posten beanspruchen solle, oder nicht. Die Revisionisten und Vollmar waren dafür, Bebel und Singer dagegen. Die Sache spitzte sich dahin zu, ob die Fraktion oder der Parteitag als maßgebende Instanz für die Präsidentenfrage zu gelten habe. Natürlich waren es Bebel und Singer, die ihren Willen durchsetzten. Dies geschah in Dresden auf dem Parteitage, der vom 13. bis 19. September gehalten wurde. Die Genossen beschimpften sich auf diesem Tage in so unerhörter Weise untereinander, daß alle anständigen Menschen sich mit Ekel von dem Schauspiel abwandten, das ihnen geboten wurde. Mehring erklärte später den Verlauf des Tages für sehr glücklich; solche Aussprachen seien ein „Jungbrunnen" für die Partei. Die Bezeichnung „Jungbrunnen" ist dem Dresdner Tage um so hartnäckiger geblieben, als irgendwelche dem Arbeiterstande nützliche Beschlüsse nicht gefaßt wurden, sondern alle Debatten sich in gegenseitiger Beschimpfung erschöpften.

Einen sehr wohltuenden Gegensatz zu dem entsetzlichen sozialdemokratischen Parteitag bildete dann der am 25. und 26. Oktober in Frankfurt a. M. abgehaltene „Erste deutsche Arbeiterkongreß." Nach jahrelanger unermüdlicher Arbeit in Arbeitervereinen, Gesellen- und Jünglingsvereinen, Gewerkschaften und Verbänden, glaubten endlich die Führer der christlichen Arbeiterbewegung in beiden Konfessionen den numerischen Bestand ihrer Mitglieder für groß genug halten zu dürfen, um den Zusammenschluß zu einem in großer Öffentlichkeit gehaltenen Kongreß wagen zu dürfen. So wurde ein Delegiertentag nach Frank-

furt einberufen, um für ein geschlossenes Vorgehen im großen Stil die Richtlinien zu finden. Beschickt wurde der Tag von etwa 200 Delegierten. Diese vertraten die christlichen Gewerkschaften (93 000 Mitglieder), die evangelischen Arbeitervereine (102 000), die katholischen Arbeitervereine (201 000), zahlreiche Verbände von Staatsarbeitern, den deutschen Handlungsgehilfen-Verband und andere Vereine — zusammen 620 000 Arbeiter und Gehilfen.

Der Kongreß sandte ein Huldigungstelegramm an den Kaiser, der „herzlichsten Dank" aussprach und die Zusage gab, daß er die Verhandlungen mit Interesse begleiten und nach Möglichkeit „Schutz und Beistand" gewähren werde.

Die Verhandlung wurde geleitet von dem Gärtner Franz Behrens, einem geborenen Mecklenburger, der seine öffentliche Laufbahn damit begonnen hatte, eine neutrale Gärtnergewerkschaft zu leiten, dann aber sich ganz in den Dienst der christlichen Arbeiterbewegung gestellt und durch Redegabe sowohl, wie durch klare Erfassung der gangbaren Wege ein immer steigendes Vertrauen unter seinen Standesgenossen erworben hatte. Der Kongreß faßte eine Resolution, worin Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts gefordert wurde, über dessen ungleiche Handhabung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern viele Redner Klage erhoben. Weiter forderte man ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine und Arbeitskammern.

Die bürgerliche Presse begegnete dem Kongreß mit erheblichem Mißtrauen. Der „Vorwärts" behandelte ihn feindselig als törichten Versuch, die Arbeiter „einzulullen." Volles klares Zeugnis von der Bedeutung der Sache legten der Reichskanzler Fürst Bülow und der Staatssekretär Graf Posadowsky ab.

Schon am 10. Dezember nahm Fürst Bülow Gelegenheit zu erklären: „Wir wollen nicht nur fortführen, was auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung schon geschaffen ist, sondern wir hoffen auch, nach und nach denjenigen Aufgaben näher treten zu können, die noch der Lösung harren. Diese Aufgaben sind für das nächste Jahrzehnt die Witwen- und Waisenversorgung, und ich hoffe, auch später einmal die Arbeitslosenversicherung. Wir werden aber diese Aufgabe nur lösen können, wenn wir in dem, was ich den Kampf gegen das menschliche Elend nenne, Schritt für Schritt vorgehen, ohne den Boden

der Wirklichkeit unter den Füßen zu verlieren, ohne durch Forderungen, wie sie von sozialdemokratischer Seite gestellt werden, unser ganzes wirtschaftliches Leben mit Katastrophen zu bedrohen."

Den Sozialdemokraten sagte der Reichskanzler folgendes: „Keine Partei hat die Redefreiheit und Versammlungsfreiheit anderer Parteien weniger respektiert, als die sozialdemokratische. Keine Partei führt gegenüber den Führern anderer Parteien eine rohere, eine freiheitsfeindlichere Sprache, als die Sozialdemokratie. Und welche Tyrannei üben sie auf den Bauplätzen und den Werkstätten gegenüber dem einzelnen Arbeiter, der sich der Sozialdemokratie nicht unterwerfen will. Wie gewaltsam, wie tyrannisch gehen Sie vor in den Krankenkassenverwaltungen! Und wie ist es mit der Meinungsfreiheit bei Ihnen bestellt? Sie reden, m. H., über das finstere Mittelalter. Es hat niemals ein Konzil gegeben, wo eine solche Unduldsamkeit, Engherzigkeit und Ketzerriecherei geherrscht hat, als auf Ihrem letzten Parteitage."

Fürst Bülow forderte weiter die Sozialdemokraten auf, endlich zu sagen, was sie denn eigentlich wollten, und wie die Verfassung aussehen solle, die sie versprächen, blieb aber natürlich ohne Antwort.

Eine Anregung des Grafen Limburg am 10. Dezember gegen die Sozialdemokratie Repressivmaßregeln zu ergreifen, lehnte Fürst Bülow rund ab.

Am 13. Dezember empfing der Reichskanzler eine Abordnung christlicher Arbeiter, die ihm die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses vorlegten; er versprach ernste sachliche Prüfung.

Daß auch in der konservativen Partei ein Umschwung der Denkweise sich anbahnte, zeigten die folgenden von einem Delegiertentag am 25. März gefaßten Beschlüsse:

1. Die konservative Partei treibt nicht Sozialpolitik, um die Gunst der Wählermassen zu erlangen, und macht nicht unerfüllbare Versprechungen, wohl aber will sie die unerschütterlichen Grundsätze des Christentums und deren Betätigung in der Gesetzgebung zur Geltung gebracht sehen. 2. Die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen, welche durch die Botschaft vom 17. November 1881 eingeleitet ist, hat sich nicht nur auf die Arbeiter, für die durch Arbeiterschutz und Versicherungsgesetze bereits Bedeutendes erreicht worden ist, zu erstrecken. Der Mittelstand in Stadt und Land (Handwerker, Kleingewerbe, kleiner und mitt-

lerer Grundbesitz usw.), von dessen Gedeihen die Erhaltung des Vaterlandes abhängig ist, erscheint auf das höchste gefährdet und ist zum Teil unter die wirtschaftliche Lage von Lohnarbeitern herabgesunken. Die für den Mittelstand unabweisbaren Maßnahmen sind nicht länger hinauszuschieben. 3. Daneben erstrebt die konservative Partei a) die weitere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes, namentlich in bezug auf die Arbeit der Frauen und Kinder, soweit Gesundheit und Familienleben gefährdet erscheinen; b) die Verbesserung der Arbeiterversicherungsgesetze, wobei dem Plan einer Witwen- und Waisenversicherung ernstlich näher zu treten ist. 4. Der konservativen Partei würde das freudige Eintreten für die Arbeiterfürsorge wesentlich erleichtert werden, wenn die Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten sich ausnahmslos entschließen möchten, für die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes, für einen besseren Schutz der nationalen Produktion, endlich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der jede göttliche und menschliche Autorität untergrabenden Volksverführer zielbewußt und energisch vorzugehen.

Auch in den kirchlichen Kreisen war die Erkenntnis der sozialen Fragen eine tiefere und bessere geworden. So war es bedeutsam für die Mitwirkung der Kirche an der Lösung der sozialen Fragen daß die Preußische Generalsynode am 4. November einem Gesetzentwurf zustimmte, der für soziale Zwecke eine erhebliche Geldsumme (220 000 Mark im Jahr) zur Verfügung stellte. Als Verwendungszweck dieser Summe wurde bestimmt die Verstärkung der Seelsorge in Großstädten und Industriebezirken, sowie die „Förderung von kirchlichen Veranstaltungen, welche Gemeinden und Geistliche und solche, die sich auf das geistliche Amt vorbereiten, in die Kenntnis und das Verständnis der sozialen Aufgaben und des Anteils der Kirche an ihrer Lösung einzuführen geeignet sind." Die richtige Verwendung dieser Mittel erschien so wichtig, daß sie nicht dem Oberkirchenrat allein überlassen, sondern an die Mitwirkung des Generalsynodalrats geknüpft wurde.

Mit diesem wichtigen Beschluß hatte die Kirche zum erstenmal anerkannt, daß es kirchlich-soziale Aufgaben gebe, die nicht nur von freien Vereinen, sondern von der organisierten Kirche zu bearbeiten sind. Durch den Beschluß wurde eine alte Spannung zwischen dem Kirchenregiment und weiten kirchlichen Kreisen beseitigt.

Unter den Rednern, die das Gesetz befürworteten, stand Stöcker mit einer markigen Rede obenan. „Bei den sozial erregten Massen sind Evangelium und Kirche verdächtigt. Hiergegen muß man vor allem wirken. Die Arbeiter halten die Kirche für eine Feindin ihres Aufstrebens. Wir müssen zeigen, daß das Christentum kein Hindernis ist für gesunde soziale Bewegung, wenn es nur auch in sittlicher und religiöser Beziehung aufwärts geht.“ Im Hinblick auf den Frankfurter Kongreß wies Stöcker darauf hin, wie förderlich und friedlich das Wort und die Gabe der Generalsynode wirken könnten.

Das Hauptverdienst um die Annahme des Gesetzes wurde dem hochangesehenen Vorsitzenden der „Positiven Union“, Grafen Hohenthal-Dölkau, zugeschrieben. Leider hat bisher die Verwendung der bewilligten Gelder dem ins Auge gefaßten Zweck nicht hinreichend entsprochen. Mit den vorhandenen großen Mitteln hätte sich mehr erreichen lassen.

Als einer neuen Arbeit wandte sich die kirchlich-soziale Konferenz der Wohnungsfrage zu. In Berlin wurde auf ihre Anregung hin der „Vaterländische Bauverein“ begründet, der bereits zwei große Häuserkomplexe auf genossenschaftlichem Wege hergestellt hat, ein wenig im Sinne der Fourierschen Phalansteren, aber auf christlicher Grundlage: mehrere hundert Wohnungen, Arbeiterinnenheim, Kinderhort, Hospiz, Bäckereigenossenschaft, Volksbureau usw. Die Wohnungen fanden reißenden Abgang in den Bevölkerungsschichten, für welche sie bestimmt sind.

Vom 14. bis 16. April tagte die Freie kirchlich-soziale Konferenz in Berlin. Das sozialpolitische Hauptthema war die Stellung der Frau in der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde. Dr. Stöcker und Fräulein Paula Müller waren Referenten. Beschlüsse wurden aber nicht gefaßt, weil auf diesem Gebiet eine völlige Übereinstimmung der Meinungen noch nicht erzielt war. Die Wünsche und Forderungen der Frauen gingen über das, was vielen Männern recht schien, nicht unerheblich hinaus.

Am 11. Dezember bildete sich im Reichstage eine neue Fraktion, die Wirtschaftliche Vereinigung, der die Deutsch-Sozialen und Christlich-Sozialen beitraten. Wie sich versteht, handelte es sich nicht um eine programmatisch homogene Partei, sondern um einen äußeren Zusammenschluß, der auch den kleinen Gruppen die Ausnutzung der geschäftsordnungsmäßigen Parteiprivilegien möglich machen sollte.

Charakteristisch für die sozialdemokratische Agitation war es, daß Mitte März die sächsische Gruppe der Partei eine Landeskonferenz in Mittweida abhielt, und bei Beratung der Erhöhung der Beiträge zum Wahlfonds die Sorge allgemein war, es werde nichts eingehen. Ein Führer fand Beifall mit dem Erklärungsgrund, man habe den Leuten zuviel vorgeredet, daß sie arm seien. Jetzt glaubten sie es wirklich!

---

## XXX. 1904. Erster sozialer Ausbildungskursus. Kriegsgefahr durch die Sozialdemokratie.

Das Jahr 1904

war auf dem Gebiet der Gesetzgebung unergiebig, brachte aber manche wertvolle Anregung und vor allem ein stilles, stetiges Fortarbeiten der christlichen Arbeiterbewegung, speziell den überaus wichtigen „Ersten sozialen Ausbildungskursus". Je stärker die christliche Arbeiterbewegung anwuchs, um so notwendiger erwies es sich, geschulte und unterrichtete Arbeiter als Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsführer an die Spitze der Vereine und Verbände zu berufen. War die Bewegung bisher nur langsam vorgeschritten, so lag das vielfach daran, daß die Führer entweder Geistliche oder sonst „Akademiker" waren, und wie es in der Natur der Dinge liegt, den berufsständischen Interessenton niemals so anzuschlagen vermochten, wie der wirkliche Standesgenosse. Es mußte also angestrebt werden, was die Sozialdemokratie seit lange mit Erfolg geübt hatte: intelligente, redegewandte Arbeiter erst, soweit es ihre Vorbildung erlaubte, mit Wissen auszurüsten und sie dann „frei zu stellen", um sie gegen alle Anfechtung derjenigen zu sichern, mit denen nun einmal der Widerstreit der Interessen erledigt werden muß.

Unter großer Beteiligung von mehr als 50 Arbeitern fand der erste Kursus, von Lic. Mumm ausgezeichnet vorbereitet und trefflich geleitet, in Berlin statt. Vom 29. Mai bis 9. Juli wurde fleißig gearbeitet. Für jedes Fach, das einem Arbeitersekretär zu kennen nützlich sein kann, waren sachverständige Dozenten gewonnen. Betragen und Fleiß der Hörer waren musterhaft. Und als schöner Beweis des Umschwungs der Denkweise in der Regierung konnte es gelten, daß der Staatssekretär Graf Posa-

dowsky den ganzen Kursus, Lehrer und Hörer, zu einem geselligen Abend in das Reichsamt des Innern einlud — eine augenfällige Widerlegung aller sozialdemokratischen Behauptungen über Nichtachtung des Arbeiterstandes an maßgebenden Stellen. Graf Posadowsky zeigte den christlichen, den verständigen Arbeitern, daß es der Regierung Ernst damit war, ihnen weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, vor allem sie als Gleichberechtigte zu behandeln.

An den nicht unerheblichen Unkosten des Kursus hatten zahlreiche sozialpolitische Vereine jeder Richtung teilgenommen.

Am 10. Februar wiederholten die Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause den Antrag auf Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeitgeber. Es soll auch derjenige Arbeitgeber bestraft werden, der Arbeiter in Dienst nimmt, „von denen er weiß oder annehmen muß, daß sie noch einem anderen Arbeitgeber verpflichtet sind". Der Zentrumsabgeordnete Herold befürwortete warm das Gesetz. Kontraktbruch in der Landwirtschaft sei viel schlimmer, als in der Industrie, denn er vernichte bereits erzeugte Werte. Minister v. Podbielski versprach, einen solchen Entwurf vorzulegen. Die Vorlage erfolgte denn auch bereits am 7. Mai; die erste Beratung fand am 8. Juni statt. Das Gesetz wurde an eine Kommission verwiesen. Am 16. Juni interpellierten die Sozialdemokraten im Reichstag den Kanzler über das Gesetz, das angeblich zu verschiedenen anderen geltenden Gesetzen im Widerspruch stehen solle. Staatssekretär Nieberding nahm das aber entschieden in Abrede. Das Gesetz ist in der Kommission begraben worden.

Am 18. April nahm der Reichstag eine Resolution Gröber an, wonach der Reichskanzler ersucht wird, Sorge zu tragen, daß bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die Reichsbehörden mehr Rücksicht als bisher auf die Handwerker und Arbeiter genommen, ganz besonders eine gewisse Einheitlichkeit der Bedingungen herbeigeführt werde.

Die Annahme dieser Resolution erfolgte einstimmig.

Am 16. Mai fand im Preußischen Herrenhause eine sozialpolitische Debatte statt. Die Herren v. Manteuffel und Graf Mirbach forderten Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie. Professor Schmoller trat ihnen entgegen einesteils mit der sehr richtigen Behauptung, daß eine Mehrheit für solche Gesetze im Reichstag nicht vorhanden sei, anderenteils aber auch mit der sehr

falschen Behauptung, daß die Revisionisten bereits die sozialdemokratische Partei beherrschten und „die jüngere Generation" in dieser Partei bereits „einen anderen Geist" zeige. Wann und wo dieser Geist sich gezeigt habe, wurde von Professor Schmoller nicht angegeben, konnte auch wohl kaum angegeben werden, da bis zur Stunde die „Jungen" denselben politischen Unverstand zeigten wie die „Alten".

Am 1. Juni ersuchte in Württemberg die Kammer die Regierung, im Bundesrat ein Gesetz zu befürworten, betr. Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden, eventuell, wenn die Schritte beim Reich keinen Erfolg versprächen, um Vorlage eines Landesgesetzes. Der württembergische Landtag gab also auch dem immer dringender werdenden Wunsch nach Arbeitskammern Ausdruck.

Vom 12. bis 18 Juni tagte in Berlin ein internationaler Frauenkongreß, auf dem eine Flut von extravaganten Reden gehalten wurde. Der Kongreß war nur geeignet, zu zeigen, wie notwendig eine verständige christliche Frauenbewegung sei, und welches große Arbeitsfeld sich für kirchlich-soziale Frauengruppen unter den irrenden Geschlechtsgenossinnen darbiete.

Wenn im Jahre 1903 ein erfreuliches Fortschreiten sozialer Erkenntnis in kirchlichen Kreisen berichtet werden konnte, so hielt diese Entwicklung im Jahre 1904 an. Das am 4. November 1903 von der Preußischen Generalsynode beschlossene kirchlich-soziale Gesetz hatte ein beachtenswertes Nachspiel. Am 1. Januar erließen 159 notable Männer einen Aufruf zur Beschaffung von Geldmitteln, um die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Als der Unterstützung wert und bedürftig wurden namentlich aufgeführt die Freie kirchlich-soziale Konferenz, die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland und die evangelischen Arbeitervereine. Der Erfolg der Sammlung war kein sonderlich großer. Aber es war doch eine neue Anerkennung der christlichen Arbeiterbewegung ausgesprochen worden, die von manchen unliebsamen Erfahrungen der Vergangenheit sehr vorteilhaft abstach.

Die Freie kirchlich-soziale Konferenz arbeitete auf ihren verschiedenen Gebieten rüstig weiter, dehnte besonders auch ihre Einwirkung auf Literatur und Presse aus. An Stelle des verstorbenen Oberlandsgerichtsrats Dr. Duncker wurde der Wirk-

liche Geheime Rat Rothe in Kassel zum ersten Vorsitzenden erwählt.

Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung machte erfreuliche Fortschritte. Die Mitgliederzahl der Vereine stieg um 13 261 Zahler; die Jahreseinnahmen überstiegen zum ersten Male 1 Million Mark; sie waren um etwa 300 000 M. höher als im Vorjahr.

Auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß sprach der Fabrikbesitzer Freese-Berlin mit Wärme für das Prinzip der Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Industrie. Er arbeite seit 20 Jahren mit dem Tarifvertrag und habe nur gute Erfahrungen gemacht. Wer ungünstig über die Gewinnbeteiligung urteile, kenne sie nicht.

Die Darlegung Freeses wurde nicht angefochten. Aber als Lösung eines großen Problems kann das Prinzip deshalb doch wohl nicht gelten, weil es einesteils guten Willen und Uneigennützigkeit des Arbeitgebers voraussetzt, diese aber, wie sich versteht, nicht immer verhanden sind. Dann aber setzt das ganze System sehr gut fundierte und fest eingeführte Geschäftsverhältnisse voraus. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie die Verhältnisse sich in schlechten Jahren gestalten, wenn einmal ohne Rente gearbeitet wird und der vertragsmäßige Anteil der Arbeiter hinter den Durchschnittslöhnen zurückbleibt.

Am 17. Januar konstituierte sich in Berlin ein Komitee zur Herbeiführung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes. Fast alle großen Spezialverbände traten bei.

Anders geartet, wenn auch ähnliche Tendenz verfolgend, war eine Vereinsgründung, die sich an das große Publikum wandte. Am 9. Mai wurde in Berlin ein „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" gegründet, der alle kaiser- und reichstreuen Deutschen ohne Unterschied der religiösen und politischen Stellung gegen die Sozialdemokratie sammeln, die Umsturztätigkeit in Wort und Schrift bekämpfen und bei Wahlen der Eintracht der bürgerlichen Parteien dienen wollte. Dieser Verband fand zunächst in kapitalkräftigen Kreisen viel Beifall und Anhang, und da er bald mit großen Mitteln arbeitete, mehrte sich die Zahl seiner Freunde. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß der Verband durch seine rührige Agitation in Wort und Schrift, besonders durch scharfe und gute Kritik des sozialistischen Unfugs, viel Gutes gestiftet hat. Die Sozialdemokratie — das

ist die beste Anerkennung, die er finden konnte — fürchtet ihn und beschimpft ihn. Leider hat sich aber der Verband auf diese erfolgreiche und glückliche Tätigkeit nicht beschränkt, sondern ist in neuerer Zeit dazu übergegangen, „Vaterländische Arbeitervereine" zu gründen, die durchaus als eine Quertreiberei gegen die evangelischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften anzusehen sind. Der Verband bestreitet wohl, daß es sich dabei um sog. „gelbe" Vereine handle, d. h. um Standesvereine der Arbeitnehmer, die im Interesse der Arbeitgeber geführt und beeinflußt werden. Aber in der Praxis dürften die neuen Vereine doch auf etwas Ähnliches hinauslaufen. Mindestens ist ganz und gar kein Bedürfnis dafür vorhanden, wohl aber besteht die große Gefahr, daß die nicht-sozialdemokratischen Arbeitervereine sich untereinander Konkurrenz machen und, wie schon vielfach geschehen, in Hader geraten. Um sich den Luxus innerer Zwistigkeiten gestatten zu dürfen, ist aber die Gesamtbewegung noch viel zu schwach.

Die Sozialdemokratie trieb ihr altes Spiel nicht nur im Innern des Reiches weiter, sondern gebärdete sich auch nach außen hin so brutal, daß ihr Betragen die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches, besonders gegen Rußland, in der bedenklichsten Weise trüben mußte. Sozialdemokratische Agitatoren in Königsberg unterstützten die russische Revolution in so augenfälliger Weise, daß ihnen der Prozeß gemacht und sie verurteilt wurden. Es bestand die Gefahr, daß die Umsturzpartei uns in kriegerische Verwicklungen mit dem Nachbarstaat hineintrieb. Fürst Bülow bestätigte am 5. Dezember im Reichstag das verbrecherische Treiben der Königsberger Sozialisten und erklärte, daß es aus Gründen des Weltfriedens unmöglich geduldet werden könne.

Die Sozialdemokratie wiederholte jetzt ganz dasselbe Spiel, das sie schon einmal der Schweiz gegenüber getrieben: man führte große Worte im Munde, daß man den Krieg verabscheue und den Weltfrieden suche; tatsächlich aber führte man das eigene Vaterland an den Rand der gefährlichsten auswärtigen Verwicklungen. Am Schluß der mehrtägigen Debatte nahm auch Hofprediger a. D. Stöcker Gelegenheit, in glänzender Rede zu bestätigen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine der wichtigsten, wo nicht die wichtigste Aufgabe der Regierung sei. Zu diesem Zweck sei aber die einzig wirksame Methode die, daß

man die christlich-nationale Arbeiterbewegung unterstütze, wie sie im Frankfurter Kongreß sich zusammengefunden habe. Es war auch ein Symptom des großen sozialen Umschwungs, daß immer in diesen Jahren, sobald Stöcker das Wort im Reichstag nahm, sich ein großes Auditorium aufmerksam um ihn scharte und der stenographische Bericht stets „Beifall rechts" zu verzeichnen hatte.

---

## XXXI. 1905. Christliche Gewerkschaft im Streik.

### Das Jahr 1905

brachte den jungen christlichen Gewerkschaften die erste größere Probe ihrer Leistungsfähigkeit. Im Januar—Februar brach im Ruhrkohlenrevier ein großer Bergarbeiterstreik aus, der diese Gewerkschaften vor die Frage stellte, wie sie sich in Fällen des Konflikts mit dem Unternehmertum zu den Standesgenossen in den „freien" Gewerkschaften stellen wollten.

Diese Probe ergab leider, daß auf der christlichen Seite die Disziplin und sozialpolitische Schulung der Arbeiter noch nicht so war, wie sie hätte sein sollen. Wenn ohne Zweifel Fälle eintreten können und auch hier ein Fall gegeben war, wo eine gewisse Verständigung und Kooperation der „Freien" und der „Christlichen" im wohlverstandenen Standesinteresse lag, so durfte man doch niemals den Sozialdemokraten eine Art Führung überlassen. Diese gingen hier, wie schon oft, darauf aus, sich als die alleinigen wahren Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen. Ihre Praxis pflegte die zu sein, Streiks vom Zaun zu brechen und dann von den Christlichen, ohne daß man sie um ihre Meinung befragte, Solidarität und Nachfolge zu fordern. Für die Christlichen ergab sich aus dieser Anmaßung der Sozialdemokratie die unbedingte Notwendigkeit, jede Mitwirkung bei Lohnkämpfen von vorausgegangener Verständigung abhängig zu machen. Diese Notwendigkeit war allgemein noch nicht klar erkannt. Die Disziplin ließ zu wünschen übrig. Ja, es gab Arbeiter, die sich über die Köpfe der eigenen Führer hinweg von den „Freien" verleiten ließen. Die Lehre, daß nur von Vorstand zu Vorstand verhandelt werden darf, und daß die christlichen Gewerkschaftler ihren Führern in kritischen Zeiten unbedingt vertrauen und folgen müssen, wurde dann aber um so eindringlicher durch

die Verhältnisse gegeben, als der Streik verloren ging. Die Arbeiter nahmen formell auf vermittelnde Zusagen der Regierung hin die Arbeit wieder auf; tatsächlich würden ihnen aber sehr bald die Geldmittel, den Streik noch lange fortzusetzen, gefehlt haben, trotzdem auch Unterstützung aus bürgerlichen Kreisen zugeflossen war, z. B. der Erzbischof von Köln und der Evangelisch-soziale Kongreß sich an der Sammlung beteiligt hatten. Am 20. Januar und 3. Februar fanden im Preußischen Abgeordnetenhause eingehende Debatten über den Streik statt, an denen sich Fürst Bülow und Handelsminister Möller beteiligten. Arbeitgeber und Arbeiter warfen sich gegenseitig vor, den Streik durch Kontraktbruch hervorgerufen zu haben; tatsächlich schien in diesem Falle der erste Fehler bei den Arbeitgebern zu liegen, die auf Zeche Bruchstraße die Arbeitsbedingungen willkürlich verändert hatten.

Am 30. Januar kündigte der Handelsminister Möller als Erfüllung der Zusagen, die man den Bergleuten gemacht und auf Grund deren sie die Arbeit wieder aufgenommen hatten, eine Novelle zum Berggesetz an, „die die wesentlichen Punkte der Beschwerden der Bergleute gesetzlich regeln will, da auf dem Verhandlungswege nichts zu erreichen war.“ Diese Novelle wurde sehr bald dem Abgeordnetenhause vorgelegt; sie enthielt einen sehr umstrittenen Punkt: die Einsetzung von obligatorischen Arbeiterausschüssen, denen aber keine vollziehenden und beschließenden, sondern mehr gutachtliche Kompetenzen beigelegt wurden. Am 26. Mai wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Die Konservativen hatten von vornherein eine starke Verstimmung gegen die Vorlage bekundet. Graf Limburg sah in der Vorlage „ein Beruhigungsmittel für einen mit Kontraktbruch begonnenen Streik“.

Ähnlicher Auffassung gaben manche Konservative im Herrenhause Ausdruck, als hier am 2. Juni das Gesetz zur Beratung stand. Der Reichskanzler befürwortete es warm. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen. Bei der endgültigen Abstimmung am 28. Juni fand sich eine bedeutende Mehrheit dafür — sie wurde gegen etwa 30 Stimmen angenommen. Die Überzeugung, daß man die Regierung und ihre sozialen Zusagen nicht im Stich lassen dürfe, hatte doch bei den meisten über die Verstimmung den Sieg davongetragen.

Am 7. Februar interpellierte das Zentrum die Regierung, ob ein Gesetzentwurf vorbereitet werde, der für Arbeiter über

16 Jahren den zehnstündigen Maximalarbeitstag festsetze. Graf Posadowsky beantwortete die Anfrage dahin, daß die verbündeten Regierungen Bedenken trügen, über den sanitären Maximalarbeitstag hinauszugehen. Die Arbeitsarten der Industrie seien zu verschieden, um eine einheitliche Regelung zuzulassen. Dagegen wünsche der Bundesrat den Zehnstundentag für Arbeiterinnen einzuführen, habe aber zunächst der internationalen Konkurrenz wegen sich mit Italien, Schweiz, Frankreich, Belgien, Österreich ins Benehmen gesetzt. Und diese Verhandlungen schwebten noch.

Am 22. Februar wies Graf Posadowsky in sehr eindringlicher Rede darauf hin, daß es notwendig sei, sowohl Sozialpolitik wie Agrarpolitik zu treiben. „Wir erkennen an, daß die Massen bei der gesteigerten Fortbildung auch berechtigt sind, höhere Lebensansprüche zu stellen. Wir wollen Sozialpolitik treiben, indem wir den Arbeitern eine wirtschaftlich vollkommen gleichberechtigte Stellung einräumen, um ihnen das in dem politischen und wirtschaftlichen Kampf leider verloren gegangene Vertrauen zur bürgerlichen Gesellschaft und zur Regierung wiederzugeben". Andrerseits sei bei dem radikalen Wahlrecht in das ganze politische Leben eine solche „nervöse Hast, ein Drängen und Treiben" gekommen, daß dies große Gefahren in sich berge. Die amtliche Maschine arbeite mit solcher Nervosität, daß man fast eine Selbstvernichtung fürchten könne.

Am 27. Februar besprach Graf Posadowsky die Arbeiter-Versicherungsgesetze und beklagte, daß man sie nicht von vornherein auf einheitlicher Grundlage aufgebaut hätte. „Ich glaube, es muß die Aufgabe der Zukunft sein, diese drei Versicherungszweige in eine einheitliche Form zu bringen."

Am 12. Dezember berührte Graf Posadowsky auch die materialistische Grundlage der Sozialdemokratie, legte aber den besitzenden Klassen ans Herz, ihrerseits „ein größeres Maß sittlichen Ernstes" zu gewinnen. Nur „geistige und sittliche Wiedergeburt" könne der bürgerlichen Gesellschaft ihren maßgebenden Einfluß zurückbringen.

Im Juli wollte der französische Sozialdemokrat Jaurès einen Besuch in Deutschland machen und hier politische Reden halten, und zwar mit Hilfe seiner deutschen Parteigenossen. Fürst Bülow beauftragte die deutsche Botschaft in Paris, Herrn Jaurès von dieser Reise abzuraten. „Ich schätze Jaurès als Redner,

achte seine Anschauungen in der auswärtigen Politik, stimme nicht selten mit ihm überein und freue mich, daß er mehrfach für freundliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eintrat". Hier sei aber ein offenbarer Versuch der Sozialdemokratie, Einfluß auf die auswärtige Politik zu gewinnen, dem man entgegentreten müsse. Herr Jaurès sei taktvoll, aber von den deutschen Genossen sei Takt nicht zu erwarten, sondern nur der Versuch, das Ausland gegen deutsch-nationale Interessen ins Feld zu führen. Natürlich mußte unter diesen Umständen der Besuch des französischen Redners unterbleiben. Im übrigen ist anzuerkennen, daß Jaurès und Millerand wirklich Politiker sind, während die deutsche Sozialdemokratie bisher nur Agitatoren und Klopffechter hervorbrachte.

Der sozialdemokratische Parteitag fand im September in Jena statt und verlief unter viel Gezänk. Der Hauptzankapfel war die Frage, ob man einen Generalstreik vorbereiten solle oder nicht. Bebel verlangte die Vorbereitung, Heine bekämpfte sie. Natürlich setzte Bebel seinen Willen durch. Die ganze Stimmung der Teilnehmer war erregter und dreister als sonst, da man augenscheinlich unter dem Einfluß der damals siegreichen russischen Revolution stand. Einzelne Redner wiesen ganz ausdrücklich darauf hin, wie man doch an Rußland sehe, daß Revolution sehr wohl möglich sei.

Eine weitere Folge der Streitigkeiten auf dem Parteitag war es, daß im Oktober die ganze Redaktion des „Vorwärts" auf Drängen Bebels „fliegen" mußte. An Stelle der beseitigten Redakteure traten der jüdische Abgeordnete Stadthagen und die radikal-jüdische Rosa Luxemburg, beide tragikomische Figuren im öffentlichen Leben, da Stadthagen nach der Seite des Charakters und Frau Luxemburg nach Seite der Bildung so ziemlich alles zu wünschen übrig lassen.

Die kirchlich-sozialen Korporationen und Vereine breiteten ihre Tätigkeit in diesem Jahre sehr erheblich aus. Die 10. Hauptversammlung der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz" fand in Breslau statt. Es referierten über „Patriarchalische Verhältnisse und modernes Arbeitsrecht" Dietrich v. Oertzen und Franz Behrens. Oertzen befürwortete „das gute Alte mit dem guten Neuen zu verbinden" und soweit es irgend anginge, Gemüt und Herz aus dem Arbeitsverhältnis nicht auszuschalten. Richtige ländliche Arbeiterverhältnisse seien so wenig wie ein rechtes häus-

liches Dienstbotenverhältnis ohne den patriarchalischen Zug denkbar.

Gräfin Bernstorff-Berlin sprach über die „Heranziehung der Frauen an die kirchliche Arbeit“ und befürwortete die stärkere Mitarbeit da, wo weibliche Kräfte verwendbar seien. Die christliche Frau wolle nicht Konkurrentin des Mannes, sondern Gehilfin sein, nicht herrschen, sondern dienen. Stöcker als Korreferent bestätigte diese Auffassung. Es handle sich hier nicht um Frauenrechtlerinnen, sondern um Frauenpflichtlerinnen.

Über alles Erwarten stark war der Zuwachs der christlichen Gewerkschaften in der Zeit vom 1. April 1904 bis 1. April 1905. Allein der Gewerkverein der Bergarbeiter vermehrte sich um 38 280 Mitglieder; Bauhandwerker um 10 336, Metallarbeiter um 10 815. Zusammen betrug das Mehr 95 348. Auch die Einnahmen gingen entsprechend in die Höhe.

Auch die Zahl der der „Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“ angeschlossenen Vereine stieg erheblich; sie repräsentierten nunmehr über 100 000 Mitglieder. Diese „Soziale Geschäftsstelle“ war von Pfarrer Weber ins Leben gerufen, um für alle Bestrebungen, die der Name anzeigt, einen Mittelpunkt zu bilden, und unter Leitung eines rührigen Generalsekretärs schnell zu erheblicher Wirksamkeit gelangt. Die Geschäftsstelle wurde mit sozialpolitischer Leihbibliothek ein literarisches Zentrum und gibt jetzt alljährlich einen Taschenkalender für Arbeiter in großer Auflage heraus. Ganz besonders aber entwickelte sie sich als Vermittlungsstelle für Vereins- und Arbeitersekretäre, die von Verwaltungsbeamten, konservativen und anderen Vereinen vielfach verlangt werden.

Am 17. November ergab eine Reichstagsnachwahl in Eisenach das erfreuliche Resultat, daß der Vorsitzende des deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes, Herr Schack, gewählt wurde, ein Sozialreformer und warmer Freund der ganzen christlichen Arbeiterbewegung.

Am 28. November eröffnete der Kaiser den Reichstag mit einer Thronrede, die darauf hinwies, daß die Gesetzgebung auf Jahre hinaus mit der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und Ausgestaltung der Witwen- und Waisenversorgung zu schaffen haben werde. Als gegenwärtige Aufgabe solle ein Gesetz vorgelegt werden, durch welches man den Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit erleichtern wolle.

In Bayern ging im Juli ein Streik der Metallarbeiter zu Ende, der insofern allgemeinere Bedeutung hatte, als die Unternehmer die Organisation der Arbeiter anerkannten. Diese Anerkennung, die in England allgemein ist, wird ja leider in Deutschland noch vielfach verweigert. Doch wäre es ungerecht, daraus einen Vorwurf allein gegen die Unternehmer herzuleiten. Den weitaus größten Teil der Schuld trägt die Sozialdemokratie mit der Unversöhnlichkeit ihrer Klassenkampftheorie und dem Unverstand ihres praktischen Verhaltens.

---

## XXXII. 1906. Die russische Revolution wird fühlbar. Die christliche Arbeiterbewegung wächst stark.

### Im Jahre 1906

versuchten in Berlin die Sozialdemokraten am 21. Januar eine „Wahldemonstration" zu machen, die einesteils dem Wunsch nach einem ganz demokratischen Wahlrecht für Preußen Ausdruck geben, zugleich aber auch eine Ehrung der russischen Revolution bedeuten sollte. Man wollte mittags Volksversammlungen abhalten, dann einen Straßenumzug vor das Schloß veranstalten und dort ohne Zweifel eine Katzenmusik machen. Diesen Plänen gegenüber verfuhr die Regierung sehr richtig; sie gestattete die Versammlungen, verbot die Umzüge und traf so energische militärische Vorsichtsmaßregeln, daß niemand sich dem Schloß zu nähern wagte.

Der Vorgang gab den Konservativen des Herrenhauses Anlaß, wiederum eine Interpellation einzubringen, ob die Regierung mit den bestehenden Gesetzen gegen die Sozialdemokratie auskommen könne. Fürst Bülow erwiderte, daß dies durchaus der Fall sei, wie er in den letzten Tagen bewiesen habe. Vor der Tyrannei der Straße beuge er sich nicht. Aber andererseits komme Nervosität nicht der Sache der Ordnung, sondern ihren Gegnern zugute. Zugleich empfahl der Reichskanzler den bürgerlichen Parteien, den Zwist untereinander tunlichst zu meiden und sich der Sozialdemokratie gegenüber einig zu zeigen. Sei es doch vorgekommen, daß eine bürgerliche Partei ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen habe!

Am 6. Februar gab es im Reichstag eine ähnliche Debatte. Graf Kanitz beschwerte sich über die für die Landwirtschaft zu starken Lasten der Sozialgesetze. Graf Posadowsky ging auf die Frage der landwirtschaftlichen Belastung weniger ein, wies aber in ausgezeichneter längerer Rede nach, daß der große Aufschwung der deutschen Industrie zum guten Teile dem geistig und sittlich gehobenen deutschen Arbeiterstande zu danken sei. Das Verdienst an dieser Hebung falle aber wieder teilweise der Sozialreform zu. Ein Aufwärtsstreben des Arbeiterstandes werde nicht aufhören — wer das hoffe, gebe sich Illusionen hin. Es frage sich nur, ob die Arbeiter phantastische Zukunftsstaatspolitik trieben, oder ob die christliche Arbeiterbewegung berechtigte und verständige Forderungen stelle. „Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Richtung, daß wir eine Arbeiterpartei schaffen, die innerhalb des gegenwärtigen modernen Staates, innerhalb der wirtschaftlichen Grenzen ihre Ziele verfolgt, dann haben wir doch den allerdringendsten Wunsch, eine solche Arbeiterbewegung, wie es die christliche ist, zu unterstützen. Der Standpunkt, daß die christliche Arbeiterbewegung viel unangenehmer ist wie die sozialdemokratische, ist ein Standpunkt von Männern, denen jede Forderung der Arbeiter, wenn sie auch noch so berechtigt ist, unsympathisch ist."

Einige Tage später erklärte Graf Posadowsky den Sozialdemokraten aus Anlaß ihrer Agitationen gegen das preußische Wahlrecht, daß er sehr bedaure, daß keine Arbeiter im Landtag säßen. Aber bei der absoluten Unreife der sozialdemokratischen Arbeiter, ihre wahren Interessen recht zu verstehen, sei es einstweilen noch unmöglich, ihre Rechte zu erweitern.

Trotz der politisch und sozialpolitisch unanfechtbaren Darlegungen des Grafen Posadowsky zeigte sich doch schon jetzt, daß er viele Gegner auf der Rechten hatte, die in den Blättern gegen ihn scharf machten.

Am 30. Mai nahm das Preußische Herrenhaus eine Novelle zum Knappschaftsgesetz an. Die Arbeitgeber begrüßten die öffentliche Wahl der Knappschaftsältesten. Graf Oppersdorf bedauerte sie, wie auch den Ausschluß der Invaliden von der Wählbarkeit. Bei dieser Gelegenheit machte der Handelsminister Dr. Delbrück einen lebhaften Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften.

Die Art des Vorgehens dieser Gewerkschaften decke sich nicht mit dem Kaiserhoch, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen; sie sei geeignet, die Autorität zu untergraben. Tatsachen, welche diese Behauptung hätten beweisen können, führte der Minister nicht an. Wäre aber auch im einzelnen irgendein Mißgriff oder eine Ungehörigkeit vorgekommen, so war das generalisierende Urteil ungerecht.

In Berlin fand eine Heimarbeitsausstellung statt, die viel Aufsehen erregte, weil die den Waren beigefügten Verkaufs- und Herstellungspreise den Nachweis lieferten, wie unendlich wenig von den Herstellern daran verdient werden konnte.

Die erneute Feststellung dieses Notstandes veranlaßte Mitglieder aller bürgerlichen Parteien, im Reichstag einen Antrag zum Schutz der Heimarbeiter einzubringen. Verlangt wurde die Vorlegung eines Gesetzes, für welches 12 Gesichtspunkte als maßgebend aufgestellt wurden: Namensverzeichnisse, Lohnbücher, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Heimarbeit, hygienische Maßregeln, Kinderschutz, Maximalarbeitszeiten und anderes. Es kam der Stimmung für solche Gesetzgebung zugute, daß auch die Kaiserin die Ausstellung besuchte und für die soziale Seite der Sache ein lebhaftes Interesse bekundete.

Das Reichsgericht erklärte in einer Entscheidung vom 12. Juli Streik und Boykott für durchaus zulässige gewerkschaftliche Kampfmittel. Auch die Drohung eines Vereins, Arbeitswillige auszuschließen, sei keine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung.

Am 17. November erließ der Kaiser eine Kundgebung zur Erinnerung an den 25. Gedenktag der Botschaft Kaiser Wilhelms I. Leider setzten die Sozialdemokraten fortdauernd aller Fürsorge des Staates nur Widerwillen entgegen. Aber die Regierung solle nicht ablassen in Erfüllung der höchsten Christenpflicht, die wirtschaftlich Schwachen zu fördern.

Am 13. Dezember kam es zwischen dem Kanzler und dem Reichstag über Kolonialfragen zu einem Konflikt. Der Reichstag wurde aufgelöst und Neuwahlen angeordnet.

Die kirchlichen und christlichen Organisationen waren fortdauernd in alter Weise tätig.

Die Arbeiten, welche aus der Kirchlich-sozialen Konferenz hervorgegangen, haben einen Umfang erreicht, daß der Jahresumsatz 435 000 Mark betrug; es waren in ihnen 36 Personen

hauptamtlich angestellt. Neue Gruppen bildeten sich in Hannover und Thüringen, eine Frauengruppe in Liegnitz.

Die 11. Hauptversammlung fand in Kassel statt. Prof. Grützmacher-Rostock erörterte mit großem Freimut „Die Ursache der Unwirksamkeit des Protestantismus im öffentlichen Leben", und erkannte in der pietistischen Verkürzung des reformatorischen Protestantismus die Hauptursache jener Unwirksamkeit. Stöcker stimmte mit Wärme zu: „Wir Alten, die wir seit länger als einem Vierteljahrhundert in der Bewegung stehen, können getrost zur Ruhe gehen, wenn solche Jugend uns nachfolgt. — — Ich habe nie gezweifelt, daß die Verbindung des gläubigen Protestantismus mit den Mächten des öffentlichen Lebens der Weg ist, der wieder aufwärts führt."

Sehr erheblich war auch das Wachstum der christlichen Gewerkschaften. Am Schluß des Jahres betrug die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes 265 000, der Vermögensstand 2 Mill. Mark. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1906 auf 3 Mill. Mark.

Die Gesamtzahl aller in Deutschland in evangelischen Arbeitervereinen zusammengeschlossenen Arbeiter war auf über 120 000 angewachsen.

---

## XXXIII. 1907. Graf Posadowsky verabschiedet. 2. Deutscher Arbeiterkongreß.

Im Jahre 1907

fand der zweite deutsche Arbeiterkongreß statt, der das „Endziel" des vorliegenden Buches bildet. An dieser Etappe der christlichen Arbeiterbewegung machen wir halt, weil die Tatsache, daß rund eine Million christlicher Arbeiter sich durch Delegierte zu einem Kongreß vereinigen konnten, in Wahrheit einen geschichtlichen Abschnitt bedeutet.

Das politische Leben des Jahres begann mit einer stürmischen Wahlbewegung. Die Neuwahlen zum Reichstag fanden am 25. Januar statt, bei denen im ersten Wahlgang die Sozialdemokratie von 79 Mandaten auf 29 zurückging, also gerade 50 einbüßte — ein Verhältnis, das die Stichwahlen nur mäßig verbesserten.

Über die künftige Sozialpolitik erklärte Fürst Bülow während der Bewegung: „Die deutsche Sozialpolitik wird in den seitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgesetzt werden. Die Behauptung, daß die Berufsvereinsvorlage mittelbar oder unmittelbar zu einer Beschränkung der nicht rechtsfähigen Berufsvereine führen sollte, ist unzutreffend; insbesondere ist nicht beabsichtigt, die Mitglieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen auszuschließen."

Für die christliche Arbeiterbewegung verlief die Wahl insofern günstig, als der Vorsitzende des Deutschen Arbeiterkongresses, Franz Behrens, im Wahlkreise Wetzlar-Altenkirchen durchdrang. Im ganzen gewannen die Träger dieser Bewegung 3 evangelische und 3 katholische Mandate.

Um so größer war der Zorn der enttäuschten Sozialdemokratie; sie hatte die Auflösung des Reichstags mit Hurra begrüßt und in viel Prahlerei den Sieg vorweggenommen, der nun in schwere Niederlage sich gewandelt hatte. Getobt wurde vorzugsweise gegen die Freisinnigen, soweit sie sich dem bürgerlichen Kartell angeschlossen hatten. Die Elberfelder „Freie Presse" schrieb: „Dank der Gesinnungslumperei und Halunkerei der Freisinnigen hat die Regierung eine Hurramehrheit zustande bekommen, die zu jedem Schurkenstreich gegen das entrechtete Volk fähig ist. Und dieses liberale Kastratentum jubelt noch über seinen Sieg — es jubelt über seine eigene Schande. Pfui Teufel über diese Verlumpung des nationalen Heldentums." In dieser Tonart wurde überall geschrieben.

Natürlich kam der Umschwung der Lage auch im Reichstag selbst zur Sprache. Fürst Bülow richtete über die Niederlage der Sozialdemokratie das Wort an Bebel: „Die Niederlage war wohlverdient, weil sie die Strafe war für einen engherzigen, dogmatischen, kleinlichen, philiströsen Geist, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübte, ein Zwangssystem betätigte, eine Gesinnungsschnüffelei trieb, ein geistiges Joch vorbereitete, wie es die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat. — — Ich bin viel herumgekommen, habe infolge meines Lebensganges viel im Ausland gelebt, entsinne mich aber nicht, derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie sie seit dem Dresdener Parteikongreß die sozialdemokratische

Presse einzubürgern suchte — — Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse beim Sauherdenton anlangen."

Der Reichskanzler ging ferner auf die unfruchtbare Verneinungs- und Nörgelpolitik der Sozialdemokraten ein und auf den Terrorismus innerhalb der Partei, der jede freie Regung unterdrücke. Der Revisionismus aber sei zu feig, um etwas zu bessern. „Der Revisionismus, der immer tanzt, wie der Radikalismus pfeift, wird in absehbarer Zeit keine Rolle spielen."

Zum Ergebnis der Wahlen gratulierte auch der Zentralverband der Industriellen dem Reichskanzler und erklärte seine freudige Teilnahme am Kampf gegen die Sozialdemokratie. Fürst Bülow erwiderte: „Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird."

Am 19. Februar wurde der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt: „Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden." Es wird Fortsetzung der Sozialreform verheißen.

Am 11. Februar brachte im preußischen Abgeordnetenhause der Abg. Pastor D. v. Bodelschwingh einen Gesetzentwurf ein über Wanderarbeitsstätten, die den Zweck haben sollten, mittellosen, arbeitsfähigen Männern, die außerhalb ihres Wohnorts Arbeit suchen, Arbeit zu vermitteln und vorübergehend gegen Arbeitsleistung Beköstigung und Obdach zu gewähren.

Redner aller Parteien stimmten der Tendenz des Gesetzes zu, verwiesen es aber zu neuer Redaktion an eine Kommission. Die Erledigung des Entwurfs liegt über die Zeit hinaus, welche dieses Buch behandelt. Nicht zweifelhaft kann es aber sein, daß hier noch große, unerfüllte Pflichten der Staatsgewalt liegen. Pastor D. v. Bodelschwingh schreibt: „Das Los eines gesunden, aber arbeitslosen Mannes, dem man das nicht gewährt, worum

er bittet, nämlich die Arbeit, und den man nun durch Hunger zum Betteln zwingt, seiner Ehre beraubt und ihn in langsamer Qual wider Willen zum ehrlosen Vagabunden erzieht, ist unendlich grausamer als das eines Kranken, welcher vielleicht aus Mangel an nötiger Pflege stirbt. — Das letztere kommt nur in einigen Ausnahmefällen vor, während viele Tausende solcher unschuldig Arbeitsloser in allen arbeitsarmen Zeiten eines grausamen, langsamen Todes sterben müssen." Die Gemeinden, denen jetzt die Pflicht der Fürsorge obliegt, sorgen nicht, sondern „schieben ab". Bodelschwingh weist aus den statistischen Ziffern nach, daß Vagabundentum und Kriminalität der Wanderer nicht aus subjektiver Arbeitsscheu, sondern zum größten Teil wenigstens aus objektivem Arbeitsmangel hervorgeht. Wenn allein in Preußen in einem arbeitsreichen Jahr 136 000 Personen weniger verurteilt wurden, als in einem arbeitsarmen, so zeigt dies mit Sicherheit, „daß eine große Menge Unschuldiger bloß infolge der schwankenden Erwerbsverhältnisse und durch den Mangel an Angebot von Arbeit mit den härtesten Strafen belegt wird, die es geben kann, nämlich dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, obwohl nur wirkliche Not sie zur Übertretung der Gesetze gezwungen hat. Bei diesen entehrten Leuten folgt dann mit Hilfe der Korrektionshäuser die Erziehung zum Vagabundentum schnell und sicher."

Am 12. Februar kam die ländliche Arbeiterfrage zu ausgiebiger Beratung im preußischen Abgeordnetenhaus. Ein nationalliberaler Antrag, die Regierung möge die innere Kolonisation durch Rentengüter fördern, kam fast einstimmig zur Annahme. Im Hinblick auf die Gründe der Leutenot kam die Klage über ungenügende Wohnungen mannigfach zum Ausdruck.

Ein Erlaß des Landwirtschaftsministers bestimmte, daß versuchsweise Rentengüter von 12,50 Ar gebildet werden dürften, vorausgesetzt, daß ein Bedürfnis vorliege und Arbeitsgelegenheit da sei.

Am 10. März gab auf eine Anregung des Zentrums hin Graf Posadowsky die Erklärung ab, daß die Sozialpolitik „energisch fortgesetzt" werden solle, und legte in großen Zügen seine Stellung zu den vom letzten Reichstag nicht mehr erledigten Entwürfen dar: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Normalarbeitszeit der Frauen, Vereinsrecht u. a. m.

Ende März wurden zum erstenmal durch angesehene Blätter, wie „Hamburger Korrespondent“, Gerüchte verzeichnet, daß die Stellung des Grafen Posadowsky erschüttert sei, bez. daß freikonservative Politiker ihn in die Luft zu sprengen suchten, weil seine sozialpolitischen Ansichten zu moderne seien. Diese Gerüchte fanden aber zunächst in Tatsachen keine Bestätigung.

Vom 10. bis 19. April wurde der Etat des Reichsamts des Innern beraten. Auf Anstoß des freisinnigen Abg. Pfarrer Naumann entwickelte wiederum Graf Posadowsky seine Absichten und schloß damit, daß dies „eine so ungeheure Masse der Gesetzgebung“ sei, daß die Bewältigung viel Zeit in Anspruch nehmen und große Schwierigkeiten bieten werde.

Es war dem ausgezeichneten Staatsmann, dem in gleicher Weise die Fülle des Wissens und der Kenntnisse und eine nie versagende Beredsamkeit zu Gebote standen, leider nicht beschieden, auch nur einen der vielen Pläne zu verwirklichen. Am 24. Juni wurde in überraschender Weise dem Staatssekretär Grafen Posadowsky der erbetene Abschied bewilligt. Doch blieb es kein Geheimnis, daß dieser Abschied keineswegs aus den Wünschen und Absichten des Ministers hervorging, sondern aus Gründen angeblicher politischer Notwendigkeit ihm nahegelegt worden war.

Worin diese Notwendigkeit eigentlich gelegen hat, ist niemals einwandfrei bekannt geworden. Es scheint, daß das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine dem Minister zum Fallstrick geworden. Der Reichstag hatte dies Gesetz mit großer Mehrheit gefordert. Als es kam, sah es aber anders aus, als man erwartet hatte, und erregte besonders das Mißtrauen der Konservativen, es könne hier eine Zuwendung öffentlich-rechtlicher Privilegien nicht an die Arbeiter, sondern an die Sozialdemokratie stattfinden, und diese stärken.

Zu der vielleicht nicht glücklichen parlamentarischen Handhabung dieser Vorlage — man hätte den Entwurf hinter die anderen sozialpolitischen Vorlagen zurückstellen können — kam dann noch der Umstand hinzu, daß Graf Posadowsky am Hofe keine feste, etwa schwer zu erschütternde Stellung inne hatte. So wurde der kluge, arbeitsame, tüchtige, kenntnisreiche Mann um geringer Fehler willen, wenn es denn überhaupt solche gewesen wären, aus einer Stellung gedrängt, in der er sich die wärmste Sympathie der christlichen Arbeiter erworben hatte.

Zu seinem Nachfolger wurde der preußische Minister des Innern, Herr von Bethmann-Hollweg, ernannt.

Vom 17. bis 24. August fand in Stuttgart ein internationaler Sozialistenkongreß statt, auf dem man eine feste Stellung zum „Militarismus" gewinnen wollte. Aber die herrschende Uneinigkeit ließ kein Ergebnis aufkommen. Der Franzose Hervé verhöhnte die deutschen Sozialisten als „zufriedene, satte Spießbürger", die in ihrem Kadavergehorsam selbst dem Kaiser Bebel in den Krieg gegen die französischen Proletarier folgen würden.

Die Diskussion wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen fortgesetzt. Bebel will von Fall zu Fall entscheiden, ob die Sozialdemokraten mit in den Krieg gehen dürfen oder nicht. Und Kautsky erklärte: „Zuerst sind wir Proletarier und dann Deutsche".

Im christlichen Lager zeigte sich eine wachsende Erkenntnis der Notwendigkeit sozialer Arbeit. Die Kirchlich-soziale Konferenz wuchs an Mitgliederzahl und dehnte ihre Arbeit aus; speziell konnte sie wiederum mehrere Arbeitersekretäre anstellen. Auf die Theologie konnte es nicht ohne Einfluß bleiben, wenn die bedeutendsten Gelehrten den Ertrag ihrer Forschung bereitwillig in den Dienst der Konferenz stellten. Auf der Jahrestagung in Karlsruhe sprach Prof. Seeberg-Berlin über „Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgabe der Theologie in der Gegenwart". — „Die Unterscheidung von Staat und Kirche — so wichtig sie sonst ist — darf nie den Sinn haben, als sei Gott nur in der Kirche wirksam, oder als seien Gottes Diener frei von der Pflicht, ihm auch in den Formen der Familie, des Volkslebens, der Gesellschaft und des Staates zu dienen." — „Es kann eintreten, daß die Vertreter der Kirche gut tun, das öffentliche Leben zu meiden, aber es kann auch ihre Pflicht werden, durch die Zeitungen zu wirken, die Politik zu beeinflussen, die sozialen Probleme vor die Öffentlichkeit zu bringen."

Das Bedürfnis „einer eigenen sozialpolitischen Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung" kam in zwei anderen Vorträgen jener Tagung zum Ausdruck. Je mehr die Überzeugung eine klare und allgemeine geworden war, daß die Sozialdemokratie nicht nur wirtschaftliche Theorie sei, sondern daß ihr der Materialismus als Welt- und Lebensanschauung zugrunde liege, um so notwendiger erwies es sich, auch die christliche Gegenbewegung theoretisch zu fundamentieren.

Die christlichen Gewerkschaften und verwandten Verbände hatten sich nunmehr so weit durchgesetzt, daß die Zahl der von ihnen organisierten Arbeiter am 1. April 352467 betrug; der Kassenbestand M. 2225905.

Vor dem Nachdruck dieser Tatsache beugten sich nunmehr auch manche, die der christlichen Arbeiterbewegung bis dahin skeptisch oder doch abwartend gegenübergestanden hatten. So erklärte Prof. Harnack auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß in Straßburg (21.—23. Mai): „Mir ist nicht zweifelhaft, daß eine abwartende Neutralität nicht ausreicht, daß wir vielmehr allen Grund haben, die christlichen Gewerkschaften in der Entwicklung, in welcher sie jetzt begriffen sind — nämlich sich streng auf ihre eigentliche soziale Aufgabe zu beschränken — lebhaft zu begrüßen und diese Entwicklung kräftig zu fördern, mögen wir politisch konservativ oder liberal, kirchlich frei oder gebunden sein."

Dieser dankenswerte Rat kam freilich für Viele zu spät. Denn die organisierten christlichen Arbeiter bedurften nun der Hilfe aus anderen Ständen kaum noch — sie standen fest auf den eigenen Füßen. Beredtes Zeugnis ihrer Kraft war der glänzend verlaufene 2. Deutsche Arbeiterkongreß, der im Oktober in Berlin stattfand und in mehrtägiger Beratung eine große programmatische Arbeit erledigte.

Der Kongreß gewann aber noch dadurch eine außerordentliche Bedeutung, daß der neue Staatssekretär vom Reichsamt des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, persönlich erschien und in ausgezeichneter Rede seine sozialpolitische Stellung darlegte. Wenn bis dahin noch eine Sorge bestanden hatte, Herr v. Bethmann könne wiederum der Träger einer reaktionären Bewegung werden, so wurde jeder Gedanke dieser Art durch die verständnisvoll moderne Auffassung der sozialen Lage, die der Minister bekundete, schnell zerstreut. Er gab den Arbeitern durchaus recht, wenn sie ihre Interessen nachdrücklich vertreten wollten, und gab ihnen nur anheim, die eigenen Wünsche stets dem großen Ganzen anzupassen. Die Staatsregierung werde ehrlich bestrebt sein, in gerechter Weise ausgleichend zu wirken. Der Minister schloß mit der Bitte, die Arbeiter möchten in gleicher Weise, wie das Wohl des einzelnen, so stets das Wohl des Vaterlandes im Auge behalten.

Der Kongreß erledigte in fleißigen Sitzungen ein großes Arbeitspensum und faßte Beschlüsse zu folgenden Fragen: Obli-

gatorische Einführung des Verhältniswahlsystems, Reichsvereinsgesetz, Reichsberggesetz, Koalitionsfreiheit der Grubensteiger, „Gelbe Gewerkschaften", Ausnahme-Besteuerung der Konsumgenossenschaften, „Verschlechterung der Arbeiterversicherung", Sonntagsruhe, Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie, Arbeiterinnenfrage, Heimarbeiterschutz.

Es versteht sich, daß unter einer solchen Flut von „Forderungen" sich auch anfechtbare finden. Immerhin ist es von Wert, im ganzen und großen festgelegt zu sehen, wie verständige christliche Arbeiter sich den Fortschritt der Sozialreform denken.

Wie immer die Entscheidung über die verschiedenen Fragen im einzelnen ausfallen möge — das große Ziel war durch den 2. Deutschen Arbeiterkongreß nun doch erreicht, daß eine Million von deutschen Arbeitern sich bei aller Entschlossenheit, die eigenen berufsständischen Interessen zu wahren, in vollen, bewußten Gegensatz zur Sozialdemokratie und ihrem Klassenkampf gesetzt und feste Entschlossenheit bekundet hatte, nicht in kindischer Nörgelei und Gehässigkeit nur kritische Politik zu treiben, sondern in christlicher und vaterländischer Gesinnung mitzuarbeiten am Aufbau des Deutschen Reiches.

Über die nichtswürdige Losung, die Singer in Jena unter dem brausenden Beifall der Genossen ausgegeben hatte: „Unser Ziel ist die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft", hatten nunmehr in dem besten Teile der deutschen Arbeiterschaft der Glaube, die Vaterlandsliebe, die Besonnenheit den Sieg davongetragen.

---

## XXXIV. Was nun?

Wer den tatsächlichen Angaben dieses Buches bis hierher gefolgt ist, wird — so hoffen wir — ein Bild gewonnen haben, wie die christliche Arbeiterbewegung entstanden ist, welche Schwierigkeiten sie zu überwinden hatte, welche Personen, Gruppen, Parteien ihr Feindschaft oder Freundschaft bewiesen haben, und welche Ziele sie bis hierher erreicht hat.

Wenn nun noch zum Schluß die Frage „Was nun?" gestellt und ein Wort über die Zukunft gesagt wird, so kann es sich weder darum handeln, ein detailliertes Programm mit einzelnen Forderungen aufzustellen, noch gar um das mißliche Geschäft des

Prophezeiens, wie etwa die Dinge fernerhin laufen werden. Nur ein paar ganz allgemeine Gedanken mögen gestattet sein über die Linien, die unseres Erachtens innegehalten werden müssen, wenn die christliche Arbeiterbewegung blühen, wachsen und gedeihen und dem Volk zum Segen gereichen soll. Es handelt sich darum, aus den Erfahrungen der Vergangenheit einige Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Die christliche Arbeiterbewegung ist an einem Abschnitt ihrer Geschichte angelangt. Wenn es im Jahre 1896 noch eine ernste Sorge der Freunde dieser Bewegung sein konnte, ob sie nicht von ihren zahlreichen Gegnern zur Rechten und zur Linken im Keim erstickt werden würde, braucht nach dem Verlauf des Zweiten Deutschen Arbeiterkongresses im Jahre 1907 niemand mehr diese Sorge zu hegen. Die Bewegung steht und geht fest auf den eigenen Füßen. Zu unterdrücken ist sie nicht mehr. Und die Fortbildung des Arbeitsrechts ist so sehr eine politische Notwendigkeit der Gegenwart, daß der neue Staatssekretär im Reichsamt des Innern, von dem manche Gegner der Sozialreform einen Stillstand oder eine Schwenkung erhofft haben mochten, nichts anderes getan hat, und tun mochte, als im wesentlichen die sozialpolitische Fortarbeit da aufzunehmen, wo sein Vorgänger, Graf Posadowsky, sie niedergelegt hatte.

Natürlich kann aber die Fortarbeit je nach dem richtigen oder unrichtigen Verhalten der „Christlichen" sehr wesentlich erleichtert oder erschwert werden.

Die Grundbedingung des Gedeihens wird zunächst die sein, daß die Bewegung an ihrer christlichen Grundlage unerschütterlich festhält. Christliche Liebe ist es gewesen, die den Arbeitern ihre Wege schon gebahnt, ihre Interessen vertreten hat zu einer Zeit, wo erst wenige Arbeiter dies Interesse wirklich begriffen hatten, und viele entweder der Sozialdemokratie nachliefen, oder müßig am Wege standen. Jetzt, wo sich ergeben hat, daß die Sammlung nicht-sozialdemokratischer Arbeiter nicht so hoffnungslos ist, als es zeitweilig den Anschein hatte, drängen sich allerlei Wohltäter an den Arbeiterstand heran und ' chen durch Zuwendung von Geld und Wohlfahrtseinrichtungen sich als Freunde auszuweisen. Und aus dem Prinzip der neuen Vereinsbildungen versucht man das Christentum auszuschalten.

Die Täuschung ist aber hier meist eine doppelte. Man beseitigt das christliche Prinzip, und man beseitigt mit ihm das

echte Standesintereſſe. Es iſt das Charakteriſtiſche aller „gelben“ Organiſationen, daß an die Stelle des Arbeiterintereſſes das Arbeitgeberintereſſe ſubſtituiert wird. Das iſt verkehrt. Jeder Stand hat das Recht, ſein eigenes Intereſſe zu vertreten, auch der Arbeiterſtand; ja das Recht bedingt die Pflicht. Und dann heißt es auch: „Selbſt iſt der Mann“. Man kann nicht andere mit der Wahrnehmung der wichtigſten Lebensintereſſen betrauen. Die vertritt man ſelber. Was gefordert werden muß, iſt nur das, daß die Intereſſenvertretung niemals zum Klaſſenkampf ausartet, daß das relative Recht aller Stände offen und rückhaltlos anerkannt, und als Ziel alles Strebens der innere Friede im Auge behalten wird.

Mit dem chriſtlichen Grundcharakter der Arbeiterbewegung iſt aber eng verknüpft ihre Interkonfeſſionalität. Auch von der darf nicht gewichen wrden. In beiden Konfeſſionen gibt es aber Elemente, denen bald aus Streitſucht, bald aus edlen Motiven, die Wachhaltung des konfeſſionellen Gegenſatzes obenan ſteht und viel wichtiger ſcheint, als alle ſozialpolitiſchen Ziele. So wurde bereits auf katholiſcher Seite die Abſtimmung des Reichstagsabgeordneten Behrens in Sachen des viel überſchätzten neuen Vereinsrechts zu einem Vorſtoß benutzt; und von der anderen Seite hat ſich ſchon der Evangeliſche Bund in ganz ähnlicher Weiſe unliebſam bemerkbar gemacht. Hier kann alſo nur die ſtärkſte Selbſtzucht auf beiden Seiten Zerwürfnis abwenden. Aber ſie muß es auch. Denn die Interkonfeſſionalität iſt nicht Dach, ſondern Fundament des Gebäudes. Jedem politiſchen Gebilde gegenüber, das auch kirchenpolitiſche Farbe hat, muß beiderſeits die größte Zurückhaltung geübt werden.

Daneben muß es natürlich fortdauernd Sorge der chriſtlichen Arbeiterbewegung ſein, die poſitive Arbeit der Geſetzgebung nach Kräften zu fördern. Das bedeutet formal und material ein rechtes Verhalten. Will man etwas erreichen, ſo wird es vor allen Dingen nötig ſein, ſich eine freundliche Stimmung der Regierenden zu bewahren, wo ſie vorhanden, zu erwerben, wo ſie noch fehlt. Nicht im Sinne eines unwürdigen Buhlens um Gunſtbezeugungen. Aber in der klaren Erkenntnis, daß es nichts Dummeres gibt, als die Praxis der Sozialdemokratie, die nicht mit der Regierung arbeiten, ſondern ſie beherrſchen und befehligen will. Das mag in verfaulten Staaten erreichbar ſein, iſts aber nicht in einer Monarchie, die ſo aufrechtſteht, wie die deutſche.

Wenn die rote Arbeiterpartei Ende der achtziger Jahre den Kaiser mit seinem sozialen Wohlwollen roh zurückstieß, wie sie heute den Fürsten Bülow verhöhnt, der doch den sozialen Fragen das vollste Verständnis und das größte Wohlwollen entgegenbringt, so schädigt sie den Arbeiterstand in empfindlichster Weise. Denn nichts ist dem Fortschritt der Rechtsbildung so hinderlich, als aktiver und passiver Widerstand der Regierung. Den aber ruft man hervor durch streitsüchtiges Einrücken in die Kampfstellung.

Weiter wird es gut sein, daß, wer etwas erreichen will, nicht zu viel auf einmal fordert. Es war kein Geringerer als Fürst Bismarck, der den Rat gab, man solle auf der Hasenjagd nie zwei Hasen auf einmal schießen wollen, und ebensowenig in der Politik mehrere Ziele auf einmal verfolgen. Eins nach dem andern. Wenige Forderungen stellen; diese wenigen aber so gut begründen, daß sie jedem als reif und wohlerwogen einleuchten. Unreife, unklare Forderungen verstimmen und schaden der Sache, der sie dienen sollen.

Wie auf die Regierung ist aber auch auf andere Parteien Rücksicht zu nehmen; und für die Art, wie man sich zu stellen hat, muß die Geschichte Lehrmeisterin sein. Was lehrt die Geschichte über die Stellung der Parteien zur christlichen Arbeiterbewegung?

Beginnen wir von links her und fragen zunächst, was die Sozialdemokratie zum Wohle des Arbeiterstandes geleistet hat.

Wohlerwogen und nüchtern kann die Antwort auf diese Frage, soweit die Gesetzgebung in Frage kommt, nur lauten: „Gar nichts!"

Oder welches für den Arbeiterstand wertvolle Gesetz wäre der Sozialdemokratie zu verdanken? Nicht ein einziges. Was immer im Sinne des vierten Standes Gesetzes- und Rechtskraft erlangt hat, ist gegen den Willen und Widerstand der Sozialdemokratie geschaffen worden. Die Tätigkeit der marxistischen Führer hat sich darauf beschränkt, die Lösung jeder vorliegenden Frage durch unmögliche Anträge zu erschweren und zu verwickeln. Alle Versuche einzelner, die Umsturzpartei auf den Weg der Vernunft, der Reform, der Mitarbeit, der Anerkennung anderer Stände zu drängen, sind 40 Jahre lang gescheitert, und es fehlt bisher an jedem, auch dem leisesten Anzeichen der Besserung und der Hoffnung. So bleibt das einzige Verhältnis, das der christliche Arbeiter zur sozialdemokratischen Partei als solcher

einnehmen kann, der Kampf, der Widerstand. Und dieser Widerstand ist um so entschiedener zu leisten, je unermüdlicher die Sozialdemokratie bemüht ist, den christlichen Arbeitern ihre Führer zu verleiden, sie zu verleumden und herabzusetzen.

Durchaus analog kann es nur Kampf und Widerstand denen gegenüber geben, die nicht den Klassenkampf von unten, sondern den Klassenkampf von oben wollen. Wer jede Fortbildung des Arbeitsrechts ablehnt, wer den Arbeitern das Recht verweigert, nicht subjektiv sondern koaliert einen Kollektivvertrag zu schließen, einer für alle und alle für einen in modernen Gilden zusammenzustehen, auch gegen den gibt es nur Kampf.

Mit irgend einer politischen Partei sind diese Gegner nicht gleichzusetzen; es finden sich ihrer in allen bürgerlichen Parteien. Im ganzen lehrt aber doch die Geschichte, daß auf der Rechten weit mehr sozialpolitisches Verständnis und soziales Wohlwollen vorhanden ist, als auf der Linken. Besonders in den Anfängen der sozialen Bewegung waren die Liberalen das Sprachrohr des industriellen Arbeitgebertums. Neuerlich haben sich sozial gerichtete Gruppen sowohl bei den Liberalen zusammengefunden, wie bei den Freisinnigen. Es wird Sache der christlichen Arbeiter sein, diesen Umstand zu beachten, ohne sich Täuschungen und Illusionen über seine Tragweite hinzugeben.

Weit größeres Verständnis und viel aufrichtiges Wohlwollen für das Aufstreben des vierten Standes fand sich von vornherein bei den Konservativen. Als Stöcker zuerst seinen Appell ergehen ließ, waren es Konservative, die, von Christenliebe und Vaterlandsliebe getrieben, auf seine Seite traten. Wenn später eine rückläufige Bewegung eintrat, so wäre es sehr unrecht, alle Schuld auf der einen, alles Recht auf der anderen Seite finden zu wollen. Blieben auch die Führer der christlichen Bewegung, insonderheit Stöcker selbst, klar und fest auf korrekter Linie, so konnten sie nicht hindern, daß die Volkserregung jeweilen rechts und links überschäumte, daß anfechtbare Personen sich in den Vordergrund drängten und darin hielten, weil es schwer war, den Moment zu finden, wo sie abgestoßen werden mußten. Mindestens menschlich erklärlich war es also, wenn eine Partei der Ordnung und Disziplin, wie es die Konservativen sind, vor gewissen Symptomen der Unordnung erschrak und wenn in der Verwirrung dieses Schreckens der Ruf der Geldaristokratie an die Geburtsaristokratie zur Bundesgenossenschaft nicht immer fruchtlos ver-

hallte. Kam doch auch hinzu, daß die sozialen Lasten, welche die Konservativen sich selber auferlegt hatten, den Landwirt viel schwerer bedrückten und zugleich viel weniger sozialen Nutzen schufen, als in der Industrie; ja es zeigte sich immer klarer, daß die ganze Gesetzgebung wohl für die Industrie, aber absolut nicht für die Landwirtschaft paßte; so konnte man sich auch dem Zugeständnis nicht entziehen, daß es ein grundlegender Fehler gewesen war, diese beiden Lebens- und Wirtschaftsgebiete in Gesetzgebung mit mechanischer Gleichmäßigkeit zu behandeln.

Trotz alledem ist ohne Zweifel die konservative Partei auch heute noch diejenige, deren Bundesgenossenschaft am ersten erreichbar und am ernstesten zu erstreben ist. Eben darum wird aber auch zu raten sein, daß die Partei der christlichen Arbeiter, die christlich-soziale, tunlichst nicht in Kampfstellung gegen die Konservativen einrückt, nicht darauf ausgeht, konservative Wahlkreise zu erobern, sondern ihre Eroberungen, wenn sie denn dergleichen machen wollte, in sozialdemokratischen oder solchen Revieren anstrebe, wo die Flagge des Liberalismus nur benutzt wird, einen unsozialen Kapitalismus zu decken. Eroberungen, die hier gemacht werden, müssen sich als doppelter Gewinn erweisen.

Weiter wird es richtig sein, nach Möglichkeit solche Forderungen zu vermeiden, die sofort auf den entschiedensten Widerstand der Rechten stoßen müssen, wie etwa die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Landtage, oder gar auf Kommunen. Die christlichen Arbeiter müssen einsehen, daß, solange sie selbst nur eine kleine Minderheit der Arbeiterwelt bilden und gar keine Garantie gegen Überflutung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie zu bieten vermögen, kein ernster Politiker die Verantwortung auf sich nehmen kann, ein steigendes Maß politischen Einflusses der Umsturzpartei auszuliefern. Für gewagte Experimente ist dies Gebiet gar nicht geeignet und die Gefahr zu groß, der man Volk und Volksleben aussetzt.

Wenn aber die Christlich-Sozialen bereit sein sollen, auf die Konservativen ein erhebliches Maß von Rücksicht zu nehmen, so muß diese Rücksicht natürlich auf Gegenseitigkeit beruhen. Was den christlichen Arbeitern von rechts her entgegengebracht werden sollte, ist ein freundliches Interesse für ihre Standesinteressen, Verständnis besonders für die gewaltigen Schwierigkeiten, die ihnen daraus erwachsen, daß es Standesgenossen sind, gegen die

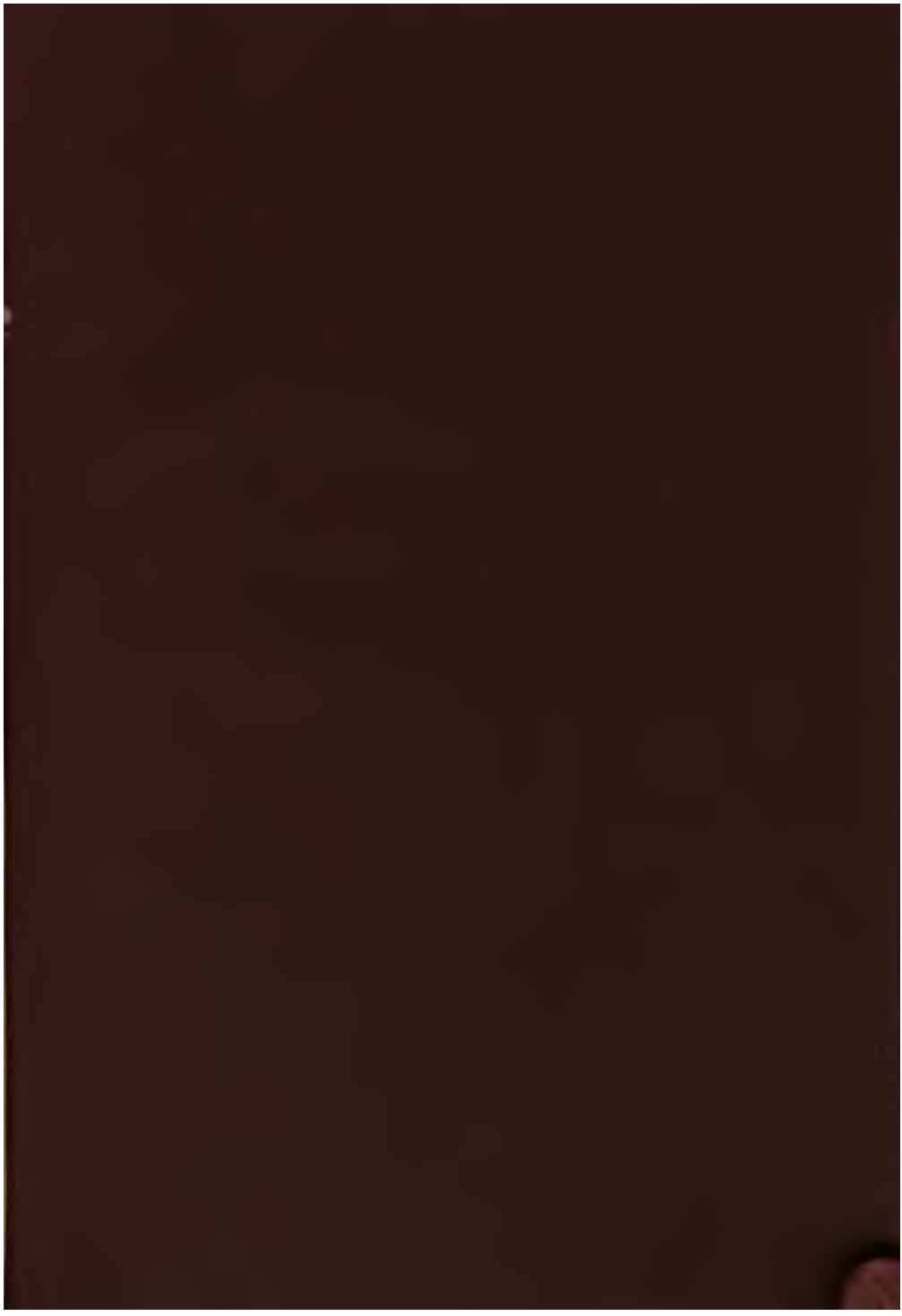
sie politisch und sozialpolitisch in Kampfstellung zu rücken haben. Dieses feinere Verständnis für die Imponderabilien der christlichen Arbeiterbewegung wird leider auf der Rechten noch oft vermißt. Es gibt Konservative, die von gewissen Vorstellungen des Arbeitsverhältnisses der Vergangenheit nicht loskommen, sich nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß der Arbeiterstand zur Selbständigkeit erwacht ist, und daß es kein Mittel in der Welt gibt, die soziale Frage auf andere Weise aus der Welt zu schaffen, als daß man für die moderne Arbeit ein modernes Arbeitsrecht sucht und findet. Wenn beide sich decken, wird der Friede da sein.

Oder welches andere Rezept könnte von der Rechten verschrieben werden? Etwa Unterdrückungsmaßregeln? Gewiß soll die Regierung stark und energisch sein, und jeder Ungesetzlichkeit, jedem „Appell an die Straße" mit rücksichtsloser Machtentfaltung begegnen. Aber diese Macht hat sie. Und es heißt doch an den Mitteln der Staatskunst vorzeitig verzweifeln, wenn man die politische Reformarbeit abweist und nur die Keule zum Dreinschlagen zurechtlegt. Diese Haudegenpolitik steht staatsmännisch angesehen nicht höher als der Klassenkampf. Beide bedeuten am letzten Ende den Bürgerkrieg. Und es bedarf nicht langer Beweise, daß ein von innerem Zwist zerrissenes Volk die Stoßkraft nach außen verliert. Soll das Deutsche Reich in den beginnenden Kämpfen um die Weltherrschaft seinen Mann stehen, so darf die freudige Bereitschaft, mit Gut und Blut dafür einzutreten, nicht an der kräftigsten und zahlreichsten Bevölkerungsklasse haltmachen. Diese Gefahr der Verbitterung wird aber nicht schwinden, solange nicht auch die Rechte eine Reformbedürftigkeit aller derjenigen Landesverfassungen anerkennt, durch deren Bestimmungen die kleinen Stände, die Handwerker und Arbeiter, von der Beteiligung am öffentlichen Leben, wenn nicht grundsätzlich, so doch tatsächlich ausgeschlossen werden. Die Forderung solcher Beteiligung ist kein Widerspruch gegen die Ablehnung des Reichstagswahlrechts mit seinen handgreiflichen Mängeln und seiner Entrechtung der Minderheiten. Vielmehr muß und kann sehr wohl ein Wahlrecht gefunden werden, das jeden ehrlichen Stand nach Maßgabe seiner Bildung und Bedeutung an der Volksvertretung beteiligt, aber keinem die unbestrittene Herrschaft zuspricht. Nicht herrschen sollen die kleinen Stände auf Grund des rein äußerlichen Moments der Kopfzahlmehrheit, aber sie sollen auch nicht zum Schweigen verurteilt sein.

Der konservative Abgeordnete Franz von Bodelschwingh hat vor nicht langer Zeit einen in Weimar gehaltenen politischen Vortrag mit folgendem Goethewort eingeleitet:

„Revolutionen sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend gerecht und fortwährend wach sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen, und sich nicht zu lange sträuben, bis das Notwendige von unten her erzwungen wird."

Das Wort ist heute so wahr, als es zu Goethes Zeiten gewesen. Nur sollte man's jetzt nicht den Regierungen allein, sondern erst recht den Parteien und Interessengruppen zurufen. Wohl ist es berechtigt, daß jeder Politiker und Staatsbürger von seinem Interesse ausgeht, und dies Interesse im öffentlichen Leben wahrnimmt. Wer aber im Geist der Vaterlandsliebe und Königstreue an die Fragen der Zeit herantritt, und vor allem im Geist des lebendigen Christentums, der wird über den eigenen Zielen keinen Augenblick das höchste Gebot des Meisters vergessen: „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst!"



14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.
RENEWALS ONLY—TEL. NO. 642-3405
This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

Univ. Minn.

INTER-LIBRARY LOAN
NOV 14 1968

INTERLIBRARY LOAN
JUN 3 1985
UNIV. OF CALIF., BERK.

LD 21A-38m-5,'68
(J401s10)476B

General Library
University of California
Berkeley